Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
Präsident

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 20.06.2022

Neue Verfassungsbeschwerde
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender
Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
im 81.Lebensjahr, unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch
vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.

Hier:
Verfassungsbeschwerde nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge (22.05.2022) gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) vom 19.05.2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW in Münster
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)
Antrag auf Opferschutz
mit besonderen Schutzbedarf im 81.Lebensjahr wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht nach sozialer Zerschlagung
mit Opferkriminalisierung ohne Limit: Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, Verfassungsbeschwerde übergreifend, mit Missbrauch von Justizbehörden für Kosten-Hetzjagd gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen vom Oberverwaltungsgericht an das Amtsgericht Velbert und mit sozialer Zerschlagung an das Amtsgericht Mettmann weitergeleitet

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Unter Bezugnahme auf vorhergehende Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165/196)

Begründung (Fortsetzung mit laufender Nummerierung)

<u>BVERFG-370.</u> Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022 und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen <u>Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz</u> zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
<u>Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz</u> vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz <u>vor</u> Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „<u>verbrannte Erde</u>“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China),

Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .

<u>BVERFG-371.</u> Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert).
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum.
Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof.
Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, <u>wenn:</u>
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will
> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, <u>Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998,</u> unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet <u>Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör)</u> für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises

BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
Aushebelung der Justiz
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit:
Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin, Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.

Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)
Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen) und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen,
Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.
Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.

BVERFG-374. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Zu BVERFG-370. Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022 und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China), Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .

Der Beschwerdeführer hat tiefste Besorgnis über das zunehmend fehlende Unrechtsbewusstsein nachrückender Generationen in Politik, Verwaltung und Justiz. Im Januar 2022 wurde das 80-jährige Gedenken an die

Wannsee-Konferenz in 1942 begangen. Zu jenem Zeitpunkt (1942) war der Beschwerdeführer gerade 3 Monate alt, das Gedenken hat ihn verständlicher Weise besonders berührt. Sein Vater, als Besitzer einer sog. vollautomatisierten Kunstmühle zum Zwecke der Mehlversorgung der Bevölkerung vom Kriegsdienst befreit, wurde von Hitler-Deutschland in den Russland-Feldzug gezwungen. Im Juni 1942 begann mit der Schlacht bei **Charkow und am Asowschen Meer (Ukraine)** die Sommer-Offensive der deutschen Wehrmacht. Im Sommer 1945 starb sein Vater in russischer Kriegsgefangenschaft und wurde in **Kramatorsk (Ukraine)** beerdigt.
2022: Wiederwahl von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Beschwerdeführer erhebt Einspruch gegen Wiederwahl (Kapitel **BVRFG-350** der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22), danach (10 Tage später) Russisch-Ukrainischer Krieg seit 24.Feb.2022
27.02.2022: Zeitenwende mit Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Russland-Ukraine-Krieg und anschließender Aussprache. Alle Mitglieder des ehemaligen politischen Machtzentrum müssen sich fragen, wer den russischen Präsidenten Putin zu diesen Menschen verachtenden Angriffskrieg befähigt hat.
Alt-Bundeskanzlerin wird inzwischen öffentlich kritisiert.

Am 13.Februar 2022 ist Frank-Walter Steinmeier für eine zweite Amtszeit als Bundespräsident wiedergewählt worden. Der Beschwerdeführer hat Einspruch gegen die Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Schreiben vom 02.Jan.2022 / 11.Jan.2022 an die Präsidentin des Deutschen Bundestags erhoben

Mit Schreiben vom 2.Januar 2022 an die Präsidentin des Deutschen Bundestags: .
Sieh Anlage VB-01 in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22.
„ Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht wieder gewählt werden soll, und wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund,
einen Grund, den er lieber verschweigen möchte:
Seine Vergangenheit
als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.

Vorweg: Nur die Wahrheit zählt. Der Unterzeichner respektiert die Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland und erwartet, dass deutsche Staatsorgane endlich seine Grundrechte respektieren.

Anlage VB-01 inkl. Anlagen VB-AA, DB-01, DB-02, DB-03
Schreiben vom 02.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlage VB-02
Schreiben vom 11.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 49)

Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,

bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.
Sein Vater (Beschwerdeführer) hatte in 1942 einen
vollautomatisierten Mühlenbetrieb zur Mehlversorgung der Bevölkerung und wurde vom Hitler-Deutschland in den russischen Feldzug gezwungen, um in Kramatorsk / Ukraine beerdigt zu werden. Der Beschwerdeführer hatte ein
volldigitalisiertes Unternehmen bis zum Jahr 2000 aufgebaut:
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind und bleibensein herausragendes Lebenswerk,
das in 1998 von der Bundesregierung unter **Schröder / Steinmeier** zur Zerschlagung freigegeben wurde, dessen Zerschlagung seit 2005 von der Bundesregierung unter **Merkel** nachgehalten wurde und
das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie mit aktiver Mitwirkung an diesem Lebenswerk beteiligt sind:
Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Das weltweit größte Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche unter seiner Regie in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Jetzt ist wieder Krieg in der Ukraine, in Charkow und am Asowschen Meer.
Der Beschwerdeführer beklagt

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, im 81.Lebensjahr, unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Politisch motivierten Zerschlagungen einer Sippenzerschlagung seit über 20 Jahren, es geht, unter **persönlicher Verantwortung von Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,** hier unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks**,
um die Beteiligung bei der Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes (Kläger) unter

Gerhard Schröder (1998-2005 Bundeskanzler, Jahrgang 1944, heute sanktionierter „Lobbyist“eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes, Krieg verursachender Profiteur mit Riesenschaden für Deutschland, Europa und der freien Welt.
Schröder war als Ministerpräsident im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, der Kläger hat ihn persönlich eingeladen, in Abstimmung mit einem qualifizierten Congressleiter, und sein Thema vorgeschlagen:
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down after link to ONLINE'91

Frank-Walter Steinmeier (1999-2005 Chef des Bundeskanzleramtes, Jahrgang 1956, Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder, heute Bundespräsident), direkt persönlich involviert mit Zerschlagung der Existenzgrundlage,
wurde anlässlich der ONLINE'91 von Schröder als Medienreferent eingestellt, nach 2005 in führender politischer Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg mit Russland/Putin-Nähe**

Dr. Angela Merkel (2005-2021 Bundeskanzlerin, Jahrgang 1954, Fortsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis 2021), direkt persönlich involviert, mit Enteignung des Digitalgipfels seit 2006 (Zerstörung der Existenz-Grundlage), in vorderster Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg mit Russland/Putin-Nähe**, ohne Reue und Selbstkritik an Ihrer Russland-Politik, geschweige denn Digitalpolitik, Energiepolitik, Sicherheitspolitik u.a.m.

Dr. Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayerns seit 2019 und Schirmherr des neu ernannten 4.Volksstamms in Bayern, der Sudetendeutschen, Jahrgang 1967, mit bestem Kontakt zu Merkel, persönlich verantwortlich für eine Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder, bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod in 2012, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort des Klägers, mit langjähriger Unterstützung durch das Verwaltungsgericht Regensburg, mit 2

ähnlichen Urteilen wie am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18).

Er und sein Bruder hatten nicht den Hauch einer Chance gegen dieses Machtzentrum mit Immunitätsschutz. Schröder, Steinmeier, Merkel haben verbrannte Erde hinterlassen: Sieh Anlage OVG-11.
Westdeutscher Rundfunk hat mit Widerspruchsbescheid noch während der letzten Verfassungsbeschwerde ein weiteres Klageverfahren ausgelöst.
Im Widerspruchsbescheid wird die Wahrheit in strafbarer Weise gebeugt (Verleumdung). Der Widerspruchsbescheid ist verfassungswidrig, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. Rechtsanwendungen aus dem Widerspruchsbescheid haben daher Null Rechtskraft, sie sind verfassungswidrig. Der Widerspruchsbescheid wird verursacht durch ein verwaltungsgerichtliches Urteil (27 K 4325/18), in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wurden.
Längst nachgewiesen ist die persönliche Verantwortung der politisch motivierten Zerschlagungen unter **Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder, einem politischen Machtzentrum, das hinter Immunitätsschutz nicht angreifbar ist** und ihre Opfer deutscher Justiz und deutscher Verwaltung überlassen hat,
mit verfassungswidrigen Auswüchsen zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks inkl. beklagten WDR :

Das Zerschlagungsopfer beklagt:

Politisch motivierte Zerschlagungen
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk:
Im Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf wurde u.a. überzeugend nachgewiesen
Missbrauch des Presserechts für Erstellung multimedialer Raubkopien z.B.zu Management-Symposium I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Missbrauch für Planungskonferenzen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998. Dies ist **selbsterklärend die Anerkennung für die hohe Qualifikation der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, wenn ein gebühren-finanzierter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk die Teilnehmer-Finanzierung von privatrechtlichen Congressmessen mit multimedialen Raubkopien unter Vortäuschung von Presserecht untergräbt. Das Verwaltungsgericht hat **qualifizierte Zeugenaussagen nicht zugelassen**. Es ist naheliegend, dass das „Corpus delicti“ im Multimedia-Archiv von Phoenix (Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF, gegründet 1997) einsehbar ist. Darüber hinaus ist bis heute **Rundfunksperre** zu den verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der Intendanten angeordnet. Polit-Magazine sind für das Zerschlagungsopfer versperrt.
Vertretungsberechtigte im Sinne des § 18 Abs. 1 Medienstaatsvertrag, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz, vom Kläger mehrfach angeschrieben,
Dr.Thomas Bellut, ZDF-Intendant (seit 03/2022 Dr. Norbert Himmler)
Tom Buhrow, WDR-Intendant
Das Urteil des Verwaltungsgerichts hat Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt. Rechtsbeugung in schweren Fällen ist strafbar. **Im Verfahren** 27 K 4325/18 wurde der WDR-Intendant als Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beklagt. Die umfassende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit 530 Seiten zeigt die Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung dezidiert auf.

> Zerschlagung am Wohnort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm
professionellem Verlagsservice

Wahrheit ist, dass der Beschwerdeführer es geschafft hat, als Unternehmensberater in den 1970er Jahren,
aus 5 Wochenseminaren (ONLINE-Seminarreihe, durchgeführt in D, A, CH)
die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professionellem Verlagsservice für digitales Innovationswachstum zu entwickeln und damit eine digitale Innovationselite (New Economy) in Deutschland aufzubauen.
Auf seinen Messen dominierte Congress-Qualität für digitales Innovationswachstum mit Unterstützung durch ebenso qualifizierte Beratungs-, Demo- und Informationsständen der begleitenden Fachausstellung rund um die Congress-Säle großer Congress-Centren und nicht die Ausstellungs-Masse in Messehallen. Diese Europäischen Congressmessen und mit ihnen die digitale Innovationselite wurden von Schröder/Steinmeier eliminiert, mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde der weltweit größte Auktionsbetrag aller Zeiten zur Sanierung des Bundeshaushalts (etwa ¼ des Bundeshaushalts) missbraucht und so in Abstimmung mit der IG Metall eine Umverteilung zu Gunsten der Automobil-Branche erzwungen. Die Aussperrung wurde unter Steinmeier / Merkel unüberwindbar betoniert.
Die Eliminierung der digitalen Innovationselite ist ein Friedensverbrechen, die Täter sind Friedensverbrecher. Täter sind der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) und sein Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier. Verheerende Folgewirkungen wirken bis heute nach. Der Digitalisierungsnotstand in Deutschland ist hinreichend bekannt. Besonders nachteilhaft ist heute die Digitalisierungsabhängigkeit von China.
Die Eliminierung der digitalen Innovationselite, New Economy oder auch Net Economy genannt, betraf die Hauptkunden, Referenten, Aussteller und Besucher der Europäischen Congressmessen des Opfers.
Die staatliche UMTS-Auktion 2000 hatte verheerende Folgewirkungen. Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und war direkt beteiligt, heute mit Rundfunksperre und damals u.a.. mit
Missbrauch des Presserechts für Erstellung multimedialer Raubkopien z.B.zu Management-Symposium I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Missbrauch für Planungskonferenzen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, Aussperrung von Politmagazinen
Im Zuge der verheerenden Folgewirkungen war das Zerschlagungsopfer zur Einstellung seiner Congressmessen gezwungen (ausgehebelt),
sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice musste abrupt eingestellt werden
Seit 2003 hat das Zerschlagungsopfer keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft. Intensive Bemühungen um Fortsetzung und Wiederaufbau der Congressmessen wurden von der Bundeskanzlerin und dem Bundesaußenminister ihrer GROKO-Kabinette (Merkel I, III, IV) sowie im Kabinett Merkel II (CDU/CSU/FDP) auch von Guido Westerwelle, Rainer Brüderle und Philipp Rösler (alle FDP) einfach nicht beantwortet.

> Zerschlagung am Geburtsort
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder als Anerbe des elterlichen Unternehmens seit 1998, mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod unter persönlicher Verantwortung von Söder (für Todesopfer 2012), mit Nachlassinsolvenz über Wohn-Immobilie, Geschäfts-Immobilie, Miethaus-Immobilie: **Söder** hat wie ein Trittbrettfahrer des Berliner Machtzentrums die Zerschlagung am Wohnort zur Zerschlagung am Geburtsort ausgenutzt. Die Zerschlagung zeigt die fatalen Auswirkungen einer kriminellen Zerschlagungspolitik über die Digitalbranche hinaus dank einer verfassungswidrigen Zerschlagungsjustiz in Deutschland am Beispiel des verwaltungsgerichtliche Verfahrens 27 K 4325/18, stets nach demselben

Muster: Verfassungswidriges Urteil in der 1.Instanz und anschließend die Verweigerung der 2.Instanz. Entgegen Art.34 GG verweigern auch ordentliche Gerichte rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG (2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal).

Wahrheit ist, dass sein Bruder als Anerbe eines alten Müllergeschlechts einen qualifizierten Lebensmittelbetrieb aufgebaut hat, mit besten Auszeichnungen wie z.B. Goldmedaille auf der Grünen Woche in Berlin und mit Vertrieb über mehr als 40 Verkaufsstellen, überwiegend bei EDEKA, dass er eine wassergetriebene Turbine zur Erzeugung von grünem Strom betrieben hat, und ein Besucher-attraktives Damwild-Gehege unterhalten hat. Zur Geschäftsabsicherung hatte er ein Wohnhaus, ein neueres Geschäftshaus und eine vermietete Wohn-Immobilie. Dieser Lebensmittelbetrieb stand einem CSU-Wahlkampf-Projekt unter sudetendeutscher Projektleitung entgegen. Söder ist Schirmherr des sudetendeutschen Volksstamms in Bayern (neu ernannter 4.Volksstamm in Bayern). Mit einer Menschen verachtenden Treib- und Hetzjagd seit 1998 wurde sein Bruder in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod getrieben. Nachlassinsolvenz für das Erbe seines Bruder und die Fortsetzung Opfer diskriminierender Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Regensburg mit verfassungswidrigen Urteilen der 1.Instanz und Verweigerung von rechtlichem Gehör in der 2.Instanz. Diese Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig. Alle verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu einer krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wie am Verwaltungsgericht Düsseldorf laufen nach diesem Muster. Längst nachgewiesen und 1000 mal erklärt ist der kausale Zusammenhang mit der Zerschlagung am Wohnort unter Schröder/Steinmeier/Merkel

Wahrheit ist, dass die Europäischen Congressmessen und mit ihnen die digitale Innovationselite in Deutschland **von Schröder/Steinmeier eliminiert wurden**, mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde der weltweit größte Auktionsbetrag aller Zeiten zur Sanierung des Bundeshaushalts missbraucht und in Abstimmung mit der IG Metall eine Umverteilung zu Gunsten der Automobil-Branche erzwungen. Schröder und Steinmeier kannten die Congressmessen: Schröder war selbst beteiligt auf der Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, Steinmeier wurde von Schröder zur ONLINE'91 als Medienreferent in der Staatskanzlei von Hannover eingestellt:
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Click auf 1988-1991 und auf weitere Sprecher
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Wahrheit ist, dass Schröder und Steinmeier mit Taten immer verbunden waren, aus heutiger Sicht in verwerflicher Kumpanei, gemeinsam von 1991 bis 2005 bei der Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland und parallel nach 2005: Schröder als Putin-Berater und Putin-Freund bei der Umsetzung deutscher Energie-Abhängigkeit von Russland,
Steinmeier als Weggefährte und Büroleiter von Schröder, als Chef in dessen Bundeskanzleramt, nach 2005 als Bundesaußenminister in mehreren GROKO-Kabinetten von Merkel und seit 2017 als Bundespräsident auf Vorschlag von Merkel. Sieh
Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung

Beide sind gemeinschaftlich hauptverantwortlich für eine gigantische Zerschlagungspolitik, die mit der Zerschlagung und Eliminierung der digitalen Innovationselite (New Economy, Net Economy) in Deutschland den Grundstein für den digitalen Niedergang, für die Umverteilung von der Digital-Branche an die Automobilbranche, den Digitalisierungsnotstand und die Chip-Abhängigkeit

insbesondere von China gelegt haben. Mit den Merkel-Kabinetten wurde die Zerschlagung unumkehrbar gemacht („betoniert“).
Ukraine-Krieg-Zeitenwende: Aktuelle Faktenlage mit Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier (Bundesaußenminister bis 2017!) / Merkel

Der Ukraine-Krieg wird vorrangig mit deutscher Energie-Abhängigkeit vom russischen Aggressor finanziert. Verantwortlich für deutsche Energie-Abhängigkeit sind **Schröder / Steinmeier / Merkel**
Mit dem Georgien / Kaukasus-Krieg 2008 längst vorhersehbar.
Mit der Maidan-Revolution in Kiew 2013/2014 längst vorhersehbar, weil unter russischem Druck das Assoziierungsabkommen mit der EU verweigert wurde.
Mit der Krim-Annexion seit 2014 und dem anschließenden Donbass-Krieg längst vorhersehbar.
Mit der russischen Invasion am 24.Feb.2022 in der Ukraine zur
Ukraine-Krieg-Zeitenwende:
Schröder hat die Seiten gewechselt, Merkel ist in den Ruhestand, zeigt weder Reue noch Selbstkritik für ihre Russlandpolitik und Steinmeier macht seine Zeitenwende, nach der Ukraine-Krieg-Zeitenwende mit schweren Vorwürfen gegen Schröder / Steinmeier / Merkel. Solche Vorwürfe sind nicht eine Erfindung des Zerschlagungsopfers. Das ist nur die Wahrheit.
Zur Klarstellung: Das respektable erste Staatsorgan wird vom Amtsinhaber selbst beschädigt und nicht vom Zerschlagungsopfer, das stets den geforderten Respekt gezeigt hat im Gegensatz zur deutschen Justiz, die Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte des Zerschlagungsopfers ständig „mit Füßen tritt “ und Verfassungsbeschwerden in einer Vielzahl verursachen, die vom Bundesverfassungsgericht wieder kritisiert wird.

Schröder / Steinmeier / Merkel haben „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China), Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und der nachfolgenden Ausgrenzung durch Steinmeier / Merkel in allen Schröder / Merkel-Kabinetten und durch öffentlich-rechtlichem Rundfunk (alle Anschreiben an die Intendanten ohne Beantwortung, Rundfunksperre ohne Zugang zu Politmagazinen) hatte das Zerschlagungsopfer nicht den Hauch einer Chance und ist heute:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Wegen Schröder / Steinmeier / Merkel: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk einschließlich WDR betreibt Rundfunksperre zu verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und zu politisch motivierten Zerschlagungen. Der Zugang zu Politmagazinen ist nicht möglich, wurde sogar bei Telefonaten bestätigt.

Das Zerschlagungsopfer hat
mit 2 höflichen Briefen im Sommer 2018 an Bundespräsident Steinmeier seine Unterstützung als Brückenbauer beim Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen erbeten, die Briefe wurden nicht einmal beantwortet,

Brückenbauer-Hilfe für seine Zerschlagungsopfer war beim Täter nicht verfügbar.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22, 29)

Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestags bis 2021,
wurde vom Unterzeichner 6 mal angeschrieben, zum letzten Mal mit
Schreiben von 17.Juni 2019 in Kopie an den Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts wegen

Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier
Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019 und
dieses Schreiben zusätzlich nachlesbar in meiner vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)

Das Zerschlagungsopfer hat
mit 2 Briefen an die Präsidentin des Deutschen Bundestags in der ersten Januar-Hälfte 2022 und mit der Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 gegen die Wiederwahl von Steinmeier aus persönlicher Erfahrung zutiefst begründeten Einspruch erhoben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38/49)

Heute sind viele Todesopfer nicht nur in der Ukraine zu beklagen, sondern auch in Russland, dank Putin, seiner Freunde, seiner Helfer und Helfershelfer. Darüber hinaus:
Das Zerschlagungsopfer beklagt seit 2012 seinen Bruder als Todesopfer einer eskalierenden Zerschlagungspolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
es beklagt auch den Tod seines Vaters in der Ukraine unter Hitler in 1945

Das Zerschlagungsopfer hat mit seiner Zerschlagung seit 1998 schweren Schaden hinnehmen müssen, und Ende ist immer noch nicht in Sicht.
Zerschlagen wurde seine komplette Unternehmensgruppe einschließlich Infrastruktur, Lieferkette, Besucherstamm und Referentenstamm,
mit stattlicher Geschäftsimmobilie und geräumigen Geschäftshaus inkl. Fuhrpark
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf

mit musterhafter Volldigitalisierung bereits im Jahr 2000 für Kommunikation und Geschäftsverkehr mit Kunden, Besucher, Referenten, Aussteller, hochqualifizierte Lieferkette, Besucherstamm und Referentenstamm aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team an PC-Arbeitsplätzen in einem Ethernet-basierten Firmennetz, mit High-Speed-Internetanschluss, mit der führenden Datenbank für Congressmessen, ohne Vergleich in Deutschland:
http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf
mit Datenbank-Server, Email-Server, Dokumenten-Server, mit Zugang zu schnellem Internet an allen Arbeitsplätzen, mit einem Internet-Portal einschließlich mehrerer Subdomänen. Alles schon im Jahr 2000 und jetzt alles zerschlagen! Dank Schröder/Steinmeier und Merkel!
In 2003 musste die Durchführung der Europäischen Congressmessen eingestellt werden, alle Mitarbeiter*innen mussten gekündigt werden, das Zerschlagungsopfer hat seitdem keinerlei Einnahmen mehraus Beruf und Geschäft. Heute erzwingt dieser Staat Zwangsmaßnahmen gegen seine Rente auf Pfändungsschutzkonto. Seit 2003:
20 Jahre Weiterentwicklung der Congressmessen wurden unterbunden:

Weiterentwicklung unter dem Einfluss des digitalen Mobilfunks (UMTS/3G, LTE/4G, 5G), unter neuen Möglichkeiten des „Streaming“ (z.B. YouTube), unter Weiterentwicklung des Online-Marketing u.v.a.m..
In 2007 musste er einen seiner früheren Rechtsanwälte um Hilfe bitten, weil das **Bundesamt für Justiz, mit Überwachung der Zerschlagung beauftragt,** ihm ohne Grund und ohne Beweis Insolvenzverschleppung vorgeworfen hat. Was hätte das Zerschlagungsopfer mit seinen Congressmessen leisten können! Statt dessen musste er auch noch die Zerschlagung seines Bruders am Geburtsort hinnehmen. Alles nachgewiesen.
In 2009 hat die staatliche Computermesse CeBIT 250 Mio EUR als Verlustausgleich erhalten und musste trotzdem in 2018 ihre Tore schließen, dem Zerschlagungsopfer wird bis heute Schadenersatz verweigert, geschweige denn eine angemessene Unterstützung für eine professionell operierende, wettbewerbsfähige Congressmesse gewährt.
In 2010 waren ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht. Seitdem ist er gezwungen, bis heute ohne Rechtsanwalt Gerichtsverfahren zu bestreiten, für sich und seinen verstorbenen Bruder. Er musste lernen, mit Verfassungsbeschwerden die totale Vernichtung abzuwehren
Seit 2010, nach Anrufung des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags mit Petitionen, muss er politisch motivierte Sklavenhaltung hinnehmen.
Politisch motivierte Sklavenhaltung: Ständige Generierung neuer Gerichtsverfahren, hintereinander und parallel, Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifend, an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann, am Landgericht, an Verwaltungsgerichten, an Sozialgerichten, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ausschließlich **wegen verfassungswidriger Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz und deren Vorrang vor Gerichtsverfahren wegen verheerender Folgewirkungen der wirtschaftlichen Zerschlagung**, ohne Respektieren von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, mit Freiheitsberaubung, mit sozialer Zerschlagung und psychischer Folter, mit Todesopfer, ohne Schuldgefühle in Politik/Verwaltung/Justiz/Justizbehörden

Heute im 81.Lebensjahr (2022) wird das Zerschlagungsopfer ermutigt, den Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen zu betreiben, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne besondere Kapitalausstattung. Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.

Wahrheit ist, dass das Zerschlagungsopfer seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, ohne Kreditmöglichkeiten, dass es in Anbetracht politisch motivierter Sklavenhaltung überhaupt nicht in der Lage ist, den Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen ernsthaft anzugehen.

Mit einer erdrückender Beweislage längst nachgewiesen.
Der Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 ist am 25.02.2022 eingegangen. Sieh Anlage 21. Der Bescheid ist so was von verfassungswidrig von Art.1 Abs.1 GG bis Art.34 GG bis Art.103 Abs.1 GG u.a.m:.
Art.34 GG: „Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.“
Wo bleibt der Rückgriff auf Schröder, Steinmeier & Co und ihre Helfershelfer?
Auch bei einem verfassungswidrigem Urteil Im Verfahren 27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf bleibt die Rechtshängigkeit beim Verwaltungsgericht Düsseldorf.

Siehe Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.
Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.

Der Kläger besteht mit Fortsetzung der Klage auf
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.

Zu BVERFG-371. Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert).
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum.
Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof.
Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, wenn:
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will
> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör) für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises

Anzufechtende Hoheitsakte sind hier aufgelistet und in den Anlagen einzusehen::

Anlage OVG-10:
Schreiben des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 31.März 2022 (eingegangen am 05.04.2022) zur neuen Klage 27 K 2672/22 mit Abänderung des Beklagten, falschem Eingangsdatum, Ankündigung einer Einzelrichter-Übertragung

Anlage OVG-08:
Beschluss 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) mit abgeänderter Bezeichnung des Beklagten und mit Einzelrichter-Übertragung, zeitgleich (eingegangen am 20.04.2022) mit Ladung durch Einzelrichter zum 03.Mai 2022 ohne die Möglichkeit eines vorherigen Einspruchs gegen den Einzelrichter-Beschluss

Anlage VB-41:
Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf)
vom 19.Mai 2022 des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen mit Verwerfung der Beschwerde

Anlage VB-44:
Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022
Hier: Beschluss 2 E 395/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) des Oberverwaltungsgerichtes für das Land NRW mit Versagung von rechtlichem Gehör zu wesentlichen Punkten der Anhörungsrüge

Anlage VB-45: Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes 24.Mai 2022
Hier: Sitzungsdokumentation und Beschluss 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022 durch Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ohne Hinweis, dass der Kläger mit Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung wegen des aktuellen Ablehnungsgesuch schriftlich (Schriftsatz vom 16.Mai 2022) tatsächlich abgesagt hatte.

Anlage VB-46: Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch,
mit 1.Beschwerde vom 25.April 2022 (Anlage OVG-12) und mit wiederholter Beschwerde vom 08.Mai 2022 (Anlage VB-43 mit Anlage OVG-12) will Kläger mit nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) und mit Nicht-Beachtung der Beschwerde in Verhandlungen verwickeln: **Rechtswidrig bei Ablehnungsgesuch und mit rechtswidriger Verfügung (Bl.135) wegen Ablehnungsgesuch.** Wegen unleserlicher, fehlerhafter Seiten-Nummerierung ab Bl.76 mit ungelöster Heftung an Bundesverfassungsgericht weitergeleitet.

Verfassungsbeschwerde übergreifende Weiterleitung an das Amtsgericht Velbert mit Beschlüssen vom 10.06.2022 und 14.06.2022: Sieh
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer und Alter diskriminierende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022) und vom 14.06.2022 (eingegangen am 21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer
aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf.
Das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum, in dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden kann, wenn die Kosten-Hetzjagd aus

einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf parallel am Amtsgericht Velbert einfach weiter geführt wird. Das ist
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit und daher in zugehörigen Verfassungsbeschwerden dezidiert zu bekämpfen.
Das Amtsgericht Velbert ist seit 2010 in die Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen gegen das Opfer involviert und hat es nicht einmal als notwendig erachtet, auf die entscheidungsrelevanten Gründe der Punkte 01 bis 05 einzugehen.

Der Kläger wurde bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 zum vorhergehenden Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 vom Mitbeklagten WDR (ÖRR beklagt) gezwungen, erneut Klage zu eröffnen, um einen verfassungswidrigen Widerspruchsbescheid abzuwehren.
Sieh Anlage OVG-11:
Schriftsatz vom 18.März 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), **weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden mit aktuellem Bezug zu russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und
Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022**

165. Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz

Daher: Zurückweisung des Widerspruchsbescheid mit Schreiben vom 10.März 2022 an WDR-Beitragsservice und
Weiterleitung dieser Zurückweisung an Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 beim Bundesverfassungsgericht.
Widerspruchsbescheid: Fortsetzung von verfassungswidrigen Auswüchsen zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung zusätzlich,
verfassungswidrig gemäß Art.34 GG, beugt die Wahrheit in strafbarem Ausmaß (Verleumdung) und zeigt die Verwicklung einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid im Lichte der Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen OVG-11 mit zugehörigen Anlagen VB-26, VB-22, VB-21, VB-217z(3), VB-AA, VB-208, VB-209, VB-210, VB-211z, VB-212z, VB-213z, VB-214z, VB-211z, VB-215z, VB-216z

Der Einspruch gegen den Widerspruchsbescheid trotz laufender Verfassungsbeschwerde war unvermeidbar, weil dieser ohne Einspruch Wirkung erhält. So wurde das neue Gerichtsverfahren gegen den Beklagten (ÖRR) durch einen Mitbeklagten (WDR ist Teil des ÖRR) erzwungen**.**
Der Kläger hat neues Beweismaterial zur herausragenden Qualifikation seiner Europäischen Congressmessen und ihre Bedeutung für die neuen Medien im

digitalen Zeitalter vorgelegt sowie neue Beweiskraft für die persönliche Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland aufgezeigt:
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums.

Es ist ungeheuerlich, vom Verwaltungsgericht einen Brief zu erhalten mit dem Hinweis, dass „die Kammer den Rechtsstreit in der Regel einem ihrer Mitglieder als Einzelrichter übertragen soll, wenn die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat“, ohne dies zu erläutern.

§6 Abs.1 VwGO wird missbraucht als Willkür-Freibrief für Manipulation von Verfahren, Wahrheit, Recht und Verfassung ohne Mehrrichter-Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagungen. Sieh
Anlage OVG-10:
Schreiben des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 31.März 2022 (eingegangen am 05.04.2022) zur neuen Klage 27 K 2672/22 mit Abänderung des Beklagten, falschem Eingangsdatum, Ankündigung eines Einzelrichter-Übertragung

Weil dieser Brief nicht hinnehmbare Feststellungen enthalten hat, war ein sofortiger Einspruch notwendig: Sieh selbsterklärende Kurz-Doku von
Anlage OVG-09:
Schriftsatz vom 15.April 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Antrag auf Prozesskostenhilfe, auf Richtigstellung von Eingangsdatum, von Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren (1.Einspruch)

166. Extreme Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art seit 1998:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
Antrag auf Richtigstellung von Eingangsdatum, Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren
Auf früheren Congressmessen ÖRR präsent z.B. mit
Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,
Intendant des Südwestfunk und ARD-Vorsitzender,
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland,
Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand
Heute ÖRR beklagt wegen Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen, verweigert Anwesenheit bei Verurteilung des Zerschlagungsopfers und

verfassungswidriges Urteil als Fake im öffentlichen Netz!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 91)

Schon aus der Kurz-Doku ist erkennbar (detaillierte Ausführungen beiliegend), dass der Kläger mit seinen Europäischen Congressmessen (nicht nur **weltweit** größtes Congressangebot mit professioneller Dokumentation, sondern auch mit **weltweit** englischsprachiger Werbung) besondere Verdienste und positive Beziehungen zum beklagten **ÖRR** aufgebaut hat, z.B. mit Beteiligung führender Persönlichkeiten des Beklagten (sieh Anlage OVG-09) u.a.m
Der Schriftsatz vom 15.April 2022 wurde am Dienstag nach Ostern (19.04.2022, termingerecht) übertragen. Fax-Protkoll Seite 31 (letzte Seite in Anlage 09).
Umso mehr überrascht war der Kläger, dass er einen Tag später (20.April 2022) mit förmlicher Zustellung einen Beschluss vom 08.April 2022 und eine Ladung zum 3.Mai 2022 erhalten hat, dass offensichtlich wieder alles Beweismaterial einschließlich qualifizierter Zeugenbeweis unterdrückt wurde von einem Einzelrichter ohne Mehrrichter-Verantwortung und dass auch in den Folgetagen keinerlei Reaktion auf den
1.Einspruch vom 15.April 2022 erfolgt ist. Sieh
Anlage OVG-08:
Beschluss 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) mit abgeänderter Bezeichnung des Beklagten und mit Einzelrichter-Übertragung, zeitgleich (eingegangen am 20.04.2022) mit Ladung durch Einzelrichter zum 03.Mai 2022 ohne die Möglichkeit/Beachtung des vorherigen Einspruchs gegen den Einzelrichter-Beschluss.

Daher

Anlage OVG-12:
2.Einspruch mit Beschwerde nach §146 Abs.1 VwGO an das Oberverwaltungsgericht (Schriftsatz vom 25.April 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf)
gegen Beschluss 27 K 2672/22 vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) und gegen gleichzeitige Ladung vom 13.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022 zusammen mit Beschluss trotz vorausgegangenen Hinweis auf Besorgnis der Befangenheit im Schriftsatz vom 15.04.2022 Seite 4) durch befangenen Einzelrichter, mit Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen, gegen gleichzeitige Zusendung von Mehrrichter-Beschluss 27 K 2672/22 und Ladung durch abgelehnten Einzelrichter im wiederholtem Fall ohne Stellungnahme zu 1.Einspruch
167. Politisch motivierter, neuartiger Kannibalismus in Deutschland:
Jüngere Generation zerschlägt ältere Generation,
Jüngste Generation entsorgt älteste Generation, oder:
Von Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung
zu Alter-Diskriminierung und Alter-Kriminalisierung bzw.
von Generationen-Diskriminierung zu Generationen-Kriminalisierung
Von Sperre an ordentlichen Gerichten wegen Schadenersatz und Rehabilitierung (Art.34 Abs.3 GG)
zu Entrechtung mit sozialer Zerschlagung an Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten.
„Untat“: Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen herausragendem Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice

Zerschlagungsopfer: **Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt** unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe**
168. Beklagt ist der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR), Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Miserable Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.
Verfassungswidriger Missbrauch elektronischer Gerichtsakte ohne Zugang für den Kläger, der auf Grund verheerender Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen seit 2010 keinen Rechtsanwalt mehr zur Verfügung hat.
Verfassungswidrige Benachteiligung: Rechtzeitiger Zugang zu wichtigen elektronischen Akten verwehrt
Verfassungswidrige Aushebelung und Versagung von rechtlichem Gehör trotz Einspruch, aber ohne Beantwortung
Mehrfach verfassungswidriges Verfahren, weil Opfer verhöhnend, Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR
Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen gemäß §54 VwGO mit konkreten auf ihn bezogenen Tatsachen. Antrag an die 27.Kammer auf Einleitung des Befangenheitsverfahrens.
Antrag: Aufhebung der Ladung durch einen befangenen Einzelrichter, Mehr-Richter-Beschluss vom 08.April 2022 anzufechten, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert (nicht unanfechtbar).

Unerträglich: Einbeziehung von Gerichte übergreifende Aktivitäten der Justizbehörden mit orgienartiger Ausuferung vor einem Ladetermin, offensichtlich in Abstimmung mit dem Bundesamt der Justiz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 114)

Anlagen OVG-12 mit zugehörigen Anlagen VGD-05, VGD-06, VGD-07

Anlage VGD-05: **Anlage VB-19**
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf**
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VGD-06: Nicht nur Westdeutscher Rundfunk ist beklagt.
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) inkl.ZDF ist Beklagter,
Absage des WDR ohne Begründung ist verfassungswidrig
Verfassungswidrig ist, wenn überhaupt **kein** Vertreter des ÖRR an der mündlichen Verhandlung teilnimmt. Vertretungsberechtigung des WDR (Justiziariat) ist neu zu bewerten, weiter zu beklagen und zu personalisieren.

Anlage VGD-07: Verfassungswidrig: Zugang zu wichtigen elektronischen Gerichtsakten für den Kläger verwehrt. Schreiben der Vorsitzenden Richterin am Verwaltungsgericht Appelhoff-Klante vom 31.März 2022. Schriftsatz vom 15.April 2022 Seite 5. Fax vom 23.04.2022 an Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht.

Trotz Beschwerde nach §146 Abs.1 VwGO an das Oberverwaltungsgericht (Schriftsatz vom 25.April 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf) wurde vom Verwaltungsgericht der **Ladetermin 3.Mai 2022** nicht aufgehoben. Der Kläger wollte daher den Ladetermin benutzen, um sein Ablehnungsgesuch zu bekräftigen, ohne auf Verhandlungen einzugehen, die sowieso nicht möglich waren, weil der Beklagte (ÖRR) fehlte und der Mitbeklagte (WDR) abgesagt hat. Als er im Verwaltungsgericht eintreten wollte, musste er vom Pförtner erfahren, dass der Ladetermin abgesagt ist. Weil der Geladene verständlicher Weise sehr verwundert war, hat er vom Pförtner eine Telefon-Nummer erhalten, die er anrufen könnte, um die Gründe der Absage zu erfahren. Dies hat der Geladene getan. Am Telefon meldete sich eine weibliche Stimme, der Anrufende konnte nicht in Erfahrung bringen, wer dies war, wurde schroff abgefertigt, indem die Angerufene ohne Begründung die Verbindungsleitung getrennt hat. Das war der 1.Ladetermin.

Aus diesem Grunde hat sich der Kläger entschlossen, dieselbe Beschwerde gemäß Anlage OVG-12 , versehen mit weiteren Anlagen, an das Oberverwaltungsgericht direkt zuzusenden (Umfang 131 Seiten): Sieh **Anlage VB-43:**
2. Zusendung der Beschwerde mit Schriftsatz vom 08.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW
mit 2. Zusendung der Beschwerde nach 1.Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf per Fax am 29.04.2022 und nach Aufhebung der Ladung zum 3.Mai 2022 ohne Vorabinformation
169. Zweite Zusendung der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht
nach erster Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
Altbundeskanzler, Lobbyist von Kriegsverbrecher,
mit Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter Beteiligung des Beklagten (richtig: ÖRR)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Grundgesetz (Art.34 GG) trotz erdrückender Beweislage
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im fortgeschrittenen Rentenalter
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013
> zu politischen Entwicklungen und politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf

Scroll down after link (page 142)
mit den Anlagen OVG-12, OVG-11, OVG-10, OVG-09, OVG-08

Mit förmlicher Zustellung am 10.Mai wurde der Kläger mit der Zusendung einer 2.Ladung mit einer 135-seitigen Broschüre (Anlage VB-46) überrascht, die er nicht bestellt hatte und auch nicht beantragt hatte. Die Vorsitzende Richterin der 27.Kammer am Verwaltungsgericht Düsseldorf hat im Schreiben vom 31.März 2022 (Anlage OVG-10) mit einem Hinweis auf die elektronische Führung der Gerichtsakten angeboten, diese an einem Computerarbeitsplatz des Gerichts einzusehen. Schon aus Höflichkeit wollte der Kläger dieses Angebot nicht unbeachtet lassen. Er hat mit einem persönlichen Email an die Vorsitzende Richterin (Anlage VGD-07 3.Seite) höflich angefragt, ob es möglich ist, kurzfristig einen Termin und Antwort per Email zu erreichen. Er hat jedoch keine Antwort erhalten. Er hat bewusst keine Anfrage an das Gericht der 27.Kammer vorgenommen, um jeden Vorwurf zu vermeiden, dass er sich mit dem Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch in eine Verhandlung eingelassen habe. Der Kläger hatte keine Ahnung, dass der Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Zugriff auf persönliche Emails der Vorsitzenden Richterin hat. In diesem Falle hätte er garantiert keine Email geschrieben.

Es ist ungeheuerlich, aus dem vorliegenden Angebot in einem persönlichen Anschreiben der Vorsitzenden Richterin einen Antrag an den Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch zu machen
und daraus Verhandlungsbereitschaft für einen 2.Ladetermin abzuleiten und diesen **mit einer rechtswidrigen Verfügung (entgegen §47 Abs.1 ZPO)** gemäß BL.135 zu untermauern**.**
Daher: Anlage VB-42:
Schriftsatz vom 16.Mai 2022 mit Zurückweisung rechtswidriger Ladungen und rechtswidriger Verfügung vom 2.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen aktuellem Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022, nach Zurückweisung der 1.Ladung gemäß Beschwerde und Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022
170. Wegen Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022: Rechtswidrige Richter-Handlungen zurückzuweisen, weil nicht verhandlungsfähig Ablehnungsgesuch wurde ordnungsgemäß (§54 VwGO, §§ 41 bis 49 ZPO) vorgenommen
Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, die keinen Aufschub gestatten (§47 Abs.1 ZPO)
Über das Ablehnungsgesuch entscheidet das Gericht, dem der Abgelehnte angehört, ohne dessen Mitwirkung (§45 Abs.1 ZPO)
Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung zum 24.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 161)

Die Qualität dieser gehefteten Broschüre ist nicht sehr anspruchsvoll. Sie ist nicht Gegenstand von Verhandlungen gewesen. Leider ist auch die Seiten-Nummerierung ab Bl. 76 nicht mehr leserlich. Der Kläger hat es unterlassen, die Heftung zu lösen, um den Eindruck einer Manipulation nicht aufkommen zu lassen. Sie ist ein Beweis für den untauglichen und rechtswidrigen Versuch eines Einzelrichters mit Ablehnungsgesuch, der Kläger habe sich auf Verhandlungen eingelassen. Sie ist aber auch ein Beweis, wie mit der elektronischen Führung Gerichtsakte und Gerichtsverfahren manipuliert werden können.
Mit Zurückweisung rechtswidriger Ladungen und rechtswidriger Verfügung wegen Ablehnungsgesuch gemäß Schriftsatz vom 16.Mai 2022 und mit der 2.Zusendung der Beschwerde mit Schriftsatz vom 08.Mai 2022 direkt an das Oberverwaltungsgericht NRW waren weitere Ladetermine überzeugend zurückgewiesen.

Der Kläger muss verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör des 2.Senats des Oberverwaltungsgericht nach Rechtsmittel einer Anhörungsrüge seit 2012 nicht hinnehmen.
Der Staatsvertrag berechtigt den beklagten ÖRR nicht, mit Missbrauch des Presserechts sich an politisch motivierten Zerschlagungen zu beteiligen, um seinen eigenen Tätigkeitsbereich mit einem neuen Kanal in 1997 (phoenix) auf Kosten einer privatrechtlichen Unternehmensgruppe zu erweitern und dazu nicht einmal in der Lage war.

Die Beschwerde gegen das verwaltungsgerichtliche Verfahren wurde vom 2.Senat zurückgewiesen gemäß **Anlage VB-41:**
Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf)
vom 19.Mai 2022 des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen mit Verwerfung der Beschwerde.

Der Kläger hat termingerecht mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge den Beschluss angefochten: Sieh
Anlage VB-40:
Schriftsatz vom 22.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22) vom 19.Mai 2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW
171. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz:
Opfer verhöhnender Beschluss 2 E 387/22 mit Versagung von rechtlichem Gehör zu mehrfach verfassungswidrigem Verfahren, **weil**
Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch),
Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend,
Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR,
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung.
Nicht beklagt, wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk Köln.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren unter Beteiligung des ÖRR
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit, rechtswidrig: Zeugen-Beweis am Verwaltungsgericht nicht zugelassen
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör für Anspruch auf Mehrrichter-Verfahren auch in der 1.Instanz.
Ohne Rechtskraft: Judikativer Anspruch auf Unanfechtbarkeit,
weil fehlende Respektierung von ordentlichen Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten des Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden.
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Verwaltungsgerichte sind kein grundrechtsfreier Raum: Beklagter ÖRR ist Mittäter
politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Haupttäter: Altbundeskanzler, heute sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, **Helfer und Helfershelfer**, haben sein Lebenswerk zerschlagen, ein herausragendes Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen.
Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK
Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wiederholt:
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)

Die vorstehenden Beschwerdepunkte im Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wurden nicht einmal angesprochen. Daher muss erneut Verfassungsbeschwerde erhoben werden. Voraussetzung dafür ist die Anhörungsrüge. Die Anhörungsrüge kann nicht als unzulässig verworfen werden, weil es dem 2.Senat nicht zusteht, Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte vorzuenthalten und so den Zugang zur Verfassungsbeschwerde zu verhindern. Andernfalls müsste der Beschwerdeführer bereits in der 1.Instanz mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge die Zugangsberechtigung zur Verfassungsbeschwerde erreichen können.

Der Beschwerdeführer hat zeitgleich folgende Beschlüsse gemäß Anlage VB-44 und Anlage VB-45 erhalten: Sieh
Anlage VB-44:
Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022
Hier: Beschluss 2 E 395/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) des Oberverwaltungsgerichtes für das Land NRW mit Versagung von rechtlichem Gehör zu wesentlichen Punkten der Anhörungsrüge
Anlage VB-45: Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes 24.Mai 2022
Hier: Sitzungsdokumentation und Beschluss 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022 durch Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ohne Hinweis, dass der Kläger mit Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung wegen des aktuellen Ablehnungsgesuch schriftlich (Schriftsatz vom 16.Mai 2022 in Anlage VB-42) tatsächlich abgesagt hatte.

Anlage VB-47:
Hinweis vom 14.Juni 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf über
172. Neue Verfassungsbeschwerde
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit Rechte beugender Verweigerung des längst fälligen

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
ohne weitere Verhandlungen mit Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch
inkl.Zurückweisung des Beschlusses 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022
(eingegangen am 01.Juni 2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 204)

Zu BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
Aushebelung der Justiz
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit: Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Der Kläger macht dem Oberverwaltungsgericht den nachgewiesenen Vorwurf: Missachtung des Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG) für wiederholten Antrag auf

> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage (Punkt 1)
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22 (Punkt 2)
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung (Punkt 3)
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises (Punkt 4)

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen nicht nur am Verwaltungsgericht Düsseldorf ist alternativlos.

Es gibt kein Anhörungsrügeverfahren, wie vor der letzten Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 vom Oberverwaltungsgericht praktiziert,
mit Missbrauch von Justizbehörden für eine Verfassungsbeschwerde übergreifende Kosten-Hetzjagd mit Weiterleitung an des Amtsgericht Velbert (Gerichte übergreifend)**.** Anhörungsrügeverfahren sind eine Erfindung des 2:Senats, um gegen Kläger eine Kosten-Hetzjagd unter aktiver, missbräuchlicher Einbeziehung von Justizbehörden in die 2.Instanz vor Abschluss der 2.Instanz zu veranstalten mit fliegendem Wechsel zum Amtsgericht. So wird das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) ausgehebelt.
Das ist verfassungswidrig und anzufechten.
Das Rechtsmittel der Anhörungsrüge wird in einem Gerichtsverfahren letztendlich eingesetzt, um rechtliches Gehör in diesem Verfahren zu erreichen. Seit 2012 verweigert der 2.Senat rechtliches Gehör vor dem Hintergrund politisch motivierter Zerschlagungen unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Der Kläger hat bis heute kein rechtliches Gehör erhalten. Kein einziges Wort zu dem wiederholten Antrag mit 4 Punkten. Das ist verfassungswidrig wegen grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG

Grundrechte hat jeder Bürger, sie sind nicht kostenpflichtig. Deswegen werden alle Kosten zurückgewiesen, auch Kosten nach §154 Abs.2 VwGO. Für die Unanfechtbarkeit fehlen alle Voraussetzungen, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. Für eine Rechtsanwendung von §152a Abs.4 Satz 3 VwGO fehlt jede Voraussetzung aus gleichem Grunde.
Im vorhergehenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 hat der **2.Senat die Anhörungsrüge gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG als Anlass zu einer Gerichte übergreifender Kosten-Hetzjagd unter aktiver Einbeziehung der Justizbehörde in das laufende Gerichtsverfahren mit Gerichtsvollzieher, mit Gerichte und mit Verfassungsbeschwerden übergreifender Weiterleitung an das Amtsgericht Velbert missbraucht**. Nach Abschluss der letzten Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 bleibt nur die Fortsetzung in der neuen Verfassungsbeschwerde nach erneuter Klage 27 K 2672/22
So wird das Amtsgericht zum grundrechtsfreien Raum „getrickst“. Sieh
Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Schreiben 16 M 188/22 vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022) mit Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an das Amtsgericht Velbert (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-01),

Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an den Unterzeichner (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-02)
Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen).
Entscheidungsrelevante Gründe für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags mit 38 Seiten Antwort vom 27.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-48 Zusatz 1: Verfassungswidrige Rechnung vom 2.05.2022 (2 E 387/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700790561003X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 2: Verfassungswidrige Rechnung vom 13.06.2022 (2 E 395/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700792011007X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG

Das Zerschlagungsopfer muss sich derartigen juristischen Schikanen und Tricksereien aussetzen, **um mit Verfassungsbeschwerde verfassungswidrige, Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagden abzuwehren. Das Amtsgericht wird vom Verwaltungsgericht angewiesen, keine Verfassungsbeschwerde zu beachten.** Dazu gehören auch die Rechnungen in Anlage VB-48 Zusatz 1 und Anlage VB-48 Zusatz 2. Sieh
Verfassungsbeschwerde übergreifende Weiterleitung an das Amtsgericht Velbert mit Beschluss vom 10.Juni 2022: Sieh
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer diskriminierende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer
aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf.
Das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum, in dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden kann, wenn die Kosten-Hetzjagd aus einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf parallel am Amtsgericht Velbert einfach weiter geführt wird. Das ist
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit und daher in zugehörigen Verfassungsbeschwerden dezidiert zu bekämpfen.
Das Amtsgericht Velbert ist seit 2010 in die Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen gegen das Opfer involviert und hat es nicht einmal als notwendig erachtet, auf die entscheidungsrelevanten Gründe der Punkte 01 bis 05 einzugehen.
Punkt 01. Der Antrag ist verfassungswidrig, weil er aus einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz resultiert.
Unterzeichner ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenzerschlagung) seit 1998, mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, jetzt im **81.Lebensjahr,**
unter persönlicher Verantwortung eines Bundesländer übergreifenden

politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz als Haupttäter und mit dem Öffentlichem Rundfunk (ÖRR) als Mittäter.
Punkt 02. Forderungsaufstellungen gemäß Anlagen AGV-01 und AGV-02 sind widersprüchlich, rechtswidrig und verfassungswidrig. Anlagen haben eine miserable, Opfer verhöhnende Kopierqualität, mit der ganze Wörter abgeschnitten und Sätze unverständlich gemacht werden.
Rechtswidrig und verfassungswidrig ist die
Gerichtsverfahren übergreifende, Instanzen und Gerichte übergreifende Treib- und Hetzjagd mit Kostenberechnungen aus einem skandalösen Gerichtsverfahren (27 K 4325/18), das mit einem weiteren Gerichtsverfahren (27 K 2672/22) wegen Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung derzeitig fortgesetzt werden muss.
Punkt 03. Es gibt überhaupt keine Klage gegen den Westdeutschen Rundfunk, mit der Forderungen in der Forderungsaufstellung ausgewiesen werden.
sondern seit langem ausschließlich eine Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR einschließlich WDR), Beklagter.
Jede Zwangsmaßnahme ist eine Fortsetzung der Verfassungswidrigkeit.
> Klage gegen den ÖRR wird bis heute nicht zugelassen
> Qualifizierte Zeugenbeweise (mehrere möglich) für die Mittäterschaft des ÖRR (WDR ist Mitglied des ÖRR) bei politisch motivierten Zerschlagungen
werden nicht zugelassen. Der vom ÖRR zugefügte Schaden liegt nachweislich über 100.000 €.
Punkt 04. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht in
der Justizbehörde und auch nicht am Amtsgericht. Grundrechte hängen nicht davon ab, ob sich ein Zerschlagungsopfer noch vertrauenswürdige Rechtsanwälte leisten kann, insbesondere nach kapitalen Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, mit denen er gezwungen wurde, sich im Alter von **über 80 Jahren** selbst verteidigen und Schadenersatzverfahren betreiben zu müssen.
Punkt 05. Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung ist grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG.
Die von der Zentralen Zahlstelle Justiz genannten Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Amtsgerichte Velbert und Mettmann im Doppelpack gegen Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr: Antrag auf Opferschutz, weil weitere Eskalation mit Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung, mit systematischer Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen, sieh
Anlage VB-49
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann im Doppelpack:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice

Zu BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin, Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)
Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen) und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen,
Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.
Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.

Altbundeskanzler Schröder hat sich selbst als Autokanzler bezeichnet. Seine Umverteilungspolitik unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde von **Kanzleramts-Chef Steinmeier** ausgeführt. Mit wem unterhält sich ein

Kanzleramts-Chef, um Bevorzugung des Beklagten (ÖRR) zu erreichen?

Mit dem ARD-Vorsitzenden, mit dem ZDF-Intendanten, mit ARD-Vertretung von Phoenix (Aufbau seit 1997, Gemeinschaftsprojekt von ARD und ZDF, Vertretung der ARD-Seite durch WDR-Intendant)

WDR-Intendanten:
Fritz Pleitgen (1995-2007), **Monika Piel** (2007-2013, ARD-Vorsitzende 2011 und 2012), **Tom Buhrow** (2013 bis heute), **Eva-Maria Michel** (WDR-Justiziarin seit 1.Okt.1997 und stellvertretende WDR-Intendantin seit Jan.2008)
ZDF-Intendanten:
Markus Schächter (2002-2012), seit 1998 Prgrammdirektor, seit 1993 Hauptabteilungsleiter Programmplanung
Thomas Bellut (2012-2022), vorher Programmdirektor (2002-2012)
Norbert Himmler seit 2002

WDR-Justiziarin seit 1.Okt.1997 und stellvertretende WDR-Intendantin diktiert das Verfahren am Verwaltungsgericht und am Oberverwaltungsgericht, verweigert Zeugenbeweis, bestimmt die Beklagten-Bezeichnung, verweigert jede Kommunikation mit dem Kläger, verweigert Teilnahme an öffentlicher Verhandlung (Anlage VGD-06), lässt Anhörungsrüge-Verfahren mit Kosten-Hetzjagd durch aktive Einbeziehung von Justizbehörden mit anschließender Abschiebung an das Amtsgericht ausführen, um anschließend weitere Zwangsmaßnahmen wegen Rundfunkgebühren einzuleiten. Sie ist Mittäterin seit 1998 wegen politisch motivierter Zerschlagungen und an **systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für**
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung. :
Nicht nur der Einzelrichter, sondern die gesamte 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes akzeptiert das skandalöse Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit Personalunion und mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix, ohne irgendeine Erklärung abzugeben, ohne dass auch das ZDF beteiligt wird. ZDF-Beteiligung wird ausgeschlossen, indem die WDR-Justiziarin offensichtlich selbst für alle Vorgänge verantwortlich ist.
WDR-Justiziarin seit 1.Okt.1997 und stellvertretende WDR-Intendantin seit Jan.2008, Eva-Maria Michel, ist am Aufbau von Phoenix beteiligt, ist Mittäterin bei der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen mit besonderem Schutz des beschriebenen Machtzentrums mit Immunitätsschutz.

Extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung ist zu beklagen.
Sieh Anlage OVG-12 mit Anlage VGD-06: Westdeutscher Rundfunk Köln (i.V. Eva-Maria Michel) teilt ohne Begründung mit, dass kein Vertreter an dem Termin der mündlichen Verhandlung teilnehmen wird.
Die genannte WDR-Justiziarin ist seit 1.Okt.1997 ist am Aufbau von Phoenix in 1997 in entscheidender Funktion beteiligt. In 1997 ging es darum, Geschäftsaktivitäten gemäß einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier für das **Gemeinschaftsprojekt von ARD und ZDF, Phoenix, zu übernehmen.**

Hinsichtlich Zeugenbeweis zu Missbrauch multimedialer Raubkopien: Sieh

Anlage OVG-11 Seite 4 und Anlage VB-217z(3) Seite 23
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)
Politisch motivierte Zerschlagungen
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk:
Im Verfahren 27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf wurde u.a. überzeugend nachgewiesen
Missbrauch des Presserechts für Erstellung multimedialer Raubkopien z.B.zu Management-Symposium I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Missbrauch für Planungskonferenzen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998. Dies ist selbsterklärend die Anerkennung für die hohe Qualifikation der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, wenn ein gebühren-finanzierter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk die Teilnehmer-Finanzierung von privatrechtlichen Congressmessen mit multimedialen Raubkopien unter Vortäuschung von Presserecht untergräbt. Das Verwaltungsgericht hat qualifizierte Zeugenaussagen nicht zugelassen.

Der Kläger hat **WDR-Intendantin Monika Piel** mehrfach angeschrieben, auch im Rahmen seiner Petition an den Deutschen Bundestag, sie hat im Januar 2013 nach mehreren Anschreiben ihren Rücktritt aus privaten Gründen angekündigt und ist im April 2013 zurückgetreten.
Anschreiben vom 31.12.2012 und vom 16.01.2013
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anschreiben vom 29.01.2011
im Rahmen der Petition an den Deutschen Bundestag
Frau Monika Piel, ARD-Vorsitzende und Intendantin des WDR
Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Der Kläger hat **nach dem Rücktritt von Monika Piel** mit einer Serie von **12 Briefen an Tom Buhrow (WDR-Intendant)** über den Fortgang politisch motivierter Zerschlagungen laufend informiert: Alle nachlesbar im Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Eva-Maria Michel, seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, war darüber mit Sicherheit informiert, und ist seit 1997 als WDR-Justitiarin an den politisch motivierten Zerschlagungen selbst beteiligt, wie hier aufgezeigt
Der Beschwerdeführer erwartet mit Recht eine Erklärung von der WDR-Justitiarin und vom Verwaltungsgericht Düsseldorf, warum der
Zeugenbeweis für multimediale Raubkopien der ONLINE'98 und deren Missbrauch beim Öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterdrückt wird. Als Hauptzeuge wurde benannt:

R. Uwe Proll, Herausgeber und Chefredakteur des Behörden Spiegel,
Freier Redakteur bei Phoenix (Moderation ONLINE '98), Sitzungsleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 1999-2002 (Zerschlagung 3)
Kontakt: Behörden Spiegel Verlag Berlin, Redaktion, Kaskelstr. 41, 10317 Berlin, Tel 030-557412-0 (Anlage OVG-11 mit Anlage VB-214

Der Beschwerdeführer hat mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge beim Oberverwaltungsgericht angemahnt:
Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wiederholt:
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage

> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises

Weitere Anlagen im Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Berufung) an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
nach Urteil der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf 27 K 5854/13 vom 22.09.2016
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch4.pdf
mit Anlagen V
Schreiben an leitende Personen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Eine Wand des Schweigens: Ohne Antwort! Ohne Empfangsbestätigung!
Statt dessen: Blindwütige Kontopfändungen!
Wiederholte Ablehnung des Angebots zur Mitarbeit in Politmagazinen
Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 € unter Verantwortung der Beklagten in Zerschlagung 3 mit Vorlage von erdrückendem Beweismaterial und Nennung qualifizierter Zeugen,
zu Eingeständnis von Mitwisserschaft und Mittäterschaft durch Rundfunksperre des Beklagten zu einer Maischberger-Sendung über „Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf

Anlage V-1: Schreiben vom 29.01.2011 an
ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel
Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage V-2: Schreiben an **WDR-Intendantin Monika Piel** vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage V-3: Schreiben an **WDR-Intendant Tom Buhrow** vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage V-4: Schreiben an **ARD-Vorsitzenden Fritz Raff** vom 09.10.2007 - „Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage V-5: Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -

„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

Anlage V-6: Schreiben vom 19.01.2013 an **ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut**
Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:
„Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen zum Sozialfall diskriminiert:
Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf

Anlage VI-1
Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe (auch staatlicher Übergriffe)

Anlage VI-2 (nachgereicht im Mai 2017)
Intensive Bemühungen um eine Maischberger-Sendung mit den Schriftsätzen vom 22.April 2017 (a) und 30.April 2017 (b) (Kapitel 01 bis 11)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf

Anlage VI-3a (nachgereicht im Mai 2017)
Schreiben vom 30.Oktober 2007 an Thomas Baumann, ARD-Chefredakteur (2006-2016)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD2.pdf

Anlage VI-3b (nachgereicht im Mai 2017)
Antwort vom 15:Oktober 2007 von Thomas Baumann, ARD-Chefredakteur

Anlage VI-4 (nachgereicht im Mai 2017)
Schreiben vom 09.Oktober 2007 an Monika Piel, Intendantin des WDR
Ähnliche Schreiben
an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff (Anlage V-4)
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
an Prof.Dr. Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks,
an Prof. Ernst Elitz, Intendant des Deutschlandradio,
an Dr. Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks,
an Jobst Plog, Intendant des Norddeutschen Rundfunks,
an Peter Boudgoust, Intendant des Südwestrundfunks,
an Markus Schächter, Intendant des ZDF

Anlage VI-5 (nachgereicht im Mai 2017)
Schreiben vom 16.Oktober 2007 an Monika Piel, Intendantin des WDR
Ähnliche Schreiben
an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff (sieh Anlage V-5)
Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf
an Prof.Dr. Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks,
an Prof. Ernst Elitz, Intendant des Deutschlandradio,
an Dr. Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks,
an Jobst Plog, Intendant des Norddeutschen Rundfunks,
an Peter Boudgoust, Intendant des Südwestrundfunks,
an Markus Schächter, Intendant des ZDF

Zu BVERFG-374. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Auch im Alter gilt: Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven,
ihre Leistungen für Deutschland und Europa sind zu respektieren.
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren,
sind weder verhandelbar, noch strafbar, noch kostenpflichtig
Rechtsbeugung ist strafbar,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! (Art.20 Abs.4 GG).

„Bürger sind keine Untertanen“
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland"
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH‘88
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der der Freien und Hansestadt Hamburg(1988 – 1988), Eröffnungsredner auf der Europäische Kogreßmesse ONLINE ´87 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE ´92
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger,
9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft,
Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > https://ifdt.org/kpf/

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts dir Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochshule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > http://www.euro-online.de/h6.htm#

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später
Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam,
Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse, wegen Qualitätsvorsprung für die **digitale Zukunft in Deutschland, Europa und weltweit**

Albin L. Ockl, Jahrgang 1941, Zerschlagungsopfer,
Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ONLINE und KOMMTECH, Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), als Weiterentwicklung seiner in Europa führenden ONLINE-Seminarreihe (sein Lebenswerk: Von führenden ONLINE-Seminaren zu Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH u.a. mit professionellem Verlagsservice)
> > > http://www.euro-online.de/h6.htm
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

mit einem herausragenden Lebenswerk von Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

Eine deutsche Justiz, die Grundrechte respektiert, respektiert auch ein solches Lebenswerk für die Zukunft von Deutschland und Europa. Daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz!

Die Zerschlagungsopfer am Wohnort und am Geburtsort, der Beschwerdeführer und sein Bruder, hatten nicht den Hauch einer Chance gegen das politische Machtzentrum mit persönlicher Beteiligung von **Schröder/Steinmeier/Merkel und Söder u.a. unter Immunitätsschutz.** Es gibt tatsächlich ein Grundgesetz zum Schutz aller Bürger: **Art.34 GG verpflichtet sowohl den Staat als auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Schadenersatz.**
Das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 4325/18 hat den Beweis geliefert, dass Schadenersatz und Rehabilitierung von deutscher Justiz bis heute mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung entgegen **Art.34 GG** verweigert wird, jetzt zum 3.Mal nachgewiesen mit einem verfassungswidrigem Urteil in der 1.Instanz und mit Versagung von rechtlichem Gehör in der 2.Instanz.

Darüber hinaus:
Soziale Zerschlagung durch einen Sozialversicherungsträger in diesem Umfeld unter Anwendung von Freiheitsberaubung und psychischer Folter noch dazu mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 ist Opfer verhöhnend entgegen der unantastbaren Menschenwürde nach Art.1 Abs.1 GG. Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist grundrechtsgleiches Recht.
Der politische Weg von Schröder/Steinmeier seit 1998 und Merkel seit 2005 ist gepflastert mit hemmungsloser, folgenschwerer Zerschlagungspolitik („verbrannte Erde"), ohne Respektierung von Grundrechten, Menschenrechten, Völkerrechten, ohne echtes Schuldbewusstsein im Angesicht des Butscha-Massakers vor den Toren von Kiew (März 2022).

Die Ausführungen dieses Kapitels beziehen sich auf folgende Anlagen:

Anlage VB-30: Steinmeier: Rußland-Nähe, Mitverantwortung für deutsche Energieabhängigkeit von Russland mit Nord Stream 1 und 2, Mitverantwortung für diskriminierende NATO-Ausgrenzung der Ukraine seit Bukarest 2008 wegen Rußland-Nähe, Mitverantwortung für Russland-Ukraine-Krieg
Ukrainischer Botschafter Andrij Melnyk: Steinmeier hat Spinnennetz an Russland-Kontakten (höchst bedenkliche Nähe zu Russland). Schuld für deutsche Energieabhängigkeit von Russland: Steinmeiers Agieren als Kanzleramtschef und später als Außenminister
Anlage VB-29: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel
Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache
Widerspruch gegen Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam mit Schriftsatz vom 31.März 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-23a: Erneute Zurückweisung von Gerichtskosten inkl. Vollstreckungsankündigung vom 18.03.2022 (eingegangen am 23.03.2022)

Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilung-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen 81-jährigen Rentner mit herausragendem Lebenswerk in Deutschland und Europa
Anlage VB-20a: Schreiben der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22) mit Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 mit Vollstreckungsauftrag der Zentrale Zahlstelle Justiz, 59061 Hamm.
Anlage VB-20b: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779291005X Geschäftszeichen 2 A 3087/2021 001 (100)
Anlage VB-20c: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz **Kassenzeichen X700779317005X** Geschäftszeichen 2 E 995/2021 001 (100)

Das Zerschlagungsopfer hatte nicht den Hauch einer Chance seit 1998, die Zerschlagung mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, die Eliminierung der digitalen Innovationselite wurde in Deutschland mit Rundfunk- und Nachrichtensperre belegt. So haben Schröder/Steinmeier angefangen und sind inzwischen beim Ukraine-Krieg/Zeitenwende angekommen. . Siehe

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, heute mit Digitalisierung-Notlage, mit verheerenden Folgewirkungen für die Digitalisierung, für die Chip-Entwicklung und für die Chip-Produktion in Deutschland, mit Chip-Abhängigkeit von Fernost.
Schröder hat sich abgesetzt, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
Merkel ist Altbundeskanzlerin ohne Reue und Entschuldigung, und Steinmeier heuchelt Reue wegen Russland-Nähe, ohne Verantwortung für die „verbrannte Erde“, für den Scherbenhaufen und die Zerschlagung seit 1998 übernehmen zu wollen, oder wie?
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter **Schröder/Steinmeier/Merkel**
Siehe
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe von Schröder/Steinmeier/Merkel
und es wird weiter zerschlagen was das Zeug hält

Daher längst fällig:Anerkennung des grundgesetzlichen Anspruchs auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen
mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG.

Die Zerschlagungsopfer müssen sich im fortgeschrittenen Renten-Alter mit Opfer verhöhnenden (Ober-)Gerichtsvollzieherinnen und Vollstreckungsgerichten auseinandersetzen, weil mit ihnen Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird. Mehr Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung in einem Sozialstaat geht nicht
und es wird weiter zerschlagen was das Zeug hält: Daher

Antrag auf Opferschutz, auf unverzüglichem Stopp für Opfer verhöhnende Aktionen von (Ober-)Gerichtsvollzieherin und Amtsgericht Velbert mit Zwangsvollstreckungssachen und Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto für Gerichtskosten verfassungswidriger Gerichtsverfahren einer skrupellosen Zerschlagungsjustiz nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und mit professionellem Verlagsservice für digitales Innovationswachstum
Der Beschwerdeführer erinnert an den Einspruch wegen unverhältnismäßiger Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung ohne Limit mit Kapitel 350
nach Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch vom 17.Jan.2022 (123 Seiten) gegen Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165)
und nach anschließender Eskalation zur Ukraine-Krieg-Zeitenwende mit Kampf gegen Wendehälse, verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik.
Opfer-Kriminalisierung mit Opfer/Täter-Tausch, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung: Mehr Generationen-Diskriminierung geht nicht, gegen Rentner im 81.Lebensjahr mit herausragendem Lebenswerk für Deutschland und Europa.

Es ist skrupellos und verfassungswidrig, wenn eine
geballte politische Macht mit persönlicher Verantwortung sich hinter Immunitätsschutz verschanzt und keine Verantwortung übernehmen möchte, wenn der mitverantwortliche öffentlich-rechtliche Rundfunk sich nicht erinnern will, dass er sich an der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen beteiligt hat, obwohl er deren Leistungen nicht ersetzen konnte. Deutschland muss sich nicht wundern, wenn es im internationalem Wettbewerb als europäisches Digitalisierungs-Schlusslicht immer mehr Boden verliert. Selbst **Ukraine-Flüchtlinge erkennen Digitalisierung-Notstand in Deutschland.**

Es ist Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, daher mehrfach verfassungswidrig und darüber hinaus pervers, weil auch noch Pfändungen auf dem Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners zugelassen wird. Es sind Pfändungen durch Rechtsanwälte, unter deren Verantwortung eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, obwohl der Versicherungsträger seit 2010 Jahren keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und nur noch soziale Zerschlagung betreibt.

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk auf Intendanz-Ebene ist direkt beteiligt, mit Verstoß gegen das Presserecht, mit Rundfunksperre zu verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit Aussperrung des Beschwerdeführers von Politmagazinen und mit Verweigerung von Schadenersatz für rechtswidrige Vorteilsnahme aus den Europäischen Congressmessen seit 1998. Es gilt
Art.34 GG: Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden**.**

Velbert, 20.06.2022

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem
professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben.
Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage VB-40:
Schriftsatz vom 22.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22) vom 19.Mai 2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW
171. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz:
Opfer verhöhnender Beschluss 2 E 387/22 mit Versagung von rechtlichem Gehör zu mehrfach verfassungswidrigem Verfahren, weil Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR,
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung.
Nicht beklagt, wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk Köln.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren unter Beteiligung des ÖRR
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit, rechtswidrig: Zeugen-Beweis am Verwaltungsgericht nicht zugelassen
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör für Anspruch auf Mehrrichter-Verfahren auch in der 1.Instanz.
Ohne Rechtskraft: Judikativer Anspruch auf Unanfechtbarkeit, weil fehlende Respektierung von ordentlichen Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten des Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden.
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Verwaltungsgerichte sind kein grundrechtsfreier Raum: Beklagter ÖRR ist Mittäter
politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Haupttäter: Altbundeskanzler, heute sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, ein herausragendes Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen.
Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK
Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wiederholt:
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22

> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)

Anlage VB-41:
Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf)
vom 19.Mai 2022 des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen mit Verwerfung der Beschwerde

Anlage VB-42:
Schriftsatz vom 16.Mai 2022 mit Zurückweisung rechtswidriger Ladungen und rechtswidriger Verfügung vom 2.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen aktuellem Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022, nach Zurückweisung der 1.Ladung gemäß Beschwerde und Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022
170. Wegen Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022: Rechtswidrige Richter-Handlungen zurückzuweisen, weil nicht verhandlungsfähig
Ablehnungsgesuch wurde ordnungsgemäß (§54 VwGO, §§ 41 bis 49 ZPO) vorgenommen
Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, die keinen Aufschub gestatten (§47 Abs.1 ZPO)
Über das Ablehnungsgesuch entscheidet das Gericht, dem der Abgelehnte angehört, ohne dessen Mitwirkung (§45 Abs.1 ZPO)
Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung zum 24.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 161)

Anlage VB-43:
2. Zusendung der Beschwerde mit Schriftsatz vom 08.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW
mit 2. Zusendung der Beschwerde nach 1.Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf per Fax am 29.04.2022 und nach Aufhebung der Ladung zum 3.Mai 2022 ohne Vorabinformation
169. Zweite Zusendung der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht
nach erster Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
Altbundeskanzler, Lobbyist von Kriegsverbrecher,
mit Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter Beteiligung des Beklagten (richtig: ÖRR)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Grundgesetz (Art.34 GG) trotz erdrückender Beweislage
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im fortgeschrittenen Rentenalter
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013
> zu politischen Entwicklungen und politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 142)
mit den Anlagen OVG-12, OVG-11, OVG-10, OVG-09, OVG-08

Anlage OVG-12:
2.Einspruch mit Beschwerde nach §146 Abs.1 VwGO an das Oberverwaltungsgericht (Schriftsatz vom 25.April 2022an das Verwaltungsgericht Düsseldorf)
gegen Beschluss 27 K 2672/22 vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) und gegen gleichzeitige Ladung vom 13.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022 zusammen mit Beschluss trotz vorausgegangenen Hinweis auf Besorgnis der Befangenheit im Schriftsatz vom 15.04.2022 Seite 4) durch befangenen Einzelrichter, mit Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen, gegen gleichzeitige Zusendung von Mehrrichter-Beschluss 27 K 2672/22 und Ladung durch abgelehnten Einzelrichter im wiederholtem Fall ohne Stellungnahme zu 1.Einspruch
167. Politisch motivierter, neuartiger Kannibalismus in Deutschland:
Jüngere Generation zerschlägt ältere Generation,
Jüngste Generation entsorgt älteste Generation, oder:
Von Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung
zu Alter-Diskriminierung und Alter-Kriminalisierung bzw.
von Generationen-Diskriminierung zu Generationen-Kriminalisierung
Von Sperre an ordentlichen Gerichten wegen Schadenersatz und Rehabilitierung (Art.34 Abs.3 GG)
zu Entrechtung mit sozialer Zerschlagung an Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten.
„Untat“: Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen herausragendem Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe**
168. Beklagt ist der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR),
Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Miserable Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.
Verfassungswidriger Missbrauch elektronischer Gerichtsakte ohne Zugang für den Kläger, der auf Grund verheerender Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen seit 2010 keinen Rechtsanwalt mehr zur Verfügung hat.
Verfassungswidrige Benachteiligung: Rechtzeitiger Zugang zu wichtigen elektronischen Akten verwehrt
Verfassungswidrige Aushebelung und Versagung von rechtlichem Gehör trotz Einspruch, aber ohne Beantwortung
Mehrfach verfassungswidriges Verfahren, weil Opfer verhöhnend, Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR
Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen gemäß §54 VwGO mit konkreten auf ihn bezogenen Tatsachen. Antrag an die 27.Kammer auf Einleitung des Befangenheitsverfahrens.
Antrag: Aufhebung der Ladung durch einen befangenen Einzelrichter, Mehr-Richter-Beschluss vom 08.April 2022 anzufechten, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert (nicht unanfechtbar).

Unerträglich: Einbeziehung von Gerichte übergreifenden Aktivitäten der Justizbehörden mit orgienartiger Ausuferung vor einem Ladetermin, offensichtlich in Abstimmung mit dem Bundesamt der Justiz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 114)

Anlagen OVG-12 mit zugehörigen Anlagen VGD-05, VGD-06, VGD-07

Anlage VGD-05: **Anlage VB-19**
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VGD-06: Westdeutscher Rundfunk ist nicht beklagt.
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) ist Beklagter, Absage des Westdeutschen Rundfunks Köln mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix
Verfassungswidrig ist, wenn **kein** Vertreter an der mündlichen Verhandlung teilnimmt wegen Ungleichbehandlung.

Anlage VGD-07: Verfassungswidrig: Zugang zu wichtigen elektronischen Gerichtsakten für den Kläger verwehrt. Schreiben der Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Appelhoff-Klante vom 31.März 2022. Schriftsatz vom 15.April 2022 Seite 5. Fax vom 23.04.2022 an Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht.

Anlage OVG-11:
Schriftsatz vom 18.März 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden mit aktuellem Bezug zu russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
165. Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Daher: Zurückweisung des Widerspruchsbescheid mit Schreiben vom 10.März 2022 an WDR-Beitragsservice und

Weiterleitung dieser Zurückweisung an Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 beim Bundesverfassungsgericht.
Widerspruchsbescheid: Fortsetzung von verfassungswidrigen Auswüchsen zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung zusätzlich,
verfassungswidrig gemäß Art.34 GG, beugt die Wahrheit in strafbarem Ausmaß (Verleumdung) und zeigt die Verwicklung einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid im Lichte der Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen OVG-11 mit zugehörigen Anlagen VB-26, VB-22, VB-21, VB-217z(3), VB-AA, VB-208, VB-209, VB-210, VB-211z, VB-212z, VB-213z, VB-214z, VB-211z, VB-215z, VB-216z

mit Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.
Anlagen nach Anhörung vom 24.Aug.2021 am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
mit Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Change“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88
mit Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt,** Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
mit Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau,** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große

Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
mit Anlage VB-210: **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-211z: **Joachim Erwin,** Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
mit Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn,** Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION
mit Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
mit Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
mit Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
mit Anlage VB-217z: Gewinn für den Medienplatz Norddeutschland:
International anerkannte Kongressmesse für technische Kommunikation und neue Medien, **Björn Engholm,** Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
mit Anlage VB-217z(2): Plenarveranstaltung der Europäischen Kongressmesse ONLINE'89 unter Leitung von
o.Prof.Dr.-Ing.habil.Hans-Jörg Bullinger, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) an der Universität Stuttgart,
mit Anlage VB-28: Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
zu Desasterlage deutscher Politik unter **Schröder/Steinmeier/Merkel**

Anlage OVG-10:
Schreiben des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 31.März 2022 (eingegangen am 05.04.2022) zur neuen Klage 27 K 2672/22 mit Abänderung des Beklagten, falschem Eingangsdatum, Ankündigung eines Einzelrichter-Übertragung

Anlage OVG-09:
Schriftsatz vom 15.April 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Antrag auf Prozesskostenhilfe, auf Richtigstellung von Eingangsdatum, von Bezeichnung des Beklagten und

auf Mehrrichter-Verfahren (1.Einspruch)
166. Extreme Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art seit 1998:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
Antrag auf Richtigstellung von Eingangsdatum, Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren
Auf früheren Congressmessen ÖRR präsent z.B. mit
Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,
Intendant des Südwestfunk und ARD-Vorsitzender,
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland,
Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand
Heute ÖRR beklagt wegen Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen, verweigert Anwesenheit bei Verurteilung des Zerschlagungsopfers und
verfassungswidriges Urteil als Fake im öffentlichen Netz!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 91)

Anlage OVG-08:
Beschluss 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) mit abgeänderter Bezeichnung des Beklagten und mit Einzelrichter-Übertragung, zeitgleich (eingegangen am 20.04.2022) mit Ladung durch Einzelrichter zum 03.Mai 2022 ohne die Möglichkeit/Beachtung des vorherigen Einspruchs gegen den Einzelrichter-Beschluss.

---------- Ende der Anlagen zu **Anlage VB-43**

Anlage VB-44:
Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022
Hier: Beschluss 2 E 395/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) des Oberverwaltungsgerichtes für das Land NRW mit Versagung von rechtlichem Gehör zu wesentlichen Punkten der Anhörungsrüge

Anlage VB-45: Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes 24.Mai 2022
Hier: Sitzungsdokumentation und Beschluss 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022 durch Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ohne Hinweis, dass der Kläger mit Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung wegen des aktuellen Ablehnungsgesuch schriftlich (Schriftsatz vom 16.Mai 2022) tatsächlich abgesagt hatte.

Anlage VB-46: Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch,
mit 1.Beschwerde vom 25.April 2022 (Anlage OVG-12) und mit wiederholter Beschwerde vom 08.Mai 2022 (Anlage VB-43 mit Anlage OVG-12) will Kläger mit nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) und mit Nicht-Beachtung der Beschwerde in Verhandlungen verwickeln: **Rechtswidrig bei Ablehnungsgesuch und mit rechtswidriger Verfügung (Bl.135) wegen Ablehnungsgesuch.** Wegen unleserlicher, fehlerhafter Seiten-Nummerierung ab Bl.76 mit ungelöster Heftung an Bundesverfassungsgericht weitergeleitet.

Anlage VB-47:
Hinweis vom 14.Juni 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf über
172. Neue Verfassungsbeschwerde
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit Rechte beugender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
ohne weitere Verhandlungen mit Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch
inkl.Zurückweisung des Beschlusses 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022
(eingegangen am 01.Juni 2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 204)

Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Schreiben 16 M 188/22 vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022)
mit Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an das Amtsgericht Velbert (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-01),
Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an den Unterzeichner (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-02)
Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen).
Entscheidungsrelevante Gründe für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags mit 38 Seiten Antwort vom 27.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-48 Zusatz 1: Verfassungswidrige Rechnung
vom 2.05.2022 (2 E 387/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700790561003X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 2: Verfassungswidrige Rechnung
vom 13.06.2022 (2 E 395/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700792011007X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am

18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW.
Das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum in dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden kann, wenn die Kosten-Hetzjagd aus einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf parallel am Amtsgericht Velbert einfach weiter geführt wird. Das ist
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit und daher in zugehörigen Verfassungsbeschwerden dezidiert zu bekämpfen.
Das Amtsgericht Velbert ist seit 2010 in die Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen gegen das Opfer involviert und hat es nicht einmal als notwendig erachtet, auf die entscheidungsrelevanten Gründe der Punkte 01 bis 05 einzugehen.
Punkt 01. Der Antrag ist verfassungswidrig, weil er aus einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz resultiert.
Unterzeichner ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenzerschlagung) seit 1998, mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, jetzt im
81.Lebensjahr,
unter persönlicher Verantwortung eines Bundesländer übergreifenden politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz als Haupttäter und mit dem Öffentlichem Rundfunk (ÖRR) als Mittäter.
Punkt 02. Forderungsaufstellungen gemäß Anlagen AGV-01 und AGV-02 sind widersprüchlich, rechtswidrig und verfassungswidrig. Anlagen haben eine miserable, Opfer verhöhnende Kopierqualität, mit der ganze Wörter abgeschnitten und Sätze unverständlich gemacht werden.
Rechtswidrig und verfassungswidrig ist die Gerichtsverfahren übergreifende, Instanzen und Gerichte übergreifende Treib- und Hetzjagd mit Kostenberechnungen aus einem skandalösen Gerichtsverfahren (27 K 4325/18), das mit einem weiteren Gerichtsverfahren (27 K 2672/22) wegen Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung derzeitig fortgesetzt werden muss.
Punkt 03. Es gibt überhaupt <u>keine</u> Klage gegen den Westdeutschen Rundfunk, mit der Forderungen in der Forderungsaufstellung ausgewiesen werden.
sondern seit langem ausschließlich eine Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR einschließlich WDR), Beklagter.
Jede Zwangsmaßnahme ist eine Fortsetzung der Verfassungswidrigkeit.
> Klage gegen den ÖRR wird bis heute nicht zugelassen
> Qualifizierte Zeugenbeweise (mehrere möglich) für die Mittäterschaft des ÖRR (WDR ist Mitglied des ÖRR) bei politisch motivierten Zerschlagungen
werden nicht zugelassen. Der vom ÖRR zugefügte Schaden liegt nachweislich über 100.000 €.
Punkt 04. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht in
der Justizbehörde und auch nicht am Amtsgericht. Grundrechte hängen nicht davon ab, ob sich ein Zerschlagungsopfer noch <u>vertrauenswürdige</u> Rechtsanwälte leisten kann, insbesondere nach kapitalen Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, mit denen er gezwungen wurde, sich im Alter von **über 80 Jahren** selbst verteidigen und Schadenersatzverfahren

betreiben zu müssen.
Punkt 05. Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung ist grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG.
Die von der Zentralen Zahlstelle Justiz genannten Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-49
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606)
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Anlagen der letzten Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22

Anlage VB-30: Steinmeier: Rußland-Nähe, Mitverantwortung für deutsche Energieabhängigkeit von Russland mit Nord Stream 1 und 2, Mitverantwortung für diskriminierende NATO-Ausgrenzung der Ukraine seit Bukarest 2008 wegen Rußland-Nähe, Mitverantwortung für Russland-Ukraine-Krieg
Ukrainischer Botschafter Andrij Melnyk: Steinmeier hat Spinnennetz an Russland-Kontakten (höchst bedenkliche Nähe zu Russland)
Schuld für deutsche Energieabhängigkeit von Russland: Steinmeiers Agieren als Kanzleramtschef und später als Außenminister
Anlage VB-29: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel
Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache
Widerspruch gegen Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam mit Schriftsatz vom 31.März 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-23a: Erneute Zurückweisung von Gerichtskosten inkl. Vollstreckungsankündigung vom 18.03.2022 (eingegangen am 23.03.2022)

Anlagen im Schriftsatz vom 25.03.2022

Anlage VB-28:
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin,
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Darüber hinaus
Schröder/Steinmeier/Merkel sind verantwortlich für die Desaster-Lage deutscher Politik, für einen Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik
Der Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik wurde erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, der Scherbenhaufen deutscher Desaster-Politik unter Schröder/Steinmeier/Merkel hat die **Ukraine-Krieg-Zeitenwende** erzwungen und gefährdet inzwischen den Weltfrieden. Nicht nur Schröder/Steinmeier/Merkel haben keine Schuldgefühle. Zeitenwende ist auch eine Sache der Justiz.
Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurden die politisch motivierten Zerschlagungen erzwungen.

Anlage VB-27:
Klage vom 18.März 2022 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22) vom 17.Jan.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 nicht nur in diesem Gericht nach verfassungswidrigem Urteil am
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
ohne Zulassung der Berufung am
Oberverwaltungsgericht Münster 2 A 3087/18, 2 E 995/21
verursacht durch
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten
WDR-Intendanten Tom Buhrow (in 2021 ARD-Vorsitzender),
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
vom Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht trotz ständigen Widerstands ständig abgeändert in **Westdeutschen Rundfunk Köln**
Hier: Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
mit aktuellem Bezug zu
russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserkärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Detaillierte Ausführungen zum Kapitel zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen im Schriftsatz vom 13.03.2022

Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.

Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022
(eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung."
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.
Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.

Anlage VB-25: Antrag vom 10.März 2022 auf sofortigen Stopp der laufenden Zwangsvollstreckungssache bei Gerichtsvollzieherin Franziska Ritzhaupt mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Kopie von 5 monatlichen Pfändungen auf Pfändungsschutzkonto mit Benutzungszwang seit 2013,
Fax-Sendebericht vom 10.03.2022.

Anlage VB-24: Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam (Datum 08.03.2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
3 Negativ-Sendeberichte vom 08.03.2022,

Anlage VB-23: Zurückweisung der Rechnungen und Mahnungen der Zentralen Zahlstelle Justiz (Datum 08.März 2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Fax-Sendebericht vom 08.03.2022,
Rechnungen/Mahnungen der Kassenzeichen X700779291005X, X700779311007X.

Anlagen im Schriftsatz vom 01.03.2022

Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder
Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
1990-1998 Niedersächsischer Ministerpräsident in Hannover
1991 Gerhard Schröder auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
Scroll down after link
Frank-Walter Steinmeier als Referent für Medienrecht und Medienpolitik in der Staatskanzlei bei Gerhard Schröder
1993 Steinmeier übernimmt Büroleitung bei Schröder
1994 Steinmeier wird Leiter der Abteilung für Richtlinien der Politik, Ressort-koordinierung und -planung bei Ministerpräsident Schröder

1998-2005 Gerhard Schröder wird Bundeskanzler
Seit 1998 Umverteilung von der Digitalbranche zur Automobilbranche ist Regierungsprogramm
1999-2005 Steinmeier als Kanzleramtschef politischer Vertrauter von Bundeskanzler Schröder.
2000: Staatliche UMTS-Auktion 2000 (August 2000)
mit weltweit größtem Auktionsbetrag, der bei Versteigerungen je erreicht wurde (50,8 Mrd EUR), mit verheerenden Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffs auf die gesamte Wirtschaft, mit Vernichtung der digitalen Innovationselite in Deutschland (New Economy, Hauptkundenstamm der Europäischen Congressmessen des Beschwerdeführers), mit Kapitalflucht aus dem digitalen Innovationsbereich, mit verheerenden Nachwirkungen bis heute.
2005: Schröder tritt zurück und verliert danach die Bundestagswahl
Steinmeier wird Bundesaußenminister im Kabinett Merkel I
Steinmeier / Merkel unterdrücken intensive Bemühungen des Beschwerdeführers um den schnellstmöglichen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
Schröder wird Putin-Berater mit
Entwicklung deutscher Energie-Abhängigkeit von Russland
2009: Steinmeier wird einflussreicher Oppositionsführer
2010: Petition des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag
2010: Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010), wurde vom Beschwerdeführer mit Brief vom 25.05.2010 angeschrieben und darum gebeten, mit dem moralischen Gewicht seines Amtes die laufende Petition des Unterzeichners am Deutschen Bundestag zu unterstützen. Köhler erklärt in derselben Woche seinen Rücktritt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 39)
2010 Beschwerdeführer schreibt erste Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechts
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
2011: Nordstream 1 unter Putin-Berater Schröder wird eingeweiht
2012/2013: Intendantin Monika Piel wird mit Schreiben vom 31.12.2012 / 16.01.2013 zweimal hintereinander vom Beschwerdeführer angeschrieben und erklärt danach den Rücktritt:
Sieh Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
14.06.2013: Erstes Anschreiben an nachfolgenden Intendant Tom Buhrow,
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:
08. GEZgnadenlos:
Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen
Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen
Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
2013: Im Dezember wird Frank-Walter Steinmeier Bundesaußenminister im Kabinett Merkel III und **ab 2017** von Merkel als Bundespräsident vorgeschlagen und gewählt.
2018: Schreiben von 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben an den Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Sehr verehrter Herr Bundespräsident!
Uns sind Ihre Worte bekannt:
"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident."
Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).
Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 29)
Beide Briefe mit angemessener höflicher Formulierung wurden vom Bundespräsidenten nicht beantwortet. Als Brückenbauer nicht verfügbar. Steinmeier auch über „JVA-Service“ gegen Briefeschreiber informiert
2021: Bundestagswahl nach Regierungswechsel
Bundeskanzler Olaf Scholz
mit einer SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP - Koalition
2022: Wiederwahl von Bundespräsident Steinmeier, Beschwerdeführer erhebt Einspruch gegen Wiederwahl (Kapitel **BVRFG-350**, danach Russisch-Ukrainischer Krieg seit 20.Feb.2022
27.02.2022: Zeitenwende mit Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Russland-Ukraine-Krieg und anschließender Aussprache
05.03.2022: Vitali Klitscko, Bürgermeister von Kiew, Hilferuf eines „Ertrinkenden“: „Bleiben Sie mit uns, weil wir kämpfen auch für deutsche Werte“ (WAZ vom 5.3.2022), Mitschuld von Deutschland am Krieg in der Ukraine

Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022)

Anlage VB-17a (Stand März 2022)
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-217z(3)
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus

Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Anlagen im Schriftsatz:vom 22.Feb.2022

Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilung-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen 81-jährigen Rentner mit herausragendem Lebenswerk in Deutschland und Europa
Anlage VB-20a: Schreiben der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22) mit Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 mit Vollstreckungsauftrag der Zentrale Zahlstelle Justiz, 59061 Hamm.
Anlage VB-20b: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779291005X Geschäftszeichen 2 A 3087/2021 001 (100)
Anlage VB-20c: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779317005X Geschäftszeichen 2 E 995/2021 001 (100)
Anlage VB-19
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VB-18
Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Geburtsort in Bayern: Zweimal Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten in 1.Instanz und anschließende Aussperrung von 2.Instanz
Nachweis mit Rechtsbeschwerde vom 24.10.2015 an den Bundesgerichtshof wegen Untätigkeit des Generalbundesanwalt zur Strafanzeige vom 09.April 2014 gegen verantwortlichen Amtsträger und Richter mit folgenden Kapiteln:
> 01. Verlust eines Menschenlebens: Todesopfer krimineller Rechtsbeugung am Ende einer langjährigen Treib- und Hetzjagd mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung
> 02. Zivilgerichte einschließlich Bundesgerichtshof haben bereits im Frühjahr 2011 und 2012 die von der bayerischen Verwaltung forcierte Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen in die Schranken gewiesen,
hier eine von mehreren Attacken zur Zerstörung seines Damwild-Geheges.
Endgültige Zurückweisung der Attacke mit BGH-Urteil von 2012 leider erst nach seinem Tode eingegangen

> 03. Faktenlage März 2014:
Scherbenhaufen bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit tödlichem Ausgang für einen qualifizierten Lebensmittelunternehmer, bei seinen Kunden beliebt und geachtet,
von lokaler Verwaltung in den Tod getrieben
Kriminelle Rechtsbeugung bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung wegen fehlender anwaltlicher Vertretung
> 04. Kriminelle Rechtsbeugung durch bewusst falsche Anwendung des Rechts, durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten, durch Verweigerung der Berufung zum wiederholten Male:
Strafbare Spitzenleistung in bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz
> 05. Kriminelle Rechtsbeugung durch den 1. Bürgermeister der Gemeinde Leonberg und durch die Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth
Basisbeweis und Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 von bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz bis heute unterdrückt
> 06. Mitwirkung und Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verwaltungsjustiz
Bis dato von Verwaltungsjustiz unterdrücktes Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 an
Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich und Gemeinde Leonberg mit ausführlichen Informationen in 10 Kapiteln
> 07. Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verweigerung der Berufung Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs als Hygiene-Sündenbock diskriminiert und diffamiert
Verweigerung der Berufung: Vertuschung des Hygiene-Skandals und der kriminellen Rechtsbeugung
> 08. Katastrophaler Totalschaden durch kriminelle Rechtsbeugung
Anstatt einer kooperativen Problemlösung des desaströsen Hygiene-Zustands des regionalen Fäkalienabwassernetzes mit Katastrophen-Pumpwerksanlage: Totale Betriebsschließung mit hinterhältigem Überfall einer 8-Personen-Task-Force unter dem Deckmantel der Lebensmittelkontrolle und die finale Einleitung des totalen wirtschaftlichen Ruins mit Schadenswirkung maximierenden Maßnahmen
Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 01 bis 08:
Sieh Anlage BGH3-01, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link (page 03)
Der Generalbundesanwalt hat mit Schreiben vom 15.April 2014 die Zuständigkeit für die Strafanzeige abgelehnt: Sieh Anlage BGH3-03. Mit der Gegendarstellung im Schriftsatz vom 28.April 2014 hat der Anzeigenerstatter seine Begründung mit weiteren Beweisunterlagen der Verfassungsbeschwerde vom 22.Sept.2013 an das Bundesverfassungsgericht (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13) **zum Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit** (Anlage 3) und weiteren Kapiteln fortgesetzt:
> 09. Generalbundesanwalt ist zuständig, wenn bestimmte schwere Straftaten die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen und der konkrete Tatbestand sich gegen dessen Verfassungsgrundsätze richtet
> 10. Richter sind in ihren Entscheidungen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Aber
Rechtsbeugung, insbesondere kriminelle Rechtsbeugung, die sich durch Verhinderung der Rechtsprechung und Verweigerung gesetzlicher Rechtsmittel und Rechtsbehelfe schützen will, ist in jedem Falle mit einer Strafanzeige zu bekämpfen.
> 11. Zugang zu übergeordneten Gerichten, die aufgrund zulässiger Rechtsbehelfe tätig werden können, wird verwehrt, indem der ordentliche Rechtsbehelf der Berufung verweigert wird (Kapitel 07)

Fundierter, qualifizierter Berufungsantrag in den übergebenen Anlagen:
Erweiterung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13 mit Schriftsatz vom 24.03.2014
> 12. Unbewältigte NS-Vergangenheit: Hintergrund und Wurzel krimineller Rechtsbeugung

☹ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Anzeigenerstatters, 2.Todesopfer: Bruder des Anzeigenerstatters)
Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer in Kreis- und Gemeindeverwaltung)

Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 09 bis 12:
Sieh Anlage BGH3-04, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link page 18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 17.Jan.2022

Anlage VB-01 inkl. Anlagen VB-AA, DB-01, DB-02, DB-03
Schreiben vom 02.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlage VB-02
Schreiben vom 11.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 49)

Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen)
mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen

Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Chance“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1) besucht den Messestand der ehemaligen DDR,**
die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle"
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage VB-211z: **Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-217z:
Björn Engholm, Ministerpräsident des des Landes Schleswig-Holstein, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, mit einer Rede im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'89 in Hamburg
---

Anlage VB-ZG: Geändert zu
Anlage VB-12 / VB-10 im Schriftsatz vom 02.Feb.2022)
Versagung von rechtlichem Gehör nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge durch Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022, in Anlage VB-10 geändert)

Daher termingerechte Nachsendung der Verfassungsbeschwerde
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019

Anlagen im Schriftsatz:vom 02.Feb.2022

Anlage VB-03
Ladung vom 12.Juli 2021 (eingegangen am 21.Juli 2021) zur mündlichen „Verhandlung“ (Anhörung) im verwaltungsgerichtlichem Verfahren
27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf

Anlage VB-04
Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-10(21), Anlage VGD-09(21))
mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-05
Urteil durch Einzelrichter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Sitzungsprotokoll vom 24.Aug.2021
ohne Antwort nach schriftlichen Einspruch gegen Ladung mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 28.Juli 2021,
ohne Anwesenheit des Beklagten,
nach 3-Richter*innen-Beschluss vom 13.Jan.2021,
nach Ablehnungsgesuch gegen Richter Dr.Wildhagen, nach Sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21

Anlage VB-06
Schriftsatz vom 20.Sept.2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit
Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
Antrag auf Berufungsgericht mit
Kompetenz für Telekommunikationsbranche und Presserecht
mit erster Stellungnahme gegen das Urteil

Einspruch gegen Kostenrechnung, Kassenzeichen X701350401308X
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und
erteilt 80-jährigen Rentner eine Kostenrechnung von über 3000 €,
nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden
verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen**.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-07
Schriftsatz vom 22.Sept.2021 an die Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz, Kassenzeichen X701350401308X) mit Einspruch gegen und Zurückweisung der Rechnung vom 10.09.2021 (eingegangen am 14.09.2021) in Höhe von 3.078 €
mit Anlage ZZJ-01, Anlage ZZJ-02, Anlage ZZJ-03, Anlage ZZJ-04.
Mitteilung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 12.10.2021

Anlage VB-08
Vollstreckungsankündigung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021) über erhöhten Betrag von 3.352 €
nach Schreiben des Oberverwaltungsgerichts vom 14.10.2021 (eingegangen am 20.10.2021

Anlage VB-09
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) wegen Zurückweisung der Vollstreckung:
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-10
Mahnung vom 03.01.2022 (eingegangen am 05.01.2022) und Rechnung vom 29.11.2021 wegen Zurückweisung der Vollstreckung und Antrag auf Zulassung der Berufung in Höhe von 1.134 € zu den Beschlüssen
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-11
Schriftsatz vom 06.Dez.2021 an das Oberverwaltungsgericht mit Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO
159. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie
Künstlicher Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht Münster
160. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

161. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:
Im Alter von 80 Jahren: Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:
Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach
politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen
mit verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierter Zerschlagungen
mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,
mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,
an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,
an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,
am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,
durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht
ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,
mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,
mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)
mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung,
> > > mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und
mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .
Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage beim Bundesverfassungsgericht.

162. Erdrückende Beweislage im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 (27 K 5854/13) VG Düsseldorf
gegen den Beklagten vorgelegt:
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch Westdeutschen Rundfunk (WDR), vertreten durch den Intendanten (Beklagter, Mittäter)
Mit umfassender sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 auf 522 Seiten, mit umfassender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 auf 642 Seiten
wegen öffentlicher Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung und zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998
> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Zerschlagung 3, am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 hier)
Daher: Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO

163. Verfassungsrechtliche Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges gemäß Art.34 GG
wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit (Grundrechte weder käuflich noch strafbar)
Zurückweisung der Beschlüsse mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO und mit verfassungsrechtlicher Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges
Verwaltungsgerichtliches Verfahren mit rechtsbeugendem, verfassungswidrigem Urteil ohne Einspruchsmöglichkeit (Urteilszusendung nach der mündlichen Anhörung) abzulehnen
Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Anerkennung längst nachgewiesen durch : wie z.B.
> aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung (Kapitel 160) wie
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
(Anlage VB-AA)
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjähriger Förderer, Schirmherr und Gastgeber der
Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(Anlage VB-209)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Kongressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
(Anlage VB-208)
Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, Mitglied der Europäischen Kommission, auf der ONLINE 2001 und weitere EU-Kommissare auf den Europäischen Congressmessen (Anlage VB-210)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlage VB-12
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge:
2 E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022 und
2 A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022

Anlage VB-13
Rechnungen vom 21.01.2022 in Höhe von 132 € (2 x 66 €) für Zurückweisung der Anhörungsrügen gemäß Anlage VB-13

Anlage VB-14
Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes mit Verfassungsbeschwerde
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 06.Dez.2021 gemäß §152a VwGO und
mit Zurückweisung aller Kosten nach Erhalt der Beschlüsse vom 11.Jan.2022 Beschluss 2 A 3087/21 Beschluss 2 E 995/21
164. Beschlüsse ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft und sind mit einer Verfassungsbeschwerde zurückzuweisen
Hiermit bestätigt der Kläger die termingerechte Einleitung der Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 52)

Anlage VB-15
Kostenaufschlag vom 26.01.2022 durch Justizbehörde wegen eingeforderter Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten nach Faxübertragung vom 26.01.2022 (Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes gemäß Anlage VB-14)

Anlage VB-16
Skrupellose, Opfer verhöhnende und verwerfliche Vollstreckungsankündigung der der Justizbehörde vom 28.01.2022 (eingegangen am 02.02.2022) in Höhe von 1.134,00€ mit wahrheitswidriger Angabe des Beklagten gemäß Veranlassung durch Beschluss 2 A 26182021 001 (100)
mit falschem Beklagten

Anlage VB-17
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-ZA: Ladung vom 12.Juni 2021
Beklagt:**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR),** vertreten durch vertretungsberechtigten **WDR-Intendanten Tom Buhrow (zur Zeit ARD-Vorsitzender),**
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
Nicht beklagt und daher wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk, nur ein Teil des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Anlage VB-ZB: Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-ZC: Niederschrift einer „mündlichen Verhandlung“, ohne Anwesenheit des Beklagten, unter Leitung des Einzelrichters Dr.Wildhagen, ohne Urteil.
Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2018 wurde mit Zusendung bekannt gemacht (eingegangen am 14.Sept.2021)

Anlage VB-ZD:
Schriftsatz vom 20.Sept. 2021 mit erster Begründung in Kapitel 158 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung
mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
mit Einspruch gegen Kostenrechnung
Beklagt: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch Westdeutschen Rundfunk, vertreten durch den Intendanten
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig,
in kaum vorstellbarer Dimension.

Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und erteilt 80-jährigen Renter eine Kostenrechnung von über 3000 €, nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-ZE: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 19./16.Nov.2021 (eingegangen am 9.12.2021)
Anlage VB-ZE01: Beschluss 2A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZE02: Beschluss 2E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZF: 20 Jahre später, nach der ONLINE 2001, nach Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 (erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000)
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010:
> Vollstreckungsankündigung mit Kassenzeichen 00700743721000 der Justizbehörden Hamm vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021)
Vollstreckung der Gesamtkosten in Höhe von 1129,00 €
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/2018 001 (130) und Oberverwaltungsgericht Münster mit rechtswidrigem Anhörungsrügeverfahren
(2 E 108/2021 001 (100), 2 E 108/2021 001 (100), 2 E 244/2021 001 (100), 2 E 288/2021 001 (100), trotz
Anlage VB-ZG: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZH: Mahnung der Justizbehörden Hamm vom 03.01.2022 in Höhe von1.134,00 € (eingegangen am 05.01.2022)

Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 (1 BvR 939/21, AR 1916/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

Legende zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn

BVERFG-331. "Tear down this Wall": US-Präsident Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987, und 1990 Fall der Mauer !
Appell an die Intendanten des WDR, BR (ARD-Vorsitzender), ZDF gegen Mauer des Schweigens am 06.März 2018 mit Verfassungsbeschwerde
1 BvR 448/18 > > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
WDR-Intendant: Seit Amtsantritt 2013 ständig informiert, hat keinen Immunitätsschutz, ist persönlich verantwortlich:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 01)
Längst überfällig: Korrektur des Rubrums im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 des VG Düsseldorf > > >
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten WDR-Intendanten Tom Buhrow.
Anzugreifende Hoheitsakte inkl. jahrelang verfälschtem Rubrum im verwaltungsgerichtlichen Verfahren

BVERFG-332. Termingerechte und ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

BVERFG-333. Nach Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 und mit Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
gemäß Anlage VB-VG21 in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2331/17 vom 15.Sept.2017
Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 (eingegangen am 01.10.2016) und mit
Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Schriftsatz vom 03.Mai 2018 mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen
eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks vom 04.April 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf

BVERFG-334. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
Entschädigungsanspruch: Verwaltungsgerichtliche Entscheidung 10 mal angemahnt seit 3.Mai 2018 (neue Klage) und nach Berufungsklage seit Okt.2016 (Anlage OVG-01(21)-12)
Verwaltungsgerichtliche Klageerhebung seit 2013
Opferkriminalisierung, diskriminierende Zwangsmaßnahmen und kriminalisierende Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 2010
Seit 2007: Rundfunksperre, Fernsehsperre, Kommunikationssperre
Prof.em. Dr.Dres.h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010):
> > > "Bürger sind keine Untertanen" (Anlage OVG-03(21)-01)

BVERFG-335. Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen

Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik einer regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, mit einer nicht überwindbaren Phalanx von Haupttätern und Mittätern
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, mit Sippenhaft und Opferkriminalisierungswahnsinn wie in der NS-Justiz,
mit politisch motivierter Justiz
mit Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit JVA-Service anstatt Konzentrationslager der NS-Diktatur,
mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (Todesopfer) und Nachlassinsolvenz in 2012,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang zu diskriminierendem und diskreditierendem Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredite und ohne Kreditkarte,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Am Geburtsort: Von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler zu politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!
BVERFG-336. Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot des Grundgesetzes gemäß Art.2 Abs.1 GG:
Rechtsstaatliche Prinzipien des Grundgesetzes contra Unverhältnismäßigkeit.
Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer
gegen Übergriffe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und
gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Beklagter WDR-Intendant mehrfach verantwortlich für Missbrauch des Staatsvertrages
Staatsvertrag als Regierungsvertrag für eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik missbraucht,
trotz mehrfacher Petitionen an Deutschen Bundestag, an Bayerischen Landtag (von Bundesregierung und Bayerischer Landesregierung niedergeschlagen)
trotz Rücktritt eines Deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler (warum?)
trotz Rücktritt einer WDR-Intendantin Monika Piel (warum?)
trotz gebetsmühlenartiger Informationen an Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, an Redaktionen der Politmagazine mit qualifizierten Schriftsätzen, mit qualifizierten Presseinformationen entgegen Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten-Sperre zu einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik und
trotz eines juristischen Kampfes gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010
Ohne jeden Zweifel: Mehrfach-Schuld, Mehrfach-Schaden, Mehrfach-Täterschaft des Beklagten
BVERFG-337. Die 27.Kammer ist kein grundrechtsfreier Raum
Skandalöse Beschlüsse der 27.Kammer vom 13.Jan.2021 sind
mehrfach verfassungswidrig,
haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden, sind daher zurückzuweisen
> Opfer verhöhnend (massiver, mehrfacher Verstoß gegen Art.1 Abs.1 GG)
für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit Sippenhaft seit 1998 (über 20 Jahre) und unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010 (Merkmale der NS-Justiz),
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten ohne Dispokredit und ohne Kreditkarte
> Verfassungswidrig: Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn mit Zwangsmaßnahmen seit 2010

> Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierter Sippenzerschlagung
(Verstoß gegen Art.103 Abs.1 GG)
> Verstoß gegen das europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip) ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010
> mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn
Bundesverfassungsgericht muss im Wahljahr 2021 agieren, nicht reagieren.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 158)

Schriftsatz vom 10.April 2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-338. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen einem exotischen Gerichtsverfahren
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
> nach wiederholter Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018 an das Verwaltungsgericht 27 K 4325/18 wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht, und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung
Boykottiert durch Verwaltungsjustiz: Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Rehabilitierung und Schadenersatz und durch Opferkriminalisierungsverfahren
Strafbare Rechtsbeugung durch judikative Transformation des Zerschlagungsopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
nicht nur vom Opfer zum Täter, sondern auch vom Kläger zum Beklagten,
mit manipulierter Veränderung des Beklagten und der Rechtsgebiete
> nach 2 Beschlüssen mit Datum ((13.01.2021) und ohne Datum
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses vom 03.02.2021 (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
> nach Anhörungsrüge vom 14.März 2021
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Aufgebrochene Mauer ist längst zu beseitigen mit Verurteilung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
BVERFG-339. Anzugreifende Hoheitsakte inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
Opfer verhöhnende, Opfer schikanierende, Opfer kriminalisierende Eskalation des Beschwerdeverfahrens in der 2.Instanz unter der Vorsitzenden Richterin Brauer seit 2012
Seitdem: Nicht nur totales Versagen von rechtlichem Gehör,
sondern rechtsbeugende Manipulation in exotischen Gerichtsverfahren hier mit Twitter-artiger Serie von unqualifizierten Beschlüssen, mit abzulehnenden Kostenbeschlüssen,
mit unerträglicher Treib-und Hetzjagd seit 2010 gegen das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998,
mit Beschwerde an den 13.Senat und
nicht an den nicht zuständigen 2.Senat,
mit rechtsbeugender Manipulation des Rubrum:
Aus Kläger wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung wird Beklagter,
aus Klage wegen Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht wird Opfer kriminalisierende Verurteilung wegen Rundfunk-Beitragsrecht des Beklagten

Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird auf Westdeutschen Rundfunk in rechtswidriger Weise eingeschränkt
Ablehnung der Vorsitzenden Richterin Brauer wurde bereits in 2013 mit Unterdrückung eines Befangenheitsverfahrens niedergeschlagen
Beschluss vom 26.Feb.2021 gegen die Beschwerde wurden mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge zurückgewiesen,
zu nachfolgenden Beschlüssen wurde auf das Rechtsmittel der Anhörungsrüge verwiesen.
Das Gerichtsverfahren mit weiterer Eskalation in der 2.Instanz ist an Rechtswidrigkeit, Verfassungswidrigkeit und Wahrheitswidrigkeit nicht zu überbieten
Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK längst auf der Strecke geblieben
Wahrheitswidrig: Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 14.März 2021 mit Fax-Protokoll vom 18.März 2021 / 15.34 Uhr, nicht erst am 1.April, sondern 2 Wochen vor dem 1.April !
Rechtswidrig und verfassungswidrig: 2.Senat, disqualifiziert durch Wahrheitsbeugung, nicht zuständig für beklagtes Rechtsgebiet, verstößt gegen das Prozessgrundrecht nach Art.103 Abs.1 GG,
gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip).
Widerstand gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG
http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 65)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.02.2021 / 10.04.2021 mit Schriftsatz vom 08.Mai 2021 wegen Klage vom 03.Mai 2018 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-340. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 / 10.April 2021 zu exotischem Gerichtsverfahren
> mit manipuliertem Rechtsweg, mit manipuliertem Rubrum, mit nicht zuständigem Senat in 2.Instanz
> mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht,
> mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn und Leugnen kausaler Zusammenhänge mit politisch motivierter Sippenzerschlagung durch eine best vernetzte Täter-Phalanx
> mit zu verabscheuender Heuchelei und wiederholter Wahrheitsbeugung in der 2.Instanz des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens
> vor dem Hintergrund krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nach demokratischen Wahlen auf Bundes- und auf Landesebene
ohne Chance für Opfer von staatlichen Übergriffen mit extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit best vernetzter Täterphalanx einschließlich Öffentlich-rechtlichem Rundfunk
BVERFG-341. Exotisches Gerichtsverfahren mit verweigertem Rechtsweg für Rehabilitierung und Schadenersatz durch Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen (hier: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk) mit extremistischer Ausuferung zu
> politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
> politisch motivierter Sklavenhaltung nach ökonomischer Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Exotisches Beschwerdeverfahren trotz 2 Anhörungsrügen vom 15.Feb.2021 und 14.März 2021
> wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 25.01.2021
> wegen Zurückweisung der Bescheidung
> mit wiederholtem Leugnen der 2.Anhörungsrüge vom 14.März 2021 entgegen Beweis mit Faxsendeprotokoll der 2.Anhörungsrüge

> mit Eröffnung eines Anhörungsrügeverfahren ohne Rechtsgrundlage nach weiterer Verfassungsbeschwerde vom 10.April 2021
> mit unbeschreiblichen Vorgängen, mit einer Twitter-artigen Serie von Beschlüssen und Rechnungen der Zentralen Zahlstelle Justiz bis zur Erschöpfung eines manipulierten Rechtsweges
Anzugreifende Hoheitsakte in Zusammenfassung inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
BVERFG-342. "Bürger sind keine Untertanen"
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Von politisch motivierter Sippenzerschlagung zu
> Politisch motivierter Sklavenhaltung mit jahrelanger Kontaktbeschränkung,
ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe,
im fortgeschrittenen Rentenalter,
mit orgienartiger Ausuferung bis zu 4 parallelen, exotischen Gerichtsverfahren mit Mehrfach- bis zu Quintuplex-Beschlüssen,
Gerichte übergreifend an Amtsgerichten, Landgerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, Verwaltungsgerichten u.v.a.m.
mit verfassungswidriger Krankenversicherung
nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
mit Todesopfer, Rufmord, Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden und Versagung der Rehabilitierung,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Durchsetzung krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik aus Wahlstrategien demokratischer Wahlen
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:
anhand aktueller Verfassungsbeschwerden seit 2010
Null Toleranz zu Fortsetzung des unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinn ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Zielsetzung: Beseitigung der politisch motivierten Sklavenhaltung
durch Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung durch best vernetzte Täter/Mittäter-Phalanx:
> Deutsche Bundesregierung (Zerschlagung 1 am Wohnort)
> Bayerische Staatsregierung (Zerschlagung 2 am Geburtsort)
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (Zerschlagung 3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 114)

Neue Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22)

Schriftsatz vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVRFG-350. Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Schreiben vom 02.Jan.2022 / 11.Jan.2022 an die Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38/49)
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
mit Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019, 03.Juni 2019 und 17.Juni 2019
an den Präsidenten des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)
mit Anzeige der beantragten Immunitätsaufhebung
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 und
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 313)
am Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165)

Schriftsatz vom 02.Feb.2022 (Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVERFG-351. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 wegen seiner Tätigkeit als
Chef des Bundeskanzleramts in 1999-2005: Hauptursache für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung bundesweiter Sippenzerschlagung am
Wohnort in NRW und
am Geburtsort in Bayern
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Hier: Mittäterschaft des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in
Deutschland und nicht nur in Köln auf Intendanten-Ebene
Zum 3.Mal, Niederschlagung nach verfassungswidrigem Muster einer
exotischen Verwaltungsjustiz: Nach strafbarer Rechtsbeugung in der
1.Instanz Verweigerung der
2.Instanz wegen Totalschaden des Zerschlagungsopfers
1. und 2. Mal am Verwaltungsgericht Regensburg und Verweigerung der
2.Instanz am Bayrischen Verwaltungsgerichtshof
nach einer Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den
Tod (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort.
3.Mal am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2013 (27 K 5854/13, 27 K
4325/18) und 2.Instanz am Oberverwaltungsgericht des Landes NRW
Haupttäter verschanzen sich hinter ihrer Immunität und öffentlich-rechtliche
Mittäter werden von der Verwaltungsjustiz geschützt, mit verwerflicher
Rechtsbeugung und PKH-Verweigerung
Zerschlagungsopfer werden von Sklavenjägern gejagt:
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu politisch motivierter
Sklavenhaltung mit Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opfer
verhöhnender Justiz (Gerichtsverfahren, Altersdiskriminierung,
Generationendiskriminierung)
Hier: Zu bekämpfende Hoheitsakte. Null Toleranz, wenn Grundrechte und
grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein
grundrechtsfreier Raum. Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht
Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit
Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
BVERFG-352. Urteil vom 24.Aug.2021:
Faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer
verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Rechtsbeugung durch Manipulation des Gerichtsverfahrens
mit Änderung des Beklagten und Änderung des Klagegrundes
Stellungnahme zu den Aktivitäten nach der sofortigen Beschwerde am
Oberverwaltungsgericht für das Land NRW mit erstem Schriftsatz vom
25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 (AR 1916721) mit
erstem Schriftsatz vom 26.Feb.2021 mit ca. 770 Seiten
nach mündlicher „Verhandlung“ (nur Anhörung durch
Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch und unbeantworteter Anhörungsrüge
ohne Anwesenheit des Beklagten und späterem Urteil) am 24.Aug.2021.
Einspruch und Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen strafbare Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung
ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
durch Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht
mit Klagestand 2021
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort
in zweistelliger Millionenhöhe durch best vernetzte Täter-Phalanx

BVERFG-353. Zurückzuweisen: Opfer verhöhnende Rechtsargumente und Kostenargumente in einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren zu einem Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen ohne Schuldbewusstsein.
Rechtsargumente des Oberverwaltungsgerichts sind nicht diskutabel und haben keine Rechtskraft,
> weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
> weil der Kläger wegen Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierten Zerschlagungen, wegen Rehabilitierung und Schadenersatz selbst zum Beklagten zwecks Gebühreneinzug umgeschrieben wurde,
> weil der tatsächlich Beklagte abgeändert wurde und so das Gerichtsverfahren in Abstimmung mir der 1.Instanz in unerträglicher Weise verändert und verfälscht wurde: Nicht mehr vorstellbare Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr, Victim blaming, Opferverhöhnung mit einer unerträglichen Häme,
mit Opferdiskriminierung, mit Altersdiskriminierung und mit Generationendiskriminierung
Kostenargumente haben aus gleichem Grund keine Rechtskraft
Opfer verhöhnende Kostenargumente, mehrfach stufenartig gesteigert, als Antwort auf Argumente, basierend auf dem Grundgesetz, zeigen ein primitives, verfassungswidriges Rechtsverständnis,
haben nur eine Zielsetzung: Finale Zerschlagung nach
Politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx ohne Schuldbewusstsein und mit großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

Schriftsatz vom 22.Feb.2022 (2.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten
mit Einspruch vom 02.Feb.2022 (231 Seiten) gegen
Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022)
BVRFG-354. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt mit
Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit einer geballten politischen Macht mit Immunitätsschutz
gegen Zerschlagungsopfer ohne qualifizierte Rechtsanwälte,
mit Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr
mit unverhältnismäßiger Diskriminierung wie Opferdiskriminierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Mit Verteufelung und Zerschlagung der digitalen Innovationselite als Dotcom-Blase, mit Nachrichtensperre und mit ihrer Eliminierung

Ganz Deutschland leidet unter verfassungswidriger Justiz und politisch motivierten Zerschlagungen
durch führende Politiker mit fehlendem Schuldbewusstsein,
mit nicht überwindbaren Immunitätsschutz und
mit Datenschutz für kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
durch führende Politiker als Helfershelfer und Komplize autoritärer Staaten
mit Risiko für den Weltfrieden
Nach Wiederwahl des Bundespräsidenten:
Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf
nach über 20 Jahren Verfolgung
BVERFG-355. Täter ohne Schuldbewusstsein:
Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit üppiger Altbundeskanzler-Vergütung seit 2005, Putin-Berater und Putin-Freund,
"Laufbursche von Putin" (so der vergiftete und in Lagerhaft befindliche Kreml-Kritiker Alexej Nawalny),
verantwortlich nicht nur für deutsche Energieabhängigkeit von Russland, an der Seite von Russland im Kampf gegen nordatlantische Gemeinschaft,
gegen ein freies Ukraine und gegen ein freies Osteuropa,
verantwortlich auch für Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland,
verantwortlich auch für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost,
verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice,
Opfer ohne Perspektive, ohne Chance für die Wahrheit:
mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 als Dotcom-Blase verteufelt und eliminiert ohne den Hauch einer Chance für die Wahrheit,
mit verheerenden Folgewirkungen für die Digitalisierung, für die Chip-Entwicklung und für die Chip-Produktion in Deutschland,
Zerschlagungsopfer ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz,
von deutscher Justiz wie ein Staatsfeind Nr.1 durch die Gerichte getrieben,
weil in 2010 seine Altersrücklagen aufgebraucht sind,
weil am Geburtsort in Bayern sein Bruder von bayerischem Mittäter (Staatsminister, seit 2018 Ministerpräsident, Mittäter einer skrupellosen Täter-Phalanx) mit einer Treib- und Hexenjagd in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod gezwungen wurde,
mit Missbrauch von bayerischen Kommunalwahlen als Volksjustiz,
von Verwaltungsgerichten mit Rechtsbeugung in 1.Instanz kriminalisiert,
verfassungswidrig, weil ein ordentlicher Rechtsweg
gemäß Art.34 Abs.3 GG bis dato verweigert wurde
Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten:
Dreimal verfassungswidrig, 1.Mal und 2.Mal in Bayern, 3.Mal in NRW, 3 Mal zu viel! und wie oft noch?
BVERFG-356. Internet-Missbrauch durch jungen Einzelrichter am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Unvorstellbar: Sein Urteil vom 24.Aug.2021 (Anlage VB-19), faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, als Fake News im Internet
mit freiem Zugang für alle Surfer.
So wird Wahrheit, Recht und Verfassung manipuliert!
Fake News mit Missbrauch des Datenschutzes eskaliert
Grundrechte sind nicht ausschaltbar, egal was ein Einzelrichter ankündigt.
Es gilt Gleichheit vor dem Gesetz, d.h.
wenn der Beklagte nicht antreten muss, nicht antreten will und nicht antritt, dann ist dies diskriminierende Ungleich-Behandlung für den Kläger
Grundrechte sind nicht käuflich und nicht strafbar, auch wenn eine 2.Instanz zusätzlich Justizbehörden zur Hilfe holt. Eine 2.Instanz darf nicht mit Kosten und mit stufenweiser Erhöhung von Kosten verhindert werden.
Entsprechende Beschlüsse haben keine Rechtskraft.

Grundrechte sind nicht an Rechtsanwälte gebunden: Beschwerdeführer wird wie ein Staatsfeind Nr.1 durch alle deutschen Gerichte gejagt (politisch motivierte Sklavenhaltung), in Verfahren parallel/simultan und hintereinander mit orgienartiger Ausuferung seit 2010 gegen geballte politische Tätermacht mit Immunitätsschutz: mit bezahlten Rechtsanwälten wäre er heute pleite, mit Rechtsanwälten auf PKH-Basis hätte er keine Chance, er ist gezwungen, ohne Rechtsanwälte zu klagen, sich zu verteidigen, im 81.Lebensjahr mit Praxistraining seit 2010.
Bis dato weltweit ohne Vergleich, Lebenswerk des Klägers:
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
weltweit größtes Congressangebot für digitale Evolution mit professionellem Verlagsservice seit 1977, als Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare seit 1971 (Anlage VB-AA Seite 03). ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen, in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Anlage VB-AA Seite 03: Kurzfassung der
Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz in Online-Systemen) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Essen, Karlsruhe
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Hersteller-neutrale ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa als qualifizierte Basis seiner Unternehmensberatung
Seine Kunden: Digitale Innovationselite in Deutschland und Ausland, New Economy, Net Economy
Bis dato: Verheerende Folgewirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier mit Fortsetzung unter Merkel, mit Mittätern und Trittbrettfahrern (Söder),
mit Nachrichtensperre, ohne Aufarbeitung, ohne Rehabilitierung und ohne Schadenersatz
Eliminierung der digitalen Innovationselite (New Economy, Net Economy) mit Export des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost
Mit Folgewirkungen erzwungen: Einstellung der Europäischen Congressmessen in 2003, keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003
Hier: Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene seit 1998
BVERFG-357. Nicht öffentliche Planungskonferenzen in 1998 zur Vorbereitung und Unterstützung einer
Bürger und Menschen verachtenden Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit bundesweiter Eskalation
zusammen mit den ÖRR-Intendanzen:
Antrag auf Opferschutz mit besonderem Schutzbedarf
gemäß Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilungs-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen Rentner im 81.Lebensjahr mit herausragendem Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22,) gemäß Schreiben der OGVin Christiane Bräutigam mit Vollstreckungsauftrag der Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz).
Was Intendantin Monika Piel (danach Tom Buhrow) schon in 2011 gewusst hat, hat das Zerschlagungsopfer nachgewiesen.
3 Mal verwaltungsgerichtliche Rechtsbeugung, jetzt mit Eskalation von Diskriminierung und Diskreditierung mit Fake News im Netz:
Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk (inkl. WDR) auf Intendanten-Ebene ist Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG:
Anmahnung von Opferschutz, Rehabilitierung und Schadenersatz anstatt politisch motivierter Sklavenhaltung und
Anmahnung der Unterlassung von Fake News, von sozialer Zerschlagung mit Zwangsmaßnahmen anstatt sozialer Sicherheit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 244)

Schriftsatz vom 01.03.2022 (3.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit 1.Stellungnahme zur Zeitenwende, wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Einspruch vom 02.02.2022 (231 Seiten), gegen Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022) mit Einspruch vom 22.02.2022 (66 Seiten)
BVERFG-358. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet, versklavt mit Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
mit öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanzen-Ebene als Mittäter einer best vernetzten Täter-Phalanx
mit Rundfunksperre und Nachrichtensperre für Politmagazine auf Bundesebene
mit aktiver Teilnahme an Planungskonferenz(en) einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik (vgl.„Wannsee-Konferenz 1942“)
mit dem Ziel einer nachhaltigen Effizienz der Umverteilung und Zerschlagungen
mit Erzwingung einer politisch motivierten Sklavenhaltung durch eine politisch motivierte Umverteilungs- und Zerschlagungsjustiz
mit erneutem Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendungen eines Staatsvertrages ohne Rechtskraft (Anlage VB-21)
mit großem Schaden für Deutschland, weil verfassungswidrig seit über 20 Jahren (1998) und als Mittäter
mitverantwortlich für Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland und als Mittäter
mitverantwortlich für Digitalisierungs-Schlusslicht von Deutschland in Europa und als Mittäter
mitverantwortlich für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost, und und als Mittäter
mitverantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mitverantwortlich für mangelhafte Leistungsfähigkeit in Deutschland durch Zerschlagung professioneller Tätigkeit, durch Förderung mangelhafter Benutzerfreundlichkeit und mangelhafter Sicherheit
BVERFG-359. Zeitenwende mit Bundeskanzler Olaf Scholz: Russischer Angriff auf die Ukraine am 24.Feb.2022, Menschen verachtend, abartig und pervers, nie wieder Krieg,
aber Wahrheit bleibt Wahrheit !!!
Grundrechte nicht käuflich, nicht strafbar und zu respektieren entgegen verfassungswidrigen Beschlüssen des 2.Senats des Oberverwaltungsgerichts Münster
Intendanten-Ebene des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (1998):
Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 mit zusätzlichem Moderatoren-Duett für nicht-öffentliche Planungskonferenzen missbraucht (Anlage VB-217Z(3), Haupt-Zeuge aus Moderatoren-Duett später Congressleiter der Europäischen Congressmessen)
Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Zeitenwende wegen Ukraine-Krieg

Scherbenhaufen deutscher Außenpolitik, deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel
Söder: Vom Berliner Machtzentrum für Zerschlagung am Geburtsort informiert und gelernt
Zeitenwende, Wendehälse, „verbrannte Erde“ und Wahrheiten
Katastrophale Schäden durch best vernetzte Täter-Phalanx einschl. Mittäterschaft der Intendanzen des beklagten ÖRR (1998) und Kommunikationssperre durch nachfolgende Intendanten
Vorrangig ist Rehabilitierung und Schadenersatz für Zerschlagungsopfer und nicht für die Täter und Mittäter
Wiederholung des Antrags auf Opferschutz besonders in der Zeitenwende
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung und Opferdiskriminierung durch WDR-Bescheide (Anlage VB-21)
gegen Fortsetzung von Kontopfändungen für Rechtsanwälte einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto (Anlage VB-17a)
wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
BVERFG-360. Zeitenwende: Abwehr des Angriffs auf Weltfrieden, Demokratie und Menschenwürde und Schröder ist nicht dabei
Zeitenwende: Abwehr politisch motivierter Zerschlagungen der deutschen Innovationselite und Schröder/Steinmeier sind schuldig
Zeitenwende: Aufarbeitung der Schröder/Steinmeier Vergangenheit, damit für Zeitenwende eine Perspektive.
Zeitenwende: Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht mit Einspruchsmöglichkeit bei Wahl eines neuen Bundespräsidenten
Zeitenwende: Deutschland braucht einen „Ruck durch Deutschland“-Bundespräsidenten“ wie einen
Roman Herzog: Deutscher Bundespräsident 1994-1999, Präsident des Bundesverfassungsgerichts 1987-1994
Zeitenwende: Wenn der „Bock zum Gärtner“ gemacht wird, hat die Zeitenwende keine Perspektive, mit einem Bundespräsidenten, der seine Opfer zum Täter macht, um die Spuren seiner Vergangenheit zu verwischen.
Zeitenwende: Ein Bundeskanzler braucht auch die Unterstützung durch ein Bundesverfassungsgericht, um die Zeitenwende zu schaffen, aber nicht mit Alters- und Generationen-Diskriminierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 303)

Schriftsatz vom 13.03.2022 (4.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Zeitenwende in der Justiz im Zusammenhang mit politisch Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder unter Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich WDR
BVERFG-361. Globale Zeitenwende und in deutscher Justiz wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält, wie vor der Zeitenwende: sieh Anlagen zu Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, mit Todesopfer, mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Folter, mit sozialer Zerschlagung und mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Desaster-Lage deutscher Politik
Ukraine-Krieg-Zeitenwende:
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 355)

Schriftsatz vom 25.03.2022 (5.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022) wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschl. WDR
BVERFG-362. Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998), ohne Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
im Lichte der **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende**
Deutschland finanziert mit russischer Energieabhängigkeit Ukraine-Putin-Krieg
Exkanzler Gerhard Schröder: als Putin-Freund und Putin-Berater, als Helfer für russische Energieabhängigkeit beteiligt
Frank-Walter Steinmeier als Helfershelfer für Schröder/Putin: Seit 1991 Medienreferent, Büroleiter, Kanzleramtschef bis 2005 bei Schröder, danach als Außenminister, SPD-Fraktionsführer, Außenminister unter Merkel, Bundespräsident auf Vorschlag der Bundeskanzlerin
Erzwingung der Zerschlagungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier, ab 2005 mit Unterstützung durch die Bundeskanzlerin
Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr:
Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen,
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter Schröder/Steinmeier/Merkel
Daher:Grundgesetzlicher Anspruch auf
Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen
mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin, (Anlage VB-28):
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 392)

Schriftsatz vom 02.04.2022 (6.Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit Einspruch wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
BVERFG-363. Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel und Söder mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998),
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu verfassungswidrigen Auswüchsen von Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opferdiskreditierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung jetzt im 81.Lebensjahr,
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 bis heute, jetzt im 81.Lebensjahr (Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven)
> zu politischem Desaster mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe von Schröder/Steinmeier/Merkel
und es wird weiter zerschlagen was das Zeug hält: Daher

Antrag auf unverzüglichem Stopp für Opfer verhöhnende Aktionen von Obergerichtsvollzieherin und Amtsgericht Velbert
mit Zwangsvollstreckungssachen und Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto für Gerichtskosten verfassungswidriger Gerichtsverfahren einer Zerschlagungsjustiz mit Zerschlagung eines
herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit
weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und mit professionellem Verlagsservice für digitales Innovationswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 430)

Neue Verfassungsbeschwerde
Schriftsatz vom 20.Juni 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifend
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Zerschlagungen unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Antrag auf Opferschutz
mit besonderen Schutzbedarf im 81.Lebensjahr wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht nach sozialer Zerschlagung
BVERFG-370. Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022 und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu

den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China),
Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .
BVERFG-371. Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert).
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum. Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof.
Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, wenn:
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will
> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör) für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage

> Mehr-Richter-Verantwortung für das
verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
Aushebelung der Justiz
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit:
Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin, Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)

Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen) und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen,
Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.
Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.
BVERFG-374. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
Präsident

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 15.Juli 2022

Neue Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 (Fortsetzung)
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
im 81.Lebensjahr, unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch
vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.

Hier:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) wegen Opferkriminalisierung ohne Limit, ohne Respektierung von Grundrechten, Leistung, Lebenswerk und Alter, daher Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht
mit besonderen Schutzbedarf) nach über 20 Jahren bundesweiten Zerschlagungen

Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge (22.05.2022) gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) vom 19.05.2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW in Münster
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)
Antrag auf Opferschutz
mit besonderen Schutzbedarf im 81.Lebensjahr (Jahrgang 1941, Grundrechte sind nicht Alters-begrenzt) wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht mit Eskalation sozialer Zerschlagung
mit Opferkriminalisierung ohne Limit: Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, Verfassungsbeschwerde übergreifend, mit Missbrauch von Justizbehörden für Kosten-Hetzjagd gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen vom Oberverwaltungsgericht an das Amtsgericht Velbert und mit sozialer Zerschlagung an das Amtsgericht Mettmann weitergeleitet

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Unter Bezugnahme auf vorhergehende Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165/196)

Begründung (Fortsetzung mit laufender Nummerierung)

BVERFG-375. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht > >
Gründe: Politisch motivierte Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen unter Schröder / Steinmeier seit 1998 (Merkel seit 2005) betrieben, mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen,
mit katastrophalem Einbruch der ONLINE und der CeBIT in 2002,
mit Vollendung der wirtschaftlichen Zerschlagung in 2003,
mit Fortsetzung durch Merkel seit 2005, mit staatlichem Verlustausgleich für die CeBIT,
mit paralleler Zerschlagung seines Bruders am Geburtsort,
unter persönlicher Verantwortung von Söder, seit 1998 bundesweit zur Zerschlagung freigegeben und überwacht,
ohne jede Chance für den Wiederaufbau unter Merkel.
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: Jetzt im 81.Lebensjahr mit über 20 Jahren bundesweite Zerschlagungen:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt bis heute ohne Respekt vor Leistung und Alter.
> 1. Mittäter: Bayerische Staatsregierung unter persönlicher Verantwortung von Markus Söder, seit 1994 im Bayerischen Landtag, sowie Bayerische Verwaltung mit Landratsamt Tirschenreuth am Geburtsort des Zerschlagungsopfers bzw. am Wohnort seines Bruders mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod in 2012 (Verwaltungsgericht Regensburg, Landgericht Wuppertal 2 O 163/16, abgebrochen trotz Verfassungsbeschwerde, Zerschlagung 2)
> 2. Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997, stellv. WDR-Intendantin seit 2008, mit kriminellem Missbrauch des Presserechts durch Phoenix (Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF, mit Mitwisserschaft, Rundfunksperre und Zugangssperre zu Politmagazinen, Missbrauch von multimedialen Raubkopien seiner ganztägigen Management-Symposien (Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22, Zerschlagung 3, Gerichte übergreifend zum Amtsgericht Velbert)
> 3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter.
> 4. Mittäter: Klagender Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen (Debeka, Zerschlagung 4), ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidriger Krankenversicherung, mit laufenden Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto durch Rechtsanwälte mit Verantwortung für verfassungswidrige KV
> Haupttäter „Deutsche Bundesregierung unter Schröder / Steinmeier / Merkel“ und beschriebene Mittäter gegen einen Staatsbürger wegen einem herausragendem Lebenswerk:
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,

Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang
> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003

BVERFG-376. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht > >
Gründe: Gerichte übergreifende Rechtsverfahren, am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf mit den verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 gegen Mittäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter persönlicher Federführung der WDR-Justitiarin und stellv. Intendantin, Eva-Maria Michel,
seit 1997 auch für Phoenix zuständig,
verhindert in eigener Sache qualifizierten Zeugenbeweis zu multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und ihre Mittäterschaft, verhindert Zeugenaussage gegen Phönix und weiterer Aufklärung, verweigert Teilnahme an Ladungstermin, will den Fortbestand der Opferzerschlagung.
2. Instanz erfindet Anhörungsrügeverfahren unter Einbeziehung der Justizbehörde mit Kostenhetzjagd während des Anhörungsrügeverfahren
und anschließender Verfassungsbeschwerde
Verfassungsbeschwerde, weil 1.Instanz: wahrheitswidrig, rechtswidrig und verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
Daher mit grundrechtsgleichem Recht nach Art.20 Abs.4 GG:
Beschwerdeführer leistet Widerstand gegen Kostenargumente eines verfassungswidrigen Verfahrens
Justizbehörde (Zentrale Zahlstelle Justiz) übergibt an Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieher übergibt an Amtsgericht.
Velbert mit Doppelbeschluss von Richterin und Rechtspfleger, die alles nur noch als „Textmasse“ erkennen wollen und können
Zwischenzeitlich: Beklagter ÖRR/WDR erzwingt mit Widerspruchsbescheid neues Gerichtsverfahren 27 K 2672/22 bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18
Trotz nachgewiesener Verfassungswidrigkeit: 1.Insanz, 2.Instanz mit Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022
Oberverwaltungsgericht bemängelt fehlende rechtsanwaltliche Vertretung, um Kostenargumente mit Rechtskosten erhöhen zu können
Gerichte übergreifender Verfahrenskomplex:
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 und Amtsgericht Velbert 16 M 188/22
Extremistische Ausuferung: Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und daher Teil des Gerichte übergreifenden Rechtsverfahrens gegen einen Mittäter
Besorgnis des Klägers: Rechtspfleger findet keinen Zugang zum Grundgesetz, verhöhnt neue Verfassungsbeschwerde als Textmasse, will nur über Zwangsmaßnahmen entscheiden trotz verfassungswidriger Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22.
Gerichte übergreifend: Aus verfassungswidrigen Verfahren am Verwaltungsgericht kann nur ein verfassungswidriges Verfahren am Amtsgericht entstehen: 16 M 188/22 mit Erzwingung eines Rechtsmittels gegen Fortsetzung von Opferkriminalisierung durch Rechtspfleger mit Richterunterstützung, ohne sich mit den Verfassungswidrigkeiten in einer „Textmasse“ auseinandersetzen zu wollen und zu können gemäß Anlage VB-50a.

BVERFG-377. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht > >
Gründe: Das Zerschlagungsopfer und sein Bruder (Todesopfer 2012) hatten nicht die Winzigkeit einer Chance:
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) seine Europäischen Congressmessen zerschlagen wollte und zerschlagen hat, weil Digitales „nicht sein Ding“ war?

> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass sein Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005) die Zerschlagung mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen hat und anschließend die Nachhaltigkeit seiner Zerschlagung überwachen lies? (Überwachung durch Bundesamt BfJ)
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass eine Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) die Zerschlagung von Schröder / Steinmeier in einer Groko mit Steinmeier als Bundesaußenminister übernommen hat und bis 2021 festgeschrieben hat ? Selbst ein Präsident der USA ist nach 10 Jahren Geschichte.
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Markus Söder in Bayern (heute Ministerpräsident) diese Vorgänge sehr schnell erfahren hat und sehr schnell (seit 1998) am Geburtsort gegen seinen Bruder mit einer Hetzjagd bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (2012) umgesetzt hat, mit Rückendeckung aus Berlin, zu Gunsten des 4.Volksstamm in Bayern (Sudetendeutsche) mit Söder als Schirmherrn?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn er, ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, seine Rücklagen in 2010 aufgebraucht hat und nach Petitionen in Berlin und München, vom Deutschen Bundestag und vom Bayerischen Landtag in die juristische Aufarbeitung gezwungen wird, ohne sich Rechtsanwälte leisten zu können? Seit 2010!
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn weitere Mittäter motiviert sind, sich an den politisch motivierten Zerschlagungen zu beteiligen, wie der Öffentlich-rechtliche Rundfunk, vorrangig WDR, mit seiner Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997 und stellv. Intendantin seit 2008, die multimediale Raubkopien von ganztägigen Management-Symposien seiner Europäischen Congressmessen hat erstellen lassen, um mit diesen multimedialen Raubkopien nicht-öffentliche Veranstaltungen zu bedienen und seit mehreren Jahren qualifizierte Zeugenbeweise unterdrückt, weil sie auch noch zuständig ist für die Eintreibung der Rundfunkgebühren, die seit längerem vom Beschwerdeführer nicht mehr bezahlt werden können, jetzt mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, und weil sie jetzt in den Ruhestand gehen möchte?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn der Sozialversicherungsträger DEBEKA seinen ehemaligen Versicherungsnehmer durch alle möglichen Gerichte treibt durch Amtsgerichte, Landgerichte, Sozialgerichte, obwohl fehlende Versicherungsgebühren gar nicht bestritten werden, sondern der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, um soziale Zerschlagung zu verhindern, weil Zielsetzung der sozialen Versicherungen soziale Sicherheit ist und nicht soziale Zerschlagung?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn seit Jahren verantwortliche Richter, selbst Richter von Vollstreckungsgerichten, im Zusammenhang mit den beschriebenen Vorgängen nicht mehr genannt werden wollen, und die Verantwortung an junge Einzelrichter abschieben oder sogar an Rechtspfleger mit Unterstützung durch ungenannte, weisungsgebundene Staatsanwälte, wie am Amtsgericht Velbert. Das ist verfassungswidrig. Jeder Versuch, richterliche Verantwortung auszuhebeln durch Einsatz von Rechtspfleger mit verdeckter Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälten ohne Notstandsbeschlüsse im Deutschen Bundestag, ist verfassungswidrig.

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 93)

Zu BVERFG-375. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht
> > Gründe: Politisch motivierte Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen unter Schröder / Steinmeier seit 1998 (Merkel seit 2005) betrieben, mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen,
mit katastrophalem Einbruch der ONLINE und der CeBIT in 2002,
mit Vollendung der wirtschaftlichen Zerschlagung in 2003,
mit Fortsetzung durch Merkel seit 2005, mit staatlichem Verlustausgleich für die CeBIT, mit paralleler Zerschlagung seines Bruders am Geburtsort, unter persönlicher Verantwortung von Söder,
seit 1998 bundesweit zur Zerschlagung freigegeben und überwacht, ohne jede Chance für den Wiederaufbau unter Merkel.
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: Jetzt im 81.Lebensjahr mit über 20 Jahren bundesweite Zerschlagungen:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt bis heute ohne Respekt vor Leistung und Alter.
> 1. Mittäter: Bayerische Staatsregierung unter persönlicher Verantwortung von Markus Söder, seit 1994 im Bayerischen Landtag, sowie Bayerische Verwaltung mit Landratsamt Tirschenreuth am Geburtsort des Zerschlagungsopfers bzw. am Wohnort seines Bruders mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod in 2012 (Verwaltungsgericht Regensburg, Landgericht Wuppertal 2 O 163/16, abgebrochen trotz Verfassungsbeschwerde, Zerschlagung 2)
> 2. Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997, stellv. WDR-Intendantin seit 2008, mit kriminellem Missbrauch des Presserechts durch Phoenix (Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF, mit Mitwisserschaft, Rundfunksperre und Zugangssperre zu Politmagazinen, Missbrauch von multimedialen Raubkopien seiner ganztägigen Management-Symposien (Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22, Zerschlagung 3, Gerichte übergreifend zum Amtsgericht Velbert)
> 3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter.
> 4. Mittäter: Klagender Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen (Debeka, Zerschlagung 4), ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidriger Krankenversicherung, mit laufenden Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto durch Rechtsanwälte mit Verantwortung für verfassungswidrige KV
> Haupttäter „Deutsche Bundesregierung unter Schröder / Steinmeier / Merkel“ und beschriebene Mittäter gegen einen Staatsbürger wegen einem herausragendem Lebenswerk:
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang
> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003

Die neue Verfassungsbeschwerde (473 Seiten) wurde begründet
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender
Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
gemäß folgenden Kapiteln:

Kapitel BVERFG-370. Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022
und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg
unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung
des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen

Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China),
Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .

Kapitel BVERFG-371. **Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert)**.
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum. Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof. Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, wenn:
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will

> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit
extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör) für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises

Kapitel <u>BVERFG-372</u>. <u>Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz</u>
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
<u>anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.</u>
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
<u>Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises</u>, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
<u>Aushebelung der Justiz</u>
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von <u>Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder</u> zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung

anstatt sozialer Sicherheit: Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin,
Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)
Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen) und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen,
Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.

Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.

Kapitel BVERFG-374. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Alles längst aufgeklärt und nachgewiesen. **Frank-Walter Steinmeier** wurde 2 Wochen vor der Ukraine-Krieg-Zeitenwende als Bundespräsident wiedergewählt. Steinmeier ist verheiratet mit **Elke Büdenbender.** Büdenbender war seit 1994 Richterin am Verwaltungsgericht Hannover und seit 2000 Richterin am Verwaltungsgericht Berlin. Sie war in der ersten Amtszeit (2017-2022) ihres Ehemannes beurlaubt und ist **seit 2.Mai 2022 wieder als Richterin an der 4.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin** (Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Teilzeit) tätig.
Dies ist zunächst eine Tatsachen-Feststellung im Zusammenhang mit den zeitlichen Abläufen.
Die Klage des Beschwerdeführers am Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14 ist rechtshängig seit 2011, es geht um Rehabilitierung und Schadenersatz unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder.
Es gibt kein grundrechtsfreies Alter, aber leider Menschen verachtende Alters- und Generationen-Diskriminierung
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Respekt vor Leistung, Alter und Grundrechten ist längst überfällig, zumal das Verwaltungsgericht Berlin entgegen Art.34 GG nicht einmal zuständig wäre, indem der ordentliche Rechtsweg vom Landgericht Wuppertal versagt wurde trotz mehrfacher Verfassungsbeschwerden (Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, Landgericht Wuppertal 2 O 70/15 und 2 O 163/16: Zerschlagung 1, 2)
Tatsache ist auch, dass der Beschwerdeführer in juristische Verfahren gezwungen wurde, nach einer Petition an den Deutschen Bundestag (Mai 2010 – Dez.2011, einschließlich Verfassungsbeschwerde, sieh Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf)

Klage am Verwaltungsgericht Köln mit Übertragung an das Verwaltungsgericht Berlin in 2011 erhoben, sieh Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf
Der Beschwerdeführer hat „in vorderster Front" mit seinen Europäischen Congressmessen die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Schröder / Steinmeier erleben müssen, er hat die UMTS-Auktionen 2000 europaweit dokumentiert wie kein Zweiter. Natürlich gibt es heute auch noch Zeugen. Wikipedia-Beschreibungen zu
verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 sind politisch einseitig verzerrt und in keiner Weise tatsachen-gerecht.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Qualifizierter Zeitzeuge wäre nicht nur Timotheus Höttges, heute

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG (Einstieg bei T-Mobile im Jahr 2000, davor mit Erfahrungen in deutschen Unternehmensberatungen)
> > > https://de.wikipedia.org/wiki/Timotheus_H%C3%B6ttges
Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert. Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Mobilfunklöcher in Deutschland sind hinreichend berüchtigt und bekannt, Deutschland ist Glasfaser-Entwicklungsland (sieh OECD-Statistiken). Deutschland hat seit 2000 einen Verlust von digitalen Fähigkeiten im internationalem Vergleich.

Tatsache ist, dass der Beschwerdeführer jetzt im 81.Lebensjahr mit sozialer Zerschlagung derart unter Druck gehalten wird, sodass und damit
es ihm bis heute nicht ermöglicht wird, den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen zu erreichen, um mit Schadenersatz Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bestreiten zu können.
Soziale Zerschlagung ist Menschen verachtend. Der Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz anstatt sozialer Zerschlagung, resultierend aus politisch motivierten Zerschlagungen
unter öffentlich-rechtlicher Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung in vielfältiger Ausuferung, ist mit dem Grundgesetz, mit zu respektierenden Grundrechten und mit dem
grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG zu erkämpfen.
Unerträgliche Unterdrückung von Zeugenbeweis und weitere Aufklärung zu
> 2. Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter
WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997, stellv. WDR-Intendantin seit 2008, mit Unterdrückung von Zeugenbeweis zu kriminellem Missbrauch des Presserechts durch Phoenix
(Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF),
mit Mitwisserschaft, Rundfunksperre und Zugangssperre zu Politmagazinen (Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22, Zerschlagung 3, hier in Kapitel **BVERFG-373**)

Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen eine verfassungswidrige Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation: Sieh
Anlage VB-50: Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit
Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am
Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 aus
verfassungswidriger Verwaltungsjustiz (VG Düsseldorf)
mit Missbrauch von Justizbehörden für Gerichte und Verfahren übergreifende Eskalation zu parallelen Zwangsmaßnahmen der
verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22.
Punkt 06 bis 12. Faktenlage in Kurzfassung:
Unterzeichner ist kein Täter, ist kein Schuldner, ist kein Langzeitarbeitsloser, sondern ausschließlich Langzeit-Opfer
politisch motivierter Zerschlagungen, einer Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort seit über 20 Jahren (1998), unter
persönlicher Verantwortung von
Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,
hier zusätzlich unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, unter Federführung von
Eva-Maria Michel, seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
(1997 Gründungsjahr von Phoenix, Übergriffe seit ONLINE'98 zwecks Vorteilnahme für öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Phoenix, einer Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF),
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, Jahrgang 1957,

Täter/Opfer-Umkehr mit verfassungswidriger Fortsetzung von Opfer-Kriminalisierung, Opfer Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung mit niedrigen Beweggründen
Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen Rechnungen und Mahnungen in verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit Missbrauch der Justizbehörden
Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen eine verfassungswidrige Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation: Sieh
Kapitel BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.

Zu BVERFG-376. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht > > Gründe: Gerichte übergreifende Rechtsverfahren, am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf mit den verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 gegen Mittäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter persönlicher Federführung der WDR-Justitiarin und stellv. Intendantin, Eva-Maria Michel,
seit 1997 auch für Phoenix zuständig,
verhindert in eigener Sache qualifizierten Zeugenbeweis zu multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und ihre Mittäterschaft, verhindert Zeugenaussage gegen Phönix und weiterer Aufklärung, verweigert Teilnahme an Ladungstermin, will den Fortbestand der Opferzerschlagung.
2. Instanz erfindet Anhörungsrügeverfahren unter Einbeziehung der Justizbehörde mit Kostenhetzjagd während des Anhörungsrügeverfahren
und anschließender Verfassungsbeschwerde
Verfassungsbeschwerde, weil 1.Instanz: wahrheitswidrig, rechtswidrig und verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
Daher mit grundrechtsgleichem Recht nach Art.20 Abs.4 GG: Beschwerdeführer leistet Widerstand gegen Kostenargumente eines verfassungswidrigen Verfahrens
Justizbehörde (Zentrale Zahlstelle Justiz) übergibt an Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieher übergibt an Amtsgericht. Velbert mit Doppelbeschluss von Richterin und Rechtspfleger, die alles nur noch als „Textmasse“ erkennen wollen und können
Zwischenzeitlich: Beklagter ÖRR/WDR erzwingt mit Widerspruchsbescheid neues Gerichtsverfahren 27 K 2672/22 bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18
Trotz nachgewiesener Verfassungswidrigkeit: 1.Insanz, 2.Instanz mit Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022
Oberverwaltungsgericht bemängelt fehlende rechtsanwaltliche Vertretung, um Kostenargumente mit Rechtskosten erhöhen zu können
Gerichte übergreifender Verfahrenskomplex:
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 und Amtsgericht Velbert 16 M 188/22
Extremistische Ausuferung: Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und daher Teil des Gerichte übergreifenden Rechtsverfahrens gegen einen Mittäter
Besorgnis des Klägers: Rechtspfleger findet keinen Zugang zum Grundgesetz, verhöhnt neue Verfassungsbeschwerde als Textmasse, will nur über Zwangsmaßnahmen entscheiden trotz verfassungswidriger Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22.
Gerichte übergreifend: Aus verfassungswidrigen Verfahren am Verwaltungsgericht kann nur ein verfassungswidriges Verfahren am Amtsgericht entstehen: 16 M 188/22 mit Erzwingung eines Rechtsmittels gegen Fortsetzung von Opferkriminalisierung durch Rechtspfleger mit Richterunterstützung, ohne sich mit den Verfassungswidrigkeiten in einer „Textmasse“ auseinandersetzen zu wollen und zu können gemäß Anlage VB-50a.

Der Rechtspfleger schimpft über **„Textmasse“,** weil er das Zerschlagungsopfer verantwortlich macht und nur weiter zerschlagen will: Das Opfer und sein Bruder hatten nicht den Hauch einer Chance.
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
im 81.Lebensjahr, unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen **unter persönlicher Federführung der WDR-Justitiarin und stellv. Intendantin, Eva-Maria Michel,**
seit 1997 auch für Phoenix zuständig,
verhindert in eigener Sache qualifizierten Zeugenbeweis zu multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und ihre Mittäterschaft, verhindert Zeugenaussage gegen Phönix und weiterer Aufklärung seit mehreren Jahren, verweigert Teilnahme an Ladungstermin, will den Fortbestand der Opferzerschlagung.

Zu BVERFG-377. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht
> > Gründe: Das Zerschlagungsopfer und sein Bruder (Todesopfer 2012) hatten nicht die Winzigkeit einer Chance:
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) seine Europäischen Congressmessen zerschlagen wollte und zerschlagen hat, weil Digitales „nicht sein Ding“ war?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass sein Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005) die Zerschlagung mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen hat und anschließend die Nachhaltigkeit seiner Zerschlagung überwachen lies? (Überwachung durch Bundesamt BfJ)
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass eine Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) die Zerschlagung von Schröder / Steinmeier in einer Groko mit Steinmeier als Bundesaußenminister übernommen hat und bis 2021 festgeschrieben hat ? Selbst ein Präsident der USA ist nach 10 Jahren Geschichte.
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Markus Söder in Bayern (heute Ministerpräsident) diese Vorgänge sehr schnell erfahren hat und sehr schnell (seit 1998) am Geburtsort gegen seinen Bruder mit einer Hetzjagd bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (2012) umgesetzt hat, mit Rückendeckung aus Berlin, zu Gunsten des 4.Volksstamm in Bayern (Sudetendeutsche) mit Söder als Schirmherrn?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn er, ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, seine Rücklagen in 2010 aufgebraucht hat und nach Petitionen in Berlin und München, vom Deutschen Bundestag und vom Bayerischen Landtag in die juristische Aufarbeitung gezwungen wird, ohne sich Rechtsanwälte leisten zu können? Seit 2010!
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn weitere Mittäter motiviert sind, sich an den politisch motivierten Zerschlagungen zu beteiligen, wie der Öffentlich-rechtliche Rundfunk, vorrangig WDR, mit seiner Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997 und stellv. Intendantin seit 2008, die multimediale Raubkopien von ganztägigen Management-Symposien seiner Europäischen Congressmessen hat erstellen lassen, um mit diesen multimedialen Raubkopien nicht-öffentliche Veranstaltungen zu bedienen und seit mehreren Jahren qualifizierte Zeugenbeweise unterdrückt, weil sie auch noch zuständig ist für die Eintreibung der Rundfunkgebühren, die seit längerem vom Beschwerdeführer nicht mehr bezahlt werden können, jetzt mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, und weil sie jetzt in den Ruhestand gehen möchte?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn der Sozialversicherungsträger DEBEKA seinen ehemaligen Versicherungsnehmer durch alle möglichen Gerichte treibt durch Amtsgerichte, Landgerichte, Sozialgerichte, obwohl fehlende Versicherungsgebühren gar nicht bestritten werden, sondern der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, um soziale Zerschlagung zu verhindern, weil Zielsetzung der sozialen Versicherungen soziale Sicherheit ist und nicht soziale Zerschlagung?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn seit Jahren verantwortliche Richter, selbst Richter von Vollstreckungsgerichten, im Zusammenhang mit den beschriebenen Vorgängen nicht mehr genannt werden wollen, und die Verantwortung an junge Einzelrichter abschieben oder sogar an Rechtspfleger mit Unterstützung durch ungenannte, weisungsgebundene Staatsanwälte, wie am Amtsgericht Velbert. Das ist verfassungswidrig. Jeder Versuch, richterliche Verantwortung auszuhebeln durch Einsatz von Rechtspfleger mit verdeckter Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälten ohne Notstandsbeschlüssen im Deutschen Bundestag ist verfassungswidrig.

Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder und Mittäter z.B. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk seit 1998, bis dato ohne Rehabilitierung und Schadenersatz sind verfassungswidrig (Art. 34 GG) und der einzige Grund für verheerende Folgewirkungen auf Sozialversicherungen, sind soziale Zerschlagung, wenn der **Vorrang** von Rehabilitierung und Schadenersatz nicht anerkannt werden. **Das ist derzeitiger Zustand am Verwaltungsgericht Düsseldorf, Sozialgericht Düsseldorf und im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal:**

Verfassungswidrig und Menschen verachtend ist der hemmungslose Opferkriminalisierungs-Wahnsinn wie von Geisterhand gesteuert.
Geisterhand: Bundesamt für Justiz (BfJ), nachgeordnete Verwaltung mit Bußgeldbescheiden und angewiesene Staatsanwälte mit Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2006/2011

Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen die Fortsetzung von **unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2006,** Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung: Sieh
3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem, mit Rechtsanwalt abgewehrtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung. Dazu
Sieh **Anlage VB-51 / VB-26e,f** (in Ergänzung zu VB-26a, -26b, -26c, -26d)
Einstellungsverfügung des Bundesamtes für Justiz **vom 07.09.2009**
Daraus ersichtlich: Verantwortliche Mittäter politisch motivierter Sippenzerschlagung, verantwortlich für soziale und psychische Zerschlagung (Zerschlagung 4 und 5) sind
> Kreisverwaltung/Landratsamt Mettmann,
> ehemaliger Versicherungsträger Debeka,
> Bundesamt für Justiz (BfJ).
Weitere Opfer-kriminalisierende Aktivitäten des Bundesamtes für Justiz seit September 2016:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Sieh Anlage VB-51 / VB-26 e und f im Schriftsatz vom 10.März 2020 an das Bundesverfassungsgericht (1 BvR 440/20),

Beginn der Opferkriminalisierung durch das Bundesamt für Justiz, Landratsamt Mettmann und angewiesene Staatsanwälte spätestens seit 2006 mit unberechtigtem und zurückgewiesenem Vorwurf der Insolvenzverschleppung.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 381)

Sieh **Anlage VB-26f**: Kostenrechnung für rechtsanwaltliche Hilfe zur Abwehr des unberechtigten Vorwurfs der Insolvenzverschleppung.

Sieh **Anlage VB-51**
Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung:
3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006 unter Bundeskanzlerin Merkel trotz vielfacher Anschreiben ohne Beantwortung) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung.

Mit dem unberechtigten Vorwurf der Insolvenzverschleppung wurde dem Zerschlagungsopfer schon in 2006 zusätzlicher Schaden absichtlich zugefügt, indem er gezwungen war, auf eigene Kosten trotz riesiger Verluste rechtsanwaltliche Hilfe zur Abwehr des unberechtigten Vorwurfs in Anspruch zu nehmen.
Sieh Anlage VB-26 im Schriftsatz vom 10.Dez.2019,
Beginn der Opferkriminalisierung durch das Landratsamt Mettmann spätestens seit 2006 mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung. Seit 2010 betreiben Kreisverwaltung Mettmann und der ehemalige Versicherungsträger gemeinsam Opferkriminalisierungsverfahren unter Federführung der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Sieh **Anlage VB-52**
Einspruch gegen verfassungswidrigen Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 28.06.2022 (eingegangen am 01.Juli 2022) wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Zeugenaussage des Sozialversicherungsträgers, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, der umfangreiche Rechtsanwaltsgebühren für eine verfassungswidrige Krankenversicherung mit Amtsgericht Velbert auf Pfändungsschutzkonto vollstrecken lässt aus einem künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 314/12), der ohne jegliches Interesse an Rehabilitierung und Schadenersatz nur die soziale Zerschlagung will, der zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter gegen das Langzeit-Zerschlagungsopfer über das Landgericht Wuppertal (6.Strafkammer) erzwungen hat.

Verfassungswidrig: Skrupellose, Opfer verhöhnende Bußgeld-Verfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte der Kreisverwaltung Mettmann und des Bundesamtes der Justiz, die seit 2006 an den politisch motivierten Zerschlagungen mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz beteiligt sind:

Politisch motivierte Zerschlagungen unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und ohne Rehabilitierung und Schadenersatz eskalieren zur sozialen Zerschlagung ohne Sicherheitsleistungen des Sozialversicherungsträgers im Alter, der nur noch ein Ziel hat: Soziale Zerschlagung.

Beispiel: Am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18, 27 K 2672/22) werden qualifizierte Zeugenbeweise nicht zugelassen, um die Mittäterschaft des beklagten **Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 1998 mit multimedialen Raubkopien zu ganztägigen Management-Symposien der Europäische Congressmesse ONLINE'98 und deren Missbrauch auf weiteren Veranstaltungen** nachzuweisen.
Opfer-Diskriminierung, Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Terrorisierung, Opfer-Entrechtung, Opfer-Versklavung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung.
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, auch am Amtsgericht Mettmann ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!
Daher Zurückweisung des Beschlusses

Das Bundesverfassungsgericht ist angerufen wegen
Opfer-Diskriminierung, Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Terrorisierung, Opfer-Entrechtung und Opfer-Entmündigung

Sieh **Anlage VB-53**
Schriftsatz vom 10.März 2020 zu
'Verfassungsbeschwerde 1 BvR 404/20 mit Initiative einer juristischen Unterstützung durch juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten mit den Anlagen **Anlage VB-26e und f**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 381)
Verfassungsbeschwerde mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
und Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-202X).
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto
mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Daher
Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
wegen Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
für Zeugenaussage zu einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999 bis 2005 mit
Kapitel **BVERFG-28. Landgericht Wuppertal:**
Missbrauch der Justiz für Opferkriminalisierungswahnsinn nicht mehr hinnehmbar, Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung ist kein Täter
Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand des Zerschlagungsopfers gemäß Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung dieses Opferkriminalisierungswahnsinn durch Versicherungsträger ohne Versicherungsleistungen seit 2010 und Mittäter von Opferkriminalisierung politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 2010.
Mittäter für soziale und psychische Zerschlagung: Kreisverwaltung Mettmann, ehemaliger Versicherungsträger Debeka, Bundesamt für Justiz (BfJ) mit staatsanwaltschaftlicher Federführung.
Nicht mehr nachvollziehbar: Daher Verfassungsbeschwerden gegen Opferkriminalisierungswahnsinn der Mittäter und gegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn mit unbekannter Sachstandanfrage des klagenden Mittäters am Landgericht Wuppertal (Anlage VB-33)
Befehlskette "Bundespräsident & Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt - Bundesamt für Justiz - Landratsamt": Längst nachgewiesen
Täter verschanzen sich hinter der Immunität von Bundespräsident und Bundeskanzlerin, Mittäter folgen als Trittbrettfahrer, verwechseln soziale Sicherheit mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
Opfer werden ohne Respektierung ihrer Menschenrechte von einer verfassungswidrigen Justiz kriminalisiert und für eine kriminelle Politik der Täter zur Rechenschaft gezogen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf

Scroll down after link (page 381)

Zu verändern: Nicht das Grundgesetz, sondern die verfassungswidrige Verwaltung
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich **noch strafbar**, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand!
Zeugenaussage ist

Sieh **Anlage VB-49**
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606) Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Sieh **Anlage VB-49a**
Einspruch und Zurückweisung eines verfassungswidrigen, Opfer kriminalisierenden Bußgeldbescheides vom 11.Juli 2022
Aktenzeichen 32-22/ 5220003034/37. Anhörung im Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann gem. **Anlage VB-49** (in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 mit
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606)) Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann

wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Sieh **Anlage VB-50:** Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 gemäß
Anlage VB-48 Zusatz 3 in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 Seite 384/426
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW aus

verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
mit Missbrauch von Justizbehörden für Gerichte und Verfahren übergreifende Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung
Punkt 06 bis 12. Faktenlage in Kurzfassung:
Unterzeichner ist kein Täter, ist kein Schuldner, sondern ausschließlich Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, einer Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort seit über 20 Jahren, unter **persönlicher Verantwortung von**
Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,
hier zusätzlich unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, unter Federführung von
Eva-Maria Michel, seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
(1997 Gründungsjahr von Phoenix, Übergriffe seit ONLINE'98 zwecks Vorteilnahme für öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Phoenix, einer Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF),
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, Jahrgang 1957,
Täter/Opfer-Umkehr mit verfassungswidriger Fortsetzung von Opfer-Kriminalisierung, Opfer Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung mit niedrigen Beweggründen
> > > **http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf**
Scroll down after link (page 9)
Sieh **Anlage VB-50a:** Antwort des Amtsgerichts Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 04.07.2022 (eingegangen am 09.07.2022) auf Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am
Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 gemäß
Anlage VB-48 Zusatz 3 in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 Seite 384/426
resultierend aus verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
mit Missbrauch von Justizbehörden für Kosten-Hetzjagd in einem vom Oberverwaltungsgericht erfundenen Anhörungsrügeverfahren mit anschließender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 und mit Gerichte, Verfahren und Verfassungsbeschwerde übergreifender Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung sowie mit
mit erzwungener Klagewiederholung 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit sofortiger Beschwerde mit erneuter Anhörungsrüge und erneuter Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022.
Das ist Opferkriminalisierungswahnsinn mit einer Mittäterin, der WDR-Justitiarin..
Sieh **Anlage VB-50b: Kostenfestsetzungsbeschluss des Amtsgerichtes Velbert vom 30.06.2022** (eingegangen am 15.07.2022) durch Sozialversicherungsträger Debeka Krankenversicherung für verfassungswidrige Krankenversicherung, ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit nachgewiesener Verfassungswidrigkeit am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 nach Urteil 11 C 89/19 vom 16.12.2020
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page246)
und mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page155)
mit laufender Kontopfändung von Rechtsanwaltskosten auf Pfändungsschutzkonto für verfassungswidrige Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil 7 O 314/12 (Landgericht Wuppertal), mit völliger, Opfer verhöhnender Ignoranz von Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für soziale Zerschlagung.

Sieh **Anlage VB-54:**
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 27.06.2022, zu beantworten mit Antrag auf Terminverschiebung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für soziale Zerschlagung.

Sieh **Anlage VB-55:**
Festsetzungsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln vom 01.07.2022 (eingegangen am 13.07.2022) mit Vorrang für Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für laufendes Verfahren, um endlich wider Respektierung der Grundrechte zu erreichen.

Alle diese Anlagen beweisen die Fortsetzung der politisch motivierten Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
Der Beschwerdeführer mahnt die Respektierung seines Alters an, weil er wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz die Rechtskosten eines Rechtsanwalts nicht tragen wird und sich gegen Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung zur Wehr setzen wird.

Der Antrag auf Opferschutz ist nach bestem Wissen und Gewissen begründet.
Es ist Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, daher mehrfach verfassungswidrig und darüber hinaus pervers, weil auch noch Pfändungen auf dem Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners zugelassen wird. Es sind Pfändungen durch Rechtsanwälte, unter deren Verantwortung eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, obwohl der Versicherungsträger seit 2010 Jahren keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und nur noch soziale Zerschlagung betreibt.

Velbert, 15.07.2022

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem
professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben.
Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage VB-49a
Einspruch und Zurückweisung eines verfassungswidrigen, Opfer kriminalisierenden Bußgeldbescheides vom 11.Juli 2022
Aktenzeichen 32-22/ 5220003034/37. Anhörung im Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann gem. **Anlage VB-49** (in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 mit
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606))
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Anlage VB-50: Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 gemäß
Anlage VB-48 Zusatz 3 in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 Seite 384/426
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW aus
verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
mit Missbrauch von Justizbehörden für Gerichte und Verfahren übergreifende Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung
Punkt 06 bis 12. Faktenlage in Kurzfassung:
Unterzeichner ist kein Täter, ist kein Schuldner, sondern ausschließlich Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, einer Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort seit über 20 Jahren, unter **persönlicher Verantwortung von**
Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,
hier zusätzlich unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, unter Federführung von
Eva-Maria Michel, seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
(1997 Gründungsjahr von Phoenix, Übergriffe seit ONLINE'98 zwecks Vorteilnahme für öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Phoenix, einer Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF),
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, Jahrgang 1957,
Täter/Opfer-Umkehr mit verfassungswidriger Fortsetzung von Opfer-Kriminalisierung, Opfer Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung mit niedrigen Beweggründen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 9)
Anlage VB-50a: Antwort des Amtsgerichts Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 04.07.2022 (eingegangen am 09.07.2022) auf Schriftsatz

vom 26.Juni 2022 mit Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am
Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 gemäß
Anlage VB-48 Zusatz 3 in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 Seite 384/426
resultierend aus verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
mit Missbrauch von Justizbehörden für Kosten-Hetzjagd in einem vom Oberverwaltungsgericht erfundenen Anhörungsrügeverfahren mit anschließender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 und mit Gerichte, Verfahren und Verfassungsbeschwerde übergreifender Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung sowie mit
mit erzwungener Klagewiederholung 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit sofortiger Beschwerde mit erneuter Anhörungsrüge und erneuter Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022.
Das ist Opferkriminalisierungswahnsinn mit einer Mittäterin, der WDR-Justitiarin..
Anlage VB-50b: Kostenfestsetzungsbeschluss des Amtsgerichtes Velbert vom 30.06.2022 (eingegangen am 15.07.2022) durch Sozialversicherungsträger Debeka Krankenversicherung für verfassungswidrige Krankenversicherung, ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit nachgewiesener Verfassungswidrigkeit am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 nach Urteil 11 C 89/19 vom 16.12.2020
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page246)
und mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page155)
mit laufender Kontopfändung von Rechtsanwaltskosten auf Pfändungsschutzkonto für verfassungswidrige Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil 7 O 314/12 (Landgericht Wuppertal), mit völliger, Opfer verhöhnender Ignoranz von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für soziale Zerschlagung.

Anlage VB-51
Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung:
3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006 unter Bundeskanzlerin Merkel trotz vielfacher Anschreiben ohne Beantwortung) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung.
Anlage VB-26e (in Ergänzung zu VB-26a, -26b, -26c, -26d)
Einstellungsverfügung des Bundesamtes für Justiz **vom 07.09.2009**
Daraus ersichtlich: Verantwortliche Mittäter politisch motivierter Sippenzerschlagung, verantwortlich für soziale und psychische Zerschlagung (Zerschlagung 4 und 5) sind
> Kreisverwaltung Mettmann,
> ehemaliger Versicherungsträger Debeka,
> Bundesamt für Justiz (BfJ).
Weitere Opfer-kriminalisierende Aktivitäten des Bundesamtes für Justiz seit September 2016:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Mit dem unberechtigten Vorwurf der Insolvenzverschleppung wurde dem Zerschlagungsopfer schon in 2006 zusätzlicher Schaden **absichtlich** zugefügt, indem er gezwungen war, auf eigene Kosten

trotz riesiger Verluste rechtsanwaltliche Hilfe zur Abwehr des unberechtigten Vorwurfs in Anspruch zu nehmen.
Sieh Anlage VB-26 im Schriftsatz vom 10.Dez.2019,
Beginn der Opferkriminalisierung durch das Landratsamt Mettmann spätestens seit 2006 mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung. Seit 2010 betreiben
Kreisverwaltung Mettmann und der ehemalige Versicherungsträger gemeinsam Opferkriminalisierungsverfahren unter Federführung der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlage VB-26f: Kostenrechnung für rechtsanwaltliche Hilfe zur Abwehr des unberechtigten Vorwurfs der Insolvenzverschleppung.

Anlage VB-52
Einspruch gegen verfassungswidrigen Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 28.06.2022 (eingegangen am 01.Juli 2022)
wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Zeugenaussage des Sozialversicherungsträgers, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, der umfangreiche Rechtsanwaltsgebühren für eine verfassungswidrige Krankenversicherung mit Amtsgericht Velbert auf Pfändungsschutzkonto vollstrecken lässt aus einem künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 314/12), der ohne jegliches Interesse an Rehabilitierung und Schadenersatz nur die soziale Zerschlagung will, der zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter gegen das Langzeit-Zerschlagungsopfer über das Landgericht Wuppertal (6.Strafkammer) erzwungen hat. Sieh auch Anlage 53.

Anlage VB-53
Schriftsatz vom 10.März 2020 zu
'Verfassungsbeschwerde 1 BvR 404/20 mit Initiative einer juristischen Unterstützung durch juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten mit den Anlagen **Anlage VB-26e und f**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 381)
Verfassungsbeschwerde mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
und Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-202X).
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto
mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Daher
Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
wegen Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
für Zeugenaussage zu einer gigantischen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999 bis 2005 mit
Kapitel **BVERFG-28. Landgericht Wuppertal:**
Missbrauch der Justiz für Opferkriminalisierungswahnsinn nicht mehr hinnehmbar, Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung ist kein Täter
Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand des Zerschlagungsopfers gemäß Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung dieses Opferkriminalisierungswahnsinn durch Versicherungsträger ohne Versicherungsleistungen seit 2010 und Mittäter von Opferkriminalisierung politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 2010.
Mittäter für soziale und psychische Zerschlagung: Kreisverwaltung Mettmann, ehemaliger Versicherungsträger Debeka, Bundesamt für Justiz (BfJ) mit staatsanwaltschaftlicher Federführung.
Nicht mehr nachvollziehbar: Daher Verfassungsbeschwerden gegen Opferkriminalisierungswahnsinn der Mittäter und gegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn mit unbekannter Sachstandanfrage des klagenden Mittäters am Landgericht Wuppertal (Anlage VB-33)
Befehlskette "Bundespräsident & Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt - Bundesamt für Justiz - Landratsamt": Längst nachgewiesen
Täter verschanzen sich hinter der Immunität von Bundespräsident und Bundeskanzlerin, Mittäter folgen als Trittbrettfahrer, verwechseln soziale Sicherheit mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
Opfer werden ohne Respektierung ihrer Menschenrechte von einer verfassungswidrigen Justiz kriminalisiert und für eine kriminelle Politik der Täter zur Rechenschaft gezogen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 381)

Anlage VB-54:
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 27.06.2022, zu beantworten mit Antrag auf Terminverschiebung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für soziale Zerschlagung.

Anlage VB-55:
Festsetzungsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln vom 01.07.2022 (eingegangen am 13.07.2022) mit Vorrang für Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für laufendes Verfahren, um endlich wider Respektierung der Grundrechte zu erreichen.

Anlage VB-40:
Schriftsatz vom 22.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22) vom 19.Mai 2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW
171. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz:
Opfer verhöhnender Beschluss 2 E 387/22 mit Versagung von rechtlichem Gehör zu mehrfach verfassungswidrigem Verfahren, weil Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR,
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung.
Nicht beklagt, wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk Köln.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren unter Beteiligung des ÖRR
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit, rechtswidrig: Zeugen-Beweis am Verwaltungsgericht nicht zugelassen
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör für Anspruch auf Mehrrichter-Verfahren auch in der 1.Instanz.
Ohne Rechtskraft: Judikativer Anspruch auf Unanfechtbarkeit, weil fehlende Respektierung von ordentlichen Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten des Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden.
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Verwaltungsgerichte sind kein grundrechtsfreier Raum: Beklagter ÖRR ist Mittäter
politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Haupttäter: Altbundeskanzler, heute sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, ein herausragendes Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen.
Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK
Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wiederholt:
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22

> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)

Anlage VB-41:
Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf)
vom 19.Mai 2022 des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen mit Verwerfung der Beschwerde

Anlage VB-42:
Schriftsatz vom 16.Mai 2022 mit Zurückweisung rechtswidriger Ladungen und rechtswidriger Verfügung vom 2.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen aktuellem Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022, nach Zurückweisung der 1.Ladung gemäß Beschwerde und Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022
170. Wegen Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022: Rechtswidrige Richter-Handlungen zurückzuweisen, weil nicht verhandlungsfähig
Ablehnungsgesuch wurde ordnungsgemäß (§54 VwGO, §§ 41 bis 49 ZPO) vorgenommen
Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, die keinen Aufschub gestatten (§47 Abs.1 ZPO)
Über das Ablehnungsgesuch entscheidet das Gericht, dem der Abgelehnte angehört, ohne dessen Mitwirkung (§45 Abs.1 ZPO)
Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung zum 24.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 161)

Anlage VB-43:
2. Zusendung der Beschwerde mit Schriftsatz vom 08.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW
mit 2. Zusendung der Beschwerde nach 1.Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf per Fax am 29.04.2022 und nach Aufhebung der Ladung zum 3.Mai 2022 ohne Vorabinformation
169. Zweite Zusendung der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht
nach erster Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
Altbundeskanzler, Lobbyist von Kriegsverbrecher,
mit Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter Beteiligung des Beklagten (richtig: ÖRR)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Grundgesetz (Art.34 GG) trotz erdrückender Beweislage
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im fortgeschrittenen Rentenalter
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013
> zu politischen Entwicklungen und politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 142)
mit den Anlagen OVG-12, OVG-11, OVG-10, OVG-09, OVG-08

Anlage OVG-12:
2.Einspruch mit Beschwerde nach §146 Abs.1 VwGO an das Oberverwaltungsgericht (Schriftsatz vom 25.April 2022an das Verwaltungsgericht Düsseldorf)
gegen Beschluss 27 K 2672/22 vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) und gegen gleichzeitige Ladung vom 13.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022 zusammen mit Beschluss trotz vorausgegangenen Hinweis auf Besorgnis der Befangenheit im Schriftsatz vom 15.04.2022 Seite 4) durch befangenen Einzelrichter, mit Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen, gegen gleichzeitige Zusendung von Mehrrichter-Beschluss 27 K 2672/22 und Ladung durch abgelehnten Einzelrichter im wiederholtem Fall ohne Stellungnahme zu 1.Einspruch
167. Politisch motivierter, neuartiger Kannibalismus in Deutschland:
Jüngere Generation zerschlägt ältere Generation,
Jüngste Generation entsorgt älteste Generation, oder:
Von Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung
zu Alter-Diskriminierung und Alter-Kriminalisierung bzw.
von Generationen-Diskriminierung zu Generationen-Kriminalisierung
Von Sperre an ordentlichen Gerichten wegen Schadenersatz und Rehabilitierung (Art.34 Abs.3 GG)
zu Entrechtung mit sozialer Zerschlagung an Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten.
„Untat“: Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen herausragendem Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe**
168. Beklagt ist der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR),
Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Miserable Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.
Verfassungswidriger Missbrauch elektronischer Gerichtsakte ohne Zugang für den Kläger, der auf Grund verheerender Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen seit 2010 keinen Rechtsanwalt mehr zur Verfügung hat.
Verfassungswidrige Benachteiligung: Rechtzeitiger Zugang zu wichtigen elektronischen Akten verwehrt
Verfassungswidrige Aushebelung und Versagung von rechtlichem Gehör trotz Einspruch, aber ohne Beantwortung
Mehrfach verfassungswidriges Verfahren, weil Opfer verhöhnend, Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR
Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen gemäß §54 VwGO mit konkreten auf ihn bezogenen Tatsachen. Antrag an die 27.Kammer auf Einleitung des Befangenheitsverfahrens.
Antrag: Aufhebung der Ladung durch einen befangenen Einzelrichter, Mehr-Richter-Beschluss vom 08.April 2022 anzufechten, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert (nicht unanfechtbar).

Unerträglich: Einbeziehung von Gerichte übergreifenden Aktivitäten der Justizbehörden mit orgienartiger Ausuferung vor einem Ladetermin, offensichtlich in Abstimmung mit dem Bundesamt der Justiz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 114)

Anlagen OVG-12 mit zugehörigen Anlagen VGD-05, VGD-06, VGD-07

Anlage VGD-05: **Anlage VB-19**
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VGD-06: Westdeutscher Rundfunk ist nicht beklagt.
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) ist Beklagter, Absage des Westdeutschen Rundfunks Köln mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix
Verfassungswidrig ist, wenn **kein** Vertreter an der mündlichen Verhandlung teilnimmt wegen Ungleichbehandlung.

Anlage VGD-07: Verfassungswidrig: Zugang zu wichtigen elektronischen Gerichtsakten für den Kläger verwehrt. Schreiben der Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Appelhoff-Klante vom 31.März 2022. Schriftsatz vom 15.April 2022 Seite 5. Fax vom 23.04.2022 an Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht.

Anlage OVG-11:
Schriftsatz vom 18.März 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden mit aktuellem Bezug zu russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
165. Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Daher: Zurückweisung des Widerspruchsbescheid mit Schreiben vom 10.März 2022 an WDR-Beitragsservice und

Weiterleitung dieser Zurückweisung an Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 beim Bundesverfassungsgericht.
Widerspruchsbescheid: Fortsetzung von verfassungswidrigen Auswüchsen zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung zusätzlich,
verfassungswidrig gemäß Art.34 GG, beugt die Wahrheit in strafbarem Ausmaß (Verleumdung) und zeigt die Verwicklung einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid im Lichte der Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen OVG-11 mit zugehörigen Anlagen VB-26, VB-22, VB-21, VB-217z(3), VB-AA, VB-208, VB-209, VB-210, VB-211z, VB-212z, VB-213z, VB-214z, VB-211z, VB-215z, VB-216z

mit Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.
Anlagen nach Anhörung vom 24.Aug.2021 am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
mit Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Change“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88
mit Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt,** Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
mit Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau,** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große

Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
mit Anlage VB-210: **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-211z: **Joachim Erwin,** Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
mit Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn,** Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION
mit Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
mit Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
mit Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
mit Anlage VB-217z: Gewinn für den Medienplatz Norddeutschland:
International anerkannte Kongressmesse für technische Kommunikation und neue Medien, **Björn Engholm,** Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
mit Anlage VB-217z(2): Plenarveranstaltung der Europäischen Kongressmesse ONLINE'89 unter Leitung von
o.Prof.Dr.-Ing.habil.Hans-Jörg Bullinger, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) an der Universität Stuttgart,
mit Anlage VB-28: Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
zu Desasterlage deutscher Politik unter **Schröder/Steinmeier/Merkel**

Anlage OVG-10:
Schreiben des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 31.März 2022 (eingegangen am 05.04.2022) zur neuen Klage 27 K 2672/22 mit Abänderung des Beklagten, falschem Eingangsdatum, Ankündigung eines Einzelrichter-Übertragung

Anlage OVG-09:
Schriftsatz vom 15.April 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Antrag auf Prozesskostenhilfe, auf Richtigstellung von Eingangsdatum, von Bezeichnung des Beklagten und

auf Mehrrichter-Verfahren (1.Einspruch)
166. Extreme Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art seit 1998:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
Antrag auf Richtigstellung von Eingangsdatum, Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren
Auf früheren Congressmessen ÖRR präsent z.B. mit
Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,
Intendant des Südwestfunk und ARD-Vorsitzender,
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland,
Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand
Heute ÖRR beklagt wegen Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen, verweigert Anwesenheit bei Verurteilung des Zerschlagungsopfers und
verfassungswidriges Urteil als Fake im öffentlichen Netz!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 91)

Anlage OVG-08:
Beschluss 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) mit abgeänderter Bezeichnung des Beklagten und mit Einzelrichter-Übertragung, zeitgleich (eingegangen am 20.04.2022) mit Ladung durch Einzelrichter zum 03.Mai 2022 ohne die Möglichkeit/Beachtung des vorherigen Einspruchs gegen den Einzelrichter-Beschluss.

---------- Ende der Anlagen zu **Anlage VB-43**

Anlage VB-44:
Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022
Hier: Beschluss 2 E 395/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) des Oberverwaltungsgerichtes für das Land NRW mit Versagung von rechtlichem Gehör zu wesentlichen Punkten der Anhörungsrüge

Anlage VB-45: Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes 24.Mai 2022
Hier: Sitzungsdokumentation und Beschluss 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022 durch Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ohne Hinweis, dass der Kläger mit Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung wegen des aktuellen Ablehnungsgesuch schriftlich (Schriftsatz vom 16.Mai 2022) tatsächlich abgesagt hatte.

Anlage VB-46: Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch,
mit 1.Beschwerde vom 25.April 2022 (Anlage OVG-12) und mit wiederholter Beschwerde vom 08.Mai 2022 (Anlage VB-43 mit Anlage OVG-12) will Kläger mit nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) und mit Nicht-Beachtung der Beschwerde in Verhandlungen verwickeln: **Rechtswidrig bei Ablehnungsgesuch und mit rechtswidriger Verfügung (Bl.135) wegen Ablehnungsgesuch.** Wegen unleserlicher, fehlerhafter Seiten-Nummerierung ab Bl.76 mit ungelöster Heftung an Bundesverfassungsgericht weitergeleitet.

Anlage VB-47:
Hinweis vom 14.Juni 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf über
172. Neue Verfassungsbeschwerde
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit Rechte beugender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
ohne weitere Verhandlungen mit Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch
inkl.Zurückweisung des Beschlusses 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022
(eingegangen am 01.Juni 2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 204)

Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Schreiben 16 M 188/22 vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022)
mit Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an das Amtsgericht Velbert (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-01),
Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an den Unterzeichner (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-02)
Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen).
Entscheidungsrelevante Gründe für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags mit 38 Seiten Antwort vom 27.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-48 Zusatz 1: Verfassungswidrige Rechnung
vom 2.05.2022 (2 E 387/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700790561003X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 2: Verfassungswidrige Rechnung
vom 13.06.2022 (2 E 395/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700792011007X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am

18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW.
Das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum in dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden kann, wenn die Kosten-Hetzjagd aus einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf parallel am Amtsgericht Velbert einfach weiter geführt wird. Das ist
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit und daher in zugehörigen Verfassungsbeschwerden dezidiert zu bekämpfen.
Das Amtsgericht Velbert ist seit 2010 in die Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen gegen das Opfer involviert und hat es nicht einmal als notwendig erachtet, auf die entscheidungsrelevanten Gründe der Punkte 01 bis 05 einzugehen.
Punkt 01. Der Antrag ist verfassungswidrig, weil er aus einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz resultiert.
Unterzeichner ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenzerschlagung) seit 1998, mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, jetzt im
81.Lebensjahr,
unter persönlicher Verantwortung eines Bundesländer übergreifenden politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz als Haupttäter und mit dem Öffentlichem Rundfunk (ÖRR) als Mittäter.
Punkt 02. Forderungsaufstellungen gemäß Anlagen AGV-01 und AGV-02 sind widersprüchlich, rechtswidrig und verfassungswidrig. Anlagen haben eine miserable, Opfer verhöhnende Kopierqualität, mit der ganze Wörter abgeschnitten und Sätze unverständlich gemacht werden.
Rechtswidrig und verfassungswidrig ist die
Gerichtsverfahren übergreifende, Instanzen und Gerichte übergreifende Treib- und Hetzjagd mit Kostenberechnungen aus einem skandalösen Gerichtsverfahren (27 K 4325/18), das mit einem weiteren Gerichtsverfahren (27 K 2672/22) wegen Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung derzeitig fortgesetzt werden muss.
Punkt 03. Es gibt überhaupt <u>keine</u> Klage gegen den Westdeutschen Rundfunk, mit der Forderungen in der Forderungsaufstellung ausgewiesen werden.
sondern seit langem ausschließlich eine Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR einschließlich WDR), Beklagter.
Jede Zwangsmaßnahme ist eine Fortsetzung der Verfassungswidrigkeit.
> Klage gegen den ÖRR wird bis heute nicht zugelassen
> Qualifizierte Zeugenbeweise (mehrere möglich) für die Mittäterschaft des ÖRR (WDR ist Mitglied des ÖRR) bei politisch motivierten Zerschlagungen
werden nicht zugelassen. Der vom ÖRR zugefügte Schaden liegt nachweislich über 100.000 €.
Punkt 04. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht in
der Justizbehörde und auch nicht am Amtsgericht. Grundrechte hängen nicht davon ab, ob sich ein Zerschlagungsopfer noch <u>vertrauenswürdige</u> Rechtsanwälte leisten kann, insbesondere nach kapitalen Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, mit denen er gezwungen wurde, sich im Alter von **über 80 Jahren** selbst verteidigen und Schadenersatzverfahren

betreiben zu müssen.
Punkt 05. Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung ist grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG.
Die von der Zentralen Zahlstelle Justiz genannten Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-49
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606)
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Anlagen der letzten Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22

Anlage VB-30: Steinmeier: Rußland-Nähe, Mitverantwortung für deutsche Energieabhängigkeit von Russland mit Nord Stream 1 und 2, Mitverantwortung für diskriminierende NATO-Ausgrenzung der Ukraine seit Bukarest 2008 wegen Rußland-Nähe, Mitverantwortung für Russland-Ukraine-Krieg
Ukrainischer Botschafter Andrij Melnyk: Steinmeier hat Spinnennetz an Russland-Kontakten (höchst bedenkliche Nähe zu Russland)
Schuld für deutsche Energieabhängigkeit von Russland: Steinmeiers Agieren als Kanzleramtschef und später als Außenminister
Anlage VB-29: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel
Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache
Widerspruch gegen Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam mit Schriftsatz vom 31.März 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-23a: Erneute Zurückweisung von Gerichtskosten inkl. Vollstreckungsankündigung vom 18.03.2022 (eingegangen am 23.03.2022)

Anlagen im Schriftsatz vom 25.03.2022

Anlage VB-28:
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin,
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Darüber hinaus
Schröder/Steinmeier/Merkel sind verantwortlich für die Desaster-Lage deutscher Politik, für einen Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik
Der Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik wurde erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, der Scherbenhaufen deutscher Desaster-Politik unter Schröder/Steinmeier/Merkel hat die **Ukraine-Krieg-Zeitenwende** erzwungen und gefährdet inzwischen den Weltfrieden. Nicht nur Schröder/Steinmeier/Merkel haben keine Schuldgefühle. Zeitenwende ist auch eine Sache der Justiz.
Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurden die politisch motivierten Zerschlagungen erzwungen.

Anlage VB-27:
Klage vom 18.März 2022 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22) vom 17.Jan.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 nicht nur in diesem Gericht nach verfassungswidrigem Urteil am
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
ohne Zulassung der Berufung am
Oberverwaltungsgericht Münster 2 A 3087/18, 2 E 995/21
verursacht durch
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten
WDR-Intendanten Tom Buhrow (in 2021 ARD-Vorsitzender),
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
vom Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht trotz ständigen Widerstands ständig abgeändert in **Westdeutschen Rundfunk Köln**
Hier: Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
mit aktuellem Bezug zu
russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserkärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Detaillierte Ausführungen zum Kapitel zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen im Schriftsatz vom 13.03.2022

Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.

Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022
(eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für
Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1
der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im
öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der
liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis.
Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung."
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne
Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden
Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit
anschließenden Fake News im Internet.
Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.

Anlage VB-25: Antrag vom 10.März 2022 auf sofortigen Stopp der
laufenden Zwangsvollstreckungssache bei Gerichtsvollzieherin
Franziska Ritzhaupt mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Kopie von 5 monatlichen Pfändungen auf Pfändungsschutzkonto mit
Benutzungszwang seit 2013,
Fax-Sendebericht vom 10.03.2022.

Anlage VB-24: Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II
689/21 von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
(Datum 08.03.2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
3 Negativ-Sendeberichte vom 08.03.2022,

Anlage VB-23: Zurückweisung der Rechnungen und Mahnungen der
Zentralen Zahlstelle Justiz (Datum 08.März 2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Fax-Sendebericht vom 08.03.2022,
Rechnungen/Mahnungen der Kassenzeichen X700779291005X,
X700779311007X.

Anlagen im Schriftsatz vom 01.03.2022

Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder
Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter
Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger
Unterstützung
1990-1998 Niedersächsischer Ministerpräsident in Hannover
1991 Gerhard Schröder auf der Europäischen Congressmesse
ONLINE'91 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
Scroll down after link
Frank-Walter Steinmeier als Referent für Medienrecht und
Medienpolitik in der Staatskanzlei bei Gerhard Schröder
1993 Steinmeier übernimmt Büroleitung bei Schröder
1994 Steinmeier wird Leiter der Abteilung für Richtlinien der Politik,
Ressort-koordinierung und -planung bei Ministerpräsident Schröder

1998-2005 Gerhard Schröder wird Bundeskanzler
Seit 1998 Umverteilung von der Digitalbranche zur Automobilbranche ist Regierungsprogramm
1999-2005 Steinmeier als Kanzleramtschef politischer Vertrauter von Bundeskanzler Schröder.
2000: Staatliche UMTS-Auktion 2000 (August 2000)
mit weltweit größtem Auktionsbetrag, der bei Versteigerungen je erreicht wurde (50,8 Mrd EUR), mit verheerenden Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffs auf die gesamte Wirtschaft, mit Vernichtung der digitalen Innovationselite in Deutschland (New Economy, Hauptkundenstamm der Europäischen Congressmessen des Beschwerdeführers), mit Kapitalflucht aus dem digitalen Innovationsbereich, mit verheerenden Nachwirkungen bis heute.
2005: Schröder tritt zurück und verliert danach die Bundestagswahl
Steinmeier wird Bundesaußenminister im Kabinett Merkel I
Steinmeier / Merkel unterdrücken intensive Bemühungen des Beschwerdeführers um den schnellstmöglichen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
Schröder wird Putin-Berater mit
Entwicklung deutscher Energie-Abhängigkeit von Russland
2009: Steinmeier wird einflussreicher Oppositionsführer
2010: Petition des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag
2010: Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010), wurde vom Beschwerdeführer mit Brief vom 25.05.2010 angeschrieben und darum gebeten, mit dem moralischen Gewicht seines Amtes die laufende Petition des Unterzeichners am Deutschen Bundestag zu unterstützen. Köhler erklärt in derselben Woche seinen Rücktritt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 39)
2010 Beschwerdeführer schreibt erste Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechts
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
2011: Nordstream 1 unter Putin-Berater Schröder wird eingeweiht
2012/2013: Intendantin Monika Piel wird mit Schreiben vom 31.12.2012 / 16.01.2013 zweimal hintereinander vom Beschwerdeführer angeschrieben und erklärt danach den Rücktritt:
Sieh Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
14.06.2013: Erstes Anschreiben an nachfolgenden Intendant Tom Buhrow,
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:
08. GEZgnadenlos:
Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen
Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen
Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
2013: Im Dezember wird Frank-Walter Steinmeier Bundesaußenminister im Kabinett Merkel III und **ab 2017** von Merkel als Bundespräsident vorgeschlagen und gewählt.
2018: Schreiben von 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben an den Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Sehr verehrter Herr Bundespräsident!
Uns sind Ihre Worte bekannt:
"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident."
Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).
Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 29)
Beide Briefe mit angemessener höflicher Formulierung wurden vom Bundespräsidenten nicht beantwortet. Als Brückenbauer nicht verfügbar. Steinmeier auch über „JVA-Service“ gegen Briefeschreiber informiert
2021: Bundestagswahl nach Regierungswechsel
Bundeskanzler Olaf Scholz
mit einer SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP - Koalition
2022: Wiederwahl von Bundespräsident Steinmeier, Beschwerdeführer erhebt Einspruch gegen Wiederwahl (Kapitel **BVRFG-350**, danach Russisch-Ukrainischer Krieg seit 20.Feb.2022
27.02.2022: Zeitenwende mit Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Russland-Ukraine-Krieg und anschließender Aussprache
05.03.2022: Vitali Klitscko, Bürgermeister von Kiew, Hilferuf eines „Ertrinkenden“: „Bleiben Sie mit uns, weil wir kämpfen auch für deutsche Werte“ (WAZ vom 5.3.2022), Mitschuld von Deutschland am Krieg in der Ukraine

Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022)

Anlage VB-17a (Stand März 2022)
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-217z(3)
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus

Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Anlagen im Schriftsatz:vom 22.Feb.2022

Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilung-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen 81-jährigen Rentner mit herausragendem Lebenswerk in Deutschland und Europa
Anlage VB-20a: Schreiben der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22) mit Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 mit Vollstreckungsauftrag der Zentrale Zahlstelle Justiz, 59061 Hamm.
Anlage VB-20b: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779291005X Geschäftszeichen 2 A 3087/2021 001 (100)
Anlage VB-20c: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779317005X Geschäftszeichen 2 E 995/2021 001 (100)
Anlage VB-19
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf**
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VB-18
Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Geburtsort in Bayern: Zweimal Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten in 1.Instanz und anschließende Aussperrung von 2.Instanz
Nachweis mit Rechtsbeschwerde vom 24.10.2015 an den Bundesgerichtshof wegen Untätigkeit des Generalbundesanwalt zur Strafanzeige vom 09.April 2014 gegen verantwortlichen Amtsträger und Richter mit folgenden Kapiteln:
> 01. Verlust eines Menschenlebens: Todesopfer krimineller Rechtsbeugung am Ende einer langjährigen Treib- und Hetzjagd mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung
> 02. Zivilgerichte einschließlich Bundesgerichtshof haben bereits im Frühjahr 2011 und 2012 die von der bayerischen Verwaltung forcierte Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen in die Schranken gewiesen,
hier eine von mehreren Attacken zur Zerstörung seines Damwild-Geheges. Endgültige Zurückweisung der Attacke mit BGH-Urteil von 2012 leider erst nach seinem Tode eingegangen

> 03. Faktenlage März 2014:
Scherbenhaufen bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit tödlichem Ausgang für einen qualifizierten Lebensmittelunternehmer, bei seinen Kunden beliebt und geachtet,
von lokaler Verwaltung in den Tod getrieben
Kriminelle Rechtsbeugung bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung wegen fehlender anwaltlicher Vertretung
> 04. Kriminelle Rechtsbeugung durch bewusst falsche Anwendung des Rechts, durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten, durch Verweigerung der Berufung zum wiederholten Male:
Strafbare Spitzenleistung in bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz
> 05. Kriminelle Rechtsbeugung durch den 1. Bürgermeister der Gemeinde Leonberg und durch die Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth
Basisbeweis und Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 von bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz bis heute unterdrückt
> 06. Mitwirkung und Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verwaltungsjustiz
Bis dato von Verwaltungsjustiz unterdrücktes Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 an
Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich und Gemeinde Leonberg mit ausführlichen Informationen in 10 Kapiteln
> 07. Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verweigerung der Berufung
Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs als Hygiene-Sündenbock diskriminiert und diffamiert
Verweigerung der Berufung: Vertuschung des Hygiene-Skandals und der kriminellen Rechtsbeugung
> 08. Katastrophaler Totalschaden durch kriminelle Rechtsbeugung
Anstatt einer kooperativen Problemlösung des desaströsen Hygiene-Zustands des regionalen Fäkalienabwassernetzes mit Katastrophen-Pumpwerksanlage: Totale Betriebsschließung mit hinterhältigem Überfall einer 8-Personen-Task-Force unter dem Deckmantel der Lebensmittelkontrolle und die finale Einleitung des totalen wirtschaftlichen Ruins mit Schadenswirkung maximierenden Maßnahmen
Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 01 bis 08:
Sieh Anlage BGH3-01, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link (page 03)
Der Generalbundesanwalt hat mit Schreiben vom 15.April 2014 die Zuständigkeit für die Strafanzeige abgelehnt: Sieh Anlage BGH3-03. Mit der Gegendarstellung im Schriftsatz vom 28.April 2014 hat der Anzeigenerstatter seine Begründung mit weiteren Beweisunterlagen der Verfassungsbeschwerde vom 22.Sept.2013 an das Bundesverfassungsgericht (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13) **zum Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit** (Anlage 3) und weiteren Kapiteln fortgesetzt:
> 09. Generalbundesanwalt ist zuständig, wenn bestimmte schwere Straftaten die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen und der konkrete Tatbestand sich gegen dessen Verfassungsgrundsätze richtet
> 10. Richter sind in ihren Entscheidungen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Aber
Rechtsbeugung, insbesondere kriminelle Rechtsbeugung, die sich durch Verhinderung der Rechtsprechung und Verweigerung gesetzlicher Rechtsmittel und Rechtsbehelfe schützen will, ist in jedem Falle mit einer Strafanzeige zu bekämpfen.
> 11. Zugang zu übergeordneten Gerichten, die aufgrund zulässiger Rechtsbehelfe tätig werden können, wird verwehrt, indem der ordentliche Rechtsbehelf der Berufung verweigert wird (Kapitel 07)

Fundierter, qualifizierter Berufungsantrag in den übergebenen Anlagen:
Erweiterung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13 mit Schriftsatz vom 24.03.2014
> 12. Unbewältigte NS-Vergangenheit: Hintergrund und Wurzel krimineller Rechtsbeugung

☹ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Anzeigenerstatters, 2.Todesopfer: Bruder des Anzeigenerstatters)
Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer in Kreis- und Gemeindeverwaltung)

Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 09 bis 12:
Sieh Anlage BGH3-04, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link page 18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 17.Jan.2022

Anlage VB-01 inkl. Anlagen VB-AA, DB-01, DB-02, DB-03
Schreiben vom 02.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlage VB-02
Schreiben vom 11.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 49)

Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen)
mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen

Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Chance“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1) besucht den Messestand der ehemaligen DDR,**
die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt,** Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau,** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle"
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage VB-211z: **Joachim Erwin,** Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn,** Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-217z:
Björn Engholm, Ministerpräsident des des Landes Schleswig-Holstein, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, mit einer Rede im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'89 in Hamburg
---

Anlage VB-ZG: Geändert zu
Anlage VB-12 / VB-10 im Schriftsatz vom 02.Feb.2022)
Versagung von rechtlichem Gehör nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge durch Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022, in Anlage VB-10 geändert)

Daher termingerechte Nachsendung der Verfassungsbeschwerde
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019

Anlagen im Schriftsatz:vom 02.Feb.2022

Anlage VB-03
Ladung vom 12.Juli 2021 (eingegangen am 21.Juli 2021) zur mündlichen „Verhandlung“ (Anhörung) im verwaltungsgerichtlichem Verfahren
27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf

Anlage VB-04
Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-10(21), Anlage VGD-09(21))
mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-05
Urteil durch Einzelrichter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Sitzungsprotokoll vom 24.Aug.2021
ohne Antwort nach schriftlichen Einspruch gegen Ladung mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 28.Juli 2021,
ohne Anwesenheit des Beklagten,
nach 3-Richter*innen-Beschluss vom 13.Jan.2021,
nach Ablehnungsgesuch gegen Richter Dr.Wildhagen, nach Sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21

Anlage VB-06
Schriftsatz vom 20.Sept.2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit
Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
Antrag auf Berufungsgericht mit
Kompetenz für Telekommunikationsbranche und Presserecht
mit erster Stellungnahme gegen das Urteil

Einspruch gegen Kostenrechnung, Kassenzeichen X701350401308X
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und
erteilt 80-jährigen Rentner eine Kostenrechnung von über 3000 €,
nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden
verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen**.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-07
Schriftsatz vom 22.Sept.2021 an die Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz, Kassenzeichen X701350401308X) mit Einspruch gegen und Zurückweisung der Rechnung vom 10.09.2021 (eingegangen am 14.09.2021) in Höhe von 3.078 €
mit Anlage ZZJ-01, Anlage ZZJ-02, Anlage ZZJ-03, Anlage ZZJ-04.
Mitteilung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 12.10.2021

Anlage VB-08
Vollstreckungsankündigung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021) über erhöhten Betrag von 3.352 €
nach Schreiben des Oberverwaltungsgerichts vom 14.10.2021 (eingegangen am 20.10.2021

Anlage VB-09
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) wegen Zurückweisung der Vollstreckung:
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-10
Mahnung vom 03.01.2022 (eingegangen am 05.01.2022) und Rechnung vom 29.11.2021 wegen Zurückweisung der Vollstreckung und Antrag auf Zulassung der Berufung in Höhe von 1.134 € zu den Beschlüssen
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-11
Schriftsatz vom 06.Dez.2021 an das Oberverwaltungsgericht mit Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO
159. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie
Künstlicher Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht Münster
160. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

161. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:
Im Alter von 80 Jahren: Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:
Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach
politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen
mit verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierter Zerschlagungen
mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,
mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,
an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,
an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,
am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,
durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht
ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,
mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,
mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)
mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung,
> > > mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und
mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .
Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage beim Bundesverfassungsgericht.

162. Erdrückende Beweislage im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 (27 K 5854/13) VG Düsseldorf
gegen den Beklagten vorgelegt:
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch Westdeutschen Rundfunk (WDR), vertreten durch den Intendanten (Beklagter, Mittäter)
Mit umfassender sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 auf 522 Seiten, mit umfassender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 auf 642 Seiten
wegen öffentlicher Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung und zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998
> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Zerschlagung 3, am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 hier)
Daher: Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO

163. Verfassungsrechtliche Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges gemäß Art.34 GG
wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit (Grundrechte weder käuflich noch strafbar)
Zurückweisung der Beschlüsse mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO und mit verfassungsrechtlicher Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges
Verwaltungsgerichtliches Verfahren mit rechtsbeugendem, verfassungswidrigem Urteil ohne Einspruchsmöglichkeit (Urteilszusendung nach der mündlichen Anhörung) abzulehnen
Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Anerkennung längst nachgewiesen durch : wie z.B.
> aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung (Kapitel 160) wie
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
(Anlage VB-AA)
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjähriger Förderer, Schirmherr und Gastgeber der
Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(Anlage VB-209)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Kongressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
(Anlage VB-208)
Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, Mitglied der Europäischen Kommission, auf der ONLINE 2001 und weitere EU-Kommissare auf den Europäischen Congressmessen (Anlage VB-210)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlage VB-12
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge:
2 E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022 und
2 A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022

Anlage VB-13
Rechnungen vom 21.01.2022 in Höhe von 132 € (2 x 66 €) für Zurückweisung der Anhörungsrügen gemäß Anlage VB-13

Anlage VB-14
Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes mit Verfassungsbeschwerde
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 06.Dez.2021 gemäß §152a VwGO und
mit Zurückweisung aller Kosten nach Erhalt der Beschlüsse vom 11.Jan.2022 Beschluss 2 A 3087/21 Beschluss 2 E 995/21
164. Beschlüsse ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft und sind mit einer Verfassungsbeschwerde zurückzuweisen
Hiermit bestätigt der Kläger die termingerechte Einleitung der Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 52)

Anlage VB-15
Kostenaufschlag vom 26.01.2022 durch Justizbehörde wegen eingeforderter Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten nach Faxübertragung vom 26.01.2022 (Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes gemäß Anlage VB-14)

Anlage VB-16
Skrupellose, Opfer verhöhnende und verwerfliche Vollstreckungsankündigung der der Justizbehörde vom 28.01.2022 (eingegangen am 02.02.2022) in Höhe von 1.134,00€ mit wahrheitswidriger Angabe des Beklagten gemäß Veranlassung durch Beschluss 2 A 26182021 001 (100)
mit falschem Beklagten

Anlage VB-17
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-ZA: Ladung vom 12.Juni 2021
Beklagt:**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR),** vertreten durch vertretungsberechtigten **WDR-Intendanten Tom Buhrow (zur Zeit ARD-Vorsitzender),**
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
Nicht beklagt und daher wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk, nur ein Teil des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Anlage VB-ZB: Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am

VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-ZC: Niederschrift einer „mündlichen Verhandlung“, ohne Anwesenheit des Beklagten, unter Leitung des Einzelrichters Dr.Wildhagen, ohne Urteil.
Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2018 wurde mit Zusendung bekannt gemacht (eingegangen am 14.Sept.2021)

Anlage VB-ZD:
Schriftsatz vom 20.Sept. 2021 mit erster Begründung in Kapitel 158 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung
mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
mit Einspruch gegen Kostenrechnung
Beklagt: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch Westdeutschen Rundfunk, vertreten durch den Intendanten
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig,
in kaum vorstellbarer Dimension.

Junger Einzelrichter

beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und erteilt 80-jährigen Renter eine Kostenrechnung von über 3000 €, nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-ZE: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 19./16.Nov.2021 (eingegangen am 9.12.2021)
Anlage VB-ZE01: Beschluss 2A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZE02: Beschluss 2E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZF: 20 Jahre später, nach der ONLINE 2001, nach Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 (erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000)
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010:
> Vollstreckungsankündigung mit Kassenzeichen 00700743721000 der Justizbehörden Hamm vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021)
Vollstreckung der Gesamtkosten in Höhe von 1129,00 €
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/2018 001 (130) und Oberverwaltungsgericht Münster mit rechtswidrigem Anhörungsrügeverfahren
(2 E 108/2021 001 (100), 2 E 108/2021 001 (100), 2 E 244/2021 001 (100), 2 E 288/2021 001 (100), trotz
Anlage VB-ZG: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZH: Mahnung der Justizbehörden Hamm vom 03.01.2022 in Höhe von1.134,00 € (eingegangen am 05.01.2022)

Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 (1 BvR 939/21, AR 1916/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

Legende zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn

BVERFG-331. "Tear down this Wall": US-Präsident Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987, und 1990 Fall der Mauer !
Appell an die Intendanten des WDR, BR (ARD-Vorsitzender), ZDF gegen Mauer des Schweigens am 06.März 2018 mit Verfassungsbeschwerde
1 BvR 448/18 > > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
WDR-Intendant: Seit Amtsantritt 2013 ständig informiert, hat keinen Immunitätsschutz, ist persönlich verantwortlich:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 01)
Längst überfällig: Korrektur des Rubrums im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 des VG Düsseldorf > > >
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten WDR-Intendanten Tom Buhrow.
Anzugreifende Hoheitsakte inkl. jahrelang verfälschtem Rubrum im verwaltungsgerichtlichen Verfahren

BVERFG-332. Termingerechte und ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

BVERFG-333. Nach Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 und mit Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
gemäß Anlage VB-VG21 in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2331/17 vom 15.Sept.2017
Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 (eingegangen am 01.10.2016) und mit
Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Schriftsatz vom 03.Mai 2018 mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen
eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks vom 04.April 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf

BVERFG-334. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
Entschädigungsanspruch: Verwaltungsgerichtliche Entscheidung 10 mal angemahnt seit 3.Mai 2018 (neue Klage) und nach
Berufungsklage seit Okt.2016 (Anlage OVG-01(21)-12)
Verwaltungsgerichtliche Klageerhebung seit 2013
Opferkriminalisierung, diskriminierende Zwangsmaßnahmen und kriminalisierende Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 2010
Seit 2007: Rundfunksperre, Fernsehsperre, Kommunikationssperre
Prof.em. Dr.Dres.h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010):
> > > "Bürger sind keine Untertanen" (Anlage OVG-03(21)-01)

BVERFG-335. Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen

Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik einer regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, mit einer nicht überwindbaren Phalanx von Haupttätern und Mittätern
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, mit Sippenhaft und Opferkriminalisierungswahnsinn wie in der NS-Justiz,
mit politisch motivierter Justiz
mit Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit JVA-Service anstatt Konzentrationslager der NS-Diktatur,
mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (Todesopfer) und Nachlassinsolvenz in 2012,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang zu diskriminierendem und diskreditierendem Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredite und ohne Kreditkarte,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Am Geburtsort: Von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler zu politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!
BVERFG-336. Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot des Grundgesetzes gemäß Art.2 Abs.1 GG:
Rechtsstaatliche Prinzipien des Grundgesetzes contra Unverhältnismäßigkeit.
Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer
gegen Übergriffe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und
gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Beklagter WDR-Intendant mehrfach verantwortlich für Missbrauch des Staatsvertrages
Staatsvertrag als Regierungsvertrag für eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik missbraucht,
trotz mehrfacher Petitionen an Deutschen Bundestag, an Bayerischen Landtag (von Bundesregierung und Bayerischer Landesregierung niedergeschlagen)
trotz Rücktritt eines Deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler (warum?)
trotz Rücktritt einer WDR-Intendantin Monika Piel (warum?)
trotz gebetsmühlenartiger Informationen an Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, an Redaktionen der Politmagazine mit qualifizierten Schriftsätzen, mit qualifizierten Presseinformationen entgegen Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten-Sperre zu einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik und
trotz eines juristischen Kampfes gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010
Ohne jeden Zweifel: Mehrfach-Schuld, Mehrfach-Schaden, Mehrfach-Täterschaft des Beklagten
BVERFG-337. Die 27.Kammer ist kein grundrechtsfreier Raum
Skandalöse Beschlüsse der 27.Kammer vom 13.Jan.2021 sind
mehrfach verfassungswidrig,
haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden, sind daher zurückzuweisen
> Opfer verhöhnend (massiver, mehrfacher Verstoß gegen Art.1 Abs.1 GG)
für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit Sippenhaft seit 1998 (über 20 Jahre) und unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010 (Merkmale der NS-Justiz),
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten ohne Dispokredit und ohne Kreditkarte
> Verfassungswidrig: Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn mit Zwangsmaßnahmen seit 2010

> Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierter Sippenzerschlagung
(Verstoß gegen Art.103 Abs.1 GG)
> Verstoß gegen das europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip) ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010
> mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn
Bundesverfassungsgericht muss im Wahljahr 2021 agieren, nicht reagieren.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 158)

Schriftsatz vom 10.April 2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-338. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen einem exotischen Gerichtsverfahren
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
> nach wiederholter Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018 an das Verwaltungsgericht 27 K 4325/18 wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht, und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung
Boykottiert durch Verwaltungsjustiz: Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Rehabilitierung und Schadenersatz und durch Opferkriminalisierungsverfahren
Strafbare Rechtsbeugung durch judikative Transformation des Zerschlagungsopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
nicht nur vom Opfer zum Täter, sondern auch vom Kläger zum Beklagten, mit manipulierter Veränderung des Beklagten und der Rechtsgebiete
> nach 2 Beschlüssen mit Datum ((13.01.2021) und ohne Datum
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses vom 03.02.2021 (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
> nach Anhörungsrüge vom 14.März 2021
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Aufgebrochene Mauer ist längst zu beseitigen mit Verurteilung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
BVERFG-339. Anzugreifende Hoheitsakte inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
Opfer verhöhnende, Opfer schikanierende, Opfer kriminalisierende Eskalation des Beschwerdeverfahrens in der 2.Instanz unter der Vorsitzenden Richterin Brauer seit 2012
Seitdem: Nicht nur totales Versagen von rechtlichem Gehör,
sondern rechtsbeugende Manipulation in exotischen Gerichtsverfahren hier mit Twitter-artiger Serie von unqualifizierten Beschlüssen, mit abzulehnenden Kostenbeschlüssen,
mit unerträglicher Treib-und Hetzjagd seit 2010 gegen das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998,
mit Beschwerde an den 13.Senat und
nicht an den nicht zuständigen 2.Senat,
mit rechtsbeugender Manipulation des Rubrum:
Aus Kläger wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung wird Beklagter, aus Klage wegen Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht wird Opfer kriminalisierende Verurteilung wegen Rundfunk-Beitragsrecht des Beklagten

Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird auf Westdeutschen Rundfunk in rechtswidriger Weise eingeschränkt
Ablehnung der Vorsitzenden Richterin Brauer wurde bereits in 2013 mit Unterdrückung eines Befangenheitsverfahrens niedergeschlagen
Beschluss vom 26.Feb.2021 gegen die Beschwerde wurden mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge zurückgewiesen,
zu nachfolgenden Beschlüssen wurde auf das Rechtsmittel der Anhörungsrüge verwiesen.
Das Gerichtsverfahren mit weiterer Eskalation in der 2.Instanz ist an Rechtswidrigkeit, Verfassungswidrigkeit und Wahrheitswidrigkeit nicht zu überbieten
Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK längst auf der Strecke geblieben
Wahrheitswidrig: Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 14.März 2021 mit Fax-Protokoll vom 18.März 2021 / 15.34 Uhr, nicht erst am 1.April, sondern 2 Wochen vor dem 1.April !
Rechtswidrig und verfassungswidrig: 2.Senat, disqualifiziert durch Wahrheitsbeugung, nicht zuständig für beklagtes Rechtsgebiet, verstößt gegen das Prozessgrundrecht nach Art.103 Abs.1 GG,
gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip).
Widerstand gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG
http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 65)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.02.2021 / 10.04.2021 mit Schriftsatz vom 08.Mai 2021 wegen Klage vom 03.Mai 2018 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-340. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 / 10.April 2021 zu exotischem Gerichtsverfahren
> mit manipuliertem Rechtsweg, mit manipuliertem Rubrum, mit nicht zuständigem Senat in 2.Instanz
> mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht,
> mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn und Leugnen kausaler Zusammenhänge mit politisch motivierter Sippenzerschlagung durch eine best vernetzte Täter-Phalanx
> mit zu verabscheuender Heuchelei und wiederholter Wahrheitsbeugung in der 2.Instanz des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens
> vor dem Hintergrund krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nach demokratischen Wahlen auf Bundes- und auf Landesebene
ohne Chance für Opfer von staatlichen Übergriffen mit extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit best vernetzter Täterphalanx einschließlich Öffentlich-rechtlichem Rundfunk
BVERFG-341. Exotisches Gerichtsverfahren mit verweigertem Rechtsweg für Rehabilitierung und Schadenersatz durch Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen (hier: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk) mit extremistischer Ausuferung zu
> politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
> politisch motivierter Sklavenhaltung nach ökonomischer Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Exotisches Beschwerdeverfahren trotz 2 Anhörungsrügen vom 15.Feb.2021 und 14.März 2021
> wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 25.01.2021
> wegen Zurückweisung der Bescheidung
> mit wiederholtem Leugnen der 2.Anhörungsrüge vom 14.März 2021 entgegen Beweis mit Faxsendeprotokoll der 2.Anhörungsrüge

> mit Eröffnung eines Anhörungsrügeverfahren ohne Rechtsgrundlage nach weiterer Verfassungsbeschwerde vom 10.April 2021
> mit unbeschreiblichen Vorgängen, mit einer Twitter-artigen Serie von Beschlüssen und Rechnungen der Zentralen Zahlstelle Justiz bis zur Erschöpfung eines manipulierten Rechtsweges
Anzugreifende Hoheitsakte in Zusammenfassung inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
BVERFG-342. "Bürger sind keine Untertanen"
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Von politisch motivierter Sippenzerschlagung zu
> Politisch motivierter Sklavenhaltung mit jahrelanger Kontaktbeschränkung,
ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe,
im fortgeschrittenen Rentenalter,
mit orgienartiger Ausuferung bis zu 4 parallelen, exotischen Gerichtsverfahren mit Mehrfach- bis zu Quintuplex-Beschlüssen,
Gerichte übergreifend an Amtsgerichten, Landgerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, Verwaltungsgerichten u.v.a.m.
mit verfassungswidriger Krankenversicherung
nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
mit Todesopfer, Rufmord, Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden und Versagung der Rehabilitierung,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Durchsetzung krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik aus Wahlstrategien demokratischer Wahlen
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:
anhand aktueller Verfassungsbeschwerden seit 2010
Null Toleranz zu Fortsetzung des unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinn ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Zielsetzung: Beseitigung der politisch motivierten Sklavenhaltung
durch Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung durch best vernetzte Täter/Mittäter-Phalanx:
> Deutsche Bundesregierung (Zerschlagung 1 am Wohnort)
> Bayerische Staatsregierung (Zerschlagung 2 am Geburtsort)
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (Zerschlagung 3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 114)

Neue Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22)

Schriftsatz vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVRFG-350. Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Schreiben vom 02.Jan.2022 / 11.Jan.2022 an die Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38/49)
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
mit Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019, 03.Juni 2019 und 17.Juni 2019
an den Präsidenten des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)
mit Anzeige der beantragten Immunitätsaufhebung
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 und
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 313)
am Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165)

Schriftsatz vom 02.Feb.2022 (Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVERFG-351. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 wegen seiner Tätigkeit als
Chef des Bundeskanzleramts in 1999-2005: Hauptursache für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung bundesweiter Sippenzerschlagung am
Wohnort in NRW und
am Geburtsort in Bayern
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Hier: Mittäterschaft des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in
Deutschland und nicht nur in Köln auf Intendanten-Ebene
Zum 3.Mal, Niederschlagung nach verfassungswidrigem Muster einer
exotischen Verwaltungsjustiz: Nach strafbarer Rechtsbeugung in der
1.Instanz Verweigerung der
2.Instanz wegen Totalschaden des Zerschlagungsopfers
1. und 2. Mal am Verwaltungsgericht Regensburg und Verweigerung der
2.Instanz am Bayrischen Verwaltungsgerichtshof
nach einer Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den
Tod (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort.
3.Mal am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2013 (27 K 5854/13, 27 K
4325/18) und 2.Instanz am Oberverwaltungsgericht des Landes NRW
Haupttäter verschanzen sich hinter ihrer Immunität und öffentlich-rechtliche
Mittäter werden von der Verwaltungsjustiz geschützt, mit verwerflicher
Rechtsbeugung und PKH-Verweigerung
Zerschlagungsopfer werden von Sklavenjägern gejagt:
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu politisch motivierter
Sklavenhaltung mit Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opfer
verhöhnender Justiz (Gerichtsverfahren, Altersdiskriminierung,
Generationendiskriminierung)
Hier: Zu bekämpfende Hoheitsakte. Null Toleranz, wenn Grundrechte und
grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein
grundrechtsfreier Raum. Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht
Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit
Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
BVERFG-352. Urteil vom 24.Aug.2021:
Faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer
verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Rechtsbeugung durch Manipulation des Gerichtsverfahrens
mit Änderung des Beklagten und Änderung des Klagegrundes
Stellungnahme zu den Aktivitäten nach der sofortigen Beschwerde am
Oberverwaltungsgericht für das Land NRW mit erstem Schriftsatz vom
25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 (AR 1916721) mit
erstem Schriftsatz vom 26.Feb.2021 mit ca. 770 Seiten
nach mündlicher „Verhandlung“ (nur Anhörung durch
Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch und unbeantworteter Anhörungsrüge
ohne Anwesenheit des Beklagten und späterem Urteil) am 24.Aug.2021.
Einspruch und Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen strafbare Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung
ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
durch Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht
mit Klagestand 2021
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort
in zweistelliger Millionenhöhe durch best vernetzte Täter-Phalanx

BVERFG-353. Zurückzuweisen: Opfer verhöhnende Rechtsargumente und Kostenargumente in einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren zu einem Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen ohne Schuldbewusstsein.
Rechtsargumente des Oberverwaltungsgerichts sind nicht diskutabel und haben keine Rechtskraft,
> weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
> weil der Kläger wegen Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierten Zerschlagungen, wegen Rehabilitierung und Schadenersatz selbst zum Beklagten zwecks Gebühreneinzug umgeschrieben wurde,
> weil der tatsächlich Beklagte abgeändert wurde und so das Gerichtsverfahren in Abstimmung mir der 1.Instanz in unerträglicher Weise verändert und verfälscht wurde: Nicht mehr vorstellbare Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr, Victim blaming, Opferverhöhnung mit einer unerträglichen Häme,
mit Opferdiskriminierung, mit Altersdiskriminierung und mit Generationendiskriminierung
Kostenargumente haben aus gleichem Grund keine Rechtskraft
Opfer verhöhnende Kostenargumente, mehrfach stufenartig gesteigert, als Antwort auf Argumente, basierend auf dem Grundgesetz, zeigen ein primitives, verfassungswidriges Rechtsverständnis,
haben nur eine Zielsetzung: Finale Zerschlagung nach
Politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx ohne Schuldbewusstsein und mit großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

Schriftsatz vom 22.Feb.2022 (2.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten
mit Einspruch vom 02.Feb.2022 (231 Seiten) gegen
Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022)
BVRFG-354. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt mit
Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit einer geballten politischen Macht mit Immunitätsschutz
gegen Zerschlagungsopfer ohne qualifizierte Rechtsanwälte,
mit Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr
mit unverhältnismäßiger Diskriminierung wie Opferdiskriminierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Mit Verteufelung und Zerschlagung der digitalen Innovationselite als Dotcom-Blase, mit Nachrichtensperre und mit ihrer Eliminierung

Ganz Deutschland leidet unter verfassungswidriger Justiz und politisch motivierten Zerschlagungen
durch führende Politiker mit fehlendem Schuldbewusstsein,
mit nicht überwindbaren Immunitätsschutz und
mit Datenschutz für kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
durch führende Politiker als Helfershelfer und Komplize autoritärer Staaten
mit Risiko für den Weltfrieden
Nach Wiederwahl des Bundespräsidenten:
Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf
nach über 20 Jahren Verfolgung
BVERFG-355. Täter ohne Schuldbewusstsein:
Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit üppiger Altbundeskanzler-Vergütung seit 2005, Putin-Berater und Putin-Freund,
"Laufbursche von Putin" (so der vergiftete und in Lagerhaft befindliche Kreml-Kritiker Alexej Nawalny),
verantwortlich nicht nur für deutsche Energieabhängigkeit von Russland, an der Seite von Russland im Kampf gegen nordatlantische Gemeinschaft,
gegen ein freies Ukraine und gegen ein freies Osteuropa,
verantwortlich auch für Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland,
verantwortlich auch für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost,
verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice,
Opfer ohne Perspektive, ohne Chance für die Wahrheit:
mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 als Dotcom-Blase verteufelt und eliminiert ohne den Hauch einer Chance für die Wahrheit,
mit verheerenden Folgewirkungen für die Digitalisierung, für die Chip-Entwicklung und für die Chip-Produktion in Deutschland,
Zerschlagungsopfer ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz,
von deutscher Justiz wie ein Staatsfeind Nr.1 durch die Gerichte getrieben,
weil in 2010 seine Altersrücklagen aufgebraucht sind,
weil am Geburtsort in Bayern sein Bruder von bayerischem Mittäter (Staatsminister, seit 2018 Ministerpräsident, Mittäter einer skrupellosen Täter-Phalanx) mit einer Treib- und Hexenjagd in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod gezwungen wurde,
mit Missbrauch von bayerischen Kommunalwahlen als Volksjustiz,
von Verwaltungsgerichten mit Rechtsbeugung in 1.Instanz kriminalisiert,
verfassungswidrig, weil ein ordentlicher Rechtsweg
gemäß Art.34 Abs.3 GG bis dato verweigert wurde
Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten:
Dreimal verfassungswidrig, 1.Mal und 2.Mal in Bayern, 3.Mal in NRW, 3 Mal zu viel! und wie oft noch?
BVERFG-356. Internet-Missbrauch durch jungen Einzelrichter am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Unvorstellbar: Sein Urteil vom 24.Aug.2021 (Anlage VB-19), faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, als Fake News im Internet mit freiem Zugang für alle Surfer.
So wird Wahrheit, Recht und Verfassung manipuliert!
Fake News mit Missbrauch des Datenschutzes eskaliert
Grundrechte sind nicht ausschaltbar, egal was ein Einzelrichter ankündigt.
Es gilt Gleichheit vor dem Gesetz, d.h.
wenn der Beklagte nicht antreten muss, nicht antreten will und nicht antritt, dann ist dies diskriminierende Ungleich-Behandlung für den Kläger
Grundrechte sind nicht käuflich und nicht strafbar, auch wenn eine 2.Instanz zusätzlich Justizbehörden zur Hilfe holt. Eine 2.Instanz darf nicht mit Kosten und mit stufenweiser Erhöhung von Kosten verhindert werden.
Entsprechende Beschlüsse haben keine Rechtskraft.

Grundrechte sind nicht an Rechtsanwälte gebunden: Beschwerdeführer wird wie ein Staatsfeind Nr.1 durch alle deutschen Gerichte gejagt (politisch motivierte Sklavenhaltung), in Verfahren parallel/simultan und hintereinander mit orgienartiger Ausuferung seit 2010 gegen geballte politische Tätermacht mit Immunitätsschutz: mit bezahlten Rechtsanwälten wäre er heute pleite, mit Rechtsanwälten auf PKH-Basis hätte er keine Chance, er ist gezwungen, ohne Rechtsanwälte zu klagen, sich zu verteidigen, im 81.Lebensjahr mit Praxistraining seit 2010.
Bis dato weltweit ohne Vergleich, Lebenswerk des Klägers:
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
weltweit größtes Congressangebot für digitale Evolution mit professionellem Verlagsservice seit 1977, als Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare seit 1971 (Anlage VB-AA Seite 03). ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen, in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Anlage VB-AA Seite 03: Kurzfassung der
Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz in Online-Systemen) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Essen, Karlsruhe
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Hersteller-neutrale ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa als qualifizierte Basis seiner Unternehmensberatung
Seine Kunden: Digitale Innovationselite in Deutschland und Ausland, New Economy, Net Economy
Bis dato: Verheerende Folgewirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier mit Fortsetzung unter Merkel, mit Mittätern und Trittbrettfahrern (Söder),
mit Nachrichtensperre, ohne Aufarbeitung, ohne Rehabilitierung und ohne Schadenersatz
Eliminierung der digitalen Innovationselite (New Economy, Net Economy) mit Export des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost
Mit Folgewirkungen erzwungen: Einstellung der Europäischen Congressmessen in 2003, keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003
Hier: Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene seit 1998
BVERFG-357. Nicht öffentliche Planungskonferenzen in 1998 zur Vorbereitung und Unterstützung einer
Bürger und Menschen verachtenden Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit bundesweiter Eskalation
zusammen mit den ÖRR-Intendanzen:
Antrag auf Opferschutz mit besonderem Schutzbedarf
gemäß Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilungs-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen Rentner im 81.Lebensjahr mit herausragendem Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22,) gemäß Schreiben der OGVin Christiane Bräutigam mit Vollstreckungsauftrag der Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz).
Was Intendantin Monika Piel (danach Tom Buhrow) schon in 2011 gewusst hat, hat das Zerschlagungsopfer nachgewiesen.
3 Mal verwaltungsgerichtliche Rechtsbeugung, jetzt mit Eskalation von Diskriminierung und Diskreditierung mit Fake News im Netz:
Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk (inkl. WDR) auf Intendanten-Ebene ist Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG:
Anmahnung von Opferschutz, Rehabilitierung und Schadenersatz anstatt politisch motivierter Sklavenhaltung und
Anmahnung der Unterlassung von Fake News, von sozialer Zerschlagung mit Zwangsmaßnahmen anstatt sozialer Sicherheit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 244)

Schriftsatz vom 01.03.2022 (3.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit 1.Stellungnahme zur Zeitenwende, wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Einspruch vom 02.02.2022 (231 Seiten), gegen Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022) mit Einspruch vom 22.02.2022 (66 Seiten)
BVERFG-358. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet, versklavt mit
Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
mit öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanzen-Ebene als Mittäter einer best vernetzten Täter-Phalanx
mit Rundfunksperre und Nachrichtensperre für Politmagazine auf Bundesebene
mit aktiver Teilnahme an Planungskonferenz(en) einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik (vgl.„Wannsee-Konferenz 1942“)
mit dem Ziel einer nachhaltigen Effizienz der Umverteilung und Zerschlagungen
mit Erzwingung einer politisch motivierten Sklavenhaltung durch eine politisch motivierte Umverteilungs- und Zerschlagungsjustiz
mit erneutem Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendungen eines Staatsvertrages ohne Rechtskraft (Anlage VB-21)
mit großem Schaden für Deutschland, weil verfassungswidrig seit über 20 Jahren (1998) und als Mittäter
mitverantwortlich für Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland und als Mittäter
mitverantwortlich für Digitalisierungs-Schlusslicht von Deutschland in Europa und als Mittäter
mitverantwortlich für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost, und und als Mittäter
mitverantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mitverantwortlich für mangelhafte Leistungsfähigkeit in Deutschland durch Zerschlagung professioneller Tätigkeit, durch Förderung mangelhafter Benutzerfreundlichkeit und mangelhafter Sicherheit
BVERFG-359. Zeitenwende mit Bundeskanzler Olaf Scholz: Russischer Angriff auf die Ukraine am 24.Feb.2022, Menschen verachtend, abartig und pervers, nie wieder Krieg,
aber Wahrheit bleibt Wahrheit !!!
Grundrechte nicht käuflich, nicht strafbar und zu respektieren entgegen verfassungswidrigen Beschlüssen des 2.Senats des Oberverwaltungsgerichts Münster
Intendanten-Ebene des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (1998):
Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 mit zusätzlichem Moderatoren-Duett für nicht-öffentliche Planungskonferenzen missbraucht (Anlage VB-217Z(3), Haupt-Zeuge aus Moderatoren-Duett später Congressleiter der Europäischen Congressmessen)
Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Zeitenwende wegen Ukraine-Krieg
Scherbenhaufen deutscher Außenpolitik, deutscher Digitalpolitik, deutscher

Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel
Söder: Vom Berliner Machtzentrum für Zerschlagung am Geburtsort informiert und gelernt
Zeitenwende, Wendehälse, „verbrannte Erde“ und Wahrheiten
Katastrophale Schäden durch best vernetzte Täter-Phalanx einschl. Mittäterschaft der Intendanzen des beklagten ÖRR (1998) und Kommunikationssperre durch nachfolgende Intendanten
Vorrangig ist Rehabilitierung und Schadenersatz für Zerschlagungsopfer und nicht für die Täter und Mittäter
Wiederholung des Antrags auf Opferschutz besonders in der Zeitenwende
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung und Opferdiskriminierung durch WDR-Bescheide (Anlage VB-21)
gegen Fortsetzung von Kontopfändungen für Rechtsanwälte einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto (Anlage VB-17a)
wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
BVERFG-360. Zeitenwende: Abwehr des Angriffs auf Weltfrieden, Demokratie und Menschenwürde und Schröder ist nicht dabei
Zeitenwende: Abwehr politisch motivierter Zerschlagungen der deutschen Innovationselite und Schröder/Steinmeier sind schuldig
Zeitenwende: Aufarbeitung der Schröder/Steinmeier Vergangenheit, damit für Zeitenwende eine Perspektive.
Zeitenwende: Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht mit Einspruchsmöglichkeit bei Wahl eines neuen Bundespräsidenten
Zeitenwende: Deutschland braucht einen „Ruck durch Deutschland“-Bundespräsidenten“ wie einen
Roman Herzog: Deutscher Bundespräsident 1994-1999, Präsident des Bundesverfassungsgerichts 1987-1994
Zeitenwende: Wenn der „Bock zum Gärtner“ gemacht wird, hat die Zeitenwende keine Perspektive, mit einem Bundespräsidenten, der seine Opfer zum Täter macht, um die Spuren seiner Vergangenheit zu verwischen.
Zeitenwende: Ein Bundeskanzler braucht auch die Unterstützung durch ein Bundesverfassungsgericht, um die Zeitenwende zu schaffen, aber nicht mit Alters- und Generationen-Diskriminierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 303)

Schriftsatz vom 13.03.2022 (4.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Zeitenwende in der Justiz im Zusammenhang mit politisch Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder unter Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich WDR
BVERFG-361. Globale Zeitenwende und in deutscher Justiz wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält, wie vor der Zeitenwende: sieh Anlagen zu Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, mit Todesopfer, mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Folter, mit sozialer Zerschlagung und mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Desaster-Lage deutscher Politik
Ukraine-Krieg-Zeitenwende:
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 355)

Schriftsatz vom 25.03.2022 (5.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022) wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschl. WDR

BVERFG-362. Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998), ohne Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
im Lichte der **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende**
Deutschland finanziert mit russischer Energieabhängigkeit Ukraine-Putin-Krieg
Exkanzler Gerhard Schröder: als Putin-Freund und Putin-Berater, als Helfer für russische Energieabhängigkeit beteiligt
Frank-Walter Steinmeier als Helfershelfer für Schröder/Putin: Seit 1991 Medienreferent, Büroleiter, Kanzleramtschef bis 2005 bei Schröder, danach als Außenminister, SPD-Fraktionsführer, Außenminister unter Merkel, Bundespräsident auf Vorschlag der Bundeskanzlerin
Erzwingung der Zerschlagungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier, ab 2005 mit Unterstützung durch die Bundeskanzlerin
Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr:
Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen,
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter Schröder/Steinmeier/Merkel
Daher:Grundgesetzlicher Anspruch auf
Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen
mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin, (Anlage VB-28):
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 392)

Schriftsatz vom 02.04.2022 (6.Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit Einspruch wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998

BVERFG-363. Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel und Söder mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998),
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu verfassungswidrigen Auswüchsen von Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opferdiskreditierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung jetzt im 81.Lebensjahr,
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 bis heute, jetzt im 81.Lebensjahr (Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven)
> zu politischem Desaster mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe von Schröder/Steinmeier/Merkel
und es wird weiter zerschlagen was das Zeug hält: Daher

Antrag auf unverzüglichem Stopp für Opfer verhöhnende Aktionen von Obergerichtsvollzieherin und Amtsgericht Velbert
mit Zwangsvollstreckungssachen und Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto für Gerichtskosten verfassungswidriger Gerichtsverfahren einer Zerschlagungsjustiz mit Zerschlagung eines
herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit
weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und mit professionellem Verlagsservice für digitales Innovationswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 430)

Neue Verfassungsbeschwerde
Schriftsatz vom 20.Juni 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifend
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Zerschlagungen unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Antrag auf Opferschutz
mit besonderen Schutzbedarf im 81.Lebensjahr wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht nach sozialer Zerschlagung
BVERFG-370. Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022 und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China),
Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .
BVERFG-371. Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert).
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum. Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof.
Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, wenn:
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will
> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör) für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das

verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
Aushebelung der Justiz
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit:
Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin, Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)
Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und

missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen) und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen,
Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.
Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.
BVERFG-374. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg

und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Neue Verfassungsbeschwerde (Forts.)
Schriftsatz vom 15.Juli 2022 wegen Vorrang
für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
wegen Opferkriminalisierung ohne Limit, ohne Respektierung von Grundrechten, Leistung, Lebenswerk und Alter, daher Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht
mit besonderen Schutzbedarf) nach über 20 Jahren bundesweiten Zerschlagungen
BVERFG-375. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht >
> Gründe: Politisch motivierte Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen unter Schröder / Steinmeier seit 1998 (Merkel seit 2005) betrieben, **mit verheerenden Folgewirkungen der**
staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen,
mit katastrophalem Einbruch der ONLINE und der CeBIT in 2002,
mit Vollendung der wirtschaftlichen Zerschlagung in 2003,
mit Fortsetzung durch Merkel seit 2005, mit staatlichem Verlustausgleich für die CeBIT,
mit paralleler Zerschlagung seines Bruders am Geburtsort,
unter persönlicher Verantwortung von Söder, seit 1998 bundesweit zur Zerschlagung freigegeben und überwacht,
ohne jede Chance für den Wiederaufbau unter Merkel.
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: **Jetzt im 81.Lebensjahr mit über 20 Jahren bundesweite Zerschlagungen:**
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt bis heute ohne Respekt vor Leistung und Alter.
> 1. Mittäter: Bayerische Staatsregierung unter persönlicher Verantwortung von Markus Söder, seit 1994 im Bayerischen Landtag, sowie Bayerische Verwaltung mit Landratsamt Tirschenreuth am Geburtsort des Zerschlagungsopfers bzw. am Wohnort seines Bruders mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod in 2012 (Verwaltungsgericht Regensburg, Landgericht Wuppertal 2 O 163/16, abgebrochen trotz Verfassungsbeschwerde, Zerschlagung 2)
> 2. Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997, stellv. WDR-Intendantin seit 2008, mit kriminellem Missbrauch des Presserechts durch Phoenix (Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF, mit Mitwisserschaft, Rundfunksperre und Zugangssperre zu Politmagazinen, Missbrauch von multimedialen Raubkopien seiner ganztägigen Management-Symposien (Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22, Zerschlagung

3, Gerichte übergreifend zum Amtsgericht Velbert)
> 3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter.
> 4. Mittäter: Klagender Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen (Debeka, Zerschlagung 4), ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidriger Krankenversicherung, mit laufenden Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto durch Rechtsanwälte mit Verantwortung für verfassungswidrige KV
> Haupttäter „Deutsche Bundesregierung unter Schröder / Steinmeier / Merkel“ und beschriebene Mittäter gegen einen Staatsbürger wegen einem herausragendem Lebenswerk:
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang
> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003
BVERFG-376. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht
> > Gründe: Gerichte übergreifende Rechtsverfahren, am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf mit den verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 gegen Mittäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter persönlicher Federführung der WDR-Justitiarin und stellv. Intendantin, Eva-Maria Michel,
seit 1997 auch für Phoenix zuständig,
verhindert in eigener Sache qualifizierten Zeugenbeweis zu multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und ihre Mittäterschaft, verhindert Zeugenaussage gegen Phönix und weiterer Aufklärung, verweigert Teilnahme an Ladungstermin, will den Fortbestand der Opferzerschlagung.
2. Instanz erfindet Anhörungsrügeverfahren unter Einbeziehung der Justizbehörde mit Kostenhetzjagd während des Anhörungsrügeverfahren und anschließender Verfassungsbeschwerde
Verfassungsbeschwerde, weil 1.Instanz: wahrheitswidrig, rechtswidrig und verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
Daher mit grundrechtsgleichem Recht nach Art.20 Abs.4 GG:
Beschwerdeführer leistet Widerstand gegen Kostenargumente eines verfassungswidrigen Verfahrens
Justizbehörde (Zentrale Zahlstelle Justiz) übergibt an Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieher übergibt an Amtsgericht. Velbert mit Doppelbeschluss von Richterin und Rechtspfleger, die alles nur noch als „Textmasse“ erkennen wollen und können
Zwischenzeitlich: Beklagter ÖRR/WDR erzwingt mit Widerspruchsbescheid neues Gerichtsverfahren 27 K 2672/22 bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18
Trotz nachgewiesener Verfassungswidrigkeit: 1.Insanz, 2.Instanz mit Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022
Oberverwaltungsgericht bemängelt fehlende rechtsanwaltliche Vertretung, um Kostenargumente mit Rechtskosten erhöhen zu können
Gerichte übergreifender Verfahrenskomplex:
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 und Amtsgericht Velbert 16 M 188/22
Extremistische Ausuferung: Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und daher Teil des Gerichte übergreifenden Rechtsverfahrens gegen einen Mittäter
Besorgnis des Klägers: Rechtspfleger findet keinen Zugang zum Grundgesetz, verhöhnt neue Verfassungsbeschwerde als Textmasse, will nur über Zwangsmaßnahmen entscheiden trotz verfassungswidriger Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22. Gerichte übergreifend: Aus verfassungswidrigen Verfahren am Verwaltungsgericht kann nur ein verfassungswidriges Verfahren am Amtsgericht entstehen: 16 M 188/22 mit Erzwingung eines Rechtsmittels gegen Fortsetzung von

Opferkriminalisierung durch Rechtspfleger mit Richterunterstützung, ohne sich mit den Verfassungswidrigkeiten in einer „Textmasse“ auseinandersetzen zu wollen und zu können gemäß Anlage VB-50a.
BVERFG-377. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht >
> Gründe: Das Zerschlagungsopfer und sein Bruder (Todesopfer 2012) hatten nicht die Winzigkeit einer Chance:
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) seine Europäischen Congressmessen zerschlagen wollte und zerschlagen hat, weil Digitales „nicht sein Ding“ war?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass sein Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005) die Zerschlagung mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen hat und anschließend die Nachhaltigkeit seiner Zerschlagung überwachen lies? (Überwachung durch Bundesamt BfJ)
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass eine Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) die Zerschlagung von Schröder / Steinmeier in einer Groko mit Steinmeier als Bundesaußenminister übernommen hat und bis 2021 festgeschrieben hat ? Selbst ein Präsident der USA ist nach 10 Jahren Geschichte.
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Markus Söder in Bayern (heute Ministerpräsident) diese Vorgänge sehr schnell erfahren hat und sehr schnell (seit 1998) am Geburtsort gegen seinen Bruder mit einer Hetzjagd bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (2012) umgesetzt hat, mit Rückendeckung aus Berlin, zu Gunsten des 4.Volksstamm in Bayern (Sudetendeutsche) mit Söder als Schirmherrn?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn er, ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, seine Rücklagen in 2010 aufgebraucht hat und nach Petitionen in Berlin und München, vom Deutschen Bundestag und vom Bayerischen Landtag in die juristische Aufarbeitung gezwungen wird, ohne sich Rechtsanwälte leisten zu können? Seit 2010!
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn weitere Mittäter motiviert sind, sich an den politisch motivierten Zerschlagungen zu beteiligen, wie der **Öffentlich-rechtliche Rundfunk, vorrangig WDR, mit seiner Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997 und stellv. Intendantin seit 2008**, die multimediale Raubkopien von ganztägigen Management-Symposien seiner Europäischen Congressmessen hat erstellen lassen, um mit diesen multimedialen Raubkopien nicht-öffentliche Veranstaltungen zu bedienen und seit mehreren Jahren qualifizierte Zeugenbeweise unterdrückt, weil sie auch noch zuständig ist für die Eintreibung der Rundfunkgebühren, die seit längerem vom Beschwerdeführer nicht mehr bezahlt werden können, jetzt mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, und weil sie jetzt in den Ruhestand gehen möchte?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn der Sozialversicherungsträger DEBEKA seinen ehemaligen Versicherungsnehmer durch alle möglichen Gerichte treibt durch Amtsgerichte, Landgerichte, Sozialgerichte, obwohl fehlende Versicherungsgebühren gar nicht bestritten werden, sondern der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, um soziale Zerschlagung zu verhindern, weil Zielsetzung der sozialen Versicherungen soziale Sicherheit ist und nicht soziale Zerschlagung?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn seit Jahren verantwortliche Richter, selbst Richter von Vollstreckungsgerichten, im Zusammenhang mit den beschriebenen Vorgängen nicht mehr genannt werden wollen, und die Verantwortung an junge Einzelrichter abschieben oder sogar an Rechtspfleger mit Unterstützung durch ungenannte, weisungsgebundene Staatsanwälte, wie am Amtsgericht Velbert. Das ist verfassungswidrig. Jeder Versuch, richterliche Verantwortung auszuhebeln durch Einsatz von Rechtspfleger mit verdeckter Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälten ohne Notstandsbeschlüsse im Deutschen Bundestag, ist verfassungswidrig.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 93)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
1 BvR 1319/22

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 31.Juli 2022

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (2.Fortsetzung)
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
im 81.Lebensjahr, unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch
vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.

Hier: 31.07.2022
Widerspruch zum verfassungswidrigen Festsetzungsbescheid vom 01.07.2022 (eingegangen am 13.07.2022, Anlage VB-55)
Einspruch gegen eskalierende und verfassungswidrige Opfer-Kriminalisierung mit Zurückweisung von Mahnung und Vollstreckungsankündigung vom 19.07.2022 (eingegangen am 22.07.2022)
wegen persönlicher Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen durch Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit 10/1997 und stellvertretende Intendantin seit 01/2008, mit Wissen von Thom Buhrow, Intendant des WDR seit 07/2013
mit Anlage VGD-06: **Eva-Maria Michel unterdrückt qualifizierten Zeugenbeweis über persönlicher Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** und verweigert Teilnahme an mündlicher Verhandlungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren
27 K 2672/22 und 27 K 4325/18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR-2022.pdf

15.07 22022
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) wegen Opferkriminalisierung ohne Limit, ohne Respektierung von Grundrechten, Leistung, Lebenswerk und Alter, daher Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht
mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren bundesweiten Zerschlagungen

Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge (22.05.2022) gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) vom 19.05.2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW in Münster
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)
Antrag auf Opferschutz
mit besonderen Schutzbedarf im 81.Lebensjahr (Jahrgang 1941, Grundrechte sind nicht Alters-begrenzt) wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht mit Eskalation sozialer Zerschlagung
mit Opferkriminalisierung ohne Limit: Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, Verfassungsbeschwerde übergreifend, mit Missbrauch von Justizbehörden für Kosten-Hetzjagd gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen vom Oberverwaltungsgericht an das Amtsgericht Velbert und mit sozialer Zerschlagung an das Amtsgericht Mettmann weitergeleitet

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Unter Bezugnahme auf vorhergehende Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165/196)

Begründung (Fortsetzung mit laufender Nummerierung)

BVERFG-378. Opfer im 81.Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk für Deutschland und Europa wird zum 2.Mal erschlagen mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit Missbrauch von Sozialabgaben für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit und mit Missbrauch von Rundfunkgebühren durch WDR-Justiziarin Eva-Maria Michel (Mehrfach-Täterin), weil sie während ihrer gesamten Zeit beim WDR seit 1997 nicht nur Rundfunkgebühren gemäß Staatsvertrag beim Opfer eingetrieben hat, sondern während ihrer gesamten Zeit sich auch immer wieder absichtlich an politisch motivierten Zerschlagungen gegen das Opfer beteiligt hat mit Vorteilsnahme für den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk und im Vergleich zu wiederholten Zwangsmaßnahmen für Rundfunkgebühren einen hundertfachen Schaden beigetragen hat zu einem kapitalen Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe, weil die Täterin bis heute qualifizierte Zeugenbeweise verhindert und mündliche Verhandlungen vor Gericht ablehnt hat.

Detaillierte Ausführungen zu diesem Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 175)

Tatsachen: Fortsetzung gemäß Anlage VB-56

Politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers und seines Bruders seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Gerhard Schröder / Frank-Walter Steinmeier / Angela Merkel / Markus Söder (politisches Machtzentrum mit Immunitätsschutz), **unter Beteiligung von WDR/ARD/Phoenix/ZDF (Öffentlich-rechtlicher Rundfunk) mit persönlicher Verantwortung von Eva-Maria Michel** seit Oktober 1997, auf der Congressmesse ONLINE'98 mit Phoenix-Team, bis heute.

Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution: ONLINE und KOMMTECH mit weltweiter Werbung und mit weltweit größtem Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis 2003.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene, mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten und mit Rückendeckung aus Berlin,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Schröder / Steinmeier, Hauptkunden seiner Europäischen Congressmessen
Daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Zwangsmaßnamen für Rundfunkgebühren, vor sozialer Zerschlagung durch Krankenversicherung und Pflegeversicherung im 81.Lebensjahr.

Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (v.a. China), Glasfaser-Entwicklungsland Deutschland, Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa unter Fortsetzung der Schröder-Beratertätigkeit in Moskau. .

Beweisführung der Verfassungswidrigkeit am BVERFG:

Laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 Verfassungsbeschwerde nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge (22.05.2022) gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) vom 19.05.2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW in Münster
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)
mit Antrag auf Opferschutz durch Bundesverfassungsgericht,
mit besonderem Schutzbedarf im 81.Lebensjahr
wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht
nach sozialer Zerschlagung an weiteren Gerichten
mit Opferkriminalisierung ohne Limit: Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, Verfassungsbeschwerden übergreifend, mit Missbrauch von Justizbehörden für Kosten-Hetzjagd gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen vom Oberverwaltungsgericht an das Amtsgericht Velbert

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 34)
Sieh beispielsweise Kapitel BVERFG-373.
Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin,
Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix),
offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen direkt beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)
Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers

wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit ISBN-nummerierten Congressbänden (qualifizierte Grundlage der Digitalbranche bis 2003)
> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003

WDR-Justitiarin, selbst an den Zerschlagungen beteiligt, veranlasste weitere Zwangsmaßnahmen
mit Kenntnis aller Briefe z.B. an die
Intendantin Monika Piel, die politisch motivierte Zerschlagungen nicht mitmachen wollte.
Schreiben an leitende Personen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Eine Wand des Schweigens: Ohne Antwort! Ohne Empfangsbestätigung! Statt dessen: Blindwütige Kontopfändungen durch die Intendanz des WDR (Michel seit 1997/2008) in 2016 und erste Zwangsmaßnahmen in 2010 nach Aufbrauch ansehnlicher Altersrücklagen seit Zerschlagungen seit 1998.!
Wiederholte Ablehnung des Angebots zur Mitarbeit in Politmagazinen
Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens, tatsächlich weit über 100.000 € unter Verantwortung der WDR-Justitiarin mit Vorlage von erdrückendem Beweismaterial und Nennung qualifizierter Zeugen,
zu Eingeständnis von Mitwisserschaft und Mittäterschaft durch

Rundfunksperre zu einer vorbereiteten Maischberger-Sendung über „Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf

Schreiben vom 29.01.2011 an
ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel
Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag in 2010
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

und weitere Schreiben
an Intendant Tom Buhrow, Intendant seit 2013
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

an ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut vom 19.01.2013
Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:
„Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen zum Sozialfall diskriminiert: Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf

an Thomas Baumann, ARD-Chefredakteur (2006-2016) vom 30.10 2007
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD2.pdf

an Monika Piel, Intendantin des WDR, vom 09.10.2007
Ähnliche Schreiben
an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
an Prof.Dr. Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks,
an Prof. Ernst Elitz, Intendant des Deutschlandradio,
an Dr. Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks,
an Jobst Plog, Intendant des Norddeutschen Rundfunks,
an Peter Boudgoust, Intendant des Südwestrundfunks,
an Markus Schächter, Intendant des ZDF

an Monika Piel, Intendantin des WDR, vom 16.10.2007
Ähnliche Schreiben
an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff
Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf
an Prof.Dr. Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks,
an Prof. Ernst Elitz, Intendant des Deutschlandradio,
an Dr. Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks,
an Jobst Plog, Intendant des Norddeutschen Rundfunks,
an Peter Boudgoust, Intendant des Südwestrundfunks,
an Markus Schächter, Intendant des ZDF

<u>WDR-Justitiarin:</u> Aktive Mittäterin der Zerschlagungen mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998 und paralleler Zwangsmaßnahmen für Rundfunkgebühren Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen, Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden und Festsetzungsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.
Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 Zwangsmaßnahmen der WDR-Intendanz und soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung mit Missbrauch verwaltungsgerichtlicher Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 (VG Düsseldorf) geht nicht.

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk unter Federführung durch Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit 10/1997 und stellvertretende Intendantin seit 01/2008, ist direkt beteiligt, mit Verstoß gegen das Presserecht, mit Rundfunksperre zu verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit Aussperrung des Beschwerdeführers von Politmagazinen und mit Verweigerung von Schadenersatz für rechtswidrige Vorteilsnahme aus den Europäischen Congressmessen seit 1998 und mit Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998. Es gilt
Art.34 GG: Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus: Sponsor-Aktivitäten des Unterzeichners mit seinen Europäischen Congressmessen für die Weiterentwicklung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht nur mit Festrednern ohne Kostenberechnung für Beteiligung des ÖRR
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003
Click auf 1985-1987
Anlage VB-217z in Verfassungsbeschwerde vom 02.02.2022:
Björn Engholm, Ministerpräsident des des Landes Schleswig-Holstein, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, mit einer Rede im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'89 in Hamburg
Willibald Hilf, Intendant des Südwestfunk und Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land

Sieh auch Kapitel BVERFG-375. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht > > Gründe: Politisch motivierte Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen unter Schröder / Steinmeier seit 1998 (Merkel seit 2005) betrieben, mit verheerenden Folgewirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen,
mit katastrophalem Einbruch der ONLINE und der CeBIT in 2002,
mit Vollendung der wirtschaftlichen Zerschlagung in 2003,
mit Fortsetzung durch Merkel seit 2005, mit staatlichem Verlustausgleich für die CeBIT,
mit paralleler Zerschlagung seines Bruders am Geburtsort,
unter persönlicher Verantwortung von Söder, seit 1998 bundesweit zur Zerschlagung freigegeben und überwacht,
ohne jede Chance für den Wiederaufbau unter Merkel.
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: Jetzt im 81.Lebensjahr mit über 20 Jahren bundesweite Zerschlagungen:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt bis heute ohne Respekt vor Leistung und Alter.
> 1. Mittäter: Bayerische Staatsregierung unter persönlicher Verantwortung von Markus Söder, seit 1994 im Bayerischen Landtag, sowie Bayerische Verwaltung mit Landratsamt Tirschenreuth am Geburtsort des Zerschlagungsopfers bzw. am Wohnort seines Bruders mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod in 2012 (Verwaltungsgericht Regensburg, Landgericht Wuppertal 2 O 163/16, abgebrochen trotz Verfassungsbeschwerde, Zerschlagung 2)
> 2. Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997, stellv. WDR-Intendantin seit 2008, mit kriminellem Missbrauch des Presserechts durch Phoenix (Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF, mit Mitwisserschaft, Rundfunksperre und Zugangssperre zu Politmagazinen, Missbrauch von multimedialen Raubkopien seiner ganztägigen Management-Symposien (Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22, Zerschlagung 3, Gerichte übergreifend zum Amtsgericht Velbert)
> 3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter.
> 4. Mittäter: Klagender Versicherungsträger sozialer

Pflichtversicherungen (Debeka, Zerschlagung 4), ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidriger Krankenversicherung, mit laufenden Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto durch Rechtsanwälte mit Verantwortung für verfassungswidrige KV
> Haupttäter „Deutsche Bundesregierung unter Schröder / Steinmeier / Merkel“ und beschriebene Mittäter gegen einen Staatsbürger wegen einem herausragendem Lebenswerk:
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang
> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003

Sieh auch Kapitel **BVERFG-376. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht > > Gründe: Gerichte übergreifende Rechtsverfahren, am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf mit den verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 gegen**
Mittäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter persönlicher Federführung der WDR-Justitiarin und stellv. Intendantin, Eva-Maria Michel,
seit 1997 auch für Phoenix zuständig,
verhindert in eigener Sache qualifizierten Zeugenbeweis zu multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und ihre Mittäterschaft, verhindert Zeugenaussage gegen Phönix und weiterer Aufklärung, verweigert Teilnahme an Ladungstermin, will den Fortbestand der Opferzerschlagung.
2. Instanz erfindet Anhörungsrügeverfahren unter Einbeziehung der Justizbehörde mit Kostenhetzjagd während des Anhörungsrügeverfahren
und anschließender Verfassungsbeschwerde
Verfassungsbeschwerde, weil 1.Instanz: wahrheitswidrig, rechtswidrig und verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
Daher mit grundrechtsgleichem Recht nach Art.20 Abs.4 GG: Beschwerdeführer leistet Widerstand gegen Kostenargumente eines verfassungswidrigen Verfahrens
Justizbehörde (Zentrale Zahlstelle Justiz) übergibt an Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieher übergibt an Amtsgericht. Velbert mit Doppelbeschluss von Richterin und Rechtspfleger, die alles nur noch als „Textmasse“ erkennen wollen und können
Zwischenzeitlich: Beklagter ÖRR/WDR erzwingt mit Widerspruchsbescheid neues Gerichtsverfahren 27 K 2672/22 bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18
Trotz nachgewiesener Verfassungswidrigkeit: 1.Insanz, 2.Instanz mit Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022
Oberverwaltungsgericht bemängelt fehlende rechtsanwaltliche Vertretung, um Kostenargumente mit Rechtskosten erhöhen zu können
Gerichte übergreifender Verfahrenskomplex:
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 und Amtsgericht Velbert 16 M 188/22
Extremistische Ausuferung: Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und daher Teil des Gerichte übergreifenden Rechtsverfahrens gegen einen Mittäter
Besorgnis des Klägers: Rechtspfleger findet keinen Zugang zum Grundgesetz, verhöhnt neue Verfassungsbeschwerde als Textmasse,
will nur über Zwangsmaßnahmen entscheiden trotz verfassungswidriger

Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22.
Gerichte übergreifend: Aus verfassungswidrigen Verfahren am Verwaltungsgericht kann nur ein verfassungswidriges Verfahren am Amtsgericht entstehen: 16 M 188/22 mit Erzwingung eines Rechtsmittels gegen Fortsetzung von Opferkriminalisierung durch Rechtspfleger mit Richterunterstützung, ohne sich mit den Verfassungswidrigkeiten in einer „Textmasse“ auseinandersetzen zu wollen und zu können gemäß Anlage VB-50a.

Sieh auch Kapitel **BVERFG-377. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht > > Gründe: Das Zerschlagungsopfer und sein Bruder (Todesopfer 2012) hatten nicht die Winzigkeit einer Chance:**
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) seine Europäischen Congressmessen zerschlagen wollte und zerschlagen hat, weil Digitales „nicht sein Ding“ war?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass sein Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005) die Zerschlagung mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen hat und anschließend die Nachhaltigkeit seiner Zerschlagung überwachen lies? (Überwachung durch Bundesamt BfJ)
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass eine Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) die Zerschlagung von Schröder / Steinmeier in einer Groko mit Steinmeier als Bundesaußenminister übernommen hat und bis 2021 festgeschrieben hat ? Selbst ein Präsident der USA ist nach 10 Jahren Geschichte.
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Markus Söder in Bayern (heute Ministerpräsident) diese Vorgänge sehr schnell erfahren hat und sehr schnell (seit 1998) am Geburtsort gegen seinen Bruder mit einer Hetzjagd bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (2012) umgesetzt hat, mit Rückendeckung aus Berlin, zu Gunsten des 4.Volksstamm in Bayern (Sudetendeutsche) mit Söder als Schirmherrn?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn er, ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, seine Rücklagen in 2010 aufgebraucht hat und nach Petitionen in Berlin und München, vom Deutschen Bundestag und vom Bayerischen Landtag in die juristische Aufarbeitung gezwungen wird, ohne sich Rechtsanwälte leisten zu können? Seit 2010!
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn weitere Mittäter motiviert sind, sich an den politisch motivierten Zerschlagungen zu beteiligen, wie der Öffentlich-rechtliche Rundfunk, vorrangig WDR, mit seiner Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997 und stellv. Intendantin seit 2008, die multimediale Raubkopien von ganztägigen Management-Symposien seiner Europäischen Congressmessen hat erstellen lassen, um mit diesen multimedialen Raubkopien nicht-öffentliche Veranstaltungen zu bedienen und seit mehreren Jahren qualifizierte Zeugenbeweise unterdrückt,
weil sie auch noch zuständig ist für die Eintreibung der Rundfunkgebühren, die seit längerem vom Beschwerdeführer nicht mehr bezahlt werden können, jetzt mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, und
weil sie jetzt in den Ruhestand gehen möchte?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn der Sozialversicherungsträger DEBEKA seinen ehemaligen Versicherungsnehmer durch alle möglichen Gerichte treibt durch Amtsgerichte, Landgerichte, Sozialgerichte, obwohl fehlende Versicherungsgebühren gar nicht bestritten werden, sondern der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, um soziale Zerschlagung zu verhindern, weil Zielsetzung der sozialen Versicherungen soziale Sicherheit ist und nicht soziale Zerschlagung?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn seit Jahren verantwortliche Richter, selbst Richter von Vollstreckungsgerichten, im Zusammenhang mit den beschriebenen Vorgängen nicht mehr genannt werden wollen, und die Verantwortung an junge Einzelrichter abschieben oder sogar an Rechtspfleger mit Unterstützung durch ungenannte, weisungsgebundene Staatsanwälte, wie

am Amtsgericht Velbert. Das ist verfassungswidrig. Jeder Versuch, richterliche Verantwortung auszuhebeln durch Einsatz von Rechtspfleger mit verdeckter Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälten ohne Notstandsbeschlüsse im Deutschen Bundestag, ist verfassungswidrig.

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 93)

Die neue Verfassungsbeschwerde (473 Seiten) wurde begründet wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
gemäß folgenden Kapiteln:

Sieh auch Kapitel **BVERFG-370**. Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022
und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg
unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung
des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (v.a. China),
Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .

Sieh auch Kapitel **BVERFG-371**. **Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert)**.
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum. Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof. Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, wenn:
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung

feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will
> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit
extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör) für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises

Sieh auch Kapitel **BVERFG-372**. **Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz**
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
Aushebelung der Justiz
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt

soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit: Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sieh auch Kapitel **BVERFG-373**. **Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion**
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin,
Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)
Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die
Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen, weil sie politisch motivierte Zerschlagungen nicht mittragen wollte)
und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der

Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen, Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.

Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.

Sieh auch **Kapitel BVERFG-374**. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Die Klage des Beschwerdeführers am Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14 ist rechtshängig seit 2011, es geht um Rehabilitierung und Schadenersatz unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder.
Es gibt kein grundrechtsfreies Alter, aber leider Menschen verachtende Alters- und Generationen-Diskriminierung
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Respekt vor Leistung, Alter und Grundrechten ist längst überfällig, zumal das Verwaltungsgericht Berlin entgegen Art.34 GG nicht einmal zuständig wäre, indem der ordentliche Rechtsweg vom Landgericht Wuppertal versagt wurde trotz mehrfacher Verfassungsbeschwerden (Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, Landgericht Wuppertal 2 O 70/15 und 2 O 163/16: Zerschlagung 1, 2)
Tatsache ist auch, dass der Beschwerdeführer in juristische Verfahren gezwungen wurde, nach einer Petition an den Deutschen Bundestag (Mai 2010 – Dez.2011, einschließlich Verfassungsbeschwerde, sieh Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf)

Klage am Verwaltungsgericht Köln mit Übertragung an das Verwaltungsgericht Berlin in 2011 erhoben, sieh Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf
Der Beschwerdeführer hat „in vorderster Front" mit seinen Europäischen Congressmessen die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Schröder / Steinmeier erleben müssen, er hat die UMTS-Auktionen 2000 europaweit dokumentiert wie kein Zweiter. Natürlich gibt es heute auch noch Zeugen. Wikipedia-Beschreibungen zu
verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 sind politisch einseitig verzerrt und in keiner Weise Tatsachen-gerecht.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Qualifizierter Zeitzeuge wäre nicht nur Timotheus Höttges, heute Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG (Einstieg bei T-Mobile

im Jahr 2000, davor mit Erfahrungen in deutschen Unternehmensberatungen)
> > > https://de.wikipedia.org/wiki/Timotheus_H%C3%B6ttges
Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert. Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Mobilfunklöcher in Deutschland sind hinreichend berüchtigt und bekannt, Deutschland ist Glasfaser-Entwicklungsland (sieh OECD-Statistiken). Deutschland hat seit 2000 einen Verlust von digitalen Fähigkeiten im internationalem Vergleich.

Tatsache ist, dass der Beschwerdeführer jetzt im 81.Lebensjahr mit sozialer Zerschlagung derart unter Druck gehalten wird, sodass und damit
es ihm bis heute nicht ermöglicht wird, den Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen zu erreichen, um mit Schadenersatz Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bestreiten zu können.
Soziale Zerschlagung ist Menschen verachtend. Der Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz anstatt sozialer Zerschlagung, resultierend aus politisch motivierten Zerschlagungen
unter öffentlich-rechtlicher Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung in vielfältiger Ausuferung, ist mit dem Grundgesetz, mit zu respektierenden Grundrechten und mit dem
grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG zu erkämpfen.
Unerträgliche Unterdrückung von Zeugenbeweis und weitere Aufklärung zu
> 2. Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter
WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997, stellv. WDR-Intendantin seit 2008, mit Unterdrückung von Zeugenbeweis zu kriminellem Missbrauch des Presserechts durch Phoenix
(Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF),
mit Mitwisserschaft, Rundfunksperre und Zugangssperre zu Politmagazinen (Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22, Zerschlagung 3, hier in Kapitel **BVERFG-373**)

Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen eine verfassungswidrige Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation: Sieh
Anlage VB-50: Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit
Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am
Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 aus
verfassungswidriger Verwaltungsjustiz (VG Düsseldorf)
mit Missbrauch von Justizbehörden für Gerichte und Verfahren übergreifende Eskalation zu parallelen Zwangsmaßnahmen der
verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22.
Punkt 06 bis 12. Faktenlage in Kurzfassung:
Unterzeichner ist kein Täter, ist kein Schuldner, ist kein Langzeitarbeitsloser, sondern ausschließlich Langzeit-Opfer
politisch motivierter Zerschlagungen, einer Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort seit über 20 Jahren (1998), unter
persönlicher Verantwortung von
Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

hier zusätzlich unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, unter Federführung von
Eva-Maria Michel, seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
(1997 Gründungsjahr von Phoenix, Übergriffe seit ONLINE'98 zwecks Vorteilnahme für öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Phoenix, einer Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF),
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, Jahrgang 1957,

Täter/Opfer-Umkehr mit verfassungswidriger Fortsetzung von Opfer-Kriminalisierung, Opfer Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung mit niedrigen Beweggründen
Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen Rechnungen und Mahnungen in verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit Missbrauch der Justizbehörden
Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen eine verfassungswidrige Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation: Sieh
Kapitel BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Zu verändern: Nicht das Grundgesetz, sondern die verfassungswidrige Verwaltung
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich **noch strafbar**, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand!
Zeugenaussage ist

Sieh **Anlage VB-49**
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606) Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Sieh **Anlage VB-49a**
Einspruch und Zurückweisung eines verfassungswidrigen, Opfer kriminalisierenden Bußgeldbescheides vom 11.Juli 2022
Aktenzeichen 32-22/ 5220003034/37. Anhörung im Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann gem. **Anlage VB-49** (in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 mit
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606)) Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Sieh **Anlage VB-50:** Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am

Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 gemäß
Anlage VB-48 Zusatz 3 in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022
Seite 384/426
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW aus
verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
mit Missbrauch von Justizbehörden für Gerichte und Verfahren übergreifende Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung
Punkt 06 bis 12. Faktenlage in Kurzfassung:
Unterzeichner ist kein Täter, ist kein Schuldner, sondern ausschließlich Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, einer Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort seit über 20 Jahren, unter **persönlicher Verantwortung von**
Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,
hier zusätzlich unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, unter Federführung von
Eva-Maria Michel, seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
(1997 Gründungsjahr von Phoenix, Übergriffe seit ONLINE'98 zwecks Vorteilnahme für öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Phoenix, einer Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF),
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, Jahrgang 1957,
Täter/Opfer-Umkehr mit verfassungswidriger Fortsetzung von Opfer-Kriminalisierung, Opfer Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung mit niedrigen Beweggründen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **Anlage VB-50a:** Antwort des Amtsgerichts Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 04.07.2022 (eingegangen am 09.07.2022) auf Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am
Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 gemäß
Anlage VB-48 Zusatz 3 in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022
Seite 384/426
resultierend aus verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
mit Missbrauch von Justizbehörden für Kosten-Hetzjagd in einem vom Oberverwaltungsgericht erfundenen Anhörungsrügeverfahren mit anschließender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 und mit Gerichte, Verfahren und Verfassungsbeschwerde übergreifender Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung sowie mit
mit erzwungener Klagewiederholung 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit sofortiger Beschwerde mit erneuter Anhörungsrüge und erneuter Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022.
Das ist Opferkriminalisierungswahnsinn mit einer Mittäterin, der WDR-Justitiarin..
Sieh **Anlage VB-50b: Kostenfestsetzungsbeschluss des Amtsgerichtes Velbert vom 30.06.2022** (eingegangen am 15.07.2022) durch Sozialversicherungsträger Debeka Krankenversicherung für verfassungswidrige Krankenversicherung, ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit nachgewiesener Verfassungswidrigkeit am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 nach

Urteil 11 C 89/19 vom 16.12.2020
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page246)
und mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page155)
mit laufender Kontopfändung von Rechtsanwaltskosten auf Pfändungsschutzkonto für verfassungswidrige Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil 7 O 314/12 (Landgericht Wuppertal), mit völliger, Opfer verhöhnender Ignoranz von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für soziale Zerschlagung.

Sieh **Anlage VB-54:**
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 27.06.2022, zu beantworten mit Antrag auf Terminverschiebung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für soziale Zerschlagung.

Sieh **Anlage VB-55:**
Festsetzungsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln vom 01.07.2022 (eingegangen am 13.07.2022) mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für laufendes Verfahren, um endlich wider Respektierung der Grundrechte zu erreichen.

Alle diese Anlagen beweisen die Fortsetzung der politisch motivierten Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
Der Beschwerdeführer mahnt die Respektierung seines Alters an, weil er wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz die Rechtskosten eines Rechtsanwalts nicht tragen wird und sich gegen Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung zur Wehr setzen wird.

Der Antrag auf Opferschutz ist nach bestem Wissen und Gewissen begründet.
Es ist Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, daher mehrfach verfassungswidrig und darüber hinaus pervers, weil auch noch Pfändungen auf dem Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners zugelassen wird. Es sind Pfändungen durch Rechtsanwälte, unter deren Verantwortung eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, obwohl der Versicherungsträger seit 2010 Jahren keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und nur noch soziale Zerschlagung betreibt.

Velbert, 31.07.2022

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem
professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben.
Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage VB-56
Schriftsatz vom 27.07.2022 an Westdeutschen Rundfunk Köln:
Widerspruch zum verfassungswidrigen Festsetzungsbescheid vom 01.07.2022 (eingegangen am 13.07.2022)
Einspruch gegen eskalierende und verfassungswidrige Opfer-Kriminalisierung mit Zurückweisung von Mahnung und Vollstreckungsankündigung vom 19.07.2022 (eingegangen am 22.07.2022)
wegen persönlicher Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen unter Leitung durch Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit 10/1997 und stellvertretende Intendantin seit 01/2008, mit Wissen von Thom Buhrow, Intendant des WDR seit 07/2013
mit Anlage VGD-06: **Eva-Maria Michel unterdrückt qualifizierten Zeugenbeweis über persönlicher Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** und verweigert Teilnahme an mündlicher Verhandlung an mündlicher Verhandlung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR-2022.pdf

Anlage VB-49a
Einspruch und Zurückweisung eines verfassungswidrigen, Opfer kriminalisierenden Bußgeldbescheides vom 11.Juli 2022
Aktenzeichen 32-22/ 5220003034/37. Anhörung im Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann gem. **Anlage VB-49** (in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 mit
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606))
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Anlage VB-50: Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 gemäß
Anlage VB-48 Zusatz 3 in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 Seite 384/426
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW aus
verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
mit Missbrauch von Justizbehörden für Gerichte und Verfahren übergreifende Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung
Punkt 06 bis 12. Faktenlage in Kurzfassung:

Unterzeichner ist kein Täter, ist kein Schuldner, sondern ausschließlich Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, einer Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort seit über 20 Jahren, unter **persönlicher Verantwortung von**
Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,
hier zusätzlich unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, unter Federführung von
Eva-Maria Michel, seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
(1997 Gründungsjahr von Phoenix, Übergriffe seit ONLINE'98 zwecks Vorteilnahme für öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Phoenix, einer Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF),
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, Jahrgang 1957,
Täter/Opfer-Umkehr mit verfassungswidriger Fortsetzung von Opfer-Kriminalisierung, Opfer Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung mit niedrigen Beweggründen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 9)
Anlage VB-50a: Antwort des Amtsgerichts Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 04.07.2022 (eingegangen am 09.07.2022) auf Schriftsatz vom 26.Juni 2022 mit Zurückweisung Gerichte übergreifender Beschlüsse am
Amtsgericht Velbert 16 M 188/22 gemäß
Anlage VB-48 Zusatz 3 in Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022
Seite 384/426
resultierend aus verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
mit Missbrauch von Justizbehörden für Kosten-Hetzjagd in einem vom Oberverwaltungsgericht erfundenen Anhörungsrügeverfahren mit anschließender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 und mit Gerichte, Verfahren und Verfassungsbeschwerde übergreifender Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung sowie mit
mit erzwungener Klagewiederholung 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit sofortiger Beschwerde mit erneuter Anhörungsrüge und erneuter Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022.
Das ist Opferkriminalisierungswahnsinn mit einer Mittäterin, der WDR-Justitiarin..
Anlage VB-50b: Kostenfestsetzungsbeschluss des Amtsgerichtes Velbert vom 30.06.2022 (eingegangen am 15.07.2022) durch Sozialversicherungsträger Debeka Krankenversicherung für verfassungswidrige Krankenversicherung, ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit nachgewiesener Verfassungswidrigkeit am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 nach Urteil 11 C 89/19 vom 16.12.2020
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page246)
und mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page155)
mit laufender Kontopfändung von Rechtsanwaltskosten auf Pfändungsschutzkonto für verfassungswidrige Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil 7 O 314/12 (Landgericht Wuppertal), mit völliger, Opfer verhöhnender Ignoranz von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für soziale Zerschlagung.

Anlage VB-51
Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung:

3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006 unter Bundeskanzlerin Merkel trotz vielfacher Anschreiben ohne Beantwortung) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung.
Anlage VB-26e (in Ergänzung zu VB-26a, -26b, -26c, -26d)
Einstellungsverfügung des Bundesamtes für Justiz **vom 07.09.2009**
Daraus ersichtlich: Verantwortliche Mittäter politisch motivierter Sippenzerschlagung, verantwortlich für soziale und psychische Zerschlagung (Zerschlagung 4 und 5) sind
> Kreisverwaltung Mettmann,
> ehemaliger Versicherungsträger Debeka,
> Bundesamt für Justiz (BfJ).
Weitere Opfer-kriminalisierende Aktivitäten des Bundesamtes für Justiz seit September 2016:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Mit dem unberechtigten Vorwurf der Insolvenzverschleppung wurde dem Zerschlagungsopfer schon in 2006 zusätzlicher Schaden **absichtlich** zugefügt, indem er gezwungen war, auf eigene Kosten trotz riesiger Verluste rechtsanwaltliche Hilfe zur Abwehr des unberechtigten Vorwurfs in Anspruch zu nehmen.
Sieh Anlage VB-26 im Schriftsatz vom 10.Dez.2019,
Beginn der Opferkriminalisierung durch das Landratsamt Mettmann spätestens seit 2006 mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung. Seit 2010 betreiben
Kreisverwaltung Mettmann und der ehemalige Versicherungsträger gemeinsam Opferkriminalisierungsverfahren unter Federführung der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlage VB-26f: Kostenrechnung für rechtsanwaltliche Hilfe zur Abwehr des unberechtigten Vorwurfs der Insolvenzverschleppung.

Anlage VB-52
Einspruch gegen verfassungswidrigen Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 28.06.2022 (eingegangen am 01.Juli 2022) wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Zeugenaussage des Sozialversicherungsträgers, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, der umfangreiche Rechtsanwaltsgebühren für eine verfassungswidrige Krankenversicherung mit Amtsgericht Velbert auf Pfändungsschutzkonto vollstrecken lässt aus einem künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 314/12), der ohne jegliches Interesse an Rehabilitierung und Schadenersatz nur die soziale Zerschlagung will, der zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter gegen das Langzeit-Zerschlagungsopfer über das Landgericht Wuppertal (6.Strafkammer) erzwungen hat. Sieh auch Anlage 53.

Anlage VB-53
Schriftsatz vom 10.März 2020 zu
'Verfassungsbeschwerde 1 BvR 404/20 mit Initiative einer juristischen Unterstützung durch juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten mit den Anlagen **Anlage VB-26e und f**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 381)
Verfassungsbeschwerde mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
und Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires

Verfahren (Art.6 EMRK)
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-202X).
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto
mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Daher
Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
wegen Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
für Zeugenaussage zu einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999 bis 2005 mit
Kapitel **BVERFG-28. Landgericht Wuppertal:**
Missbrauch der Justiz für Opferkriminalisierungswahnsinn nicht mehr hinnehmbar, Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung ist kein Täter
Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand des Zerschlagungsopfers gemäß Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung dieses Opferkriminalisierungswahnsinn durch Versicherungsträger ohne Versicherungsleistungen seit 2010 und Mittäter von Opferkriminalisierung politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 2010.
Mittäter für soziale und psychische Zerschlagung: Kreisverwaltung Mettmann, ehemaliger Versicherungsträger Debeka, Bundesamt für Justiz (BfJ) mit staatsanwaltschaftlicher Federführung.
Nicht mehr nachvollziehbar: Daher Verfassungsbeschwerden gegen Opferkriminalisierungswahnsinn der Mittäter und gegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn mit unbekannter Sachstandanfrage des klagenden Mittäters am Landgericht Wuppertal (Anlage VB-33)
Befehlskette "Bundespräsident & Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt - Bundesamt für Justiz - Landratsamt": Längst nachgewiesen
Täter verschanzen sich hinter der Immunität von Bundespräsident und Bundeskanzlerin, Mittäter folgen als Trittbrettfahrer, verwechseln soziale Sicherheit mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
Opfer werden ohne Respektierung ihrer Menschenrechte von einer verfassungswidrigen Justiz kriminalisiert und für eine kriminelle Politik der Täter zur Rechenschaft gezogen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 381)

Anlage VB-54:
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 27.06.2022, zu beantworten mit Antrag auf Terminverschiebung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für soziale Zerschlagung.

Anlage VB-55:
Festsetzungsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln vom 01.07.2022 (eingegangen am 13.07.2022) mit Vorrang für Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz für Rentner im 81.Lebensjahr nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, einzige Ursache für laufendes Verfahren, um endlich wider Respektierung der Grundrechte zu erreichen.

Anlagen VB-40 bis VB-49 der Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022

Anlage VB-40:
Schriftsatz vom 22.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22) vom 19.Mai 2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW
171. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz:
Opfer verhöhnender Beschluss 2 E 387/22 mit Versagung von rechtlichem Gehör zu mehrfach verfassungswidrigem Verfahren, weil Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR,
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung.
Nicht beklagt, wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk Köln.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren unter Beteiligung des ÖRR
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit, rechtswidrig: Zeugen-Beweis am Verwaltungsgericht nicht zugelassen
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör für Anspruch auf Mehrrichter-Verfahren auch in der 1.Instanz.
Ohne Rechtskraft: Judikativer Anspruch auf Unanfechtbarkeit, weil fehlende Respektierung von ordentlichen Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten des Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden.
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Verwaltungsgerichte sind kein grundrechtsfreier Raum: Beklagter ÖRR ist Mittäter
politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Haupttäter: Altbundeskanzler, heute sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, ein herausragendes Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen.
Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK
Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wiederholt:
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22

> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)

Anlage VB-41:
Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf)
vom 19.Mai 2022 des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen mit Verwerfung der Beschwerde

Anlage VB-42:
Schriftsatz vom 16.Mai 2022 mit Zurückweisung rechtswidriger Ladungen und rechtswidriger Verfügung vom 2.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen aktuellem Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022, nach Zurückweisung der 1.Ladung gemäß Beschwerde und Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022
170. Wegen Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022: Rechtswidrige Richter-Handlungen zurückzuweisen, weil nicht verhandlungsfähig
Ablehnungsgesuch wurde ordnungsgemäß (§54 VwGO, §§ 41 bis 49 ZPO) vorgenommen
Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, die keinen Aufschub gestatten (§47 Abs.1 ZPO)
Über das Ablehnungsgesuch entscheidet das Gericht, dem der Abgelehnte angehört, ohne dessen Mitwirkung (§45 Abs.1 ZPO)
Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung zum 24.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 161)

Anlage VB-43:
2. Zusendung der Beschwerde mit Schriftsatz vom 08.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW
mit 2. Zusendung der Beschwerde nach 1.Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf per Fax am 29.04.2022 und nach Aufhebung der Ladung zum 3.Mai 2022 ohne Vorabinformation
169. Zweite Zusendung der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht
nach erster Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf

Altbundeskanzler, Lobbyist von Kriegsverbrecher,
mit Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter Beteiligung des Beklagten (richtig: ÖRR)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß
Grundgesetz (Art.34 GG) trotz erdrückender Beweislage
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im
fortgeschrittenen Rentenalter
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013
> zu politischen Entwicklungen und politisch motivierten
Zerschlagungen seit 1998 mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 142)
mit den Anlagen OVG-12, OVG-11, OVG-10, OVG-09, OVG-08

Anlage OVG-12:
2.Einspruch mit Beschwerde nach §146 Abs.1 VwGO an das Oberverwaltungsgericht (Schriftsatz vom 25.April 2022an das Verwaltungsgericht Düsseldorf)
gegen Beschluss 27 K 2672/22 vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) und gegen gleichzeitige Ladung vom 13.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022 zusammen mit Beschluss trotz vorausgegangenen Hinweis auf Besorgnis der Befangenheit im Schriftsatz vom 15.04.2022 Seite 4) durch befangenen Einzelrichter, mit Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen, gegen gleichzeitige Zusendung von Mehrrichter-Beschluss 27 K 2672/22 und Ladung durch abgelehnten Einzelrichter im wiederholtem Fall
ohne Stellungnahme zu 1.Einspruch
167. Politisch motivierter, neuartiger Kannibalismus in Deutschland:
Jüngere Generation zerschlägt ältere Generation,
Jüngste Generation entsorgt älteste Generation, oder:
Von Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung
zu Alter-Diskriminierung und Alter-Kriminalisierung bzw.
von Generationen-Diskriminierung zu Generationen-Kriminalisierung
Von Sperre an ordentlichen Gerichten wegen Schadenersatz und Rehabilitierung (Art.34 Abs.3 GG)
zu Entrechtung mit sozialer Zerschlagung an Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten.
„Untat“: Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen herausragendem Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe
168. Beklagt ist der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR),
Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Miserable Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.
Verfassungswidriger Missbrauch elektronischer Gerichtsakte ohne

Zugang für den Kläger, der auf Grund verheerender Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen seit 2010 keinen Rechtsanwalt mehr zur Verfügung hat.
Verfassungswidrige Benachteiligung: Rechtzeitiger Zugang zu wichtigen elektronischen Akten verwehrt
Verfassungswidrige Aushebelung und Versagung von rechtlichem Gehör trotz Einspruch, aber ohne Beantwortung
Mehrfach verfassungswidriges Verfahren, weil Opfer verhöhnend, Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR
Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen gemäß §54 VwGO mit konkreten auf ihn bezogenen Tatsachen. Antrag an die 27.Kammer auf Einleitung des Befangenheitsverfahrens.
Antrag: Aufhebung der Ladung durch einen befangenen Einzelrichter, Mehr-Richter-Beschluss vom 08.April 2022 anzufechten, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert (nicht unanfechtbar).
Unerträglich: Einbeziehung von Gerichte übergreifenden Aktivitäten der Justizbehörden mit orgienartiger Ausuferung vor einem Ladetermin, offensichtlich in Abstimmung mit dem Bundesamt der Justiz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 114)

Anlagen OVG-12 mit zugehörigen Anlagen VGD-05, VGD-06, VGD-07

Anlage VGD-05: **Anlage VB-19**
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf**
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VGD-06: Westdeutscher Rundfunk ist nicht beklagt.
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) ist Beklagter, Absage des Westdeutschen Rundfunks Köln mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix
Verfassungswidrig ist, wenn **kein** Vertreter an der mündlichen Verhandlung teilnimmt wegen Ungleichbehandlung.

Anlage VGD-07: Verfassungswidrig: Zugang zu wichtigen elektronischen Gerichtsakten für den Kläger verwehrt. Schreiben der Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Appelhoff-Klante vom 31.März 2022. Schriftsatz vom 15.April 2022 Seite 5. Fax vom 23.04.2022 an Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht.

Anlage OVG-11:
Schriftsatz vom 18.März 2022 an das Verwaltungsgericht

Düsseldorf mit Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden mit aktuellem Bezug zu russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022

165. Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Daher: Zurückweisung des Widerspruchsbescheid mit Schreiben vom 10.März 2022 an WDR-Beitragsservice und
Weiterleitung dieser Zurückweisung an Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 beim Bundesverfassungsgericht.
Widerspruchsbescheid: Fortsetzung von verfassungswidrigen Auswüchsen zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung zusätzlich,
verfassungswidrig gemäß Art.34 GG, beugt die Wahrheit in strafbarem Ausmaß (Verleumdung) und zeigt die Verwicklung einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid im Lichte der Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen OVG-11 mit zugehörigen Anlagen VB-26, VB-22, VB-21, VB-217z(3), VB-AA, VB-208, VB-209, VB-210, VB-211z, VB-212z, VB-213z, VB-214z, VB-211z, VB-215z, VB-216z

mit Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass

dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung."
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.
Anlagen nach Anhörung vom 24.Aug.2021 am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
mit Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Change“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1) besucht den Messestand der ehemaligen DDR,**
die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:
Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88
mit Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt,** Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

mit Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau,** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
mit Anlage VB-210: **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle"
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-211z: **Joachim Erwin,** Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
mit Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn,** Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION
mit Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
mit Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
mit Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
mit Anlage VB-217z: Gewinn für den Medienplatz Norddeutschland:
International anerkannte Kongressmesse für technische Kommunikation und neue Medien, **Björn Engholm,** Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
mit Anlage VB-217z(2): Plenarveranstaltung der Europäischen Kongressmesse ONLINE'89 unter Leitung von
o.Prof.Dr.-Ing.habil.Hans-Jörg Bullinger, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) an der Universität Stuttgart,
mit Anlage VB-28: Ukraine-Krieg-Zeitenwende der

Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
zu Desasterlage deutscher Politik unter **Schröder/Steinmeier/Merkel**

Anlage OVG-10:
Schreiben des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 31.März 2022
(eingegangen am 05.04.2022) zur neuen Klage 27 K 2672/22 mit Abänderung des Beklagten, falschem Eingangsdatum, Ankündigung eines Einzelrichter-Übertragung

Anlage OVG-09:
Schriftsatz vom 15.April 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Antrag auf Prozesskostenhilfe, auf Richtigstellung von Eingangsdatum, von Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren (1.Einspruch)
166. Extreme Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art seit 1998:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
Antrag auf Richtigstellung von Eingangsdatum, Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren
Auf früheren Congressmessen ÖRR präsent z.B. mit
Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,
Intendant des Südwestfunk und ARD-Vorsitzender,
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland,
Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand
Heute ÖRR beklagt wegen Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen, verweigert Anwesenheit bei Verurteilung des Zerschlagungsopfers und
verfassungswidriges Urteil als Fake im öffentlichen Netz!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 91)

Anlage OVG-08:
Beschluss 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) mit abgeänderter Bezeichnung des Beklagten und mit Einzelrichter-Übertragung, zeitgleich (eingegangen am 20.04.2022) mit Ladung durch Einzelrichter zum 03.Mai 2022 ohne die Möglichkeit/Beachtung des vorherigen Einspruchs gegen den Einzelrichter-Beschluss.

---------- Ende der Anlagen zu **Anlage VB-43**

Anlage VB-44:
Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022

Hier: Beschluss 2 E 395/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) des Oberverwaltungsgerichtes für das Land NRW mit Versagung von rechtlichem Gehör zu wesentlichen Punkten der Anhörungsrüge

Anlage VB-45: Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022) der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes 24.Mai 2022
Hier: Sitzungsdokumentation und Beschluss 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022 durch Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ohne Hinweis, dass der Kläger mit Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung wegen des aktuellen Ablehnungsgesuch schriftlich (Schriftsatz vom 16.Mai 2022) tatsächlich abgesagt hatte.

Anlage VB-46: Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch,
mit 1.Beschwerde vom 25.April 2022 (Anlage OVG-12) und mit wiederholter Beschwerde vom 08.Mai 2022 (Anlage VB-43 mit Anlage OVG-12) will Kläger mit nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) und mit Nicht-Beachtung der Beschwerde in Verhandlungen verwickeln: **Rechtswidrig bei Ablehnungsgesuch und mit rechtswidriger Verfügung (Bl.135) wegen Ablehnungsgesuch.** Wegen unleserlicher, fehlerhafter Seiten-Nummerierung ab Bl.76 mit ungelöster Heftung an Bundesverfassungsgericht weitergeleitet.

Anlage VB-47:
Hinweis vom 14.Juni 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf über
172. Neue Verfassungsbeschwerde
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit Rechte beugender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
ohne weitere Verhandlungen mit Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch inkl.Zurückweisung des Beschlusses 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022 (eingegangen am 01.Juni 2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 204)

Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Schreiben 16 M 188/22 vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022) mit Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an das Amtsgericht Velbert (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-01),
Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an den Unterzeichner (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-02)
Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen).
Entscheidungsrelevante Gründe für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags mit 38 Seiten Antwort vom 27.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Anlage VB-48 Zusatz 1: Verfassungswidrige Rechnung
vom 2.05.2022 (2 E 387/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700790561003X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 2: Verfassungswidrige Rechnung
vom 13.06.2022 (2 E 395/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700792011007X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW.
Das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum in dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden kann, wenn die Kosten-Hetzjagd aus einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf parallel am Amtsgericht Velbert einfach weiter geführt wird. Das ist
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit und daher in zugehörigen Verfassungsbeschwerden dezidiert zu bekämpfen.
Das Amtsgericht Velbert ist seit 2010 in die Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen gegen das Opfer involviert und hat es nicht einmal als notwendig erachtet, auf die entscheidungsrelevanten Gründe der Punkte 01 bis 05 einzugehen.
Punkt 01. Der Antrag ist verfassungswidrig, weil er aus einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz resultiert.
Unterzeichner ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenzerschlagung) seit 1998, mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, jetzt im
81.Lebensjahr,
unter persönlicher Verantwortung eines Bundesländer übergreifenden politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz als Haupttäter und mit dem Öffentlichem Rundfunk (ÖRR) als Mittäter.
Punkt 02. Forderungsaufstellungen gemäß Anlagen AGV-01 und AGV-02 sind widersprüchlich, rechtswidrig und verfassungswidrig. Anlagen haben eine miserable, Opfer verhöhnende Kopierqualität, mit der ganze Wörter abgeschnitten und Sätze unverständlich gemacht werden.
Rechtswidrig und verfassungswidrig ist die Gerichtsverfahren übergreifende, Instanzen und Gerichte übergreifende Treib- und Hetzjagd mit Kostenberechnungen aus einem skandalösen Gerichtsverfahren (27 K 4325/18), das mit einem weiteren Gerichtsverfahren (27 K 2672/22) wegen Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung derzeitig fortgesetzt werden muss.
Punkt 03. Es gibt überhaupt keine Klage gegen den Westdeutschen Rundfunk, mit der Forderungen in der Forderungsaufstellung ausgewiesen werden.
sondern seit langem ausschließlich eine Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR einschließlich WDR), Beklagter.
Jede Zwangsmaßnahme ist eine Fortsetzung der Verfassungswidrigkeit.
> Klage gegen den ÖRR wird bis heute nicht zugelassen

> Qualifizierte Zeugenbeweise (mehrere möglich) für die Mittäterschaft des ÖRR (WDR ist Mitglied des ÖRR) bei politisch motivierten Zerschlagungen
werden nicht zugelassen. Der vom ÖRR zugefügte Schaden liegt nachweislich über 100.000 €.
Punkt 04. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht in
der Justizbehörde und auch nicht am Amtsgericht. Grundrechte hängen nicht davon ab, ob sich ein Zerschlagungsopfer noch vertrauenswürdige Rechtsanwälte leisten kann, insbesondere nach kapitalen Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, mit denen er gezwungen wurde, sich im Alter von **über 80 Jahren** selbst verteidigen und Schadenersatzverfahren betreiben zu müssen.
Punkt 05. Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung ist grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG.
Die von der Zentralen Zahlstelle Justiz genannten Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-49
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606)
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Anlagen der letzten Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22

Anlage VB-30: Steinmeier: Rußland-Nähe, Mitverantwortung für deutsche Energieabhängigkeit von Russland mit Nord Stream 1 und 2, Mitverantwortung für diskriminierende NATO-Ausgrenzung der Ukraine seit Bukarest 2008 wegen Rußland-Nähe, Mitverantwortung für Russland-Ukraine-Krieg
Ukrainischer Botschafter Andrij Melnyk: Steinmeier hat Spinnennetz an Russland-Kontakten (höchst bedenkliche Nähe zu Russland)
Schuld für deutsche Energieabhängigkeit von Russland: Steinmeiers Agieren als Kanzleramtschef und später als Außenminister
Anlage VB-29: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel
Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache
Widerspruch gegen Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam mit Schriftsatz vom 31.März 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-23a: Erneute Zurückweisung von Gerichtskosten inkl. Vollstreckungsankündigung vom 18.03.2022 (eingegangen am 23.03.2022)

Anlagen im Schriftsatz vom 25.03.2022

Anlage VB-28:
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin,
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Darüber hinaus
Schröder/Steinmeier/Merkel sind verantwortlich für die Desaster-Lage deutscher Politik, für einen Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik
Der Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik wurde erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, der Scherbenhaufen deutscher Desaster-Politik unter Schröder/Steinmeier/Merkel hat die **Ukraine-Krieg-Zeitenwende** erzwungen und gefährdet inzwischen den Weltfrieden. Nicht nur Schröder/Steinmeier/Merkel haben keine Schuldgefühle. Zeitenwende ist auch eine Sache der Justiz.
Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurden die politisch motivierten Zerschlagungen erzwungen.

Anlage VB-27:
Klage vom 18.März 2022 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22) vom 17.Jan.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 nicht nur in diesem Gericht nach verfassungswidrigem Urteil am
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
ohne Zulassung der Berufung am
Oberverwaltungsgericht Münster 2 A 3087/18, 2 E 995/21
verursacht durch
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten
WDR-Intendanten Tom Buhrow (in 2021 ARD-Vorsitzender),
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
vom Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht trotz ständigen Widerstands ständig abgeändert in **Westdeutschen Rundfunk Köln**
Hier: Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
mit aktuellem Bezug zu
russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserkärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Detaillierte Ausführungen zum Kapitel zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen im Schriftsatz vom 13.03.2022

Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.

Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022
(eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für
Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1
der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im
öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der
liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis.
Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung."
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne
Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden
Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit
anschließenden Fake News im Internet.
Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.

Anlage VB-25: Antrag vom 10.März 2022 auf sofortigen Stopp der
laufenden Zwangsvollstreckungssache bei Gerichtsvollzieherin
Franziska Ritzhaupt mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Kopie von 5 monatlichen Pfändungen auf Pfändungsschutzkonto mit
Benutzungszwang seit 2013,
Fax-Sendebericht vom 10.03.2022.

Anlage VB-24: Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II
689/21 von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
(Datum 08.03.2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
3 Negativ-Sendeberichte vom 08.03.2022,

Anlage VB-23: Zurückweisung der Rechnungen und Mahnungen der
Zentralen Zahlstelle Justiz (Datum 08.März 2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Fax-Sendebericht vom 08.03.2022,
Rechnungen/Mahnungen der Kassenzeichen X700779291005X,
X700779311007X.

Anlagen im Schriftsatz vom 01.03.2022

Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder
Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter
Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger
Unterstützung
1990-1998 Niedersächsischer Ministerpräsident in Hannover
1991 Gerhard Schröder auf der Europäischen Congressmesse
ONLINE'91 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
Scroll down after link
Frank-Walter Steinmeier als Referent für Medienrecht und
Medienpolitik in der Staatskanzlei bei Gerhard Schröder
1993 Steinmeier übernimmt Büroleitung bei Schröder
1994 Steinmeier wird Leiter der Abteilung für Richtlinien der Politik,
Ressort-koordinierung und -planung bei Ministerpräsident Schröder

1998-2005 Gerhard Schröder wird Bundeskanzler
Seit 1998 Umverteilung von der Digitalbranche zur Automobilbranche ist Regierungsprogramm
1999-2005 Steinmeier als Kanzleramtschef politischer Vertrauter von Bundeskanzler Schröder.
2000: Staatliche UMTS-Auktion 2000 (August 2000)
mit weltweit größtem Auktionsbetrag, der bei Versteigerungen je erreicht wurde (50,8 Mrd EUR), mit verheerenden Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffs auf die gesamte Wirtschaft, mit Vernichtung der digitalen Innovationselite in Deutschland (New Economy, Hauptkundenstamm der Europäischen Congressmessen des Beschwerdeführers), mit Kapitalflucht aus dem digitalen Innovationsbereich, mit verheerenden Nachwirkungen bis heute.
2005: Schröder tritt zurück und verliert danach die Bundestagswahl
Steinmeier wird Bundesaußenminister im Kabinett Merkel I
Steinmeier / Merkel unterdrücken intensive Bemühungen des Beschwerdeführers um den schnellstmöglichen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
Schröder wird Putin-Berater mit
Entwicklung deutscher Energie-Abhängigkeit von Russland
2009: Steinmeier wird einflussreicher Oppositionsführer
2010: Petition des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag
2010: Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010), wurde vom Beschwerdeführer mit Brief vom 25.05.2010 angeschrieben und darum gebeten, mit dem moralischen Gewicht seines Amtes die laufende Petition des Unterzeichners am Deutschen Bundestag zu unterstützen. Köhler erklärt in derselben Woche seinen Rücktritt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 39)
2010 Beschwerdeführer schreibt erste Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechts
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
2011: Nordstream 1 unter Putin-Berater Schröder wird eingeweiht
2012/2013: Intendantin Monika Piel wird mit Schreiben vom 31.12.2012 / 16.01.2013 zweimal hintereinander vom Beschwerdeführer angeschrieben und erklärt danach den Rücktritt:
Sieh Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
14.06.2013: Erstes Anschreiben an nachfolgenden Intendant Tom Buhrow,
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:
08. GEZgnadenlos:
Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen
Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen
Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
2013: Im Dezember wird Frank-Walter Steinmeier Bundesaußenminister im Kabinett Merkel III und **ab 2017** von Merkel als Bundespräsident vorgeschlagen und gewählt.
2018: Schreiben von 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben an den Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Sehr verehrter Herr Bundespräsident!
Uns sind Ihre Worte bekannt:
"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident."
Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).
Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 29)
Beide Briefe mit angemessener höflicher Formulierung wurden vom Bundespräsidenten nicht beantwortet. Als Brückenbauer nicht verfügbar. Steinmeier auch über „JVA-Service“ gegen Briefeschreiber informiert
2021: Bundestagswahl nach Regierungswechsel
Bundeskanzler Olaf Scholz
mit einer SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP - Koalition
2022: Wiederwahl von Bundespräsident Steinmeier, Beschwerdeführer erhebt Einspruch gegen Wiederwahl (Kapitel **BVRFG-350**, danach Russisch-Ukrainischer Krieg seit 20.Feb.2022
27.02.2022: Zeitenwende mit Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Russland-Ukraine-Krieg und anschließender Aussprache
05.03.2022: Vitali Klitscko, Bürgermeister von Kiew, Hilferuf eines „Ertrinkenden“: „Bleiben Sie mit uns, weil wir kämpfen auch für deutsche Werte“ (WAZ vom 5.3.2022), Mitschuld von Deutschland am Krieg in der Ukraine

Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022)

Anlage VB-17a (Stand März 2022)
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-217z(3)
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus

Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Anlagen im Schriftsatz:vom 22.Feb.2022

Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilung-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen 81-jährigen Rentner mit herausragendem Lebenswerk in Deutschland und Europa
Anlage VB-20a: Schreiben der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22) mit Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 mit Vollstreckungsauftrag der Zentrale Zahlstelle Justiz, 59061 Hamm.
Anlage VB-20b: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779291005X Geschäftszeichen 2 A 3087/2021 001 (100)
Anlage VB-20c: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779317005X Geschäftszeichen 2 E 995/2021 001 (100)
Anlage VB-19
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VB-18
Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Geburtsort in Bayern: Zweimal Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten in 1.Instanz und anschließende Aussperrung von 2.Instanz
Nachweis mit Rechtsbeschwerde vom 24.10.2015 an den Bundesgerichtshof wegen Untätigkeit des Generalbundesanwalt zur Strafanzeige vom 09.April 2014 gegen verantwortlichen Amtsträger und Richter mit folgenden Kapiteln:
> 01. Verlust eines Menschenlebens: Todesopfer krimineller Rechtsbeugung am Ende einer langjährigen Treib- und Hetzjagd mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung
> 02. Zivilgerichte einschließlich Bundesgerichtshof haben bereits im Frühjahr 2011 und 2012 die von der bayerischen Verwaltung forcierte Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen in die Schranken gewiesen,
hier eine von mehreren Attacken zur Zerstörung seines Damwild-Geheges.
Endgültige Zurückweisung der Attacke mit BGH-Urteil von 2012 leider erst nach seinem Tode eingegangen

> 03. Faktenlage März 2014:
Scherbenhaufen bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit tödlichem Ausgang für einen qualifizierten Lebensmittelunternehmer, bei seinen Kunden beliebt und geachtet,
von lokaler Verwaltung in den Tod getrieben
Kriminelle Rechtsbeugung bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung wegen fehlender anwaltlicher Vertretung
> 04. Kriminelle Rechtsbeugung durch bewusst falsche Anwendung des Rechts, durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten, durch Verweigerung der Berufung zum wiederholten Male:
Strafbare Spitzenleistung in bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz
> 05. Kriminelle Rechtsbeugung durch den 1. Bürgermeister der Gemeinde Leonberg und durch die Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth
Basisbeweis und Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 von bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz bis heute unterdrückt
> 06. Mitwirkung und Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verwaltungsjustiz
Bis dato von Verwaltungsjustiz unterdrücktes Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 an
Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich und Gemeinde Leonberg mit ausführlichen Informationen in 10 Kapiteln
> 07. Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verweigerung der Berufung Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs als Hygiene-Sündenbock diskriminiert und diffamiert
Verweigerung der Berufung: Vertuschung des Hygiene-Skandals und der kriminellen Rechtsbeugung
> 08. Katastrophaler Totalschaden durch kriminelle Rechtsbeugung
Anstatt einer kooperativen Problemlösung des desaströsen Hygiene-Zustands des regionalen Fäkalienabwassernetzes mit Katastrophen-Pumpwerksanlage: Totale Betriebsschließung mit hinterhältigem Überfall einer 8-Personen-Task-Force unter dem Deckmantel der Lebensmittelkontrolle und die finale Einleitung des totalen wirtschaftlichen Ruins mit Schadenswirkung maximierenden Maßnahmen
Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 01 bis 08:
Sieh Anlage BGH3-01, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link (page 03)
Der Generalbundesanwalt hat mit Schreiben vom 15.April 2014 die Zuständigkeit für die Strafanzeige abgelehnt: Sieh Anlage BGH3-03. Mit der Gegendarstellung im Schriftsatz vom 28.April 2014 hat der Anzeigenerstatter seine Begründung mit weiteren Beweisunterlagen der Verfassungsbeschwerde vom 22.Sept.2013 an das Bundesverfassungsgericht (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13) **zum Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit** (Anlage 3) und weiteren Kapiteln fortgesetzt:
> 09. Generalbundesanwalt ist zuständig, wenn bestimmte schwere Straftaten die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen und der konkrete Tatbestand sich gegen dessen Verfassungsgrundsätze richtet
> 10. Richter sind in ihren Entscheidungen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Aber
Rechtsbeugung, insbesondere kriminelle Rechtsbeugung, die sich durch Verhinderung der Rechtsprechung und Verweigerung gesetzlicher Rechtsmittel und Rechtsbehelfe schützen will, ist in jedem Falle mit einer Strafanzeige zu bekämpfen.
> 11. Zugang zu übergeordneten Gerichten, die aufgrund zulässiger Rechtsbehelfe tätig werden können, wird verwehrt, indem der ordentliche Rechtsbehelf der Berufung verweigert wird (Kapitel 07)

Fundierter, qualifizierter Berufungsantrag in den übergebenen Anlagen:
Erweiterung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13 mit Schriftsatz vom 24.03.2014
> 12. Unbewältigte NS-Vergangenheit: Hintergrund und Wurzel krimineller Rechtsbeugung

☹ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Anzeigenerstatters, 2.Todesopfer: Bruder des Anzeigenerstatters)
Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer in Kreis- und Gemeindeverwaltung)

Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 09 bis 12:
Sieh Anlage BGH3-04, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link page 18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 17.Jan.2022

Anlage VB-01 inkl. Anlagen VB-AA, DB-01, DB-02, DB-03
Schreiben vom 02.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlage VB-02
Schreiben vom 11.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 49)

Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen)
mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen

Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Chance“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1) besucht den Messestand der ehemaligen DDR,**
die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle"
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage VB-211z: **Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-217z:
Björn Engholm, Ministerpräsident des des Landes Schleswig-Holstein, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, mit einer Rede im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'89 in Hamburg
---

Anlage VB-ZG: Geändert zu
Anlage VB-12 / VB-10 im Schriftsatz vom 02.Feb.2022)
Versagung von rechtlichem Gehör nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge durch Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022, in Anlage VB-10 geändert)

Daher termingerechte Nachsendung der Verfassungsbeschwerde
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019

Anlagen im Schriftsatz:vom 02.Feb.2022

Anlage VB-03
Ladung vom 12.Juli 2021 (eingegangen am 21.Juli 2021) zur mündlichen „Verhandlung“ (Anhörung) im verwaltungsgerichtlichem Verfahren
27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf

Anlage VB-04
Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-10(21), Anlage VGD-09(21))
mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-05
Urteil durch Einzelrichter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Sitzungsprotokoll vom 24.Aug.2021
ohne Antwort nach schriftlichen Einspruch gegen Ladung mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 28.Juli 2021,
ohne Anwesenheit des Beklagten,
nach 3-Richter*innen-Beschluss vom 13.Jan.2021,
nach Ablehnungsgesuch gegen Richter Dr.Wildhagen, nach Sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21

Anlage VB-06
Schriftsatz vom 20.Sept.2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit
Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
Antrag auf Berufungsgericht mit
Kompetenz für Telekommunikationsbranche und Presserecht
mit erster Stellungnahme gegen das Urteil

Einspruch gegen Kostenrechnung, Kassenzeichen X701350401308X
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und
erteilt 80-jährigen Rentner eine Kostenrechnung von über 3000 €,
nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden
verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-07
Schriftsatz vom 22.Sept.2021 an die Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz, Kassenzeichen X701350401308X) mit Einspruch gegen und Zurückweisung der Rechnung vom 10.09.2021 (eingegangen am 14.09.2021) in Höhe von 3.078 €
mit Anlage ZZJ-01, Anlage ZZJ-02, Anlage ZZJ-03, Anlage ZZJ-04.
Mitteilung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 12.10.2021

Anlage VB-08
Vollstreckungsankündigung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021) über erhöhten Betrag von 3.352 €
nach Schreiben des Oberverwaltungsgerichts vom 14.10.2021 (eingegangen am 20.10.2021

Anlage VB-09
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) wegen Zurückweisung der Vollstreckung:
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-10
Mahnung vom 03.01.2022 (eingegangen am 05.01.2022) und Rechnung vom 29.11.2021 wegen Zurückweisung der Vollstreckung und Antrag auf Zulassung der Berufung in Höhe von 1.134 € zu den Beschlüssen
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-11
Schriftsatz vom 06.Dez.2021 an das Oberverwaltungsgericht mit Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO
159. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie
Künstlicher Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht Münster
160. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

161. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:
Im Alter von 80 Jahren: Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:
Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach
politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen
mit verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierter Zerschlagungen
mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,
mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,
an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,
an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,
am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,
durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht
ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,
mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,
mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)
mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung,
> > > mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und
mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .
Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage beim Bundesverfassungsgericht.

162. Erdrückende Beweislage im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 (27 K 5854/13) VG Düsseldorf
gegen den Beklagten vorgelegt:
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch Westdeutschen Rundfunk (WDR), vertreten durch den Intendanten (Beklagter, Mittäter)
Mit umfassender sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 auf 522 Seiten, mit umfassender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 auf 642 Seiten
wegen öffentlicher Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung und zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998
> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Zerschlagung 3, am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 hier)
Daher: Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO

163. Verfassungsrechtliche Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges gemäß Art.34 GG
wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit (Grundrechte weder käuflich noch strafbar)
Zurückweisung der Beschlüsse mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO und mit verfassungsrechtlicher Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges
Verwaltungsgerichtliches Verfahren mit rechtsbeugendem, verfassungswidrigem Urteil ohne Einspruchsmöglichkeit (Urteilszusendung nach der mündlichen Anhörung) abzulehnen
Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Anerkennung längst nachgewiesen durch : wie z.B.
> aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung (Kapitel 160) wie
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
(Anlage VB-AA)
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjähriger Förderer, Schirmherr und Gastgeber der
Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(Anlage VB-209)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Kongressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
(Anlage VB-208)
Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, Mitglied der Europäischen Kommission, auf der ONLINE 2001 und weitere EU-Kommissare auf den Europäischen Congressmessen (Anlage VB-210)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlage VB-12
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge:
2 E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022 und
2 A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022

Anlage VB-13
Rechnungen vom 21.01.2022 in Höhe von 132 € (2 x 66 €) für Zurückweisung der Anhörungsrügen gemäß Anlage VB-13

Anlage VB-14
Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes mit Verfassungsbeschwerde
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 06.Dez.2021 gemäß §152a VwGO und
mit Zurückweisung aller Kosten nach Erhalt der Beschlüsse vom 11.Jan.2022 Beschluss 2 A 3087/21 Beschluss 2 E 995/21
164. Beschlüsse ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft und sind mit einer Verfassungsbeschwerde zurückzuweisen
Hiermit bestätigt der Kläger die termingerechte Einleitung der Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 52)

Anlage VB-15
Kostenaufschlag vom 26.01.2022 durch Justizbehörde wegen eingeforderter Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten nach Faxübertragung vom 26.01.2022 (Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes gemäß Anlage VB-14)

Anlage VB-16
Skrupellose, Opfer verhöhnende und verwerfliche Vollstreckungsankündigung der der Justizbehörde vom 28.01.2022 (eingegangen am 02.02.2022) in Höhe von 1.134,00€ mit wahrheitswidriger Angabe des Beklagten gemäß Veranlassung durch Beschluss 2 A 26182021 001 (100)
mit falschem Beklagten

Anlage VB-17
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-ZA: Ladung vom 12.Juni 2021
Beklagt:**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR),** vertreten durch vertretungsberechtigten **WDR-Intendanten Tom Buhrow (zur Zeit ARD-Vorsitzender),**
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
Nicht beklagt und daher wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk, nur ein Teil des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Anlage VB-ZB: Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-ZC: Niederschrift einer „mündlichen Verhandlung“, ohne Anwesenheit des Beklagten, unter Leitung des Einzelrichters Dr.Wildhagen, ohne Urteil.
Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2018 wurde mit Zusendung bekannt gemacht (eingegangen am 14.Sept.2021)

Anlage VB-ZD:
Schriftsatz vom 20.Sept. 2021 mit erster Begründung in Kapitel 158 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung
mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
mit Einspruch gegen Kostenrechnung
Beklagt: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch Westdeutschen Rundfunk, vertreten durch den Intendanten
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig,
in kaum vorstellbarer Dimension.

Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und erteilt 80-jährigen Renter eine Kostenrechnung von über 3000 €, nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-ZE: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 19./16.Nov.2021 (eingegangen am 9.12.2021)
Anlage VB-ZE01: Beschluss 2A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZE02: Beschluss 2E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZF: 20 Jahre später, nach der ONLINE 2001, nach Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 (erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000)
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010:
> Vollstreckungsankündigung mit Kassenzeichen 00700743721000 der Justizbehörden Hamm vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021)
Vollstreckung der Gesamtkosten in Höhe von 1129,00 €
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/2018 001 (130) und Oberverwaltungsgericht Münster mit rechtswidrigem Anhörungsrügeverfahren
(2 E 108/2021 001 (100), 2 E 108/2021 001 (100), 2 E 244/2021 001 (100), 2 E 288/2021 001 (100), trotz
Anlage VB-ZG: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZH: Mahnung der Justizbehörden Hamm vom 03.01.2022 in Höhe von1.134,00 € (eingegangen am 05.01.2022)

Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 (1 BvR 939/21, AR 1916/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

Legende zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn

BVERFG-331. "Tear down this Wall": US-Präsident Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987, und 1990 Fall der Mauer !
Appell an die Intendanten des WDR, BR (ARD-Vorsitzender), ZDF gegen Mauer des Schweigens am 06.März 2018 mit Verfassungsbeschwerde
1 BvR 448/18 > > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
WDR-Intendant: Seit Amtsantritt 2013 ständig informiert, hat keinen Immunitätsschutz, ist persönlich verantwortlich:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 01)
Längst überfällig: Korrektur des Rubrums im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 des VG Düsseldorf > > >
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten WDR-Intendanten Tom Buhrow.
Anzugreifende Hoheitsakte inkl. jahrelang verfälschtem Rubrum im verwaltungsgerichtlichen Verfahren

BVERFG-332. Termingerechte und ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

BVERFG-333. Nach Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 und mit Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
gemäß Anlage VB-VG21 in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2331/17 vom 15.Sept.2017
Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 (eingegangen am 01.10.2016) und mit
Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Schriftsatz vom 03.Mai 2018 mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen
eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks vom 04.April 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf

BVERFG-334. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
Entschädigungsanspruch: Verwaltungsgerichtliche Entscheidung 10 mal angemahnt seit 3.Mai 2018 (neue Klage) und nach Berufungsklage seit Okt.2016 (Anlage OVG-01(21)-12)
Verwaltungsgerichtliche Klageerhebung seit 2013
Opferkriminalisierung, diskriminierende Zwangsmaßnahmen und kriminalisierende Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 2010
Seit 2007: Rundfunksperre, Fernsehsperre, Kommunikationssperre
Prof.em. Dr.Dres.h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010):
> > > "Bürger sind keine Untertanen" (Anlage OVG-03(21)-01)

BVERFG-335. Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen

Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik einer regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, mit einer nicht überwindbaren Phalanx von Haupttätern und Mittätern
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, mit Sippenhaft und Opferkriminalisierungswahnsinn wie in der NS-Justiz,
mit politisch motivierter Justiz
mit Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit JVA-Service anstatt Konzentrationslager der NS-Diktatur,
mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (Todesopfer) und Nachlassinsolvenz in 2012,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang zu diskriminierendem und diskreditierendem Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredite und ohne Kreditkarte,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Am Geburtsort: Von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler zu politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!
BVERFG-336. Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot des Grundgesetzes gemäß Art.2 Abs.1 GG:
Rechtsstaatliche Prinzipien des Grundgesetzes contra Unverhältnismäßigkeit.
Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer
gegen Übergriffe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und
gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Beklagter WDR-Intendant mehrfach verantwortlich für Missbrauch des Staatsvertrages
Staatsvertrag als Regierungsvertrag für eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik missbraucht,
trotz mehrfacher Petitionen an Deutschen Bundestag, an Bayerischen Landtag (von Bundesregierung und Bayerischer Landesregierung niedergeschlagen)
trotz Rücktritt eines Deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler (warum?)
trotz Rücktritt einer WDR-Intendantin Monika Piel (warum?)
trotz gebetsmühlenartiger Informationen an Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, an Redaktionen der Politmagazine mit qualifizierten Schriftsätzen, mit qualifizierten Presseinformationen entgegen Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten-Sperre zu einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik und
trotz eines juristischen Kampfes gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010
Ohne jeden Zweifel: Mehrfach-Schuld, Mehrfach-Schaden, Mehrfach-Täterschaft des Beklagten
BVERFG-337. Die 27.Kammer ist kein grundrechtsfreier Raum
Skandalöse Beschlüsse der 27.Kammer vom 13.Jan.2021 sind
mehrfach verfassungswidrig,
haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden, sind daher zurückzuweisen
> Opfer verhöhnend (massiver, mehrfacher Verstoß gegen Art.1 Abs.1 GG)
für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit Sippenhaft seit 1998 (über 20 Jahre) und unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010 (Merkmale der NS-Justiz),
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten ohne Dispokredit und ohne Kreditkarte
> Verfassungswidrig: Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn mit Zwangsmaßnahmen seit 2010

> Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierter Sippenzerschlagung
(Verstoß gegen Art.103 Abs.1 GG)
> Verstoß gegen das europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip) ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010
> mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn
Bundesverfassungsgericht muss im Wahljahr 2021 agieren, nicht reagieren.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 158)

Schriftsatz vom 10.April 2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-338. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen einem exotischen Gerichtsverfahren
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
> nach wiederholter Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018 an das Verwaltungsgericht 27 K 4325/18 wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht, und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung
Boykottiert durch Verwaltungsjustiz: Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Rehabilitierung und Schadenersatz und durch Opferkriminalisierungsverfahren
Strafbare Rechtsbeugung durch judikative Transformation des Zerschlagungsopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
nicht nur vom Opfer zum Täter, sondern auch vom Kläger zum Beklagten,
mit manipulierter Veränderung des Beklagten und der Rechtsgebiete
> nach 2 Beschlüssen mit Datum ((13.01.2021) und ohne Datum
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses vom 03.02.2021 (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
> nach Anhörungsrüge vom 14.März 2021
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Aufgebrochene Mauer ist längst zu beseitigen mit Verurteilung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
BVERFG-339. Anzugreifende Hoheitsakte inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
Opfer verhöhnende, Opfer schikanierende, Opfer kriminalisierende Eskalation des Beschwerdeverfahrens in der 2.Instanz unter der Vorsitzenden Richterin Brauer seit 2012
Seitdem: Nicht nur totales Versagen von rechtlichem Gehör,
sondern rechtsbeugende Manipulation in exotischen Gerichtsverfahren hier mit Twitter-artiger Serie von unqualifizierten Beschlüssen, mit abzulehnenden Kostenbeschlüssen,
mit unerträglicher Treib-und Hetzjagd seit 2010 gegen das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998,
mit Beschwerde an den 13.Senat und
nicht an den nicht zuständigen 2.Senat,
mit rechtsbeugender Manipulation des Rubrum:
Aus Kläger wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung wird Beklagter,
aus Klage wegen Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht wird Opfer kriminalisierende Verurteilung wegen Rundfunk-Beitragsrecht des Beklagten

Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird auf Westdeutschen Rundfunk in rechtswidriger Weise eingeschränkt
Ablehnung der Vorsitzenden Richterin Brauer wurde bereits in 2013 mit Unterdrückung eines Befangenheitsverfahrens niedergeschlagen
Beschluss vom 26.Feb.2021 gegen die Beschwerde wurden mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge zurückgewiesen,
zu nachfolgenden Beschlüssen wurde auf das Rechtsmittel der Anhörungsrüge verwiesen.
Das Gerichtsverfahren mit weiterer Eskalation in der 2.Instanz ist an Rechtswidrigkeit, Verfassungswidrigkeit und Wahrheitswidrigkeit nicht zu überbieten
Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK längst auf der Strecke geblieben
Wahrheitswidrig: Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 14.März 2021 mit Fax-Protokoll vom 18.März 2021 / 15.34 Uhr, nicht erst am 1.April, sondern 2 Wochen vor dem 1.April !
Rechtswidrig und verfassungswidrig: 2.Senat, disqualifiziert durch Wahrheitsbeugung, nicht zuständig für beklagtes Rechtsgebiet, verstößt gegen das Prozessgrundrecht nach Art.103 Abs.1 GG,
gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip).
Widerstand gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG
http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 65)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.02.2021 / 10.04.2021 mit Schriftsatz vom 08.Mai 2021 wegen Klage vom 03.Mai 2018 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-340. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 / 10.April 2021 zu exotischem Gerichtsverfahren
> mit manipuliertem Rechtsweg, mit manipuliertem Rubrum, mit nicht zuständigem Senat in 2.Instanz
> mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht,
> mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn und Leugnen kausaler Zusammenhänge mit politisch motivierter Sippenzerschlagung durch eine best vernetzte Täter-Phalanx
> mit zu verabscheuender Heuchelei und wiederholter Wahrheitsbeugung in der 2.Instanz des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens
> vor dem Hintergrund krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nach demokratischen Wahlen auf Bundes- und auf Landesebene
ohne Chance für Opfer von staatlichen Übergriffen mit extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit best vernetzter Täterphalanx einschließlich Öffentlich-rechtlichem Rundfunk
BVERFG-341. Exotisches Gerichtsverfahren mit verweigertem Rechtsweg für Rehabilitierung und Schadenersatz durch Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen (hier: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk) mit extremistischer Ausuferung zu
> politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
> politisch motivierter Sklavenhaltung nach ökonomischer Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Exotisches Beschwerdeverfahren trotz 2 Anhörungsrügen vom 15.Feb.2021 und 14.März 2021
> wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 25.01.2021
> wegen Zurückweisung der Bescheidung
> mit wiederholtem Leugnen der 2.Anhörungsrüge vom 14.März 2021 entgegen Beweis mit Faxsendeprotokoll der 2.Anhörungsrüge

> mit Eröffnung eines Anhörungsrügeverfahren ohne Rechtsgrundlage nach weiterer Verfassungsbeschwerde vom 10.April 2021
> mit unbeschreiblichen Vorgängen, mit einer Twitter-artigen Serie von Beschlüssen und Rechnungen der Zentralen Zahlstelle Justiz bis zur Erschöpfung eines manipulierten Rechtsweges
Anzugreifende Hoheitsakte in Zusammenfassung inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
BVERFG-342. "Bürger sind keine Untertanen"
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Von politisch motivierter Sippenzerschlagung zu
> Politisch motivierter Sklavenhaltung mit jahrelanger Kontaktbeschränkung,
ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe,
im fortgeschrittenen Rentenalter,
mit orgienartiger Ausuferung bis zu 4 parallelen, exotischen Gerichtsverfahren mit Mehrfach- bis zu Quintuplex-Beschlüssen,
Gerichte übergreifend an Amtsgerichten, Landgerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, Verwaltungsgerichten u.v.a.m.
mit verfassungswidriger Krankenversicherung
nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
mit Todesopfer, Rufmord, Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden und Versagung der Rehabilitierung,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Durchsetzung krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik aus Wahlstrategien demokratischer Wahlen
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:
anhand aktueller Verfassungsbeschwerden seit 2010
Null Toleranz zu Fortsetzung des unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinn ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Zielsetzung: Beseitigung der politisch motivierten Sklavenhaltung
durch Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung durch best vernetzte Täter/Mittäter-Phalanx:
> Deutsche Bundesregierung (Zerschlagung 1 am Wohnort)
> Bayerische Staatsregierung (Zerschlagung 2 am Geburtsort)
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (Zerschlagung 3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 114)

Neue Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22)
Schriftsatz vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVRFG-350. Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Schreiben vom 02.Jan.2022 / 11.Jan.2022 an die Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38/49)
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
mit Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019, 03.Juni 2019 und 17.Juni 2019
an den Präsidenten des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)
mit Anzeige der beantragten Immunitätsaufhebung
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 und
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 313)
am Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165)

Schriftsatz vom 02.Feb.2022 (Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVERFG-351. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 wegen seiner Tätigkeit als
Chef des Bundeskanzleramts in 1999-2005: Hauptursache für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung bundesweiter Sippenzerschlagung am
Wohnort in NRW und
am Geburtsort in Bayern
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Hier: Mittäterschaft des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in
Deutschland und nicht nur in Köln auf Intendanten-Ebene
Zum 3.Mal, Niederschlagung nach verfassungswidrigem Muster einer
exotischen Verwaltungsjustiz: Nach strafbarer Rechtsbeugung in der
1.Instanz Verweigerung der
2.Instanz wegen Totalschaden des Zerschlagungsopfers
1. und 2. Mal am Verwaltungsgericht Regensburg und Verweigerung der
2.Instanz am Bayrischen Verwaltungsgerichtshof
nach einer Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den
Tod (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort.
3.Mal am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2013 (27 K 5854/13, 27 K
4325/18) und 2.Instanz am Oberverwaltungsgericht des Landes NRW
Haupttäter verschanzen sich hinter ihrer Immunität und öffentlich-rechtliche
Mittäter werden von der Verwaltungsjustiz geschützt, mit verwerflicher
Rechtsbeugung und PKH-Verweigerung
Zerschlagungsopfer werden von Sklavenjägern gejagt:
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu politisch motivierter
Sklavenhaltung mit Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opfer
verhöhnender Justiz (Gerichtsverfahren, Altersdiskriminierung,
Generationendiskriminierung)
Hier: Zu bekämpfende Hoheitsakte. Null Toleranz, wenn Grundrechte und
grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein
grundrechtsfreier Raum. Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht
Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit
Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
BVERFG-352. Urteil vom 24.Aug.2021:
Faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer
verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Rechtsbeugung durch Manipulation des Gerichtsverfahrens
mit Änderung des Beklagten und Änderung des Klagegrundes
Stellungnahme zu den Aktivitäten nach der sofortigen Beschwerde am
Oberverwaltungsgericht für das Land NRW mit erstem Schriftsatz vom
25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 (AR 1916721) mit
erstem Schriftsatz vom 26.Feb.2021 mit ca. 770 Seiten
nach mündlicher „Verhandlung“ (nur Anhörung durch
Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch und unbeantworteter Anhörungsrüge
ohne Anwesenheit des Beklagten und späterem Urteil) am 24.Aug.2021.
Einspruch und Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen strafbare Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung
ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
durch Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht
mit Klagestand 2021
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort
in zweistelliger Millionenhöhe durch best vernetzte Täter-Phalanx

BVERFG-353. Zurückzuweisen: Opfer verhöhnende Rechtsargumente und Kostenargumente in einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren zu einem Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen ohne Schuldbewusstsein.
Rechtsargumente des Oberverwaltungsgerichts sind nicht diskutabel und haben keine Rechtskraft,
> weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
> weil der Kläger wegen Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierten Zerschlagungen, wegen Rehabilitierung und Schadenersatz selbst zum Beklagten zwecks Gebühreneinzug umgeschrieben wurde,
> weil der tatsächlich Beklagte abgeändert wurde und so das Gerichtsverfahren in Abstimmung mir der 1.Instanz in unerträglicher Weise verändert und verfälscht wurde: Nicht mehr vorstellbare Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr, Victim blaming, Opferverhöhnung mit einer unerträglichen Häme,
mit Opferdiskriminierung, mit Altersdiskriminierung und mit Generationendiskriminierung
Kostenargumente haben aus gleichem Grund keine Rechtskraft
Opfer verhöhnende Kostenargumente, mehrfach stufenartig gesteigert, als Antwort auf Argumente, basierend auf dem Grundgesetz, zeigen ein primitives, verfassungswidriges Rechtsverständnis,
haben nur eine Zielsetzung: Finale Zerschlagung nach
Politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx ohne Schuldbewusstsein und mit großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

Schriftsatz vom 22.Feb.2022 (2.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten
mit Einspruch vom 02.Feb.2022 (231 Seiten) gegen
Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022)
BVRFG-354. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt mit
Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit einer geballten politischen Macht mit Immunitätsschutz
gegen Zerschlagungsopfer ohne qualifizierte Rechtsanwälte,
mit Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr
mit unverhältnismäßiger Diskriminierung wie Opferdiskriminierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Mit Verteufelung und Zerschlagung der digitalen Innovationselite als Dotcom-Blase, mit Nachrichtensperre und mit ihrer Eliminierung

Ganz Deutschland leidet unter verfassungswidriger Justiz und politisch motivierten Zerschlagungen
durch führende Politiker mit fehlendem Schuldbewusstsein,
mit nicht überwindbaren Immunitätsschutz und
mit Datenschutz für kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
durch führende Politiker als Helfershelfer und Komplize autoritärer Staaten
mit Risiko für den Weltfrieden
Nach Wiederwahl des Bundespräsidenten:
Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf
nach über 20 Jahren Verfolgung
BVERFG-355. Täter ohne Schuldbewusstsein:
Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit üppiger Altbundeskanzler-Vergütung seit 2005, Putin-Berater und Putin-Freund,
"Laufbursche von Putin" (so der vergiftete und in Lagerhaft befindliche Kreml-Kritiker Alexej Nawalny),
verantwortlich nicht nur für deutsche Energieabhängigkeit von Russland, an der Seite von Russland im Kampf gegen nordatlantische Gemeinschaft,
gegen ein freies Ukraine und gegen ein freies Osteuropa,
verantwortlich auch für Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland,
verantwortlich auch für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost,
verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice,
Opfer ohne Perspektive, ohne Chance für die Wahrheit:
mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 als Dotcom-Blase verteufelt und eliminiert ohne den Hauch einer Chance für die Wahrheit,
mit verheerenden Folgewirkungen für die Digitalisierung, für die Chip-Entwicklung und für die Chip-Produktion in Deutschland,
Zerschlagungsopfer ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz,
von deutscher Justiz wie ein Staatsfeind Nr.1 durch die Gerichte getrieben,
weil in 2010 seine Altersrücklagen aufgebraucht sind,
weil am Geburtsort in Bayern sein Bruder von bayerischem Mittäter (Staatsminister, seit 2018 Ministerpräsident, Mittäter einer skrupellosen Täter-Phalanx) mit einer Treib- und Hexenjagd in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod gezwungen wurde,
mit Missbrauch von bayerischen Kommunalwahlen als Volksjustiz,
von Verwaltungsgerichten mit Rechtsbeugung in 1.Instanz kriminalisiert,
verfassungswidrig, weil ein ordentlicher Rechtsweg
gemäß Art.34 Abs.3 GG bis dato verweigert wurde
Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten:
Dreimal verfassungswidrig, 1.Mal und 2.Mal in Bayern, 3.Mal in NRW, 3 Mal zu viel! und wie oft noch?
BVERFG-356. Internet-Missbrauch durch jungen Einzelrichter am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Unvorstellbar: Sein Urteil vom 24.Aug.2021 (Anlage VB-19), faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, als Fake News im Internet
mit freiem Zugang für alle Surfer.
So wird Wahrheit, Recht und Verfassung manipuliert!
Fake News mit Missbrauch des Datenschutzes eskaliert
Grundrechte sind nicht ausschaltbar, egal was ein Einzelrichter ankündigt.
Es gilt Gleichheit vor dem Gesetz, d.h.
wenn der Beklagte nicht antreten muss, nicht antreten will und nicht antritt, dann ist dies diskriminierende Ungleich-Behandlung für den Kläger
Grundrechte sind nicht käuflich und nicht strafbar, auch wenn eine 2.Instanz zusätzlich Justizbehörden zur Hilfe holt. Eine 2.Instanz darf nicht mit Kosten und mit stufenweiser Erhöhung von Kosten verhindert werden.
Entsprechende Beschlüsse haben keine Rechtskraft.

Grundrechte sind nicht an Rechtsanwälte gebunden: Beschwerdeführer wird wie ein Staatsfeind Nr.1 durch alle deutschen Gerichte gejagt (politisch motivierte Sklavenhaltung), in Verfahren parallel/simultan und hintereinander mit orgienartiger Ausuferung seit 2010 gegen geballte politische Tätermacht mit Immunitätsschutz: mit bezahlten Rechtsanwälten wäre er heute pleite, mit Rechtsanwälten auf PKH-Basis hätte er keine Chance, er ist gezwungen, ohne Rechtsanwälte zu klagen, sich zu verteidigen, im 81.Lebensjahr mit Praxistraining seit 2010.
Bis dato weltweit ohne Vergleich, Lebenswerk des Klägers:
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
weltweit größtes Congressangebot für digitale Evolution mit professionellem Verlagsservice seit 1977, als Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare seit 1971 (Anlage VB-AA Seite 03). ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen, in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Anlage VB-AA Seite 03: Kurzfassung der
Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz in Online-Systemen) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Essen, Karlsruhe
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Hersteller-neutrale ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa als qualifizierte Basis seiner Unternehmensberatung
Seine Kunden: Digitale Innovationselite in Deutschland und Ausland, New Economy, Net Economy
Bis dato: Verheerende Folgewirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier mit Fortsetzung unter Merkel, mit Mittätern und Trittbrettfahrern (Söder),
mit Nachrichtensperre, ohne Aufarbeitung, ohne Rehabilitierung und ohne Schadenersatz
Eliminierung der digitalen Innovationselite (New Economy, Net Economy) mit Export des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost
Mit Folgewirkungen erzwungen: Einstellung der Europäischen Congressmessen in 2003, keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003
Hier: Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene seit 1998
BVERFG-357. Nicht öffentliche Planungskonferenzen in 1998 zur Vorbereitung und Unterstützung einer
Bürger und Menschen verachtenden Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit bundesweiter Eskalation
zusammen mit den ÖRR-Intendanzen:
Antrag auf Opferschutz mit besonderem Schutzbedarf
gemäß Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilungs-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen Rentner im 81.Lebensjahr mit herausragendem Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22,) gemäß Schreiben der OGVin Christiane Bräutigam mit Vollstreckungsauftrag der Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz).
Was Intendantin Monika Piel (danach Tom Buhrow) schon in 2011 gewusst hat, hat das Zerschlagungsopfer nachgewiesen.
3 Mal verwaltungsgerichtliche Rechtsbeugung, jetzt mit Eskalation von Diskriminierung und Diskreditierung mit Fake News im Netz:
Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk (inkl. WDR) auf Intendanten-Ebene ist Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG:
Anmahnung von Opferschutz, Rehabilitierung und Schadenersatz anstatt politisch motivierter Sklavenhaltung und
Anmahnung der Unterlassung von Fake News, von sozialer Zerschlagung mit Zwangsmaßnahmen anstatt sozialer Sicherheit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 244)

Schriftsatz vom 01.03.2022 (3.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit 1.Stellungnahme zur Zeitenwende, wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Einspruch vom 02.02.2022 (231 Seiten), gegen Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022) mit Einspruch vom 22.02.2022 (66 Seiten)
BVERFG-358. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet, versklavt mit
Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
mit öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanzen-Ebene als Mittäter einer best vernetzten Täter-Phalanx
mit Rundfunksperre und Nachrichtensperre für Politmagazine auf Bundesebene
mit aktiver Teilnahme an Planungskonferenz(en) einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik (vgl.„Wannsee-Konferenz 1942“)
mit dem Ziel einer nachhaltigen Effizienz der Umverteilung und Zerschlagungen
mit Erzwingung einer politisch motivierten Sklavenhaltung durch eine politisch motivierte Umverteilungs- und Zerschlagungsjustiz
mit erneutem Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendungen eines Staatsvertrages ohne Rechtskraft (Anlage VB-21)
mit großem Schaden für Deutschland, weil verfassungswidrig seit über 20 Jahren (1998) und als Mittäter
mitverantwortlich für Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland und als Mittäter
mitverantwortlich für Digitalisierungs-Schlusslicht von Deutschland in Europa und als Mittäter
mitverantwortlich für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost, und und als Mittäter
mitverantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mitverantwortlich für mangelhafte Leistungsfähigkeit in Deutschland durch Zerschlagung professioneller Tätigkeit, durch Förderung mangelhafter Benutzerfreundlichkeit und mangelhafter Sicherheit
BVERFG-359. Zeitenwende mit Bundeskanzler Olaf Scholz: Russischer Angriff auf die Ukraine am 24.Feb.2022, Menschen verachtend, abartig und pervers, nie wieder Krieg,
aber Wahrheit bleibt Wahrheit !!!
Grundrechte nicht käuflich, nicht strafbar und zu respektieren entgegen verfassungswidrigen Beschlüssen des 2.Senats des Oberverwaltungsgerichts Münster
Intendanten-Ebene des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (1998):
Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 mit zusätzlichem Moderatoren-Duett für nicht-öffentliche Planungskonferenzen missbraucht (Anlage VB-217Z(3), Haupt-Zeuge aus Moderatoren-Duett später Congressleiter der Europäischen Congressmessen)
Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Zeitenwende wegen Ukraine-Krieg

Scherbenhaufen deutscher Außenpolitik, deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel
Söder: Vom Berliner Machtzentrum für Zerschlagung am Geburtsort informiert und gelernt
Zeitenwende, Wendehälse, „verbrannte Erde“ und Wahrheiten
Katastrophale Schäden durch best vernetzte Täter-Phalanx einschl. Mittäterschaft der Intendanzen des beklagten ÖRR (1998) und Kommunikationssperre durch nachfolgende Intendanten
Vorrangig ist Rehabilitierung und Schadenersatz für Zerschlagungsopfer und nicht für die Täter und Mittäter
Wiederholung des Antrags auf Opferschutz besonders in der Zeitenwende
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung und Opferdiskriminierung durch WDR-Bescheide (Anlage VB-21)
gegen Fortsetzung von Kontopfändungen für Rechtsanwälte einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto (Anlage VB-17a)
wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
BVERFG-360. Zeitenwende: Abwehr des Angriffs auf Weltfrieden, Demokratie und Menschenwürde und Schröder ist nicht dabei
Zeitenwende: Abwehr politisch motivierter Zerschlagungen der deutschen Innovationselite und Schröder/Steinmeier sind schuldig
Zeitenwende: Aufarbeitung der Schröder/Steinmeier Vergangenheit, damit für Zeitenwende eine Perspektive.
Zeitenwende: Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht mit Einspruchsmöglichkeit bei Wahl eines neuen Bundespräsidenten
Zeitenwende: Deutschland braucht einen „Ruck durch Deutschland“-Bundespräsidenten“ wie einen
Roman Herzog: Deutscher Bundespräsident 1994-1999, Präsident des Bundesverfassungsgerichts 1987-1994
Zeitenwende: Wenn der „Bock zum Gärtner“ gemacht wird, hat die Zeitenwende keine Perspektive, mit einem Bundespräsidenten, der seine Opfer zum Täter macht, um die Spuren seiner Vergangenheit zu verwischen.
Zeitenwende: Ein Bundeskanzler braucht auch die Unterstützung durch ein Bundesverfassungsgericht, um die Zeitenwende zu schaffen, aber nicht mit Alters- und Generationen-Diskriminierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 303)

Schriftsatz vom 13.03.2022 (4.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Zeitenwende in der Justiz im Zusammenhang mit politisch Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder unter Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich WDR
BVERFG-361. Globale Zeitenwende und in deutscher Justiz wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält, wie vor der Zeitenwende: sieh Anlagen zu Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, mit Todesopfer, mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Folter, mit sozialer Zerschlagung und mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Desaster-Lage deutscher Politik
Ukraine-Krieg-Zeitenwende:
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 355)

Schriftsatz vom 25.03.2022 (5.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022) wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschl. WDR
BVERFG-362. Politisch motivierte Zerschlagungen unter
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998), ohne Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
im Lichte der **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende**
Deutschland finanziert mit russischer Energieabhängigkeit Ukraine-Putin-Krieg
Exkanzler Gerhard Schröder: als Putin-Freund und Putin-Berater, als Helfer für russische Energieabhängigkeit beteiligt
Frank-Walter Steinmeier als Helfershelfer für Schröder/Putin: Seit 1991 Medienreferent, Büroleiter, Kanzleramtschef bis 2005 bei Schröder, danach als Außenminister, SPD-Fraktionsführer, Außenminister unter Merkel, Bundespräsident auf Vorschlag der Bundeskanzlerin
Erzwingung der Zerschlagungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier, ab 2005 mit Unterstützung durch die Bundeskanzlerin
Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr:
Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen,
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter Schröder/Steinmeier/Merkel
Daher:Grundgesetzlicher Anspruch auf
Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen
mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin, (Anlage VB-28):
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 392)

Schriftsatz vom 02.04.2022 (6.Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit Einspruch wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
BVERFG-363. Politisch motivierte Zerschlagungen unter
Schröder/Steinmeier/Merkel und Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998),
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu verfassungswidrigen Auswüchsen von Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opferdiskreditierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung jetzt im 81.Lebensjahr,
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 bis heute, jetzt im 81.Lebensjahr (Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven)
> zu politischem Desaster mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe von
Schröder/Steinmeier/Merkel
und es wird weiter zerschlagen was das Zeug hält: Daher

Antrag auf unverzüglichem Stopp für Opfer verhöhnende Aktionen von Obergerichtsvollzieherin und Amtsgericht Velbert
mit Zwangsvollstreckungssachen und Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto für Gerichtskosten verfassungswidriger Gerichtsverfahren einer Zerschlagungsjustiz mit Zerschlagung eines
herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit
weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und mit professionellem Verlagsservice für digitales Innovationswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 430)

Neue Verfassungsbeschwerde
Schriftsatz vom 20.Juni 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifend
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Zerschlagungen unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Antrag auf Opferschutz
mit besonderen Schutzbedarf im 81.Lebensjahr wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht nach sozialer Zerschlagung
BVERFG-370. Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022 und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China),
Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .
BVERFG-371. Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert).
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum. Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof.
Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, wenn:
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will
> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör) für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das

verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
Aushebelung der Justiz
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit:
Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin, Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)
Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und

missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen) und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen,
Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.
Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.
BVERFG-374. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg

und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Neue Verfassungsbeschwerde (Forts.)
Schriftsatz vom 15.Juli 2022 wegen Vorrang
für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
wegen Opferkriminalisierung ohne Limit, ohne Respektierung von Grundrechten, Leistung, Lebenswerk und Alter, daher Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht
mit besonderen Schutzbedarf) nach über 20 Jahren bundesweiten Zerschlagungen
BVERFG-375. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht >
> Gründe: Politisch motivierte Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen unter Schröder / Steinmeier seit 1998 (Merkel seit 2005) betrieben, **mit verheerenden Folgewirkungen der**
staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen,
mit katastrophalem Einbruch der ONLINE und der CeBIT in 2002,
mit Vollendung der wirtschaftlichen Zerschlagung in 2003,
mit Fortsetzung durch Merkel seit 2005, mit staatlichem Verlustausgleich für die CeBIT,
mit paralleler Zerschlagung seines Bruders am Geburtsort,
unter persönlicher Verantwortung von Söder, seit 1998 bundesweit zur Zerschlagung freigegeben und überwacht,
ohne jede Chance für den Wiederaufbau unter Merkel.
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: **Jetzt im 81.Lebensjahr mit über 20 Jahren bundesweite Zerschlagungen:**
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt bis heute ohne Respekt vor Leistung und Alter.
> 1. Mittäter: Bayerische Staatsregierung unter persönlicher Verantwortung von Markus Söder, seit 1994 im Bayerischen Landtag, sowie Bayerische Verwaltung mit Landratsamt Tirschenreuth am Geburtsort des Zerschlagungsopfers bzw. am Wohnort seines Bruders mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod in 2012 (Verwaltungsgericht Regensburg, Landgericht Wuppertal 2 O 163/16, abgebrochen trotz Verfassungsbeschwerde, Zerschlagung 2)
> 2. Mittäter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997, stellv. WDR-Intendantin seit 2008, mit kriminellem Missbrauch des Presserechts durch Phoenix (Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF, mit Mitwisserschaft, Rundfunksperre und Zugangssperre zu Politmagazinen, Missbrauch von multimedialen Raubkopien seiner ganztägigen Management-Symposien (Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22, Zerschlagung

3, Gerichte übergreifend zum Amtsgericht Velbert)
> 3. Mittäter: Bundesamt für Justiz (erste Opferkriminalisierung mit unberechtigtem Vorwurf der Insolvenzverschleppung in 2006) überwacht und steuert die Zerschlagungen von Beginn an in Zusammenwirken mit der NRW-Verwaltung (Landratsamt Mettmann) und mit Weisung an die Staatsanwaltschaft: Von Opferkriminalisierung bis zu sozialer Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter.
> 4. Mittäter: Klagender Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen (Debeka, Zerschlagung 4), ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidriger Krankenversicherung, mit laufenden Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto durch Rechtsanwälte mit Verantwortung für verfassungswidrige KV
> Haupttäter „Deutsche Bundesregierung unter Schröder / Steinmeier / Merkel“ und beschriebene Mittäter gegen einen Staatsbürger wegen einem herausragendem Lebenswerk:
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang
> > > ONLINE Congressbände 1976 – 2003
BVERFG-376. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht
> > Gründe: Gerichte übergreifende Rechtsverfahren, am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf mit den verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 gegen Mittäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter persönlicher Federführung der WDR-Justitiarin und stellv. Intendantin, Eva-Maria Michel,
seit 1997 auch für Phoenix zuständig,
verhindert in eigener Sache qualifizierten Zeugenbeweis zu multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und ihre Mittäterschaft, verhindert Zeugenaussage gegen Phönix und weiterer Aufklärung, verweigert Teilnahme an Ladungstermin, will den Fortbestand der Opferzerschlagung.
2. Instanz erfindet Anhörungsrügeverfahren unter Einbeziehung der Justizbehörde mit Kostenhetzjagd während des Anhörungsrügeverfahren und anschließender Verfassungsbeschwerde
Verfassungsbeschwerde, weil 1.Instanz: wahrheitswidrig, rechtswidrig und verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
Daher mit grundrechtsgleichem Recht nach Art.20 Abs.4 GG:
Beschwerdeführer leistet Widerstand gegen Kostenargumente eines verfassungswidrigen Verfahrens
Justizbehörde (Zentrale Zahlstelle Justiz) übergibt an Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieher übergibt an Amtsgericht. Velbert mit Doppelbeschluss von Richterin und Rechtspfleger, die alles nur noch als „Textmasse“ erkennen wollen und können
Zwischenzeitlich: Beklagter ÖRR/WDR erzwingt mit Widerspruchsbescheid neues Gerichtsverfahren 27 K 2672/22 bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18
Trotz nachgewiesener Verfassungswidrigkeit: 1.Insanz, 2.Instanz mit Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022
Oberverwaltungsgericht bemängelt fehlende rechtsanwaltliche Vertretung, um Kostenargumente mit Rechtskosten erhöhen zu können
Gerichte übergreifender Verfahrenskomplex:
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18, 27 K 2672/22 und Amtsgericht Velbert 16 M 188/22
Extremistische Ausuferung: Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und daher Teil des Gerichte übergreifenden Rechtsverfahrens gegen einen Mittäter
Besorgnis des Klägers: Rechtspfleger findet keinen Zugang zum Grundgesetz, verhöhnt neue Verfassungsbeschwerde als Textmasse, will nur über Zwangsmaßnahmen entscheiden trotz verfassungswidriger Verfahren 27 K 4325/18, 27 K 2672/22. Gerichte übergreifend: Aus verfassungswidrigen Verfahren am Verwaltungsgericht kann nur ein verfassungswidriges Verfahren am Amtsgericht entstehen: 16 M 188/22 mit Erzwingung eines Rechtsmittels gegen Fortsetzung von

Opferkriminalisierung durch Rechtspfleger mit Richterunterstützung, ohne sich mit den Verfassungswidrigkeiten in einer „Textmasse“ auseinandersetzen zu wollen und zu können gemäß Anlage VB-50a.
BVERFG-377. Antrag auf Opferschutz beim Bundesverfassungsgericht >
> Gründe: Das Zerschlagungsopfer und sein Bruder (Todesopfer 2012) hatten nicht die Winzigkeit einer Chance:
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) seine Europäischen Congressmessen zerschlagen wollte und zerschlagen hat, weil Digitales „nicht sein Ding“ war?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass sein Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005) die Zerschlagung mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen hat und anschließend die Nachhaltigkeit seiner Zerschlagung überwachen lies? (Überwachung durch Bundesamt BfJ)
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass eine Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) die Zerschlagung von Schröder / Steinmeier in einer Groko mit Steinmeier als Bundesaußenminister übernommen hat und bis 2021 festgeschrieben hat ? Selbst ein Präsident der USA ist nach 10 Jahren Geschichte.
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, dass ein Markus Söder in Bayern (heute Ministerpräsident) diese Vorgänge sehr schnell erfahren hat und sehr schnell (seit 1998) am Geburtsort gegen seinen Bruder mit einer Hetzjagd bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (2012) umgesetzt hat, mit Rückendeckung aus Berlin, zu Gunsten des 4.Volksstamm in Bayern (Sudetendeutsche) mit Söder als Schirmherrn?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn er, ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, seine Rücklagen in 2010 aufgebraucht hat und nach Petitionen in Berlin und München, vom Deutschen Bundestag und vom Bayerischen Landtag in die juristische Aufarbeitung gezwungen wird, ohne sich Rechtsanwälte leisten zu können? Seit 2010!
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn weitere Mittäter motiviert sind, sich an den politisch motivierten Zerschlagungen zu beteiligen, wie der **Öffentlich-rechtliche Rundfunk, vorrangig WDR, mit seiner Justitiarin Eva-Maria Michel seit 1997 und stellv. Intendantin seit 2008**, die multimediale Raubkopien von ganztägigen Management-Symposien seiner Europäischen Congressmessen hat erstellen lassen, um mit diesen multimedialen Raubkopien nicht-öffentliche Veranstaltungen zu bedienen und seit mehreren Jahren qualifizierte Zeugenbeweise unterdrückt, weil sie auch noch zuständig ist für die Eintreibung der Rundfunkgebühren, die seit längerem vom Beschwerdeführer nicht mehr bezahlt werden können, jetzt mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, und weil sie jetzt in den Ruhestand gehen möchte?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn der Sozialversicherungsträger DEBEKA seinen ehemaligen Versicherungsnehmer durch alle möglichen Gerichte treibt durch Amtsgerichte, Landgerichte, Sozialgerichte, obwohl fehlende Versicherungsgebühren gar nicht bestritten werden, sondern der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, um soziale Zerschlagung zu verhindern, weil Zielsetzung der sozialen Versicherungen soziale Sicherheit ist und nicht soziale Zerschlagung?
> Was kann der Beschwerdeführer dafür, wenn seit Jahren verantwortliche Richter, selbst Richter von Vollstreckungsgerichten, im Zusammenhang mit den beschriebenen Vorgängen nicht mehr genannt werden wollen, und die Verantwortung an junge Einzelrichter abschieben oder sogar an Rechtspfleger mit Unterstützung durch ungenannte, weisungsgebundene Staatsanwälte, wie am Amtsgericht Velbert. Das ist verfassungswidrig. Jeder Versuch, richterliche Verantwortung auszuhebeln durch Einsatz von Rechtspfleger mit verdeckter Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälten ohne Notstandsbeschlüsse im Deutschen Bundestag, ist verfassungswidrig.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 93)

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 (Forts.)
Schriftsatz vom 31.Juli 2022 wegen Widerspruch zum verfassungswidrigen Festsetzungsbescheid vom 01.07.2022 (eingegangen am 13.07.2022, Anlage VB-55)

Einspruch gegen eskalierende und verfassungswidrige Opfer-Kriminalisierung mit Zurückweisung von Mahnung und Vollstreckungsankündigung vom 19.07.2022 (eingegangen am 22.07.2022)
wegen persönlicher Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen durch Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit 10/1997 und stellvertretende Intendantin seit 01/2008, mit Wissen von Thom Buhrow, Intendant des WDR seit 07/2013
mit Anlage VGD-06: **Eva-Maria Michel unterdrückt qualifizierten Zeugenbeweis über persönlicher Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** und verweigert Teilnahme an mündlicher Verhandlungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren
27 K 2672/22 und 27 K 4325/18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR-2022.pdf
BVERFG-378. Opfer im 81.Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk für Deutschland und Europa wird zum 2.Mal erschlagen
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz und
mit Missbrauch von Sozialabgaben für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit und
mit Missbrauch von Rundfunkgebühren durch WDR-Justiziarin Eva-Maria Michel (Mehrfach-Täterin),
weil sie während ihrer gesamten Zeit beim WDR seit 1997 nicht nur Rundfunkgebühren gemäß Staatsvertrag beim Opfer eingetrieben hat, sondern während ihrer gesamten Zeit sich auch immer wieder absichtlich an politisch motivierten Zerschlagungen gegen das Opfer beteiligt hat mit Vorteilsnahme für den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk und im Vergleich zu wiederholten Zwangsmaßnahmen für Rundfunkgebühren einen hundertfachen Schaden beigetragen hat zu einem kapitalen Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe,
weil die Täterin bis heute qualifizierte Zeugenbeweise verhindert und mündliche Verhandlungen vor Gericht ablehnt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 175)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
Präsident

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 20.10.2022

Neue Verfassungsbeschwerde
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende und
öffentlich-rechtlicher Rundfunk-Krise nach Schlesinger-Skandal
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Behördenopfer / Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle für Justiz, Beschwerdegegner mit Behörden-Versagen bei politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998)

Hier: Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde **gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal** wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.Juli 2022 zu Beschlüssen des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 zur Gerichte übergreifender Verwaltungsjustiz

unter Bezugnahme auf vorhergehende Verfassungsbeschwerden wegen Fortsetzung von verfassungswidriger Verwaltungsjustiz am Amtsgericht (Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit) ohne Überprüfbarkeit verwaltungsgerichtlicher Vorgänge:

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.02.2021 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 02.02.2022 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

> Neue Verfassungsbeschwerde (hier) vom 20.10.2022 gegen
16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert
gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Begründung der Verfassungsbeschwerde
wegen Verletzung des grundrechtsgleichen Rechts auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und wegen grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht: Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken
nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder,
mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Zu BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht: Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken
nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

Totales Justiz-Versagen unter Gerichte übergreifender Einbeziehung von Justiz-Behörden, Rechtspfleger und 2 Obergerichtsvollzieherinnen
Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge sind:

Anlage VB-48 Zusatz 3 und Zusatz 4:
Brutal verfassungswidrige, Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 von Richterin Kunze und Rechtspfleger Jacob zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil nach Wahrheit, Recht und Verfassung beugendem Urteil 27 K 4325/18 Fortsetzung mit einer verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd am Oberverwaltungsgericht unter Einbeziehung der Justizbehörde gegen das
Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und nachfolgend 27 K 2672/22 mit erweiterter Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW mit anschließenden Verfassungsbeschwerden.
Brutal verfassungswidrig wegen Opfer kriminalisierenden Folgen aus Behörden-Versagen bei Gerichte übergreifenden Verfahren mit Androhung von Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und gewaltsamer Sachbeschädigung mit Missbrauch von Staatsgewalt, ohne Perspektive für und anstatt von Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998.

Anlage LGW-04
Verfassungswidriger Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 27.09.2022 (Richterin Kunze, eingegangen am 05.10.2022), verfassungswidrig wegen Opfer kriminalisierenden Folgen aus Behördenversagen bei Gerichte übergreifenden Verfahren, mit Androhung von Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und gewaltsamer Sachbeschädigung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch eine **2.Obergerichtsvollzieherin Katja Sommerfeld nach einer 1.Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam (Anlage AGV-03)**

Anlage LGW-05
Zerschlagung 3 (Z3): Verfahren mit Opferkriminalisierung und Opferzerschlagung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5) mit Gerichte übergreifender Verfassungswidrigkeit (Amtsgericht Velbert 16 M 188/22)
wegen Mittäterschaft der **gesamten Intendantenschaft** des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998
mit erdrückender Beweislage zu **skandalösen Praktiken** (Schlesinger-Skandal) unter Verantwortung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden WDR-Intendantin **Eva-Maria Michel** mit autokratischen Vollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage LGW-06
Verfassungswidriger Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 05.10.2022 (Rechtspfleger Jacob, eingegangen am 05.10.2022), verfassungswidrig wegen Opfer kriminalisierenden Folgen aus Behörden-Versagen bei Gerichte übergreifenden Verfassungswidrigkeiten und Verfahren mit Androhung von Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und gewaltsamer Sachbeschädigung mit Missbrauch von Staatsgewalt,
Beschluss gemäß Begründung wie bei Anlage LGW-04 zurückzuweisen. Darüber hinaus: Beschluss ist rechtswidrig wegen laufendem Ablehnungsgesuch gegen Rechtspfleger ohne jegliche Beachtung gemäß Punkt 14 (Anlage VB-2201).
Rechtspfleger bezeichnet die Begründung am Bundesverfassungsgericht mit „**floskelhaften**“ Anschuldigungen. Der beim Rechtspfleger vorherrschende Eindruck ist auch eine Folge aus dem Behörden-Versagen bei Gerichte übergreifenden Verfahren, mit denen Opfer kriminalisiert werden, ohne den Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 erreichen zu können. Daher:
Gerichte übergreifende Verfahren verstoßen längst gegen das **Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten**

Die Opfer verhöhnenden Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (Anlage VB-48 Zusatz 3 und Zusatz 4)
wurden vom Beschwerdeführer zurückgewiesen mit

Schriftsatz an das Amtsgericht Velbert vom 26.06.2022 (Anlage LGW-02) mit Begründung der Zurückweisung der beiden Beschlüsse in Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifenden Verfahren,

mit neuen Vorwürfen der persönlichen Beteiligung der WDR/Phoenix-Justiziarin und stellv. Intendantin **Eva-Maria Michel** an den politisch motivierten Zerschlagungen und wegen Missbrauch von Justizbehörden (Zentrale Zahlstelle Justiz) nicht nur für Gerichte und Verfahren übergreifende Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung, sondern auch während der 2.Instanz für ein mehrteiliges, verfassungswidriges Anhörungsrügeverfahren mit mehrteiliger Kostenhetze gegen das
Opfer dieser Kostenhetze unter mehrteiligem Missbrauch der Justizbehörde
mit Anlage AG-05: Sieh
Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2002 mit Anlage VB-48 (Seite 58)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Schreiben 16 M 188/22 vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022) mit Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an das Amtsgericht Velbert (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-01),
Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an den Unterzeichner (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-02)
Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen).
Entscheidungsrelevante Gründe für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags mit 38 Seiten Antwort vom 27.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert (Anlage LGW-03)
Anlage VB-48 Zusatz 1/2/3/4

Das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wurde erzwungen mit Schreiben von Rechtspfleger Jacob vom 4.7.2022 (Anlage LGW-01).

Anlage VB-2201
Schriftsatz vom 19.Juli 2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß Schreiben des Amtsgerichtes Velbert vom 04.07.2022 (eingegangen am 09.07.2022 und weitergeleitet zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22, Anlage LG-01), mit Hinweis auf anzufechtende Hoheitsakte der Verfassungsbeschwerde und mit Ablehnungsgesuch gegen Rechtspfleger Jacob
Punkt 13. Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO Unterzeichner, Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren, wehrt sich gegen Fortsetzung eines längst verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn mit extremistischer Ausuferung zu abqualifizierender, unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung
Punkt 14. Nicht hinnehmbar: Abwertende Diffamierung einer Verfassungsbeschwerde als **„Textmasse“**

Fehlende Richterkompetenz beeinträchtigt in verfassungswidriger Weise Beweiskraft der Verfassungsbeschwerde
Ablehnungsgesuch gegen Rechtspfleger Jacob wegen Befangenheit und fehlender Richterkompetenz gemäß §10 Rechtspflegergesetz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 21)
Schriftsatz vom 19.Juli 2022 mit den Anlagen LGW-01, LGW-02 mit Anlage AGV-05 mit Anlage VB-48 (Zusatz 1, 2, 3), LGW-03

Die Verfassungsbeschwerde wurde erzwungen wegen Versagung von rechtlichem Gehör mit Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.07.2022 und gegen Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 27.09.2022

Anlage VB-2202
Schriftsatz vom 06.Okt.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.07.2022 und gegen Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 27.09.2022
mit den Anlagen LGW-04 und LGW-05
Punkt 15. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), mit Politik-Versagen, Sozial-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen, Staats-Versagen, weil . . .
> weil es in Deutschland keinen grundrechtsfreien Raum geben kann, auch nicht am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrig „formalisierten“ Zwangsvollstreckungsverfahren, mit verfassungswidrigem System des Justiz-Versagen mittels Gerichte übergreifenden Verfahren mit Behörden-Versagen,
> weil das Zerschlagungsopfer ein
herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen vorzuweisen hat: die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> weil das Zerschlagungsopfer nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998 (Politik-Versagen)
unter persönlicher Verantwortung von **Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder** und unter persönlicher Beteiligung der WDR-Justiziarin und stellvertretenden Intendantin **Eva-Maria Michel** (1998-2022)
mit Rückendeckung aus dem Bundeskanzleramt und nachgewiesen
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
keine Verantwortung hat für verheerende Folgewirkungen des Politik-Versagen, sondern längst
Anspruch auf Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz hat (Justiz-Versagen),
> weil das Politik-Versagen und Justiz-Versagen bereits ein Menschenleben gekostet hat, kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe für das Opfer verursacht hat und Deutschland mit seiner Zerschlagung großen Schaden zugefügt wurde
> weil das Zerschlagungsopfer ohne Schadenersatz nicht einfach zum Schuldner und Schuldigen gemacht werden kann
> weil schon gar nicht eine Justizbehörde Hamm Gläubiger sein kann,
weil sie sich vom Oberverwaltungsgericht Münster für ein rechtswidriges Anhörungsrügeverfahren mit einer Kostentreibjagd gegen das Opfer hat missbrauchen lassen, sich so an dem Gerichtsverfahren beteiligt hat, daher nicht

Gläubiger sein kann, sondern nur Mittäter (Behörden-Versagen),
> weil am Verwaltungsgericht Düsseldorf das Verfahren 27 K 2672/22 gegen den WDR/ARD/ZDF fortgesetzt wird und
> weil mit dem Schlesinger-Skandal die Zustände in den Intendanzen aufgearbeitet werden müssen, unter denen die Beteiligung des ÖRR an der Zerschlagung möglich war (Anlage LGW-05)
> weil beim Zerschlagungsopfer das Politik-Versagen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel mit Ukraine-Putin-Krieg, Zeitenwende, heute mit Digitalisierungsnotstand, Energie-Krise, Wirtschaftskrise, Friedensgefährdung und darüber hinaus der Missbrauch von Sozialgesetzen für Sozial-Versagen, ausschließlich verursacht durch verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen, bis heute mit Versagen von Rehabilitierung und Schadenersatz existenzielle Bedeutung hat,
> weil eine Richterin am Amtsgericht mit Zwangsvollstreckungssachen und mit Unterstützung durch eine Obergerichtsvollzieherin mit Androhung von Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und
gewaltsame Sachbeschädigung durch Missbrauch von Staatsgewalt wie in einem grundrechtsfreien Raum ständig gegen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte des Zerschlagungsopfers verstößt und so keine Abhilfe schaffen kann,
> weil diese Richterin am Amtsgericht bereits die Rente des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr pfänden lässt, auf einem Pfändungsschutzkonto, das vom Zerschlagungsopfer seit 2013 genutzt werden muss, um Politik-Versagen, Sozial-Versagen und Justiz-Versagen zu überstehen,
> weil diese Richterin am Amtsgericht mit der Zwangsmaßnahme die Rechtsanwaltsgebühren für eine verfassungswidrige Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil 7 O 214/12 (April 2015, Landgericht Wuppertal)
ohne Beachtung politisch motivierter Zerschlagungen und
ohne Versicherungsleistungen seit 2010 erzwingt und jede Kommunikation verweigert (brutal verfassungswidrig, weil rechtliches Gehör verweigert)
> weil das Opfer beim Bundesverfassungsgericht deswegen Opferschutz beantragt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 36)

Zu BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, im 81.Lebensjahr, unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.**

Politisch motivierte Zerschlagungen einer Sippenzerschlagung seit über 20 Jahren, es geht um **persönliche Verantwortung von Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,** hier um Mittäterschaft des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks mit persönlicher Beteiligung von Eva-Maria Michel**, stellvertretende WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin, um die Beteiligung bei der Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes (Kläger) unter

Gerhard Schröder (1998-2005 Bundeskanzler, Jahrgang 1944, heute sanktionierter „Lobbyist"eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes, Krieg verursachender Profiteur mit Riesenschaden für Deutschland, Europa und der freien Welt.
Schröder war als Ministerpräsident im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, der Kläger hat ihn persönlich eingeladen, in Abstimmung mit einem qualifizierten Congressleiter, und sein Thema vorgeschlagen:
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down after link to ONLINE'91

Frank-Walter Steinmeier (1999-2005 Chef des Bundeskanzleramtes, Jahrgang 1956, Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder, heute Bundespräsident), direkt persönlich involviert mit Zerschlagung der Existenzgrundlage,
wurde anlässlich der ONLINE'91 von Schröder als Medienreferent eingestellt, nach 2005 in führender politischer Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg mit Russland/Putin-Nähe**

Dr. Angela Merkel (2005-2021 Bundeskanzlerin, Jahrgang 1954, Fortsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis 2021), direkt persönlich involviert, mit Enteignung des Digitalgipfels seit 2006 (Zerstörung der Existenz-Grundlage), in vorderster Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg mit Russland/Putin-Nähe**, ohne Reue und Selbstkritik an Ihrer Russland-Politik, geschweige denn Digitalpolitik, Energiepolitik, Sicherheitspolitik u.a.m.

Dr. Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayerns seit 2019 und Schirmherr des neu ernannten 4.Volksstamms in Bayern, der Sudetendeutschen, Jahrgang 1967, mit bestem Kontakt zu Merkel, persönlich verantwortlich für eine Treib-und Hetzjagd sudetendeutscher und rechtsextremer Kreisverwaltung gegen seinen Bruder, bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod in 2012, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort des Klägers, mit langjähriger Unterstützung durch das Verwaltungsgericht Regensburg, mit 2 ähnlichen Urteilen wie am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18).

Er und sein Bruder hatten nicht den Hauch einer Chance gegen dieses Machtzentrum mit Immunitätsschutz. Schröder, Steinmeier, Merkel haben verbrannte Erde hinterlassen:

Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (miserable Benutzer-Ergonomie), Deutsches Glasfaser-Entwicklungsland in Europa, Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland, mit digitaler Sicherheitsgefährdung (z.B. von China), darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und der nachfolgenden Ausgrenzung durch Steinmeier / Merkel in allen Schröder / Merkel-Kabinetten und durch öffentlich-rechtlichem Rundfunk (alle Anschreiben an die Intendanten ohne Beantwortung, Rundfunksperre ohne Zugang zu Politmagazinen) hatte das Zerschlagungsopfer nicht den Hauch einer Chance und ist heute:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Wegen Schröder / Steinmeier / Merkel: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt.
Sieh Klage vom 18.März 2022 (27 K 4325/18, 27 K 2672/22) **gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz**
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22) vom 17.Jan.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Westdeutscher Rundfunk hat mit Widerspruchsbescheid noch während der letzten Verfassungsbeschwerde ein weiteres Klageverfahren 27 K 2672/22 ausgelöst.

Längst nachgewiesen ist die persönliche Verantwortung der politisch motivierten Zerschlagungen unter **Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder, einem politischen Machtzentrum, das hinter Immunitätsschutz nicht angreifbar ist** und ihre Opfer deutscher Justiz und deutscher Verwaltung überlassen hat,
mit verfassungswidrigen Auswüchsen zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks inkl. beklagten WDR :

Das Zerschlagungsopfer beklagt:

> Zerschlagung am Wohnort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
Wahrheit ist, dass der Beschwerdeführer es geschafft hat, als Unternehmensberater in den 1970er Jahren,
aus 5 Wochenseminaren (ONLINE-Seminarreihe, durchgeführt in D, A, CH)
die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professionellem Verlagsservice für digitales Innovationswachstum zu entwickeln und damit eine digitale Innovationselite (New Economy) in Deutschland aufzubauen.
Auf seinen Messen dominierte Congress-Qualität für digitales Innovationswachstum mit Unterstützung durch ebenso qualifizierte Beratungs-, Demo- und Informationsständen der begleitenden Fachausstellung rund um die Congress-Säle großer Congress-Centren und nicht die Ausstellungs-Masse in Messehallen.

Diese Europäischen Congressmessen und mit ihnen die digitale Innovationselite wurden von Schröder/Steinmeier eliminiert, mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde der weltweit größte Auktionsbetrag aller Zeiten zur Sanierung des Bundeshaushalts (etwa ¼ des Bundeshaushalts) missbraucht und so in Abstimmung mit der IG Metall eine Umverteilung zu Gunsten der Automobil-Branche erzwungen. Die Aussperrung wurde unter Steinmeier / Merkel unüberwindbar betoniert.
Die Eliminierung der digitalen Innovationselite ist ein Menschen und Bürger verachtendes Friedensverbrechen, mitten im Frieden eines wieder vereinigten Deutschland. Täter sind der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) und sein Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier.
Verheerende Folgewirkungen wirken bis heute nach. Der Digitalisierungsnotstand in Deutschland ist hinreichend bekannt. Besonders nachteilhaft ist heute die Digitalisierungsabhängigkeit von China.
Die Eliminierung der digitalen Innovationselite, New Economy oder auch Net Economy genannt, betraf die Hauptkunden, Referenten, Aussteller und Besucher der Europäischen Congressmessen des Opfers.
Die staatliche UMTS-Auktion 2000 hatte verheerende Folgewirkungen. Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und war direkt beteiligt seit 1998, heute noch mit Rundfunksperre, mit Aufarbeitung des Schlesinger-Skandals / Schlesinger-Systems u.a. direkt mit
Missbrauch des Presserechts für Erstellung multimedialer Raubkopien z.B.zu Management-Symposium I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Missbrauch für Planungskonferenzen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, Aussperrung in Politmagazinen
Im Zuge der verheerenden Folgewirkungen war das Zerschlagungsopfer zur Einstellung seiner Congressmessen gezwungen (ausgehebelt),
sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice musste abrupt eingestellt werden. Seit 2003 hat das Zerschlagungsopfer keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft. Intensive Bemühungen um Fortsetzung und Wiederaufbau der Congressmessen wurden von der Bundeskanzlerin und dem Bundesaußenminister ihrer GROKO-Kabinette (Merkel I, III, IV) sowie im Kabinett Merkel II (CDU/CSU/FDP) auch von Guido Westerwelle, Rainer Brüderle und Philipp Rösler (alle FDP) einfach nicht beantwortet.

> Zerschlagung am Geburtsort
mit einer Treib- und Hetzjagd einer sudetendeutschen und rechtsextremen Kreisverwaltung **gegen seinen Bruder** als Anerbe des elterlichen Unternehmens seit 1998, mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod unter **Markus Söder** als Schirmherr des sudetendeutschen Volksstamm in Bayern (Todesopfer 2012), mit Nachlassinsolvenz über Wohn-Immobilie, Geschäfts-Immobilie, Miethaus-Immobilie: Söder hat wie ein Trittbrettfahrer die Zerschlagung am Wohnort zur Zerschlagung am Geburtsort ausgenutzt. Die Zerschlagung zeigt die fatalen Auswirkungen einer kriminellen Zerschlagungspolitik über die Digitalbranche hinaus dank einer verfassungswidrigen Zerschlagungsjustiz in Deutschland am Beispiel des verwaltungsgerichtliche Verfahrens 27 K 4325/18, stets nach demselben Muster: Verfassungswidriges Urteil in der 1.Instanz und anschließend die Verweigerung der 2.Instanz. Entgegen Art.34 GG verweigern auch ordentliche Gerichte rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG (2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal).
Wahrheit ist, dass sein Bruder als Anerbe eines alten Müllergeschlechts einen qualifizierten Lebensmittelbetrieb aufgebaut hat, mit besten Auszeichnungen wie z.B. Goldmedaille auf der Grünen Woche in Berlin und mit Vertrieb über mehr als

40 Verkaufsstellen, überwiegend bei EDEKA, dass er eine wassergetriebene Turbine zur Erzeugung von grünem Strom betrieben hat, und ein Besucher-attraktives Damwild-Gehege unterhalten hat. Zur Geschäftsabsicherung hatte er ein Wohnhaus, ein neueres Geschäftshaus und eine vermietete Wohn-Immobilie. Dieser Lebensmittelbetrieb stand einem CSU-Wahlkampf-Projekt unter sudetendeutscher Projektleitung entgegen. **Söder ist Schirmherr des sudetendeutschen Volksstamms in Bayern** (neu ernannter 4.Volksstamm in Bayern). Mit einer Menschen verachtenden Treib- und Hetzjagd seit 1998 wurde sein Bruder von einer sudetendeutschen und rechtsextremen Kreisverwaltung mit Rückendeckung aus München in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod getrieben. Nachlassinsolvenz für das Erbe seines Bruder und die Fortsetzung Opfer diskriminierender Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Regensburg mit verfassungswidrigen Urteilen der 1.Instanz und Verweigerung von rechtlichem Gehör in der 2.Instanz. Diese Rechtsanwendungen sind **brutal verfassungswidrig**. Alle verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu einer krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wie am Verwaltungsgericht Düsseldorf laufen nach diesem Muster. Längst nachgewiesen und 1000 mal erklärt ist der kausale Zusammenhang mit der Zerschlagung am Wohnort unter Schröder/Steinmeier/Merkel.

Wahrheit ist, dass die Europäischen Congressmessen und mit ihnen die digitale Innovationselite in Deutschland **von Schröder/Steinmeier eliminiert wurden.** Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde der weltweit größte Auktionsbetrag aller Zeiten zur Sanierung des Bundeshaushalts missbraucht und in Abstimmung mit der IG Metall eine Umverteilung zu Gunsten der Automobil-Branche erzwungen. Schröder und Steinmeier kannten die Congressmessen: Schröder war selbst beteiligt auf der Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, Steinmeier wurde von Schröder zur ONLINE'91 als Medienreferent in der Staatskanzlei von Hannover eingestellt:
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Click auf 1988-1991 und auf weitere Sprecher
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Wahrheit ist, dass Schröder und Steinmeier mit Taten immer verbunden waren, aus heutiger Sicht in verwerflicher Kumpanei, gemeinsam von 1991 bis 2005 bei der Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland und parallel nach 2005: Schröder als Putin-Berater und Putin-Freund bei der Umsetzung deutscher Energie-Abhängigkeit von Russland,
Steinmeier als Weggefährte und Büroleiter von Schröder, als Chef in dessen Bundeskanzleramt, nach 2005 als Bundesaußenminister in mehreren GROKO-Kabinetten von Merkel und seit 2017 als Bundespräsident auf Vorschlag von Merkel.
Aktuell und unbestreitbar: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder, politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung

Beide sind gemeinschaftlich hauptverantwortlich für eine gigantische Zerschlagungspolitik, die mit der Zerschlagung und Eliminierung der digitalen Innovationselite (New Economy, Net Economy) in Deutschland den Grundstein für den digitalen Niedergang, für die Umverteilung von der Digital-Branche an die Automobilbranche, den Digitalisierungsnotstand und die Chip-Abhängigkeit insbesondere von China gelegt haben. Mit den Merkel-Kabinetten wurde die Zerschlagung unumkehrbar gemacht („betoniert“).
Ukraine-Krieg-Zeitenwende: Aktuelle Faktenlage mit
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier (Bundesaußenminister bis 2017!) / Merkel

Der Ukraine-Krieg wird vorrangig mit deutscher und europäischer Energie-Abhängigkeit vom russischen Aggressor finanziert. Verantwortlich für deutsche Energie-Abhängigkeit sind **Schröder / Steinmeier / Merkel**
Mit dem Georgien / Kaukasus-Krieg 2008 längst vorhersehbar.
Mit der Maidan-Revolution in Kiew 2013/2014 längst vorhersehbar, weil unter russischem Druck das Assoziierungsabkommen mit der EU verweigert wird.
Mit der Krim-Annexion seit 2014 und dem anschließenden Donbass-Krieg längst vorhersehbar.
Mit der russischen Invasion am 24.Feb.2022 in der Ukraine zur
Ukraine-Krieg-Zeitenwende:

Schröder hat die Seiten gewechselt, Merkel ist in den Ruhestand und Steinmeier hat sich „entschuldigt", nach einer Ukraine-Krieg-Zeitenwende mit schweren Vorwürfen gegen Schröder / Steinmeier. Solche Vorwürfe sind nicht eine Erfindung des Zerschlagungsopfers. Das ist die Wahrheit.
Zur Klarstellung: Das respektable erste Staatsorgan wird vom Amtsinhaber selbst beschädigt und nicht vom Zerschlagungsopfer, das stets den geforderten Respekt gezeigt hat im Gegensatz zur deutschen Justiz (Justiz-Versagen auf Kosten des Zerschlagungsopfers), die Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte des Zerschlagungsopfers ständig „mit Füßen tritt " und Verfassungsbeschwerden in einer Vielzahl verursachen, die vom Bundesverfassungsgericht wieder kritisiert wird.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk einschließlich WDR betreibt weiter Rundfunksperre zu verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und zu politisch motivierten Zerschlagungen. Der Zugang zu Politmagazinen ist nicht möglich, wurde sogar bei Telefonaten bestätigt.

Das Zerschlagungsopfer hat
mit 2 höflichen Briefen im Sommer 2018 an Bundespräsident Steinmeier seine Unterstützung als Brückenbauer beim Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen erbeten, die Briefe wurden nicht einmal beantwortet, Brückenbauer-Hilfe für seine Zerschlagungsopfer war beim Täter nicht verfügbar.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22, 29)

Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestags bis 2021,
wurde vom Unterzeichner 6 mal angeschrieben, zum letzten Mal mit
Schreiben von 17.Juni 2019 in Kopie an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts wegen
Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Frank-Walter Steinmeier
Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019 und dieses Schreiben zusätzlich nachlesbar in seiner vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)

Das Zerschlagungsopfer hat mit 2 Briefen an
Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestags in der ersten Januar-Hälfte 2022 und mit der Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 gegen die Wiederwahl von Steinmeier aus persönlicher Erfahrung zutiefst begründeten Einspruch erhoben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38/49)

Heute sind viele Todesopfer nicht nur in der Ukraine zu beklagen, sondern auch in Russland, dank Putin, seiner Freunde, seiner Helfer und Helfershelfer.
Darüber hinaus:

Das Zerschlagungsopfer beklagt seit 2012 seinen Bruder als Todesopfer einer eskalierenden Zerschlagungspolitik unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
es beklagt auch den Tod seines Vaters in der Ukraine (Kramatorsk) unter Hitler in 1945

Das Zerschlagungsopfer hat mit seiner Zerschlagung seit 1998 schweren Schaden hinnehmen müssen, und Ende ist immer noch nicht in Sicht.

Zerschlagen wurde seine komplette Unternehmensgruppe einschließlich Infrastruktur, Lieferkette, Besucherstamm, Referentenstamm, Ausstellerpotentiale u.a.
mit stattlicher Geschäftsimmobilie und geräumigen Geschäftshaus inkl. Fuhrpark > > > http://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf
mit musterhafter Digitalisierung bereits im Jahr 2000 für Kommunikation und Geschäftsverkehr mit Kunden, Besucher, Referenten, Aussteller, mit hochqualifizierter Lieferkette, Besucherstamm und Referentenstamm aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team an PC-Arbeitsplätzen in einem Ethernet-basierten Firmennetz, mit High-Speed-Internetanschluss, mit der führenden Datenbank für Congressmessen, ohne Vergleich in Deutschland: http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf
mit Datenbank-Server, Email-Server, Dokumenten-Server, mit Zugang zu schnellem Internet an allen Arbeitsplätzen, mit Telefon-Kommunikation aus der Datenbank durch Antippen der Telefonnummer, mit einem Internet-Portal einschließlich mehrerer Subdomänen. Alles schon im Jahr 2000 und jetzt alles zerschlagen! Dank Schröder/Steinmeier und Merkel!
In 2003 musste die Durchführung der Europäischen Congressmessen eingestellt werden, alle Mitarbeiter*innen mussten gekündigt werden, alle mit dem Hinweis, sie für schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen wieder einstellen zu wollen, das Zerschlagungsopfer hat seitdem keinerlei Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft. Heute erzwingt dieser Staat Zwangsmaßnahmen gegen seine Rente auf Pfändungsschutzkonto seit 2013.
20 Jahre Weiterentwicklung der Congressmessen wurden unterbunden: Weiterentwicklung unter dem Einfluss des digitalen Mobilfunks (UMTS/3G, LTE/4G, 5G, 6G in internationaler Planung), unter neuen Möglichkeiten des „Streaming“ (z.B. YouTube), unter Weiterentwicklung des Online-Marketing u.v.a.m..
In 2007 musste er einen seiner früheren Rechtsanwälte um Hilfe bitten, weil das **Bundesamt für Justiz, mit Überwachung der Zerschlagung beauftragt,** ihm ohne Grund und ohne Beweis Insolvenzverschleppung vorgeworfen hat. Im Jahr 2000 war China noch Entwicklungsland. Was hätte das Zerschlagungsopfer mit seinen Congressmessen alles leisten können! Statt dessen musste er auch noch die Zerschlagung seines Bruders am Geburtsort hinnehmen
In 2009 hat die staatliche Computermesse CeBIT 250 Mio EUR als Verlustausgleich erhalten und musste trotzdem in 2018 ihre Tore schließen, dem Zerschlagungsopfer wird bis heute Schadenersatz verweigert, eine angemessene Unterstützung für den Wiederaufbau seiner professionell operierenden Congressmesse wurde verweigert.

In 2010 waren ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht. Seitdem ist er gezwungen, bis heute ohne Rechtsanwalt Gerichtsverfahren zu bestreiten, für sich und seinen verstorbenen Bruder. Er musste lernen, mit Verfassungsbeschwerden die totale Vernichtung abzuwehren
Seit 2010, nach Anrufung des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags mit Petitionen, muss er politisch motivierte Sklavenhaltung hinnehmen.

Politisch motivierte Sklavenhaltung: Ständige Generierung neuer Gerichtsverfahren und Gerichte übergreifender Verfahren, hintereinander und parallel, an Amtsgerichten, am Landgericht, an Verwaltungsgerichten, an Sozialgerichten, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ausschließlich **wegen verfassungswidriger Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz**, ohne Respektieren von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, mit Freiheitsberaubung, mit sozialer Zerschlagung und psychischer Folter, mit Todesopfer, ohne Schuldgefühle in Politik/Verwaltung/Justiz/Justizbehörden

Im 81.Lebensjahr (2022) wurde das Zerschlagungsopfer vom Verwaltungsgericht ermutigt, den Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen zu betreiben, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne besondere Kapitalausstattung. Mit einem Pfändungsschutz-Konto ohne Dispo-Kredit, geschweige denn andere Kredite für eine Vorfinanzierung des Wiederaufbaus mit mehreren Mio EUR!
Wahrheit ist, dass das Zerschlagungsopfer seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, ohne Kreditmöglichkeiten, dass es in Anbetracht politisch motivierter Sklavenhaltung überhaupt nicht in der Lage ist, den Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen ernsthaft anzugehen, und einfach nur noch auf den Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz heute bestehen kann.

Zu BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge

Vor allem im Alter gilt: Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven,
ihre Leistungen für Deutschland und Europa sind zu respektieren.
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren,
sind weder verhandelbar, noch strafbar, noch kostenpflichtig
Rechtsbeugung ist strafbar,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! (Art.20 Abs.4 GG).

„Bürger sind keine Untertanen“
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland"
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH‘88
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der der Freien und Hansestadt Hamburg(1988 – 1988), Eröffnungsredner auf der Europäische Kogreßmesse ONLINE ´87 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE ´92
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger,
9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft,
Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > https://ifdt.org/kpf/

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts dir Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochshule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > **http://www.euro-online.de/h6.htm#**

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später
Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam,
Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse, wegen Qualitätsvorsprung für die **digitale Zukunft in Deutschland, Europa und weltweit**

Albin L. Ockl, Jahrgang 1941, Zerschlagungsopfer,
Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ONLINE und KOMMTECH, Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), als Weiterentwicklung seiner in Europa führenden ONLINE-Seminarreihe (sein Lebenswerk: Von führenden ONLINE-Seminaren zu Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH u.a. mit professionellem Verlagsservice)
> > > http://www.euro-online.de/h6.htm
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

mit einem herausragenden Lebenswerk von Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

Eine deutsche Justiz, die Grundrechte respektiert, respektiert auch ein solches Lebenswerk für die Zukunft von Deutschland und Europa. Daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz!

Die Zerschlagungsopfer am Wohnort und am Geburtsort, der Beschwerdeführer und sein toter Bruder, hatten nicht den Hauch einer Chance gegen das politische Machtzentrum mit persönlicher Beteiligung von
Schröder/Steinmeier/Merkel und Söder u.a. unter Immunitätsschutz. Es gibt tatsächlich ein Grundgesetz zum Schutz aller Bürger: **Art.34 GG verpflichtet sowohl den Staat als auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Schadenersatz.**
Das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 4325/18 hat den Beweis geliefert, dass Schadenersatz und Rehabilitierung von deutscher Justiz bis heute mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung entgegen **Art.34 GG** verweigert wird, jetzt zum 3.Mal nachgewiesen mit einem verfassungswidrigem Urteil in der 1.Instanz und mit Versagung von rechtlichem Gehör in der 2.Instanz.

Der Beschwerdeführer hat umgehend ein neues Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 2672/22) eröffnet, um das verfassungswidrige Urteil 27 K 4325/18 zu bekämpfen, um zu verhindern, dass mit einem Gerichte übergreifenden Verfahren das verfassungswidrige Urteil reingewaschen wird wie bei einer Geldwäsche von illegal erworbenen Geldern. Mit totalem Justiz-Versagen wird der Rechtsstaat ausgehebelt. Dagegen gibt es ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG.

Der Beschwerdeführer beantragt die Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung, um mit unverzüglicher Einstellung von Gerichte übergreifenden Verfahren die Durchsetzung verfassungswidriger Urteile (27 K 4325/18, Urteil vom 24.08.2021) zu verhindern, nach vorhergehenden Verfassungsbeschwerden:

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.02.2021 zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 02.02.2022 zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

um endlich Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen zu erreichen,
wegen Verletzung des grundrechtsgleichen Rechts auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und wegen grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten
um vor allem im vorgerückten Rentenalter die Fortsetzung ständiger Opferkriminalisierung endlich abwehren zu können und den geschuldeten Respekt für herausragende Leistungen für Deutschland und Europa zu erreichen, mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht verfassungswidrig am Grundgesetz vorbei.

Velbert, 20.10.2022

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben
und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen dieser Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2201 bis VB-2203

Anlage VB-2201
Schriftsatz vom 19.Juli 2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß Schreiben des Amtsgerichtes Velbert vom 04.07.2022 (eingegangen am 09.07.2022 und weitergeleitet zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22, Anlage LG-01), mit Hinweis auf anzufechtende Hoheitsakte der Verfassungsbeschwerde und mit Ablehnungsgesuch gegen Rechtspfleger Jacob
Punkt 13. Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO
Unterzeichner, Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren, wehrt sich gegen Fortsetzung eines längst verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn mit extremistischer Ausuferung zu abqualifizierender, unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung
Punkt 14. Nicht hinnehmbar: Abwertende Diffamierung einer Verfassungsbeschwerde als „Textmasse“
Fehlende Richterkompetenz beeinträchtigt in verfassungswidriger Weise Beweiskraft der Verfassungsbeschwerde
Ablehnungsgesuch gegen Rechtspfleger Jacob wegen Befangenheit und fehlender Richterkompetenz gemäß §10 Rechtspflegergesetz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 21)
Schriftsatz vom 19.Juli 2022 mit den Anlagen LGW-01, LGW-02 mit Anlage AGV-05 (Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022mit Anlage VB-48 (Zusatz 1, 2, 3)), LGW-03

Anlage LGW-01:
Schreiben des Amtsgerichtes Velbert vom 04.07.2022 (eingegangen am 09.07.2022) mit Erzwingung der sofortigen Beschwerde **nach Verfassungsbeschwerde** vom 17.Jan.2022 (1 BvR 285/22) gegen das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 4325/18 (VG Düsseldorf) und **nach erneuter, laufender Verfassungsbeschwerde** vom 20.Juni 2022 (1 BvR 1319/22) gegen das nachfolgende verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22 (VG Düsseldorf) mit Aufnahme der Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert gemäß Anlage VB-48 Zusatz 3
vom 10.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022) und
vom 14.06.2022 (eingegangen am 21.06.2022) in die Liste anzufechtender Hoheitsakte der neuen Verfassungsbeschwerde

Anlage LGW-02:
Schriftsatz an das Amtsgericht Velbert vom 26.06.2022 mit Begründung der Zurückweisung der beiden Beschlüsse in Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifenden Verfahren, mit neuen Vorwürfen der persönlichen Beteiligung der WDR/Phoenix-Justiziarin und stellv. Intendantin an den politisch motivierten Zerschlagungen und wegen Missbrauch von Justizbehörden (Zentrale Zahlstelle Justiz) nicht nur für Gerichte und Verfahren übergreifende Eskalation zu paralleler Zwangsvollstreckung, sondern auch während der 2.Instanz für ein mehrteiliges, verfassungswidriges Anhörungsrügeverfahren mit mehrteilige Kostenhetze gegen das Opfer dieser Kostenhetze
mit Anlage AG-05
Schriftsatz 16 M 188/22 vom 26.Juni 2022 mit Einspruch gegen Beschluss vom 10.06.2022 (Richterin am Amtsgericht Kunze) und Beschluss vom 14.06.2022 (Rechtspfleger am Amtsgericht Jacob)

mit Hinweis auf anzufechtende Hoheitsakte in der neuen Verfassungsbeschwerde vom 20.Juni 2022 inkl. dieser Beschlüsse (BVERFG-371, Anlage AGV-05) mit den Punkten 06-10.
Punkt 06. Faktenlage in Kurzfassung:
Unterzeichner ist kein Täter, ist kein Schuldner, sondern ausschließlich Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, einer Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort seit über 20 Jahren, unter persönlicher Verantwortung von
Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,
hier zusätzlich unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, unter Beteiligung bei der Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes (Opfer)
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Intendanten-Ebene,
unter Federführung von
Eva-Maria Michel, seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Punkt 07. Täter/Opfer-Umkehr mit verfassungswidriger Fortsetzung von Opfer-Kriminalisierung, Opfer Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung mit niedrigen Beweggründen unter Hinweis auf neue Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2022 mit Kapitel
BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Punkt 08. Das Zerschlagungsopfer, Jahrgang 1941, streitet für den längst fälligen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren
Punkt 09. Die Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert sind das Gerichte übergreifende Resultat des verfassungswidrigen Verfahren 27 K 4325/18 (VG Düsseldorf), also auch verfassungswidrig. Rechtsanwendungen der §802 ZPO, §91 ZPO, §882 ZPO u.a. haben in diesem Fall keinerlei Rechtskraft.
Punkt 10. Die o.g. Beschlüsse des Amtsgerichtes wurden folgerichtig als anzufechtende Hoheitsakte in die neue Verfassungsbeschwerde aufgenommen: Seite 20
Verfassungsbeschwerde übergreifende Weiterleitung an das Amtsgericht Velbert mit Beschlüssen vom 10.06.2022 und 14.06.2022: Sieh
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer und Alter diskriminierende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022) und vom 14.06.2022 (eingegangen am 21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft
Punkt 11. Weiter in der Verfassungsbeschwerde Seite 31
So wird das Amtsgericht zum grundrechtsfreien Raum „getrickst“. Sieh
Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung
durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Punkt 12. Dieser Schriftsatz wird in Kopie an das Bundesverfassungsgericht (Verfassungsbeschwerde vom 20.Juni 2022) nachgereicht. Die Gerichte übergreifenden Zusammenhänge zu

den verwaltungsgerichtlichen Verfahren werden in der Verfassungsbeschwerde ausführlich aufgezeigt.
Die Rechtsbehelfsbelehrung in den Beschlüssen ist nicht situationsgerecht. Die Beschlüsse **16 M 188/22**, aufgelistet unter „anzufechtende Hoheitsakte“, sind Gegenstand der Verfassungsbeschwerde.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 09)

Anlage AGV-05:
Verfassungsbeschwerde vom 20.06.2002 mit Anlage VB-48 (Seite 58)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Schreiben 16 M 188/22 vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022) mit Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an das Amtsgericht Velbert (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-01),
Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an den Unterzeichner (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-02)
Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen).
Entscheidungsrelevante Gründe für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags mit 38 Seiten Antwort vom 27.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert (Anlage LGW-03)
Anlage VB-48 Zusatz 1: Verfassungswidrige Rechnung vom 2.05.2022 (2 E 387/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700790561003X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 2: Verfassungswidrige Rechnung vom 13.06.2022 (2 E 395/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700792011007X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW.
Das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum, in dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden kann, wenn die Kosten-Hetzjagd aus einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf parallel am Amtsgericht Velbert einfach weiter geführt wird. Das ist
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit und daher in zugehörigen Verfassungsbeschwerden dezidiert zu bekämpfen.

Das Amtsgericht Velbert ist seit 2010 in die Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen gegen das Opfer involviert und hat es nicht einmal als notwendig erachtet, auf die entscheidungsrelevanten Gründe der Punkte 01 bis 05 einzugehen.
Punkt 01. Der Antrag ist verfassungswidrig, weil er aus einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz resultiert. Unterzeichner ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenzerschlagung) seit 1998, mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders (2012) ,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, jetzt im **81.Lebensjahr,**
unter persönlicher Verantwortung eines Bundesländer übergreifenden politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz als Haupttäter und mit dem Öffentlichem Rundfunk (ÖRR) als Mittäter.
Punkt 02. Forderungsaufstellungen gemäß Anlagen AGV-01 und AGV-02 sind widersprüchlich, rechtswidrig und verfassungswidrig. Anlagen haben eine miserable, Opfer verhöhnende Kopierqualität, mit der ganze Wörter abgeschnitten und Sätze unverständlich gemacht werden.
Rechtswidrig und verfassungswidrig ist die
Gerichtsverfahren übergreifende, Instanzen und Gerichte übergreifende Treib- und Hetzjagd mit Kostenberechnungen aus einem skandalösen Gerichtsverfahren (27 K 4325/18), das mit einem weiteren Gerichtsverfahren (27 K 2672/22) wegen Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung derzeitig fortgesetzt werden muss.
Punkt 03. Es gibt überhaupt <u>keine</u> Klage gegen den Westdeutschen Rundfunk, mit der Forderungen in der Forderungsaufstellung ausgewiesen werden.
sondern seit langem ausschließlich eine Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR einschließlich WDR), Beklagter.
Jede Zwangsmaßnahme ist eine Fortsetzung der Verfassungswidrigkeit.
> Klage gegen den ÖRR wird bis heute nicht zugelassen
> Qualifizierte Zeugenbeweise (mehrere möglich) für die Mittäterschaft des ÖRR (WDR ist Mitglied des ÖRR) bei politisch motivierten Zerschlagungen werden nicht zugelassen. Der vom ÖRR zugefügte Schaden liegt nachweislich weit über 100.000 €.
Punkt 04. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht in der Justizbehörde und auch nicht am Amtsgericht. Grundrechte hängen nicht davon ab, ob sich ein Zerschlagungsopfer noch <u>vertrauenswürdige</u> Rechtsanwälte leisten kann, insbesondere nach kapitalen Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, mit denen er gezwungen wurde, sich im Alter von **über 80 Jahren** selbst verteidigen und Schadenersatzverfahren betreiben zu müssen.
Punkt 05. Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung ist grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG.
Die von der Zentralen Zahlstelle Justiz genannten Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

<u>Anlage LGW-03:</u> mit Anlage AGV-01, Anlage AGV-02, Anlage AGV-03 und Anlage AGV-04
Schriftsatz an das Amtsgericht Velbert vom 27.05.2022
mit Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen) und

mit entscheidungsrelevanten Gründen für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags
Schriftsatz 16 M 188/22 vom 27.Mai 2022 mit Zurückweisung des verfassungswidrigen Antrags der Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz) nach Missbrauch der Justizbehörde zu einer Kostenhetze durch das Oberverwaltungsgericht
in Gerichte übergreifenden Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18 und 27 K 2672/22) zu politisch motivierten Zerschlagungen unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der WDR-Justiziarin Eva-Maria Michel mit Punkt 01 bis 05
Punkt 01. Der Antrag ist verfassungswidrig, weil er aus einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz resultiert. Unterzeichner ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenzerschlagung) seit 1998, mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, jetzt im 81.Lebensjahr, unter persönlicher Verantwortung eines Bundesländer übergreifenden politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz als Haupttäter und
mit dem Öffentlichem Rundfunk (ÖRR) als Mittäter.
Punkt 02. Forderungsaufstellungen gemäß Anlagen AGV-01 und AGV-02 sind widersprüchlich, rechtswidrig und verfassungswidrig. Anlagen haben eine miserable, Opfer verhöhnende Kopierqualität, mit der ganze Wörter abgeschnitten und Sätze unverständlich gemacht werden.
Rechtswidrig und verfassungswidrig ist die
Gerichtsverfahren übergreifende, Instanzen und Gerichte übergreifende Treib- und Hetzjagd mit Kostenberechnungen aus einem skandalösen Gerichtsverfahren (27 K 4325/18), das mit einem weiteren Gerichtsverfahren (27 K 2672/22) wegen Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung derzeitig fortgesetzt werden muss.
Punkt 03. Entscheidungsrelevante Rechtswidrigkeit der gesamten Forderungsaufstellung:
Es gibt überhaupt keine Klage gegen den Westdeutschen Rundfunk, mit der Forderungen in der Forderungsaufstellung ausgewiesen werden.
sondern seit langem ausschließlich eine Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR einschließlich WDR), Beklagter
Punkt 04. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht in der Justizbehörde und auch nicht am Amtsgericht. Grundrechte hängen nicht davon ab, ob sich ein Zerschlagungsopfer noch vertrauenswürdige Rechtsanwälte leisten kann, insbesondere nach kapitalen Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, mit denen er gezwungen wurde, sich im Alter von über 80 Jahren selbst verteidigen und Schadenersatzverfahren betreiben zu müssen.
Punkt 05. Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung ist grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG. Die von der Zentralen Zahlstelle Justiz genannten Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf

Als Anlage VB-48 (Seite 58) in
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur

Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 58)

Anlage AGV-01: Schreiben des Amtsgerichtes Velbert vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022) mit Forderungsaufstellung im Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 1 27.Mai 2022 3.04.2022

Anlage AGV-02: Forderungsaufstellung der Zentralen Zahlstelle Justiz im Schreiben an den Unterzeichner vom 13.04.2022 (eingegangen am 21.04.2022)

Anlage AGV-03: Widerspruch vom 31.03.2022 an das Amtsgericht Velbert gegen komplette Zwangsvollstreckungssache DRII 689/21 einschließlich Eintragungsanordnung nach §882c ZPO durch Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam

Anlage AGV-04:
Schriftsatz vom 22.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22) vom 19.Mai 2022 (eingegangen am 21.Mai 2022) am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW
171. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz:
Opfer verhöhnender Beschluss 2 E 387/22 mit Versagung von rechtlichem Gehör zu mehrfach verfassungswidrigem Verfahren, weil Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR,
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung.
Nicht beklagt, wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk Köln.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren unter Beteiligung des ÖRR
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit, rechtswidrig: Zeugen-Beweis am Verwaltungsgericht nicht zugelassen
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör für Anspruch auf Mehrrichter-Verfahren auch in der 1.Instanz.
Ohne Rechtskraft: Judikativer Anspruch auf Unanfechtbarkeit, weil fehlende Respektierung von ordentlichen Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten des Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden.
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Verwaltungsgerichte sind kein grundrechtsfreier Raum: Beklagter ÖRR ist Mittäter
politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Haupttäter: Altbundeskanzler Schröder,
heute sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher,
Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, ein herausragendes Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen.
Massiver Verstoß gegen das **Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK**
Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wiederholt:
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)

Anlage VB-48 Zusatz 1: Verfassungswidrige Rechnung vom 2.05.2022 (2 E 387/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700790561003X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 2: Verfassungswidrige Rechnung vom 13.06.2022 (2 E 395/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700792011007X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 3 und Zusatz 4:
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) von Richterin Kunze und Rechtspfleger Jacob zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW.

Anlage VB-2202
Schriftsatz vom 06.Okt.2022 mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.07.2022 und gegen Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 27.09.2022
mit den Anlagen LGW-04 und LGW-05
Punkt 15. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), mit Politik-Versagen, Sozial-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen, Staats-Versagen, weil . . .

> weil es in Deutschland keinen grundrechtsfreien Raum geben kann, auch nicht am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrig „formalisierten“ Zwangsvollstreckungsverfahren, mit verfassungswidrigem System des Justiz-Versagen mittels Gerichte übergreifenden Verfahren mit Behörden-Versagen,
> weil das Zerschlagungsopfer ein
herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen vorzuweisen hat: die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> weil das Zerschlagungsopfer nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998 (Politik-Versagen)
unter persönlicher Verantwortung von **Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder** und unter persönlicher Beteiligung der WDR-Justiziarin und stellvertretenden Intendantin **Eva-Maria Michel** (1998-2022)
mit Rückendeckung aus dem Bundeskanzleramt und nachgewiesen
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
keine Verantwortung hat für verheerende Folgewirkungen des Politik-Versagen, sondern längst
Anspruch auf Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz hat (Justiz-Versagen),
> weil das Politik-Versagen und Justiz-Versagen bereits ein Menschenleben gekostet hat, kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe für das Opfer verursacht hat und Deutschland mit seiner Zerschlagung großen Schaden zugefügt wurde
> weil das Zerschlagungsopfer ohne Schadenersatz nicht einfach zum Schuldner und Schuldigen gemacht werden kann
> weil schon gar nicht eine Justizbehörde Hamm, die sich vom Oberverwaltungsgericht Münster für ein rechtswidriges Anhörungsrügeverfahren mit einer Kostentreibjagd gegen das Opfer hat missbrauchen lassen, sich so an dem Gerichtsverfahren beteiligt hat, Gläubiger sein kann, sondern nur Mittäter (Behörden-Versagen),
> weil am Verwaltungsgericht Düsseldorf das Verfahren 27 K 2672/22 gegen den WDR/ARD/ZDF fortgesetzt wird und
> weil mit dem Schlesinger-Skandal die Zustände in den Intendanzen aufgearbeitet werden müssen, unter denen die Beteiligung des ÖRR an der Zerschlagung möglich war (Anlage LGW-05)
> weil beim Zerschlagungsopfer das Politik-Versagen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel mit Ukraine-Putin-Krieg, Zeitenwende, heute mit Digitalisierungsnotstand, Energie-Krise, Wirtschaftskrise, Friedensgefährdung und darüber hinaus der Missbrauch von Sozialgesetzen für Sozial-Versagen, ausschließlich verursacht durch verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen, bis heute mit Versagen von Rehabilitierung und Schadenersatz besondere Bedeutung hat,
> weil eine Richterin am Amtsgericht mit Zwangsvollstreckungssachen und mit Unterstützung durch eine Obergerichtsvollzieherin mit Androhung von Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und
gewaltsame Sachbeschädigung durch Missbrauch von Staatsgewalt wie in einem grundrechtsfreien Raum ständig gegen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte des Zerschlagungsopfers verstößt und so keine Abhilfe schaffen kann,
> weil diese Richterin am Amtsgericht bereits die Rente des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr pfänden lässt, auf einem Pfändungsschutzkonto, das vom Zerschlagungsopfer seit 2013 genutzt werden muss, um Politik-Versagen, Sozial-Versagen und Justiz-Versagen zu überstehen,
> weil diese Richterin am Amtsgericht mit der Zwangsmaßnahme die

Rechtsanwaltsgebühren für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil 7 O 214/12
(April 2015, Landgericht Wuppertal)
ohne Beachtung politisch motivierter Zerschlagungen und
ohne Versicherungsleistungen seit 2010 erzwingt und jede Kommunikation
verweigert (brutal verfassungswidrig, weil rechtliches Gehör verweigert)
> weil das Opfer beim Bundesverfassungsgericht deswegen Opferschutz beantragt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 36)

Anlage LGW-04
Verfassungswidriger Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 27.09.2022 (eingegangen am 05.10.2022) mit Androhung von Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und gewaltsamer Sachbeschädigung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch eine **2.Obergerichtsvollzieherin Katja Sommerfeld nach einer 1.Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam (Anlage AGV-03)**

Anlage LGW-05
Zerschlagung 3 (Z3): Verfahren mit Opferkriminalisierung und Opferzerschlagung am
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22
mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5) mit Gerichte übergreifender Verfassungswidrigkeit (Amtsgericht Velbert 16 M 188/22)
wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) unter Verantwortung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden WDR-Intendantin **Eva-Maria Michel** mit autokratischen Vollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage LGW-06
Verfassungswidriger Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 05.10.2022 (Rechtspfleger Jacob, eingegangen am 05.10.2022), verfassungswidrig wegen Opfer kriminalisierenden Folgen aus Behörden-Versagen bei Gerichte übergreifenden Verfassungswidrigkeiten und Verfahren mit Androhung von Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und gewaltsamer Sachbeschädigung mit Missbrauch von Staatsgewalt,
Beschluss gemäß Begründung wie bei Anlage LGW-04 zurückzuweisen. Darüber hinaus: Beschluss ist rechtswidrig wegen laufendem Ablehnungsgesuch gegen Rechtspfleger ohne jegliche Beachtung gemäß Punkt 14 (Anlage VB-2201).

Anlage VB-2203 mit Anlage (VB-2202)
Schriftsatz vom 17.10.2022 mit Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II 702/22 der Obergerichtsvollzieherin Katja Sommerfeld als Missbrauch von Staatsgewalt mit Androhung von Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und gewaltsamer Sachbeschädigung nach Behörden-Versagen der Justizbehörde Hamm und nach Justiz-Versagen am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
Präsident

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 01.01.2023

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem
Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen gegen WDR/ÖRR seit 2010 in Amtsgericht Velbert und Verwaltungsgericht Düsseldorf) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.

Hier:
Neue Verfassungsbeschwerde gegen Urteil vom 30.Nov.2022 (eingegangen am 07.12.2022) mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen 27.Kammer wegen Versagung von rechtlichem Gehör
für Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter und
für Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung
mit Antrag auf Opferschutz und Nachholung der Weihnachtsruhe

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

unter Bezugnahme auf vorhergehende Verfassungsbeschwerden wegen Fortsetzung von verfassungswidriger Verwaltungsjustiz am Amtsgericht (Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit) ohne Überprüfbarkeit verwaltungsgerichtlicher Vorgänge:

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.02.2021 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 02.02.2022 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

> Neue Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

> Neue Verfassungsbeschwerde (hier) vom 01.01.2023 gegen 27.Kammer am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Begründung (Fortsetzung mit laufender Nummerierung)

BVERFG-375. Anzufechtender Hoheitsakt im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 nach Verfassungsbeschwerde 2121/22 vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert. Totales Justiz-Versagen in Fortsetzung: Verurteilung brutal verfassungswidrig mit Beugung von Wahrheit und Recht, weil . . . .
> weil Verurteilung nach Rundfunk- und Fernseh-Recht, das überhaupt nicht bestritten und nicht beklagt, mit Opfer verhöhnender Begründung, mit respektloser Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, gegen ein Opfer im 82.Lebensjahr, abartige Ausuferung darstellt,
> weil die gesamte Intendantenschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunk beteiligt war seit 25 Jahren, unter Federführung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit 1997 und stellvertretende WDR-Intendantin seit 2008, mit Rückendeckung durch die Alt-Bundeskanzlerin,
> weil Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren, nicht nur unterdrückt, sondern zusätzlich sabotiert wird, mit Vorrang vorgetragen einfach unterdrückt wird
> weil nicht nur umfangreiche Beweise und respektable Zeugen, sondern die gesamte Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz unterdrückt wird, zusätzlich die Zusammenhänge zu Ukraine-Krieg-Zeitenwende und Schlesinger-Skandal des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgezeigt werden, ohne Beachtung zu finden
> weil das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen aus Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Sozial-Versagen, ÖRR-Versagen, Justiz-Versagen sich verantworten muss
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
> weil mit sozialer Zerschlagung Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert werden
> weil mit seiner Zerschlagung nicht nur der Digitalisierungsnotstand in Deutschland zu beklagen ist, sondern darüber hinaus Energienotstand, Sicherheitsnotstand, Friedensnotstand: Totales Politik-Versagen und kein Ende in Sicht

BVERFG-376. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen und kein Ende in Sicht (Überblick letztes Quartal in 2022)
> > > Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.Dez.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Versagen richterlicher Bescheidung am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerdegericht zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal und zu einer Rechtsbeschwerde am Amtsgericht in Verfahren des Sozialversicherungsträgers als Kläger und als Zeuge, verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 und Rechtsmissbrauch orgienartiger Überflutung mit Gerichtsverfahren gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

> > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.Okt.2022
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende und öffentlich-rechtlicher Rundfunk-Krise nach Schlesinger-Skandal
gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal wegen
Versagen einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.Juli 2022 zu Beschlüssen des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 zur Gerichte übergreifender Verwaltungsjustiz
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

BVERFG-377. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,
weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Opfer mit einem herausragenden Lebenswerk hat Anspruch auf einen humanen Lebensabend

Beschwerdeführer hat Weihnachtsruhe bis 15.Jan.2023 einschließlich Notfristen angemahnt. Statt dessen wurde er mit Gerichtsverfahren überschüttet. Ein Anspruch auf einen humanen Lebensabend wird ihm aberkannt. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Opfer erhebt Anspruch auf eine Nachholung der Weihnachtsruhe aufgrund seines Alters bis 15.Feb.2023.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Zu BVERFG-375. Anzufechtender Hoheitsakt im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 nach
Verfassungsbeschwerde 2121/22 vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert.
Totales Justiz-Versagen in Fortsetzung: Verurteilung brutal verfassungswidrig mit Beugung von Wahrheit und Recht, weil . . . .
> weil Verurteilung nach Rundfunk- und Fernseh-Recht, das überhaupt nicht bestritten und nicht beklagt, mit Opfer verhöhnender Begründung, mit respektloser Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, gegen ein Opfer im 82.Lebensjahr, abartige Ausuferung darstellt,
> weil die gesamte Intendantenschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunk beteiligt war seit 25 Jahren, unter Federführung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit 1997 und stellvertretende WDR-Intendantin seit 2008, mit Rückendeckung durch die Alt-Bundeskanzlerin,
> weil Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren, nicht nur unterdrückt, sondern zusätzlich sabotiert wird, mit Vorrang vorgetragen einfach unterdrückt wird
> weil nicht nur umfangreiche Beweise und respektable Zeugen, sondern die gesamte Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz unterdrückt wird, zusätzlich die Zusammenhänge zu Ukraine-Krieg-Zeitenwende und Schlesinger-Skandal des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgezeigt werden, ohne Beachtung zu finden
> weil das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen aus Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Sozial-Versagen, ÖRR-Versagen, Justiz-Versagen sich verantworten muss
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
> weil mit sozialer Zerschlagung Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert werden
> weil mit seiner Zerschlagung nicht nur der Digitalisierungsnotstand in Deutschland zu beklagen ist, sondern darüber hinaus Energienotstand, Sicherheitsnotstand, Friedensnotstand: Totales Politik-Versagen und kein Ende in Sicht

Der Beschwerdeführer hat mit großem und qualifiziertem Beweisaufwand alles unternommen, um nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen einen angemessenen Respekt für seine Leistungen und endlich Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen. Statt dessen muss er trotz **Rechtsmittel der Anhörungsrüge** ein brutal verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil hinnehmen, in dem weiter Wahrheit und Recht gebeugt wird, Beweise und Zeugen unterdrückt werden. Totales Justiz-Versagen. Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe wegen extremistischer Ausuferung mit sozialer Zerschlagung, verursacht durch verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen unter Beteiligung des **öffentlich-rechtlichen Rundfunk,** ohne Rehabilitierung und Schadenersatz.

Anzufechtender Hoheitsakt im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 nach Verfassungsbeschwerde 2121/22 vom 20.10.2022:
Sieh **Anlage VB-2301**
Urteil vom 30.11.2022 im Einzelrichter-Verfahren 27 K 2672/22

Der Beschwerdeführer hat mit Rechtsmittel der **Anhörungsrüge** gegen die 27.Kammer nach Versagung von rechtlichem Gehör gem. Art.103 Abs.1 GG die Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung eingefordert und daher die Ladung des Einzel-Richters wegen laufendem Ablehnungsgesuch zurückgewiesen:
Sieh **Anlage VB-2303**
Ladung zur mündlichen Verhandlung am Montag, den 14.November 2022, um 13.30 Uhr im Verwaltungsgericht Düsseldorf
Sieh **Anlage VB-2302**
Schriftsatz vom 07.Nov.2022
mit Zurückweisung der rechtswidrigen und verfassungswidrigen Ladung durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen laufendem Ablehnungsgesuch
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen die 27.Kammer nach Versagung von rechtlichem Gehör gem. Art.103 Abs.1 GG zu Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
nach neuer Verfassungsbeschwerde im Gerichte übergreifenden Verfahren nach Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
178. Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung vom 19.Okt. 2022 (eingegangen am 26.10.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen laufendem Ablehnungsgesuch
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß 152a VwGO gegen die 27.Kammer nach verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör gem. Art.103 Abs.1 GG zu Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 im Gerichte übergreifenden Verfahren (27 K 4325/18, 27 K 2672/22 VG Düsseldorf, 16 M 188/22 AG Velbert)
nach Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz zu Gerichte übergreifendem Gerichtsverfahren: Brutal verfassungswidrig!
Wie Kölscher Klüngel am Verwaltungsgericht Düsseldorf, Oberverwaltungsgericht Münster festigt den Zusammenhalt, Wuppertaler Justiz verweigert Schadenersatzverfahren und will nur Opfer-Kriminalisierung fortsetzen, Amtsgericht Velbert betreibt psychische Folter mit Obergerichtsvollzieher:innen und Schlächter:innen-Getön gegen das Opfer, dem überhaupt keine Zeit bleibt, um in einer Berliner Schlangengrube Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen:
Null Chancen für Art.1 Abs.1 GG und andere Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechten
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen aus Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Sozial-Versagen, ÖRR-Versagen, Justiz-Versagen
wegen herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution

in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 330)

Vor der Ladung hat der Beschwerdeführer mit einer umfangreichen Ausarbeitung und mit qualifizierten Anlagen
Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung beantragt:

Sieh

Anlage VB-2305
Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit umfangreichen Anlagen
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008
174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der

Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt,
um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendanz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998: Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu
Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)
nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)
Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin
Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.
2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:
Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,
vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:

Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.
Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)
2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer
und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.
Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine
daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen). Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance
seit 2007 z.B.
Rundfunksperre des Klägers zu einer vorbereiteten Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)
176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH : Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH
Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie **Kaizen,**
in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung
eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.
Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,
mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester
Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegende Beweise.
177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?
Hand-in-Hand: **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.
Zerschlagen nicht nur:
Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,
Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen. Danach Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,
Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller- Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin
Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts-und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:
Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld
Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am
laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht
der 2.Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten
Zerschlagungen extremistischer Ausuferung
Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten
Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und
Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)
Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012
Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.
Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen
Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten
Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr
mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden
Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305 mit umfangreichen Anlagen:
Anlage VG-2201, Anlage VG-2202, Anlage VG-2203, Anlage VG-2204, Anlage VG-2205, Anlage VG-2206, Anlage VG-2207, Anlage VG-2208, Anlage VG-2209, Anlage VG-2210, Anlage VG-2211, Anlage VG-2212, Anlage VG-2213, Anlage VG-2214

Anlage VG-2201 (Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5)
1.Schreiben vom 09.Oktober 2007 (2.Anschreiben per Email am 16.10.2007) an alle Intendanten der ARD, an **Monika Piel**, Intendantin des WDR, ähnliche Schreiben wie
an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff (**Anlage V-4**)
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
an Prof.Dr. Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks,
an Prof. Ernst Elitz, Intendant des Deutschlandradio,
an Dr. Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks,
an Jobst Plog, Intendant des Norddeutschen Rundfunks,
an Peter Boudgoust, Intendant des Südwestrundfunks,
an Markus Schächter, Intendant des ZDF,
an Monika Piel, Intendantin des WDR,
an Maybrit Illner, Polit-Talkshow,
an Reinhold Beckmann, Polit-Talkshow,
an Anja Reschke, Polit-Magazin Panorama,
an Theo Koll, Polit-Magazin Frontal21
an Britta Weber, Polit-Magazin REPORT MAINZ
u.a. (Moderatoren von Polit-Magazinen, Beweis für Rundfunkperre)
mit Link an
Anlage VG-2202: Anlage Innovationen3
Schreiben vom 28.September 2007 an Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
mit den beiliegenden Abschnitte 1 – 16
Abschnitt 1
Miserable Wirtschafts- und Innovationspolitik seit der Jahrtausendwende
Abschnitt 2
Deutschland verliert Innovations- und Wettbewerbsvorsprung
Abschnitt 3
Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Versteigerung
Abschnitt 4
ITK-Branche 2007: Frustration und ohne Perspektiven
Abschnitt 5
Deutschland verliert internationalen Technologieführer für Telekommunikation
Abschnitt 6
Managementfehler der SIEMENS AG: UMTS-Versteigerung nicht verhindert
Abschnitt 7
Bundesnetzagentur: Regulierungsbehörde mit Konstruktionsfehler
Abschnitt 8
Rücksichtsloser Staat: Internationale Spitzenposition der Telekommunikation vernichtet
Abschnitt 9
Gesamte Wertschöpfungskette durch UMTS-Versteigerung nachhaltig gestört

Abschnitt 10
Über 27 Jahre Know-how für professionellen Innovationstransfer: Ohne Vergleich in Deutschland und weltweit
Abschnitt 11
UMTS-Versteigerung: Aus für Innovations- und Wirtschaftswachstum, Aus für Congressmessen ONLINE
Abschnitt 12
Maximaler Nutzen für Innovationswachstum aus den Congressmessen ONLINE
Abschnitt 13
Bundesregierung und BITKOM behindern Innovationswachstum
Abschnitt 14
In die Mülltonne? Einmalige, zeitgeschichtliche Dokumentation zur Entstehung und Entwicklung der ITK-Branche
Abschnitt 15
In die persönliche Insolvenz? Mit dem Know-how für Innovationswachstum aus einem Viertel Jahrhundert
Abschnitt 16
Ausgewählte Briefe aus dem Internet
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?:
Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
Brief an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
Brief an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-quo-vadis.pdf
Koalitionsvertrag & Breitband-Internet
Brief an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum
Brief an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
Brief an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum, Ihre Vision für Niedersachsen
Brief an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
Brief an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
Brief an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
Brief an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
Brief an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
Brief an den Ersten Bürgermeister Ole von Beust vom 11.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
Brief an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
Brief an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf

Anlage VG-2203: Anlage Petition-Deutscher Bundestag mit 2.Schreiben vom 29.01.2011 an WDR-Intendantin
Frau Monika Piel, ARD-Vositzende und Intendantin des WDR
Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

Die Congressmessen ONLINE und KOMMTECH werden bis heute **totgeschwiegen** mit Rundfunksperre unter Verantwortung von **Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022 Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF**, verantwortlich für Zwangsmaßnahmen gegen das Zerschlagungsopfer, verantwortlich für Rundfunksperre in Politmagazinen über das Schicksal seiner Congressmessen, verantwortlich für Mittäterschaft bei Zerschlagung der Congressmessen

Anlage VG-2204: Anlage 3. und 4.Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel mit Rücktritt nach 4.Schreiben (Jan.2013)
Schriftsatz vom 31.12.2012 (3.Anschreiben an Monika Piel))
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid
01. Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung
04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS
05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ, die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als Sachfremdheit von UMTS abwimmelt
06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen, bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung, bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung
Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
> > > Siehe oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Schreiben vom 16.01.2013:(4.Schreiben an Monika Piel)
Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 wegen Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten,
vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der UMTS-Auktion2000
Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör
gemäß Art.103 Abs.1 GG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf

Anlage VG-2205
Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit 3.Anschreiben an Monika Piel als Anlage
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf

Anlage VG-2206 (Anlage Innovationen1)
1.Anschreiben an Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin einer neuen Koalitionsregierung (CDU/CSU/SPD), vom 16.12.2005
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Mit Verteiler und richtungsweisenden Ideen in den Anlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationspotenzialen von IT und Telekommunikation
Qualitätsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden
Congressmessen ONLINE
>>> http://www.euro-online.de
Click auf >>> News & Review oder
Click auf >>> ONLINE Congressbände 1976-2003
Professionelle Intelligenz unserer Datenbank
Führende ITK-Anbieterdatenbank in Deutschland
>>> http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf
Anlagen zum Schreiben:
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie
zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
> Anlage 1
Verteiler des Schreibens
> Anlage 2
Neue Strukturen
für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> Anlage 3
Liberalisierung des
Telekommunikations- und Energieversorgungsmarktes
> Anlage 4
Breitband-Internet: Eine Herausforderung
für den Aufbau Ost
> Anlage 5
Mehr Wettbewerb und weniger Regulierungsbedarf
für die Telekommunikation

Anlage VG-2207 (Anlage Innovationen2)
Persönliches Anschreiben an Herrn Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie (CSU), vom 03.01.2006
Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Mit Internet-Links zu weiteren Schriftsätzen

Im Internet einsehbar:
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie
zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Schreiben vom 16.12.2005 an führende Mitglieder der
Bundesregierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
Schreiben vom 01.12.2005 an den
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Koalitionsvertrag & Breitband-Internet
Schreiben vom 15.11.2005 an die
designierte Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

EuroOnlineOst, Breitband-Internet: Eine Herausforderung an den
Aufbau Ost
Schreiben vom 24.10.2005 an die
designierte Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den
Innovationspotenzialen von IT und Telekommunikation
Qualitätsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit
herausragenden
Congressmessen ONLINE
> > > http://www.euro-online.de
Click auf >>> News & Review oder
Click auf >>> ONLINE Congressbände 1976-2003
Professionelle Intelligenz unserer Datenbank
Führende ITK-Anbieterdatenbank in Deutschland
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Anlage VG-2208
Anlage Kampf gegen eine Mauer des Schweigens
Anschreiben an Tom Buhrow vom 06. und 15.März 2018 in Kopie an
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender, Intendant des BR,
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)

Anlage VG-2209
1.Presse-Aktion im Aug.2013
mit ARD-Rückmeldungen und Absagen
Beweis für Rundfunksperre

Anlage VG-2210
Hersteller-unabhängige ONLINE-Seminarreihe (ONLINE I / II / III / IV, V (Symposion)), führend und ohne Vergleich in Europa
Entwicklung und Durchführung seit 1971 in D, A, CH,
Basis für Weiterentwicklung zu den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH aus ONLINE V

Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)

Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher

Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . .Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen
> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials

Anlage VG-2214
Anlage: Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:

Rückblick 26 Jahre ONLINE:

> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1

>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE

>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf

>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe

>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse

>>> http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Zu BVERFG-376. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen und kein Ende in Sicht (Überblick letztes Quartal in 2022)
> > > Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.Dez.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Versagen richterlicher Bescheidung am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerdegericht zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal und zu einer Rechtsbeschwerde am Amtsgericht in Verfahren des Sozialversicherungsträgers als Kläger und als Zeuge, verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 und Rechtsmissbrauch orgienartiger Überflutung mit Gerichtsverfahren gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

> > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.Okt.2022
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende und öffentlich-rechtlicher Rundfunk-Krise nach Schlesinger-Skandal
gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal wegen
Versagen einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.Juli 2022 zu Beschlüssen des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 zur Gerichte übergreifender Verwaltungsjustiz
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.Dez.2022 umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend
> mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, **der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt,**
> mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,
> mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,
> mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,
mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin
> Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf, gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:
> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialer Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)
nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)
jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert

Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.
Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier
Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher
Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.Okt.2022 umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:
Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern.

Mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher **Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,**
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren **wie** bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren:
Ursache für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für
soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge

Zu BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der der Freien und Hansestadt Hamburg(1988 – 1988), Eröffnungsredner auf der Europäische Kogreßmesse ONLINE ´87 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE ´92
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger,
9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft,
Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > https://ifdt.org/kpf/

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts dir Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochshule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > **http://www.euro-online.de/h6.htm#**

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später
Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam,
Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse, wegen Qualitätsvorsprung für die **digitale Zukunft in Deutschland, Europa und weltweit**

Albin L. Ockl, Jahrgang 1941, Zerschlagungsopfer,
Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ONLINE und KOMMTECH, Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), als Weiterentwicklung seiner in Europa führenden ONLINE-Seminarreihe (sein Lebenswerk: Von führenden ONLINE-Seminaren zu Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH u.a. mit professionellem Verlagsservice)
> > > http://www.euro-online.de/h6.htm
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

mit einem herausragenden Lebenswerk von Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

Eine deutsche Justiz, die Grundrechte respektiert, respektiert auch ein solches Lebenswerk für die Zukunft von Deutschland und Europa. Daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz!

Zu BVERFG-377.

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,

weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:

Opfer mit einem herausragenden Lebenswerk hat Anspruch auf einen humanen Lebensabend

Beschwerdeführer hat Weihnachtsruhe bis 15.Jan.2023 einschließlich Notfristen angemahnt. Statt dessen wurde er mit Gerichtsverfahren überschüttet. Ein Anspruch auf einen humanen Lebensabend wird ihm aberkannt. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.

Opfer erhebt Anspruch auf eine Nachholung der Weihnachtsruhe aufgrund seines Alters bis 15.Februar 2023.

Das Opfer beklagt im 82.Lebensjahr politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010

Ständige Gerichtsverfahren an Amtsgerichten Mettmann, Velbert, Mayen, am Landgericht, am Oberlandesgericht, an Sozialgerichten, an Verwaltungsgerichten in Düsseldorf und Berlin, ohne anwaltliche Unterstützung,

parallel und hintereinander,

ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Pfingstruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende.

Brutal verfassungswidrig mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung, Staats-Versagen ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen, Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten!

Daher Verfassungsbeschwerde wegen

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Velbert, 01.01.2023

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen dieser Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2305

Anlage VB-2301
Urteil vom 30.11.2022 im Einzelrichter-Verfahren 27 K 2672/22

Anlage VB-2302
Schriftsatz vom 07.Nov.2022
mit Zurückweisung der rechtswidrigen und verfassungswidrigen Ladung durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen laufendem Ablehnungsgesuch
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen die 27.Kammer nach Versagung von rechtlichem Gehör gem. Art.103 Abs.1 GG zu Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
nach neuer Verfassungsbeschwerde im Gerichte übergreifenden Verfahren nach Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
178. Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung vom 19.Okt. 2022 (eingegangen am 26.10.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen laufendem Ablehnungsgesuch
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß 152a VwGO gegen die 27.Kammer nach verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör gem. Art.103 Abs.1 GG zu Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 im Gerichte übergreifenden Verfahren (27 K 4325/18, 27 K 2672/22 VG Düsseldorf, 16 M 188/22 AG Velbert)
nach Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz zu Gerichte übergreifendem Gerichtsverfahren: Brutal verfassungswidrig!
Wie Kölscher Klüngel am Verwaltungsgericht Düsseldorf, Oberverwaltungsgericht Münster festigt den Zusammenhalt, Wuppertaler Justiz verweigert Schadenersatzverfahren und will nur Opfer-Kriminalisierung fortsetzen, Amtsgericht Velbert betreibt psychische Folter mit Obergerichtsvollzieher:innen und Schlächter:innen-Getön gegen das Opfer, dem überhaupt keine Zeit bleibt, um in einer Berliner Schlangengrube Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen:
Null Chancen für Art.1 Abs.1 GG und andere Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechten
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen aus Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Sozial-Versagen, ÖRR-Versagen, Justiz-Versagen
wegen herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 330)

mit **Anlage VG-2215**
Braucht Deutschland ARD und ZDF? WDR-Intendant Tom Buhrow befeuert mit einer Grundsatzrede die Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter Beteiligung des ÖRR, insbesondere WDR, braucht Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz.

Anlage VB-2303
Ladung zur mündlichen Verhandlung am Montag, den 14.November 2022, um 13.30 Uhr im Verwaltungsgericht Düsseldorf

Anlage VB-2304
Mitteilung vom 24.Okt.2022, dass der Beklagte mit Eva-Maria Michel an der mündlichen Verhandlung am 14.11.2022 nicht teilnehmen werden.

Anlage VB-2305
Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit umfangreichen Anlagen
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008
174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.)
mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der

Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt,
um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendanz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998: Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu
Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)
nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)
Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin
Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.
2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:
Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,
vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:
Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.
Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)
2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer
und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.
Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine
daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen), Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance
seit 2007 z.B.
Rundfunksperre des Klägers zu einer
Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)
176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH : Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH
Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie **Kaizen,**
in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung
eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.
Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,
mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester
Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegende Beweise.
177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?
Hand-in-Hand: **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte!
Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.
Zerschlagen nicht nur:
Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,
Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen. Danach Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,
Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller- Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin
Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts-und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:
Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld
Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am
laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht
der 2.Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten
Zerschlagungen extremistischer Ausuferung
Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten
Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und
Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)
Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012
Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.
Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen
Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten
Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr
mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden
Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305 mit umfangreichen Anlagen:
Anlage VG-2201, Anlage VG-2202, Anlage VG-2203, Anlage VG-2204, Anlage VG-2205, Anlage VG-2206, Anlage VG-2207, Anlage VG-2208, Anlage VG-2209, Anlage VG-2210, Anlage VG-2211, Anlage VG-2212, Anlage VG-2213, Anlage VG-2214

Anlage VG-2201 (Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5)
1.Schreiben vom 09.Oktober 2007 (2.Anschreiben per Email am 16.10.2007) an alle Intendanten der ARD, an **Monika Piel**, Intendantin des WDR
Ähnliche Schreiben wie
an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff (**Anlage V-4**)
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
an Prof.Dr. Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks,
an Prof. Ernst Elitz, Intendant des Deutschlandradio,
an Dr. Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks,
an Jobst Plog, Intendant des Norddeutschen Rundfunks,
an Peter Boudgoust, Intendant des Südwestrundfunks,
an Markus Schächter, Intendant des ZDF,
an Monika Piel, Intendantin des WDR,
an Maybrit Illner, Polit-Talkshow,
an Reinhold Beckmann, Polit-Talkshow,
an Anja Reschke, Polit-Magazin Panorama,
an Theo Koll, Polit-Magazin Frontal21
an Britta Weber, Polit-Magazin REPORT MAINZ
u.a. (Moderatoren von Polit-Magazinen, Beweis für Rundfunkperre)
mit Link an
Anlage VG-2202: Anlage Innovationen3
Schreiben vom 28.September 2007 an Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
mit den beiliegenden Abschnitte 1 – 16
Abschnitt 1
Miserable Wirtschafts- und Innovationspolitik seit der Jahrtausendwende
Abschnitt 2
Deutschland verliert Innovations- und Wettbewerbsvorsprung
Abschnitt 3
Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Versteigerung
Abschnitt 4
ITK-Branche 2007: Frustration und ohne Perspektiven
Abschnitt 5
Deutschland verliert internationalen Technologieführer für Telekommunikation
Abschnitt 6
Managementfehler der SIEMENS AG: UMTS-Versteigerung nicht verhindert
Abschnitt 7
Bundesnetzagentur: Regulierungsbehörde mit Konstruktionsfehler
Abschnitt 8
Rücksichtsloser Staat: Internationale Spitzenposition der Telekommunikation vernichtet
Abschnitt 9
Gesamte Wertschöpfungskette durch UMTS-Versteigerung nachhaltig gestört

Abschnitt 10
Über 27 Jahre Know-how für professionellen Innovationstransfer: Ohne Vergleich in Deutschland und weltweit
Abschnitt 11
UMTS-Versteigerung: Aus für Innovations- und Wirtschaftswachstum, Aus für Congressmessen ONLINE
Abschnitt 12
Maximaler Nutzen für Innovationswachstum aus den Congressmessen ONLINE
Abschnitt 13
Bundesregierung und BITKOM behindern Innovationswachstum
Abschnitt 14
In die Mülltonne? Einmalige, zeitgeschichtliche Dokumentation zur Entstehung und Entwicklung der ITK-Branche
Abschnitt 15
In die persönliche Insolvenz? Mit dem Know-how für Innovationswachstum aus einem Viertel Jahrhundert
Abschnitt 16
Ausgewählte Briefe aus dem Internet
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?:
Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
Brief an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
Brief an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-quo-vadis.pdf
Koalitionsvertrag & Breitband-Internet
Brief an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum
Brief an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
Brief an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum, Ihre Vision für Niedersachsen
Brief an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
Brief an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
Brief an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
Brief an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
Brief an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
Brief an den Ersten Bürgermeister Ole von Beust vom 11.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
Brief an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
Brief an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf

Anlage VG-2203: Anlage Petition-Deutscher Bundestag mit 2.Schreiben vom 29.01.2011 an WDR-Intendantin
Frau Monika Piel, ARD-Vositzende und Intendantin des WDR
Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

Die Congressmessen ONLINE und KOMMTECH werden bis heute **totgeschwiegen** mit Rundfunksperre unter Verantwortung von **Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022 Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF**, verantwortlich für Zwangsmaßnahmen gegen das Zerschlagungsopfer, verantwortlich für Rundfunksperre in Politmagazinen über das Schicksal seiner Congressmessen, verantwortlich für Mittäterschaft bei Zerschlagung der Congressmessen

Anlage VG-2204: Anlage 3. und 4.Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel mit Rücktritt nach 4.Schreiben (Jan.2013)
Schriftsatz vom 31.12.2012 (3.Anschreiben an Monika Piel))
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid
01. Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung
04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS
05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ, die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als Sachfremdheit von UMTS abwimmelt
06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen, bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung, bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung
Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
> > > Siehe oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Schreiben vom 16.01.2013:(4.Schreiben an Monika Piel)
Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 wegen Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten,
vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der UMTS-Auktion2000
Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör
gemäß Art.103 Abs.1 GG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf

Anlage VG-2205
Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit 3.Anschreiben an Monika Piel als Anlage
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf

Anlage VG-2206 (Anlage Innovationen1)
1.Anschreiben an Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin einer neuen Koalitionsregierung (CDU/CSU/SPD), vom 16.12.2005
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Mit Verteiler und richtungsweisenden Ideen in den Anlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationspotenzialen von IT und Telekommunikation
Qualitätsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden
Congressmessen ONLINE
>>> http://www.euro-online.de
Click auf >>> News & Review oder
Click auf >>> ONLINE Congressbände 1976-2003
Professionelle Intelligenz unserer Datenbank
Führende ITK-Anbieterdatenbank in Deutschland
>>> http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf
Anlagen zum Schreiben:
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie
zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
> Anlage 1
Verteiler des Schreibens
> Anlage 2
Neue Strukturen
für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> Anlage 3
Liberalisierung des
Telekommunikations- und Energieversorgungsmarktes
> Anlage 4
Breitband-Internet: Eine Herausforderung
für den Aufbau Ost
> Anlage 5
Mehr Wettbewerb und weniger Regulierungsbedarf
für die Telekommunikation

Anlage VG-2207 (Anlage Innovationen2)
Persönliches Anschreiben an Herrn Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie (CSU), vom 03.01.2006
Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Mit Internet-Links zu weiteren Schriftsätzen

Im Internet einsehbar:
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie
zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Schreiben vom 16.12.2005 an führende Mitglieder der
Bundesregierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
Schreiben vom 01.12.2005 an den
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Koalitionsvertrag & Breitband-Internet
Schreiben vom 15.11.2005 an die
designierte Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

EuroOnlineOst, Breitband-Internet: Eine Herausforderung an den
Aufbau Ost
Schreiben vom 24.10.2005 an die
designierte Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den
Innovationspotenzialen von IT und Telekommunikation
Qualitätsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit
herausragenden
Congressmessen ONLINE
> > > http://www.euro-online.de

Click auf >>> News & Review oder
Click auf >>> ONLINE Congressbände 1976-2003
Professionelle Intelligenz unserer Datenbank
Führende ITK-Anbieterdatenbank in Deutschland
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Anlage VG-2208
Anlage Kampf gegen eine Mauer des Schweigens
Anschreiben an Tom Buhrow vom 06. und 15.März 2018 in Kopie an
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender, Intendant des BR,
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)

Anlage VG-2209
1.Presse-Aktion im Aug.2013
mit ARD-Rückmeldungen und Absagen
Beweis für Rundfunksperre

Anlage VG-2210
Hersteller-unabhängige ONLINE-Seminarreihe (ONLINE I / II / III / IV, V (Symposion)), führend und ohne Vergleich in Europa
Entwicklung und Durchführung seit 1971 in D, A, CH,
Basis für Weiterentwicklung zu den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH aus ONLINE V

Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)

Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher

Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . .Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen
> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials

Anlage VG-2214
Anlage: Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:

Rückblick 26 Jahre ONLINE:

> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1

>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE

>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf

>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe

>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003: Die gesamte Congressmesse
>>> http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage VB-40:
Schriftsatz vom 22.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22) vom 19.Mai 2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW
171. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz:
Opfer verhöhnender Beschluss 2 E 387/22 mit Versagung von rechtlichem Gehör zu mehrfach verfassungswidrigem Verfahren, weil Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR,
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung.
Nicht beklagt, wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk Köln.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren unter Beteiligung des ÖRR
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit, rechtswidrig: Zeugen-Beweis am Verwaltungsgericht nicht zugelassen
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör für Anspruch auf Mehrrichter-Verfahren auch in der 1.Instanz.
Ohne Rechtskraft: Judikativer Anspruch auf Unanfechtbarkeit, weil fehlende Respektierung von ordentlichen Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten des Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden.
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Verwaltungsgerichte sind kein grundrechtsfreier Raum: Beklagter ÖRR ist Mittäter
politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Haupttäter: Altbundeskanzler, heute sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, ein herausragendes Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen.
Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK
Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wiederholt:
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22

> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)

Anlage VB-41:
Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf)
vom 19.Mai 2022 des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen mit Verwerfung der Beschwerde

Anlage VB-42:
Schriftsatz vom 16.Mai 2022 mit Zurückweisung rechtswidriger Ladungen und rechtswidriger Verfügung vom 2.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen aktuellem Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022, nach Zurückweisung der 1.Ladung gemäß Beschwerde und Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022
170. Wegen Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022: Rechtswidrige Richter-Handlungen zurückzuweisen, weil nicht verhandlungsfähig
Ablehnungsgesuch wurde ordnungsgemäß (§54 VwGO, §§ 41 bis 49 ZPO) vorgenommen
Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, die keinen Aufschub gestatten (§47 Abs.1 ZPO)
Über das Ablehnungsgesuch entscheidet das Gericht, dem der Abgelehnte angehört, ohne dessen Mitwirkung (§45 Abs.1 ZPO)
Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung zum 24.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 161)

Anlage VB-43:
2. Zusendung der Beschwerde mit Schriftsatz vom 08.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW
mit 2. Zusendung der Beschwerde nach 1.Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf per Fax am 29.04.2022 und nach Aufhebung der Ladung zum 3.Mai 2022 ohne Vorabinformation
169. Zweite Zusendung der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht
nach erster Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
Altbundeskanzler, Lobbyist von Kriegsverbrecher,
mit Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter Beteiligung des Beklagten (richtig: ÖRR)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Grundgesetz (Art.34 GG) trotz erdrückender Beweislage
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im fortgeschrittenen Rentenalter
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013
> zu politischen Entwicklungen und politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 142)
mit den Anlagen OVG-12, OVG-11, OVG-10, OVG-09, OVG-08

Anlage OVG-12:
2.Einspruch mit Beschwerde nach §146 Abs.1 VwGO an das Oberverwaltungsgericht (Schriftsatz vom 25.April 2022an das Verwaltungsgericht Düsseldorf)
gegen Beschluss 27 K 2672/22 vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) und gegen gleichzeitige Ladung vom 13.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022 zusammen mit Beschluss trotz vorausgegangenen Hinweis auf Besorgnis der Befangenheit im Schriftsatz vom 15.04.2022 Seite 4) durch befangenen Einzelrichter, mit Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen, gegen gleichzeitige Zusendung von Mehrrichter-Beschluss 27 K 2672/22 und Ladung durch abgelehnten Einzelrichter im wiederholtem Fall ohne Stellungnahme zu 1.Einspruch
167. Politisch motivierter, neuartiger Kannibalismus in Deutschland:
Jüngere Generation zerschlägt ältere Generation,
Jüngste Generation entsorgt älteste Generation, oder:
Von Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung
zu Alter-Diskriminierung und Alter-Kriminalisierung bzw.
von Generationen-Diskriminierung zu Generationen-Kriminalisierung
Von Sperre an ordentlichen Gerichten wegen Schadenersatz und Rehabilitierung (Art.34 Abs.3 GG)
zu Entrechtung mit sozialer Zerschlagung an Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten.
„Untat“: Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen herausragendem Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe**
168. Beklagt ist der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR),
Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Miserable Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.
Verfassungswidriger Missbrauch elektronischer Gerichtsakte ohne Zugang für den Kläger, der auf Grund verheerender Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen seit 2010 keinen Rechtsanwalt mehr zur Verfügung hat.
Verfassungswidrige Benachteiligung: Rechtzeitiger Zugang zu wichtigen elektronischen Akten verwehrt
Verfassungswidrige Aushebelung und Versagung von rechtlichem Gehör trotz Einspruch, aber ohne Beantwortung
Mehrfach verfassungswidriges Verfahren, weil Opfer verhöhnend, Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR
Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen gemäß §54 VwGO mit konkreten auf ihn bezogenen Tatsachen. Antrag an die 27.Kammer auf Einleitung des Befangenheitsverfahrens.
Antrag: Aufhebung der Ladung durch einen befangenen Einzelrichter, Mehr-Richter-Beschluss vom 08.April 2022 anzufechten, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert (nicht unanfechtbar).

Unerträglich: Einbeziehung von Gerichte übergreifenden Aktivitäten der Justizbehörden mit orgienartiger Ausuferung vor einem Ladetermin, offensichtlich in Abstimmung mit dem Bundesamt der Justiz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 114)

Anlagen OVG-12 mit zugehörigen Anlagen VGD-05, VGD-06, VGD-07

Anlage VGD-05: **Anlage VB-19**
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VGD-06: Westdeutscher Rundfunk ist nicht beklagt.
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) ist Beklagter, Absage des Westdeutschen Rundfunks Köln mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix
Verfassungswidrig ist, wenn **kein** Vertreter an der mündlichen Verhandlung teilnimmt wegen Ungleichbehandlung.

Anlage VGD-07: Verfassungswidrig: Zugang zu wichtigen elektronischen Gerichtsakten für den Kläger verwehrt. Schreiben der Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Appelhoff-Klante vom 31.März 2022. Schriftsatz vom 15.April 2022 Seite 5. Fax vom 23.04.2022 an Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht.

Anlage OVG-11:
Schriftsatz vom 18.März 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden mit aktuellem Bezug zu russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
165. Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Daher: Zurückweisung des Widerspruchsbescheid mit Schreiben vom 10.März 2022 an WDR-Beitragsservice und

Weiterleitung dieser Zurückweisung an Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 beim Bundesverfassungsgericht.
Widerspruchsbescheid: Fortsetzung von verfassungswidrigen Auswüchsen zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung zusätzlich,
verfassungswidrig gemäß Art.34 GG, beugt die Wahrheit in strafbarem Ausmaß (Verleumdung) und zeigt die Verwicklung einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid im Lichte der Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen OVG-11 mit zugehörigen Anlagen VB-26, VB-22, VB-21, VB-217z(3), VB-AA, VB-208, VB-209, VB-210, VB-211z, VB-212z, VB-213z, VB-214z, VB-211z, VB-215z, VB-216z

mit Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.
Anlagen nach Anhörung vom 24.Aug.2021 am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
mit Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Change“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88
mit Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt,** Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
mit Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau,** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große

Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
mit Anlage VB-210: **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-211z: **Joachim Erwin,** Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
mit Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn,** Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION
mit Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
mit Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
mit Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
mit Anlage VB-217z: Gewinn für den Medienplatz Norddeutschland:
International anerkannte Kongressmesse für technische Kommunikation und neue Medien, **Björn Engholm,** Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
mit Anlage VB-217z(2): Plenarveranstaltung der Europäischen Kongressmesse ONLINE'89 unter Leitung von
o.Prof.Dr.-Ing.habil.Hans-Jörg Bullinger, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) an der Universität Stuttgart,
mit Anlage VB-28: Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
zu Desasterlage deutscher Politik unter **Schröder/Steinmeier/Merkel**

Anlage OVG-10:
Schreiben des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 31.März 2022 (eingegangen am 05.04.2022) zur neuen Klage 27 K 2672/22 mit Abänderung des Beklagten, falschem Eingangsdatum, Ankündigung eines Einzelrichter-Übertragung

Anlage OVG-09:
Schriftsatz vom 15.April 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Antrag auf Prozesskostenhilfe, auf Richtigstellung von Eingangsdatum, von Bezeichnung des Beklagten und

auf Mehrrichter-Verfahren (1.Einspruch)
166. Extreme Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art seit 1998:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
Antrag auf Richtigstellung von Eingangsdatum, Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren
Auf früheren Congressmessen ÖRR präsent z.B. mit
Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,
Intendant des Südwestfunk und ARD-Vorsitzender,
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland,
Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand
Heute ÖRR beklagt wegen Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen, verweigert Anwesenheit bei Verurteilung des Zerschlagungsopfers und
verfassungswidriges Urteil als Fake im öffentlichen Netz!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 91)

Anlage OVG-08:
Beschluss 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) mit abgeänderter Bezeichnung des Beklagten und mit Einzelrichter-Übertragung, zeitgleich (eingegangen am 20.04.2022) mit Ladung durch Einzelrichter zum 03.Mai 2022 ohne die Möglichkeit/Beachtung des vorherigen Einspruchs gegen den Einzelrichter-Beschluss.

---------- Ende der Anlagen zu **Anlage VB-43**

Anlage VB-44:
Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022
Hier: Beschluss 2 E 395/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) des Oberverwaltungsgerichtes für das Land NRW mit Versagung von rechtlichem Gehör zu wesentlichen Punkten der Anhörungsrüge

Anlage VB-45: Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes 24.Mai 2022
Hier: Sitzungsdokumentation und Beschluss 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022 durch Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ohne Hinweis, dass der Kläger mit Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung wegen des aktuellen Ablehnungsgesuch schriftlich (Schriftsatz vom 16.Mai 2022) tatsächlich abgesagt hatte.

Anlage VB-46: Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch,
mit 1.Beschwerde vom 25.April 2022 (Anlage OVG-12) und mit wiederholter Beschwerde vom 08.Mai 2022 (Anlage VB-43 mit Anlage OVG-12) will Kläger mit nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) und mit Nicht-Beachtung der Beschwerde in Verhandlungen verwickeln: **Rechtswidrig bei Ablehnungsgesuch und mit rechtswidriger Verfügung (Bl.135) wegen Ablehnungsgesuch.** Wegen unleserlicher, fehlerhafter Seiten-Nummerierung ab Bl.76 mit ungelöster Heftung an Bundesverfassungsgericht weitergeleitet.

Anlage VB-47:
Hinweis vom 14.Juni 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf über
172. Neue Verfassungsbeschwerde
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit Rechte beugender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
ohne weitere Verhandlungen mit Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch
inkl.Zurückweisung des Beschlusses 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022
(eingegangen am 01.Juni 2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 204)

Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Schreiben 16 M 188/22 vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022)
mit Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an das Amtsgericht Velbert (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-01),
Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an den Unterzeichner (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-02)
Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen).
Entscheidungsrelevante Gründe für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags mit 38 Seiten Antwort vom 27.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-48 Zusatz 1: Verfassungswidrige Rechnung
vom 2.05.2022 (2 E 387/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700790561003X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 2: Verfassungswidrige Rechnung
vom 13.06.2022 (2 E 395/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700792011007X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am

18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW.
Das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum in dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden kann, wenn die Kosten-Hetzjagd aus einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf parallel am Amtsgericht Velbert einfach weiter geführt wird. Das ist
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit und daher in zugehörigen Verfassungsbeschwerden dezidiert zu bekämpfen.
Das Amtsgericht Velbert ist seit 2010 in die Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen gegen das Opfer involviert und hat es nicht einmal als notwendig erachtet, auf die entscheidungsrelevanten Gründe der Punkte 01 bis 05 einzugehen.
Punkt 01. Der Antrag ist verfassungswidrig, weil er aus einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz resultiert.
Unterzeichner ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenzerschlagung) seit 1998, mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, jetzt im
81.Lebensjahr,
unter persönlicher Verantwortung eines Bundesländer übergreifenden politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz als Haupttäter und mit dem Öffentlichem Rundfunk (ÖRR) als Mittäter.
Punkt 02. Forderungsaufstellungen gemäß Anlagen AGV-01 und AGV-02 sind widersprüchlich, rechtswidrig und verfassungswidrig. Anlagen haben eine miserable, Opfer verhöhnende Kopierqualität, mit der ganze Wörter abgeschnitten und Sätze unverständlich gemacht werden.
Rechtswidrig und verfassungswidrig ist die
Gerichtsverfahren übergreifende, Instanzen und Gerichte übergreifende Treib- und Hetzjagd mit Kostenberechnungen aus einem skandalösen Gerichtsverfahren (27 K 4325/18), das mit einem weiteren Gerichtsverfahren (27 K 2672/22) wegen Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung derzeitig fortgesetzt werden muss.
Punkt 03. Es gibt überhaupt <u>keine</u> Klage gegen den Westdeutschen Rundfunk, mit der Forderungen in der Forderungsaufstellung ausgewiesen werden.
sondern seit langem ausschließlich eine Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR einschließlich WDR), Beklagter.
Jede Zwangsmaßnahme ist eine Fortsetzung der Verfassungswidrigkeit.
> Klage gegen den ÖRR wird bis heute nicht zugelassen
> Qualifizierte Zeugenbeweise (mehrere möglich) für die Mittäterschaft des ÖRR (WDR ist Mitglied des ÖRR) bei politisch motivierten Zerschlagungen
werden nicht zugelassen. Der vom ÖRR zugefügte Schaden liegt nachweislich über 100.000 €.
Punkt 04. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht in
der Justizbehörde und auch nicht am Amtsgericht. Grundrechte hängen nicht davon ab, ob sich ein Zerschlagungsopfer noch <u>vertrauenswürdige</u> Rechtsanwälte leisten kann, insbesondere nach kapitalen Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, mit denen er gezwungen wurde, sich im Alter von **über 80 Jahren** selbst verteidigen und Schadenersatzverfahren

betreiben zu müssen.
Punkt 05. Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung ist grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG.
Die von der Zentralen Zahlstelle Justiz genannten Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-49
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606)
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Anlagen der letzten Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22

Anlage VB-30: Steinmeier: Rußland-Nähe, Mitverantwortung für deutsche Energieabhängigkeit von Russland mit Nord Stream 1 und 2, Mitverantwortung für diskriminierende NATO-Ausgrenzung der Ukraine seit Bukarest 2008 wegen Rußland-Nähe, Mitverantwortung für Russland-Ukraine-Krieg
Ukrainischer Botschafter Andrij Melnyk: Steinmeier hat Spinnennetz an Russland-Kontakten (höchst bedenkliche Nähe zu Russland)
Schuld für deutsche Energieabhängigkeit von Russland: Steinmeiers Agieren als Kanzleramtschef und später als Außenminister
Anlage VB-29: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel
Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache
Widerspruch gegen Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam mit Schriftsatz vom 31.März 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-23a: Erneute Zurückweisung von Gerichtskosten inkl. Vollstreckungsankündigung vom 18.03.2022 (eingegangen am 23.03.2022)

Anlagen im Schriftsatz vom 25.03.2022

Anlage VB-28:
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin,
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Darüber hinaus
Schröder/Steinmeier/Merkel sind verantwortlich für die Desaster-Lage deutscher Politik, für einen Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik
Der Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik wurde erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, der Scherbenhaufen deutscher Desaster-Politik unter Schröder/Steinmeier/Merkel hat die **Ukraine-Krieg-Zeitenwende** erzwungen und gefährdet inzwischen den Weltfrieden. Nicht nur Schröder/Steinmeier/Merkel haben keine Schuldgefühle. Zeitenwende ist auch eine Sache der Justiz.
Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurden die politisch motivierten Zerschlagungen erzwungen.

Anlage VB-27:
Klage vom 18.März 2022 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22) vom 17.Jan.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 nicht nur in diesem Gericht nach verfassungswidrigem Urteil am
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
ohne Zulassung der Berufung am
Oberverwaltungsgericht Münster 2 A 3087/18, 2 E 995/21
verursacht durch
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten
WDR-Intendanten Tom Buhrow (in 2021 ARD-Vorsitzender),
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
vom Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht trotz ständigen Widerstands ständig abgeändert in **Westdeutschen Rundfunk Köln**
Hier: Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
mit aktuellem Bezug zu
russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserkärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Detaillierte Ausführungen zum Kapitel zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen im Schriftsatz vom 13.03.2022

Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.

Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022
(eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung."
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.
Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.

Anlage VB-25: Antrag vom 10.März 2022 auf sofortigen Stopp der laufenden Zwangsvollstreckungssache bei Gerichtsvollzieherin Franziska Ritzhaupt mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Kopie von 5 monatlichen Pfändungen auf Pfändungsschutzkonto mit Benutzungszwang seit 2013,
Fax-Sendebericht vom 10.03.2022.

Anlage VB-24: Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam (Datum 08.03.2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
3 Negativ-Sendeberichte vom 08.03.2022,

Anlage VB-23: Zurückweisung der Rechnungen und Mahnungen der Zentralen Zahlstelle Justiz (Datum 08.März 2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Fax-Sendebericht vom 08.03.2022,
Rechnungen/Mahnungen der Kassenzeichen X700779291005X, X700779311007X.

Anlagen im Schriftsatz vom 01.03.2022

Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder
Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
1990-1998 Niedersächsischer Ministerpräsident in Hannover
1991 Gerhard Schröder auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
Scroll down after link
Frank-Walter Steinmeier als Referent für Medienrecht und Medienpolitik in der Staatskanzlei bei Gerhard Schröder
1993 Steinmeier übernimmt Büroleitung bei Schröder
1994 Steinmeier wird Leiter der Abteilung für Richtlinien der Politik, Ressort-koordinierung und -planung bei Ministerpräsident Schröder

1998-2005 Gerhard Schröder wird Bundeskanzler
Seit 1998 Umverteilung von der Digitalbranche zur Automobilbranche ist Regierungsprogramm
1999-2005 Steinmeier als Kanzleramtschef politischer Vertrauter von Bundeskanzler Schröder.
2000: Staatliche UMTS-Auktion 2000 (August 2000)
mit weltweit größtem Auktionsbetrag, der bei Versteigerungen je erreicht wurde (50,8 Mrd EUR), mit verheerenden Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffs auf die gesamte Wirtschaft, mit Vernichtung der digitalen Innovationselite in Deutschland (New Economy, Hauptkundenstamm der Europäischen Congressmessen des Beschwerdeführers), mit Kapitalflucht aus dem digitalen Innovationsbereich, mit verheerenden Nachwirkungen bis heute.
2005: Schröder tritt zurück und verliert danach die Bundestagswahl
Steinmeier wird Bundesaußenminister im Kabinett Merkel I
Steinmeier / Merkel unterdrücken intensive Bemühungen des Beschwerdeführers um den schnellstmöglichen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
Schröder wird Putin-Berater mit
Entwicklung deutscher Energie-Abhängigkeit von Russland
2009: Steinmeier wird einflussreicher Oppositionsführer
2010: Petition des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag
2010: Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010), wurde vom Beschwerdeführer mit Brief vom 25.05.2010 angeschrieben und darum gebeten, mit dem moralischen Gewicht seines Amtes die laufende Petition des Unterzeichners am Deutschen Bundestag zu unterstützen. Köhler erklärt in derselben Woche seinen Rücktritt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 39)
2010 Beschwerdeführer schreibt erste Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechts
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
2011: Nordstream 1 unter Putin-Berater Schröder wird eingeweiht
2012/2013: Intendantin Monika Piel wird mit Schreiben vom 31.12.2012 / 16.01.2013 zweimal hintereinander vom Beschwerdeführer angeschrieben und erklärt danach den Rücktritt:
Sieh Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
14.06.2013: Erstes Anschreiben an nachfolgenden Intendant Tom Buhrow,
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:
08. GEZgnadenlos:
Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen
Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen
Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
2013: Im Dezember wird Frank-Walter Steinmeier Bundesaußenminister im Kabinett Merkel III und **ab 2017** von Merkel als Bundespräsident vorgeschlagen und gewählt.
2018: Schreiben von 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben an den Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Sehr verehrter Herr Bundespräsident!
Uns sind Ihre Worte bekannt:
"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident."
Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).
Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 29)
Beide Briefe mit angemessener höflicher Formulierung wurden vom Bundespräsidenten nicht beantwortet. Als Brückenbauer nicht verfügbar. Steinmeier auch über „JVA-Service“ gegen Briefeschreiber informiert
2021: Bundestagswahl nach Regierungswechsel
Bundeskanzler Olaf Scholz
mit einer SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP - Koalition
2022: Wiederwahl von Bundespräsident Steinmeier, Beschwerdeführer erhebt Einspruch gegen Wiederwahl (Kapitel **BVRFG-350**, danach Russisch-Ukrainischer Krieg seit 20.Feb.2022
27.02.2022: Zeitenwende mit Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Russland-Ukraine-Krieg und anschließender Aussprache
05.03.2022: Vitali Klitscko, Bürgermeister von Kiew, Hilferuf eines „Ertrinkenden“: „Bleiben Sie mit uns, weil wir kämpfen auch für deutsche Werte“ (WAZ vom 5.3.2022), Mitschuld von Deutschland am Krieg in der Ukraine

Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022)

Anlage VB-17a (Stand März 2022)
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-217z(3)
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus

Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Anlagen im Schriftsatz:vom 22.Feb.2022

Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilung-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen 81-jährigen Rentner mit herausragendem Lebenswerk in Deutschland und Europa
Anlage VB-20a: Schreiben der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22) mit Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 mit Vollstreckungsauftrag der Zentrale Zahlstelle Justiz, 59061 Hamm.
Anlage VB-20b: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779291005X Geschäftszeichen 2 A 3087/2021 001 (100)
Anlage VB-20c: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779317005X Geschäftszeichen 2 E 995/2021 001 (100)
Anlage VB-19
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VB-18
Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Geburtsort in Bayern: Zweimal Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten in 1.Instanz und anschließende Aussperrung von 2.Instanz
Nachweis mit Rechtsbeschwerde vom 24.10.2015 an den Bundesgerichtshof wegen Untätigkeit des Generalbundesanwalt zur Strafanzeige vom 09.April 2014 gegen verantwortlichen Amtsträger und Richter mit folgenden Kapiteln:
> 01. Verlust eines Menschenlebens: Todesopfer krimineller Rechtsbeugung am Ende einer langjährigen Treib- und Hetzjagd mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung
> 02. Zivilgerichte einschließlich Bundesgerichtshof haben bereits im Frühjahr 2011 und 2012 die von der bayerischen Verwaltung forcierte Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen in die Schranken gewiesen,
hier eine von mehreren Attacken zur Zerstörung seines Damwild-Geheges.
Endgültige Zurückweisung der Attacke mit BGH-Urteil von 2012 leider erst nach seinem Tode eingegangen

> 03. Faktenlage März 2014:
Scherbenhaufen bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit tödlichem Ausgang für einen qualifizierten Lebensmittelunternehmer, bei seinen Kunden beliebt und geachtet,
von lokaler Verwaltung in den Tod getrieben
Kriminelle Rechtsbeugung bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung wegen fehlender anwaltlicher Vertretung
> 04. Kriminelle Rechtsbeugung durch bewusst falsche Anwendung des Rechts, durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten, durch Verweigerung der Berufung zum wiederholten Male:
Strafbare Spitzenleistung in bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz
> 05. Kriminelle Rechtsbeugung durch den 1. Bürgermeister der Gemeinde Leonberg und durch die Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth
Basisbeweis und Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 von bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz bis heute unterdrückt
> 06. Mitwirkung und Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verwaltungsjustiz
Bis dato von Verwaltungsjustiz unterdrücktes Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 an
Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich und Gemeinde Leonberg mit ausführlichen Informationen in 10 Kapiteln
> 07. Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verweigerung der Berufung Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs als Hygiene-Sündenbock diskriminiert und diffamiert
Verweigerung der Berufung: Vertuschung des Hygiene-Skandals und der kriminellen Rechtsbeugung
> 08. Katastrophaler Totalschaden durch kriminelle Rechtsbeugung
Anstatt einer kooperativen Problemlösung des desaströsen Hygiene-Zustands des regionalen Fäkalienabwassernetzes mit Katastrophen-Pumpwerksanlage: Totale Betriebsschließung mit hinterhältigem Überfall einer 8-Personen-Task-Force unter dem Deckmantel der Lebensmittelkontrolle und die finale Einleitung des totalen wirtschaftlichen Ruins mit Schadenswirkung maximierenden Maßnahmen
Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 01 bis 08:
Sieh Anlage BGH3-01, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link (page 03)
Der Generalbundesanwalt hat mit Schreiben vom 15.April 2014 die Zuständigkeit für die Strafanzeige abgelehnt: Sieh Anlage BGH3-03. Mit der Gegendarstellung im Schriftsatz vom 28.April 2014 hat der Anzeigenerstatter seine Begründung mit weiteren Beweisunterlagen der Verfassungsbeschwerde vom 22.Sept.2013 an das Bundesverfassungsgericht (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13) **zum Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit** (Anlage 3) und weiteren Kapiteln fortgesetzt:
> 09. Generalbundesanwalt ist zuständig, wenn bestimmte schwere Straftaten die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen und der konkrete Tatbestand sich gegen dessen Verfassungsgrundsätze richtet
> 10. Richter sind in ihren Entscheidungen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Aber
Rechtsbeugung, insbesondere kriminelle Rechtsbeugung, die sich durch Verhinderung der Rechtsprechung und Verweigerung gesetzlicher Rechtsmittel und Rechtsbehelfe schützen will, ist in jedem Falle mit einer Strafanzeige zu bekämpfen.
> 11. Zugang zu übergeordneten Gerichten, die aufgrund zulässiger Rechtsbehelfe tätig werden können, wird verwehrt, indem der ordentliche Rechtsbehelf der Berufung verweigert wird (Kapitel 07)

Fundierter, qualifizierter Berufungsantrag in den übergebenen Anlagen:
Erweiterung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13 mit Schriftsatz vom 24.03.2014
> 12. Unbewältigte NS-Vergangenheit: Hintergrund und Wurzel krimineller Rechtsbeugung

☹ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Anzeigenerstatters, 2.Todesopfer: Bruder des Anzeigenerstatters)
Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer in Kreis- und Gemeindeverwaltung)

Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 09 bis 12:
Sieh Anlage BGH3-04, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link page 18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 17.Jan.2022

Anlage VB-01 inkl. Anlagen VB-AA, DB-01, DB-02, DB-03
Schreiben vom 02.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlage VB-02
Schreiben vom 11.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 49)

Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen)
mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen

Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Chance“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1) besucht den Messestand der ehemaligen DDR,**
die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle"
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage VB-211z: **Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-217z:
Björn Engholm, Ministerpräsident des des Landes Schleswig-Holstein, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, mit einer Rede im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'89 in Hamburg
---

Anlage VB-ZG: Geändert zu
Anlage VB-12 / VB-10 im Schriftsatz vom 02.Feb.2022)
Versagung von rechtlichem Gehör nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge durch Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022, in Anlage VB-10 geändert)

Daher termingerechte Nachsendung der Verfassungsbeschwerde
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019

Anlagen im Schriftsatz:vom 02.Feb.2022

Anlage VB-03
Ladung vom 12.Juli 2021 (eingegangen am 21.Juli 2021) zur mündlichen „Verhandlung“ (Anhörung) im verwaltungsgerichtlichem Verfahren
27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf

Anlage VB-04
Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-10(21), Anlage VGD-09(21))
mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-05
Urteil durch Einzelrichter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Sitzungsprotokoll vom 24.Aug.2021
ohne Antwort nach schriftlichen Einspruch gegen Ladung mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 28.Juli 2021,
ohne Anwesenheit des Beklagten,
nach 3-Richter*innen-Beschluss vom 13.Jan.2021,
nach Ablehnungsgesuch gegen Richter Dr.Wildhagen, nach Sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21

Anlage VB-06
Schriftsatz vom 20.Sept.2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit
Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
Antrag auf Berufungsgericht mit
Kompetenz für Telekommunikationsbranche und Presserecht
mit erster Stellungnahme gegen das Urteil

Einspruch gegen Kostenrechnung, Kassenzeichen X701350401308X
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und
erteilt 80-jährigen Rentner eine Kostenrechnung von über 3000 €,
nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden
verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-07
Schriftsatz vom 22.Sept.2021 an die Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz, Kassenzeichen X701350401308X) mit Einspruch gegen und Zurückweisung der Rechnung vom 10.09.2021 (eingegangen am 14.09.2021) in Höhe von 3.078 €
mit Anlage ZZJ-01, Anlage ZZJ-02, Anlage ZZJ-03, Anlage ZZJ-04.
Mitteilung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 12.10.2021

Anlage VB-08
Vollstreckungsankündigung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021) über erhöhten Betrag von 3.352 €
nach Schreiben des Oberverwaltungsgerichts vom 14.10.2021 (eingegangen am 20.10.2021

Anlage VB-09
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) wegen Zurückweisung der Vollstreckung:
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-10
Mahnung vom 03.01.2022 (eingegangen am 05.01.2022) und Rechnung vom 29.11.2021 wegen Zurückweisung der Vollstreckung und Antrag auf Zulassung der Berufung in Höhe von 1.134 € zu den Beschlüssen
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-11
Schriftsatz vom 06.Dez.2021 an das Oberverwaltungsgericht mit Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO
159. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie
Künstlicher Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht Münster
160. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

161. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:
Im Alter von 80 Jahren: Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:
Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach
politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen
mit verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierter Zerschlagungen
mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,
mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,
an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,
an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,
am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,
durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht
ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,
mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,
mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)
mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung,
> > > mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und
mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .
Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage beim Bundesverfassungsgericht.

162. Erdrückende Beweislage im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 (27 K 5854/13) VG Düsseldorf
gegen den Beklagten vorgelegt:
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch Westdeutschen Rundfunk (WDR), vertreten durch den Intendanten (Beklagter, Mittäter)
Mit umfassender sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 auf 522 Seiten, mit umfassender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 auf 642 Seiten
wegen öffentlicher Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung und zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998
> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Zerschlagung 3, am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 hier)
Daher: Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO

163. Verfassungsrechtliche Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges gemäß Art.34 GG
wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit (Grundrechte weder käuflich noch strafbar)
Zurückweisung der Beschlüsse mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO und mit verfassungsrechtlicher Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges
Verwaltungsgerichtliches Verfahren mit rechtsbeugendem, verfassungswidrigem Urteil ohne Einspruchsmöglichkeit (Urteilszusendung nach der mündlichen Anhörung) abzulehnen
Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Anerkennung längst nachgewiesen durch : wie z.B.
> aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung (Kapitel 160) wie
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
(Anlage VB-AA)
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjähriger Förderer, Schirmherr und Gastgeber der
Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(Anlage VB-209)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Kongressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
(Anlage VB-208)
Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, Mitglied der Europäischen Kommission, auf der ONLINE 2001 und weitere EU-Kommissare auf den Europäischen Congressmessen (Anlage VB-210)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlage VB-12
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge:
2 E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022 und
2 A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022

Anlage VB-13
Rechnungen vom 21.01.2022 in Höhe von 132 € (2 x 66 €) für Zurückweisung der Anhörungsrügen gemäß Anlage VB-13

Anlage VB-14
Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes mit Verfassungsbeschwerde
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 06.Dez.2021 gemäß §152a VwGO und
mit Zurückweisung aller Kosten nach Erhalt der Beschlüsse vom 11.Jan.2022 Beschluss 2 A 3087/21 Beschluss 2 E 995/21
164. Beschlüsse ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft und sind mit einer Verfassungsbeschwerde zurückzuweisen
Hiermit bestätigt der Kläger die termingerechte Einleitung der Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 52)

Anlage VB-15
Kostenaufschlag vom 26.01.2022 durch Justizbehörde wegen eingeforderter Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten nach Faxübertragung vom 26.01.2022 (Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes gemäß Anlage VB-14)

Anlage VB-16
Skrupellose, Opfer verhöhnende und verwerfliche Vollstreckungsankündigung der der Justizbehörde vom 28.01.2022 (eingegangen am 02.02.2022) in Höhe von 1.134,00€ mit wahrheitswidriger Angabe des Beklagten gemäß Veranlassung durch Beschluss 2 A 26182021 001 (100)
mit falschem Beklagten

Anlage VB-17
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-ZA: Ladung vom 12.Juni 2021
Beklagt:**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR),** vertreten durch vertretungsberechtigten **WDR-Intendanten Tom Buhrow (zur Zeit ARD-Vorsitzender),**
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
Nicht beklagt und daher wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk, nur ein Teil des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Anlage VB-ZB: Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-ZC: Niederschrift einer „mündlichen Verhandlung“, ohne Anwesenheit des Beklagten, unter Leitung des Einzelrichters Dr.Wildhagen, ohne Urteil.
Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2018 wurde mit Zusendung bekannt gemacht (eingegangen am 14.Sept.2021)

Anlage VB-ZD:
Schriftsatz vom 20.Sept. 2021 mit erster Begründung in Kapitel 158 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung
mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
mit Einspruch gegen Kostenrechnung
Beklagt: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch Westdeutschen Rundfunk, vertreten durch den Intendanten
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig,
in kaum vorstellbarer Dimension.

Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und erteilt 80-jährigen Renter eine Kostenrechnung von über 3000 €, nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-ZE: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 19./16.Nov.2021 (eingegangen am 9.12.2021)
Anlage VB-ZE01: Beschluss 2A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZE02: Beschluss 2E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZF: 20 Jahre später, nach der ONLINE 2001, nach Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 (erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000)
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010:
> Vollstreckungsankündigung mit Kassenzeichen 00700743721000 der Justizbehörden Hamm vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021)
Vollstreckung der Gesamtkosten in Höhe von 1129,00 €
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/2018 001 (130) und Oberverwaltungsgericht Münster mit rechtswidrigem Anhörungsrügeverfahren
(2 E 108/2021 001 (100), 2 E 108/2021 001 (100), 2 E 244/2021 001 (100), 2 E 288/2021 001 (100), trotz
Anlage VB-ZG: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZH: Mahnung der Justizbehörden Hamm vom 03.01.2022 in Höhe von1.134,00 € (eingegangen am 05.01.2022)

Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 (1 BvR 939/21, AR 1916/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

Legende zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn

BVERFG-331. "Tear down this Wall": US-Präsident Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987, und 1990 Fall der Mauer !
Appell an die Intendanten des WDR, BR (ARD-Vorsitzender), ZDF gegen Mauer des Schweigens am 06.März 2018 mit Verfassungsbeschwerde
1 BvR 448/18 > > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
WDR-Intendant: Seit Amtsantritt 2013 ständig informiert, hat keinen Immunitätsschutz, ist persönlich verantwortlich:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 01)
Längst überfällig: Korrektur des Rubrums im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 des VG Düsseldorf > > >
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten WDR-Intendanten Tom Buhrow.
Anzugreifende Hoheitsakte inkl. jahrelang verfälschtem Rubrum im verwaltungsgerichtlichen Verfahren

BVERFG-332. Termingerechte und ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

BVERFG-333. Nach Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 und mit Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
gemäß Anlage VB-VG21 in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2331/17 vom 15.Sept.2017
Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 (eingegangen am 01.10.2016) und mit
Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Schriftsatz vom 03.Mai 2018 mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen
eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks vom 04.April 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf

BVERFG-334. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
Entschädigungsanspruch: Verwaltungsgerichtliche Entscheidung 10 mal angemahnt seit 3.Mai 2018 (neue Klage) und nach Berufungsklage seit Okt.2016 (Anlage OVG-01(21)-12)
Verwaltungsgerichtliche Klageerhebung seit 2013
Opferkriminalisierung, diskriminierende Zwangsmaßnahmen und kriminalisierende Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 2010
Seit 2007: Rundfunksperre, Fernsehsperre, Kommunikationssperre
Prof.em. Dr.Dres.h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010):
> > > "Bürger sind keine Untertanen" (Anlage OVG-03(21)-01)

BVERFG-335. Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen

Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik einer regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, mit einer nicht überwindbaren Phalanx von Haupttätern und Mittätern
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, mit Sippenhaft und Opferkriminalisierungswahnsinn wie in der NS-Justiz,
mit politisch motivierter Justiz
mit Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit JVA-Service anstatt Konzentrationslager der NS-Diktatur,
mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (Todesopfer) und Nachlassinsolvenz in 2012,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang zu diskriminierendem und diskreditierendem Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredite und ohne Kreditkarte,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Am Geburtsort: Von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler zu politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!
BVERFG-336. Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot des Grundgesetzes gemäß Art.2 Abs.1 GG:
Rechtsstaatliche Prinzipien des Grundgesetzes contra Unverhältnismäßigkeit.
Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer
gegen Übergriffe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und
gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Beklagter WDR-Intendant mehrfach verantwortlich für Missbrauch des Staatsvertrages
Staatsvertrag als Regierungsvertrag für eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik missbraucht,
trotz mehrfacher Petitionen an Deutschen Bundestag, an Bayerischen Landtag (von Bundesregierung und Bayerischer Landesregierung niedergeschlagen)
trotz Rücktritt eines Deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler (warum?)
trotz Rücktritt einer WDR-Intendantin Monika Piel (warum?)
trotz gebetsmühlenartiger Informationen an Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, an Redaktionen der Politmagazine mit qualifizierten Schriftsätzen, mit qualifizierten Presseinformationen entgegen Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten-Sperre zu einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik und
trotz eines juristischen Kampfes gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010
Ohne jeden Zweifel: Mehrfach-Schuld, Mehrfach-Schaden, Mehrfach-Täterschaft des Beklagten
BVERFG-337. Die 27.Kammer ist kein grundrechtsfreier Raum
Skandalöse Beschlüsse der 27.Kammer vom 13.Jan.2021 sind
mehrfach verfassungswidrig,
haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden, sind daher zurückzuweisen
> Opfer verhöhnend (massiver, mehrfacher Verstoß gegen Art.1 Abs.1 GG)
für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit Sippenhaft seit 1998 (über 20 Jahre) und unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010 (Merkmale der NS-Justiz),
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten ohne Dispokredit und ohne Kreditkarte
> Verfassungswidrig: Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn mit Zwangsmaßnahmen seit 2010

> Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierter Sippenzerschlagung
(Verstoß gegen Art.103 Abs.1 GG)
> Verstoß gegen das europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip) ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010
> mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn
Bundesverfassungsgericht muss im Wahljahr 2021 agieren, nicht reagieren.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 158)

Schriftsatz vom 10.April 2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-338. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen einem exotischen Gerichtsverfahren
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
> nach wiederholter Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018 an das Verwaltungsgericht 27 K 4325/18 wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht, und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung
Boykottiert durch Verwaltungsjustiz: Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Rehabilitierung und Schadenersatz und durch Opferkriminalisierungsverfahren
Strafbare Rechtsbeugung durch judikative Transformation des Zerschlagungsopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
nicht nur vom Opfer zum Täter, sondern auch vom Kläger zum Beklagten,
mit manipulierter Veränderung des Beklagten und der Rechtsgebiete
> nach 2 Beschlüssen mit Datum ((13.01.2021) und ohne Datum
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses vom 03.02.2021 (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
> nach Anhörungsrüge vom 14.März 2021
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Aufgebrochene Mauer ist längst zu beseitigen mit Verurteilung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
BVERFG-339. Anzugreifende Hoheitsakte inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
Opfer verhöhnende, Opfer schikanierende, Opfer kriminalisierende Eskalation des Beschwerdeverfahrens in der 2.Instanz unter der Vorsitzenden Richterin Brauer seit 2012
Seitdem: Nicht nur totales Versagen von rechtlichem Gehör,
sondern rechtsbeugende Manipulation in exotischen Gerichtsverfahren hier mit Twitter-artiger Serie von unqualifizierten Beschlüssen, mit abzulehnenden Kostenbeschlüssen,
mit unerträglicher Treib-und Hetzjagd seit 2010 gegen das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998,
mit Beschwerde an den 13.Senat und
nicht an den nicht zuständigen 2.Senat,
mit rechtsbeugender Manipulation des Rubrum:
Aus Kläger wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung wird Beklagter,
aus Klage wegen Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht wird Opfer kriminalisierende Verurteilung wegen Rundfunk-Beitragsrecht des Beklagten

Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird auf Westdeutschen Rundfunk in rechtswidriger Weise eingeschränkt
Ablehnung der Vorsitzenden Richterin Brauer wurde bereits in 2013 mit Unterdrückung eines Befangenheitsverfahrens niedergeschlagen
Beschluss vom 26.Feb.2021 gegen die Beschwerde wurden mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge zurückgewiesen,
zu nachfolgenden Beschlüssen wurde auf das Rechtsmittel der Anhörungsrüge verwiesen.
Das Gerichtsverfahren mit weiterer Eskalation in der 2.Instanz ist an Rechtswidrigkeit, Verfassungswidrigkeit und Wahrheitswidrigkeit nicht zu überbieten
Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK längst auf der Strecke geblieben
Wahrheitswidrig: Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 14.März 2021 mit Fax-Protokoll vom 18.März 2021 / 15.34 Uhr, nicht erst am 1.April, sondern 2 Wochen vor dem 1.April !
Rechtswidrig und verfassungswidrig: 2.Senat, disqualifiziert durch Wahrheitsbeugung, nicht zuständig für beklagtes Rechtsgebiet, verstößt gegen das Prozessgrundrecht nach Art.103 Abs.1 GG,
gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip).
Widerstand gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG
http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 65)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.02.2021 / 10.04.2021 mit Schriftsatz vom 08.Mai 2021 wegen Klage vom 03.Mai 2018 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-340. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 / 10.April 2021 zu exotischem Gerichtsverfahren
> mit manipuliertem Rechtsweg, mit manipuliertem Rubrum, mit nicht zuständigem Senat in 2.Instanz
> mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht,
> mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn und Leugnen kausaler Zusammenhänge mit politisch motivierter Sippenzerschlagung durch eine best vernetzte Täter-Phalanx
> mit zu verabscheuender Heuchelei und wiederholter Wahrheitsbeugung in der 2.Instanz des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens
> vor dem Hintergrund krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nach demokratischen Wahlen auf Bundes- und auf Landesebene
ohne Chance für Opfer von staatlichen Übergriffen mit extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit best vernetzter Täterphalanx einschließlich Öffentlich-rechtlichem Rundfunk
BVERFG-341. Exotisches Gerichtsverfahren mit verweigertem Rechtsweg für Rehabilitierung und Schadenersatz durch Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen (hier: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk) mit extremistischer Ausuferung zu
> politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
> politisch motivierter Sklavenhaltung nach ökonomischer Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Exotisches Beschwerdeverfahren trotz 2 Anhörungsrügen vom 15.Feb.2021 und 14.März 2021
> wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 25.01.2021
> wegen Zurückweisung der Bescheidung
> mit wiederholtem Leugnen der 2.Anhörungsrüge vom 14.März 2021 entgegen Beweis mit Faxsendeprotokoll der 2.Anhörungsrüge

> mit Eröffnung eines Anhörungsrügeverfahren ohne Rechtsgrundlage nach weiterer Verfassungsbeschwerde vom 10.April 2021
> mit unbeschreiblichen Vorgängen, mit einer Twitter-artigen Serie von Beschlüssen und Rechnungen der Zentralen Zahlstelle Justiz bis zur Erschöpfung eines manipulierten Rechtsweges
Anzugreifende Hoheitsakte in Zusammenfassung inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
BVERFG-342. "Bürger sind keine Untertanen"
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Von politisch motivierter Sippenzerschlagung zu
> Politisch motivierter Sklavenhaltung mit jahrelanger Kontaktbeschränkung,
ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe,
im fortgeschrittenen Rentenalter,
mit orgienartiger Ausuferung bis zu 4 parallelen, exotischen Gerichtsverfahren mit Mehrfach- bis zu Quintuplex-Beschlüssen,
Gerichte übergreifend an Amtsgerichten, Landgerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, Verwaltungsgerichten u.v.a.m.
mit verfassungswidriger Krankenversicherung
nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
mit Todesopfer, Rufmord, Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden und Versagung der Rehabilitierung,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Durchsetzung krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik aus Wahlstrategien demokratischer Wahlen
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:
anhand aktueller Verfassungsbeschwerden seit 2010
Null Toleranz zu Fortsetzung des unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinn ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Zielsetzung: Beseitigung der politisch motivierten Sklavenhaltung
durch Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung durch best vernetzte Täter/Mittäter-Phalanx:
> Deutsche Bundesregierung (Zerschlagung 1 am Wohnort)
> Bayerische Staatsregierung (Zerschlagung 2 am Geburtsort)
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (Zerschlagung 3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 114)

Neue Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22)
Schriftsatz vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVRFG-350. Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Schreiben vom 02.Jan.2022 / 11.Jan.2022 an die Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38/49)
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
mit Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019, 03.Juni 2019 und 17.Juni 2019
an den Präsidenten des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)
mit Anzeige der beantragten Immunitätsaufhebung
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 und
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 313)
am Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165)

Schriftsatz vom 02.Feb.2022 (Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVERFG-351. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 wegen seiner Tätigkeit als
Chef des Bundeskanzleramts in 1999-2005: Hauptursache für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung bundesweiter Sippenzerschlagung am
Wohnort in NRW und
am Geburtsort in Bayern
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Hier: Mittäterschaft des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in
Deutschland und nicht nur in Köln auf Intendanten-Ebene
Zum 3.Mal, Niederschlagung nach verfassungswidrigem Muster einer
exotischen Verwaltungsjustiz: Nach strafbarer Rechtsbeugung in der
1.Instanz Verweigerung der
2.Instanz wegen Totalschaden des Zerschlagungsopfers
1. und 2. Mal am Verwaltungsgericht Regensburg und Verweigerung der
2.Instanz am Bayrischen Verwaltungsgerichtshof
nach einer Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den
Tod (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort.
3.Mal am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2013 (27 K 5854/13, 27 K
4325/18) und 2.Instanz am Oberverwaltungsgericht des Landes NRW
Haupttäter verschanzen sich hinter ihrer Immunität und öffentlich-rechtliche
Mittäter werden von der Verwaltungsjustiz geschützt, mit verwerflicher
Rechtsbeugung und PKH-Verweigerung
Zerschlagungsopfer werden von Sklavenjägern gejagt:
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu politisch motivierter
Sklavenhaltung mit Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opfer
verhöhnender Justiz (Gerichtsverfahren, Altersdiskriminierung,
Generationendiskriminierung)
Hier: Zu bekämpfende Hoheitsakte. Null Toleranz, wenn Grundrechte und
grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein
grundrechtsfreier Raum. Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht
Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit
Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
BVERFG-352. Urteil vom 24.Aug.2021:
Faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer
verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Rechtsbeugung durch Manipulation des Gerichtsverfahrens
mit Änderung des Beklagten und Änderung des Klagegrundes
Stellungnahme zu den Aktivitäten nach der sofortigen Beschwerde am
Oberverwaltungsgericht für das Land NRW mit erstem Schriftsatz vom
25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 (AR 1916721) mit
erstem Schriftsatz vom 26.Feb.2021 mit ca. 770 Seiten
nach mündlicher „Verhandlung“ (nur Anhörung durch
Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch und unbeantworteter Anhörungsrüge
ohne Anwesenheit des Beklagten und späterem Urteil) am 24.Aug.2021.
Einspruch und Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen strafbare Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung
ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
durch Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht
mit Klagestand 2021
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort
in zweistelliger Millionenhöhe durch best vernetzte Täter-Phalanx

BVERFG-353. Zurückzuweisen: Opfer verhöhnende Rechtsargumente und Kostenargumente in einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren zu einem Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen ohne Schuldbewusstsein.
Rechtsargumente des Oberverwaltungsgerichts sind nicht diskutabel und haben keine Rechtskraft,
> weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
> weil der Kläger wegen Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierten Zerschlagungen, wegen Rehabilitierung und Schadenersatz selbst zum Beklagten zwecks Gebühreneinzug umgeschrieben wurde,
> weil der tatsächlich Beklagte abgeändert wurde und so das Gerichtsverfahren in Abstimmung mir der 1.Instanz in unerträglicher Weise verändert und verfälscht wurde: Nicht mehr vorstellbare Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr, Victim blaming, Opferverhöhnung mit einer unerträglichen Häme,
mit Opferdiskriminierung, mit Altersdiskriminierung und mit Generationendiskriminierung
Kostenargumente haben aus gleichem Grund keine Rechtskraft
Opfer verhöhnende Kostenargumente, mehrfach stufenartig gesteigert, als Antwort auf Argumente, basierend auf dem Grundgesetz, zeigen ein primitives, verfassungswidriges Rechtsverständnis,
haben nur eine Zielsetzung: Finale Zerschlagung nach
Politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx ohne Schuldbewusstsein und mit großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

Schriftsatz vom 22.Feb.2022 (2.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten
mit Einspruch vom 02.Feb.2022 (231 Seiten) gegen
Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022)
BVRFG-354. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt mit
Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit einer geballten politischen Macht mit Immunitätsschutz
gegen Zerschlagungsopfer ohne qualifizierte Rechtsanwälte,
mit Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr
mit unverhältnismäßiger Diskriminierung wie Opferdiskriminierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Mit Verteufelung und Zerschlagung der digitalen Innovationselite als Dotcom-Blase, mit Nachrichtensperre und mit ihrer Eliminierung

Ganz Deutschland leidet unter verfassungswidriger Justiz und politisch motivierten Zerschlagungen
durch führende Politiker mit fehlendem Schuldbewusstsein,
mit nicht überwindbaren Immunitätsschutz und
mit Datenschutz für kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
durch führende Politiker als Helfershelfer und Komplize autoritärer Staaten
mit Risiko für den Weltfrieden
Nach Wiederwahl des Bundespräsidenten:
Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf
nach über 20 Jahren Verfolgung
BVERFG-355. Täter ohne Schuldbewusstsein:
Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit üppiger Altbundeskanzler-Vergütung seit 2005, Putin-Berater und Putin-Freund,
"Laufbursche von Putin" (so der vergiftete und in Lagerhaft befindliche Kreml-Kritiker Alexej Nawalny),
verantwortlich nicht nur für deutsche Energieabhängigkeit von Russland, an der Seite von Russland im Kampf gegen nordatlantische Gemeinschaft,
gegen ein freies Ukraine und gegen ein freies Osteuropa,
verantwortlich auch für Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland,
verantwortlich auch für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost,
verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice,
Opfer ohne Perspektive, ohne Chance für die Wahrheit:
mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 als Dotcom-Blase verteufelt und eliminiert ohne den Hauch einer Chance für die Wahrheit,
mit verheerenden Folgewirkungen für die Digitalisierung, für die Chip-Entwicklung und für die Chip-Produktion in Deutschland,
Zerschlagungsopfer ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz,
von deutscher Justiz wie ein Staatsfeind Nr.1 durch die Gerichte getrieben,
weil in 2010 seine Altersrücklagen aufgebraucht sind,
weil am Geburtsort in Bayern sein Bruder von bayerischem Mittäter (Staatsminister, seit 2018 Ministerpräsident, Mittäter einer skrupellosen Täter-Phalanx) mit einer Treib- und Hexenjagd in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod gezwungen wurde,
mit Missbrauch von bayerischen Kommunalwahlen als Volksjustiz,
von Verwaltungsgerichten mit Rechtsbeugung in 1.Instanz kriminalisiert,
verfassungswidrig, weil ein ordentlicher Rechtsweg
gemäß Art.34 Abs.3 GG bis dato verweigert wurde
Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten:
Dreimal verfassungswidrig, 1.Mal und 2.Mal in Bayern, 3.Mal in NRW, 3 Mal zu viel! und wie oft noch?
BVERFG-356. Internet-Missbrauch durch jungen Einzelrichter am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Unvorstellbar: Sein Urteil vom 24.Aug.2021 (Anlage VB-19), faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, als Fake News im Internet
mit freiem Zugang für alle Surfer.
So wird Wahrheit, Recht und Verfassung manipuliert!
Fake News mit Missbrauch des Datenschutzes eskaliert
Grundrechte sind nicht ausschaltbar, egal was ein Einzelrichter ankündigt.
Es gilt Gleichheit vor dem Gesetz, d.h.
wenn der Beklagte nicht antreten muss, nicht antreten will und nicht antritt, dann ist dies diskriminierende Ungleich-Behandlung für den Kläger
Grundrechte sind nicht käuflich und nicht strafbar, auch wenn eine 2.Instanz zusätzlich Justizbehörden zur Hilfe holt. Eine 2.Instanz darf nicht mit Kosten und mit stufenweiser Erhöhung von Kosten verhindert werden.
Entsprechende Beschlüsse haben keine Rechtskraft.

Grundrechte sind nicht an Rechtsanwälte gebunden: Beschwerdeführer wird wie ein Staatsfeind Nr.1 durch alle deutschen Gerichte gejagt (politisch motivierte Sklavenhaltung), in Verfahren parallel/simultan und hintereinander mit orgienartiger Ausuferung seit 2010 gegen geballte politische Tätermacht mit Immunitätsschutz: mit bezahlten Rechtsanwälten wäre er heute pleite, mit Rechtsanwälten auf PKH-Basis hätte er keine Chance, er ist gezwungen, ohne Rechtsanwälte zu klagen, sich zu verteidigen, im 81.Lebensjahr mit Praxistraining seit 2010.
Bis dato weltweit ohne Vergleich, Lebenswerk des Klägers:
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
weltweit größtes Congressangebot für digitale Evolution mit professionellem Verlagsservice seit 1977, als Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare seit 1971 (Anlage VB-AA Seite 03). ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen, in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Anlage VB-AA Seite 03: Kurzfassung der
Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz in Online-Systemen) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Essen, Karlsruhe
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Hersteller-neutrale ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa als qualifizierte Basis seiner Unternehmensberatung
Seine Kunden: Digitale Innovationselite in Deutschland und Ausland, New Economy, Net Economy
Bis dato: Verheerende Folgewirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier mit Fortsetzung unter Merkel, mit Mittätern und Trittbrettfahrern (Söder),
mit Nachrichtensperre, ohne Aufarbeitung, ohne Rehabilitierung und ohne Schadenersatz
Eliminierung der digitalen Innovationselite (New Economy, Net Economy) mit Export des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost
Mit Folgewirkungen erzwungen: Einstellung der Europäischen Congressmessen in 2003, keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003
Hier: Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene seit 1998
BVERFG-357. Nicht öffentliche Planungskonferenzen in 1998 zur Vorbereitung und Unterstützung einer
Bürger und Menschen verachtenden Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit bundesweiter Eskalation
zusammen mit den ÖRR-Intendanzen:
Antrag auf Opferschutz mit besonderem Schutzbedarf
gemäß Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilungs-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen Rentner im 81.Lebensjahr mit herausragendem Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22,) gemäß Schreiben der OGVin Christiane Bräutigam mit Vollstreckungsauftrag der Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz).
Was Intendantin Monika Piel (danach Tom Buhrow) schon in 2011 gewusst hat, hat das Zerschlagungsopfer nachgewiesen.
3 Mal verwaltungsgerichtliche Rechtsbeugung, jetzt mit Eskalation von Diskriminierung und Diskreditierung mit Fake News im Netz:
Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk (inkl. WDR) auf Intendanten-Ebene ist Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG:
Anmahnung von Opferschutz, Rehabilitierung und Schadenersatz anstatt politisch motivierter Sklavenhaltung und
Anmahnung der Unterlassung von Fake News, von sozialer Zerschlagung mit Zwangsmaßnahmen anstatt sozialer Sicherheit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 244)

Schriftsatz vom 01.03.2022 (3.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit 1.Stellungnahme zur Zeitenwende, wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Einspruch vom 02.02.2022 (231 Seiten), gegen Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022) mit Einspruch vom 22.02.2022 (66 Seiten)
BVERFG-358. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet, versklavt mit Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
mit öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanzen-Ebene als Mittäter einer best vernetzten Täter-Phalanx
mit Rundfunksperre und Nachrichtensperre für Politmagazine auf Bundesebene
mit aktiver Teilnahme an Planungskonferenz(en) einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik (vgl.„Wannsee-Konferenz 1942“)
mit dem Ziel einer nachhaltigen Effizienz der Umverteilung und Zerschlagungen
mit Erzwingung einer politisch motivierten Sklavenhaltung durch eine politisch motivierte Umverteilungs- und Zerschlagungsjustiz
mit erneutem Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendungen eines Staatsvertrages ohne Rechtskraft (Anlage VB-21)
mit großem Schaden für Deutschland, weil verfassungswidrig seit über 20 Jahren (1998) und als Mittäter
mitverantwortlich für Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland und als Mittäter
mitverantwortlich für Digitalisierungs-Schlusslicht von Deutschland in Europa und als Mittäter
mitverantwortlich für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost, und und als Mittäter
mitverantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mitverantwortlich für mangelhafte Leistungsfähigkeit in Deutschland durch Zerschlagung professioneller Tätigkeit, durch Förderung mangelhafter Benutzerfreundlichkeit und mangelhafter Sicherheit
BVERFG-359. Zeitenwende mit Bundeskanzler Olaf Scholz: Russischer Angriff auf die Ukraine am 24.Feb.2022, Menschen verachtend, abartig und pervers, nie wieder Krieg,
aber Wahrheit bleibt Wahrheit !!!
Grundrechte nicht käuflich, nicht strafbar und zu respektieren entgegen verfassungswidrigen Beschlüssen des 2.Senats des Oberverwaltungsgerichts Münster
Intendanten-Ebene des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (1998):
Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 mit zusätzlichem Moderatoren-Duett für nicht-öffentliche Planungskonferenzen missbraucht (Anlage VB-217Z(3), Haupt-Zeuge aus Moderatoren-Duett später Congressleiter der Europäischen Congressmessen)
Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Zeitenwende wegen Ukraine-Krieg

Scherbenhaufen deutscher Außenpolitik, deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel
Söder: Vom Berliner Machtzentrum für Zerschlagung am Geburtsort informiert und gelernt
Zeitenwende, Wendehälse, „verbrannte Erde“ und Wahrheiten
Katastrophale Schäden durch best vernetzte Täter-Phalanx einschl. Mittäterschaft der Intendanzen des beklagten ÖRR (1998) und Kommunikationssperre durch nachfolgende Intendanten
Vorrangig ist Rehabilitierung und Schadenersatz für Zerschlagungsopfer und nicht für die Täter und Mittäter
Wiederholung des Antrags auf Opferschutz besonders in der Zeitenwende
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung und Opferdiskriminierung durch WDR-Bescheide (Anlage VB-21)
gegen Fortsetzung von Kontopfändungen für Rechtsanwälte einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto (Anlage VB-17a)
wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
BVERFG-360. Zeitenwende: Abwehr des Angriffs auf Weltfrieden, Demokratie und Menschenwürde und Schröder ist nicht dabei
Zeitenwende: Abwehr politisch motivierter Zerschlagungen der deutschen Innovationselite und Schröder/Steinmeier sind schuldig
Zeitenwende: Aufarbeitung der Schröder/Steinmeier Vergangenheit, damit für Zeitenwende eine Perspektive.
Zeitenwende: Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht mit Einspruchsmöglichkeit bei Wahl eines neuen Bundespräsidenten
Zeitenwende: Deutschland braucht einen „Ruck durch Deutschland“-Bundespräsidenten“ wie einen
Roman Herzog: Deutscher Bundespräsident 1994-1999, Präsident des Bundesverfassungsgerichts 1987-1994
Zeitenwende: Wenn der „Bock zum Gärtner“ gemacht wird, hat die Zeitenwende keine Perspektive, mit einem Bundespräsidenten, der seine Opfer zum Täter macht, um die Spuren seiner Vergangenheit zu verwischen.
Zeitenwende: Ein Bundeskanzler braucht auch die Unterstützung durch ein Bundesverfassungsgericht, um die Zeitenwende zu schaffen, aber nicht mit Alters- und Generationen-Diskriminierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 303)

Schriftsatz vom 13.03.2022 (4.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Zeitenwende in der Justiz im Zusammenhang mit politisch Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder unter Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich WDR
BVERFG-361. Globale Zeitenwende und in deutscher Justiz wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält, wie vor der Zeitenwende: sieh Anlagen zu Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, mit Todesopfer, mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Folter, mit sozialer Zerschlagung und mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Desaster-Lage deutscher Politik
Ukraine-Krieg-Zeitenwende:
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 355)

Schriftsatz vom 25.03.2022 (5.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022) wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschl. WDR
BVERFG-362. Politisch motivierte Zerschlagungen unter
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998), ohne Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
im Lichte der **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende**
Deutschland finanziert mit russischer Energieabhängigkeit Ukraine-Putin-Krieg
Exkanzler Gerhard Schröder: als Putin-Freund und Putin-Berater, als Helfer für russische Energieabhängigkeit beteiligt
Frank-Walter Steinmeier als Helfershelfer für Schröder/Putin: Seit 1991 Medienreferent, Büroleiter, Kanzleramtschef bis 2005 bei Schröder, danach als Außenminister, SPD-Fraktionsführer, Außenminister unter Merkel, Bundespräsident auf Vorschlag der Bundeskanzlerin
Erzwingung der Zerschlagungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier, ab 2005 mit Unterstützung durch die Bundeskanzlerin
Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr:
Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen,
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter Schröder/Steinmeier/Merkel
Daher:Grundgesetzlicher Anspruch auf
Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen
mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin, (Anlage VB-28):
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 392)

Schriftsatz vom 02.04.2022 (6.Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit Einspruch wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
BVERFG-363. Politisch motivierte Zerschlagungen unter
Schröder/Steinmeier/Merkel und Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998),
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu verfassungswidrigen Auswüchsen von Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opferdiskreditierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung jetzt im 81.Lebensjahr,
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 bis heute, jetzt im 81.Lebensjahr (Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven)
> zu politischem Desaster mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe von
Schröder/Steinmeier/Merkel
und es wird weiter zerschlagen was das Zeug hält: Daher

Antrag auf unverzüglichem Stopp für Opfer verhöhnende Aktionen von Obergerichtsvollzieherin und Amtsgericht Velbert
mit Zwangsvollstreckungssachen und Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto für Gerichtskosten verfassungswidriger Gerichtsverfahren einer Zerschlagungsjustiz mit Zerschlagung eines
herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit
weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und mit professionellem Verlagsservice für digitales Innovationswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 430)

Neue Verfassungsbeschwerde
Schriftsatz vom 20.Juni 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifend
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Zerschlagungen unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Antrag auf Opferschutz
mit besonderen Schutzbedarf im 81.Lebensjahr wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht nach sozialer Zerschlagung
BVERFG-370. Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022 und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu

den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China),
Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .
BVERFG-371. Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert).
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum. Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof.
Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, wenn:
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will
> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör) für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage

> Mehr-Richter-Verantwortung für das
verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
Aushebelung der Justiz
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit:
Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin, Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)

Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen) und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen,
Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.
Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.
BVERFG-374. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
1 BvR 149/23

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 31.01.2023

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem
Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz (Güteverfahren?) und nachzuholender
Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen gegen WDR/ÖRR seit 2010 in Amtsgericht Velbert und Verwaltungsgericht Düsseldorf) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.

Hier:
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023, weil Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 sabotiert werden, sondern auch im (ober)verwaltungsgerichtlichen Verfahren OVG 11 M 21/21 (VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch motivierte Zerschlagung fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst „Güteverhandlungen“ verhindern
weil mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht / Sozialgericht zum Amtsgericht) nur noch Justiz-Versagen erzwungen wird

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 380)

unter Bezugnahme auf vorhergehende Verfassungsbeschwerden wegen Fortsetzung von verfassungswidriger Verwaltungsjustiz am Amtsgericht (Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit) ohne Überprüfbarkeit verwaltungsgerichtlicher Vorgänge:

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.02.2021 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 02.02.2022 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

> Neue Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

> Neue Verfassungsbeschwerde (hier,) vom 01.01.2023 gegen 27.Kammer am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380)

Begründung (Fortsetzung mit laufender Nummerierung)

BVERFG-378. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz:
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023,
weil Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf sabotiert werden,
sondern auch im (ober)verwaltungsgerichtlichen Verfahren OVG 11 M 21/21 (VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
weil mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht / Sozialgericht zum Amtsgericht) nur noch Justiz-Versagen erzwungen wird
weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch motivierte Zerschlagung fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst „Güteverhandlungen“ am (Ober)Verwaltungsgericht Berlin verhindern durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten,
selbst nach Antrag auf Opferschutz und Nachholung der Weihnachtsruhe
Neue Dimension der Opferkriminalisierung: Anspruch auf Rehabilitierung wird mit „Güteverhandlungen“ geleugnet.
Wofür muss der Beschwerdeführer eigentlich Verantwortung übernehmen?
Weil er etwa Digitalisierungsnotlage nicht verhindert hat?
Weil er etwa wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche) zu wenig geleistet hat?
Weil er etwa die politisch motivierten Zerschlagungen nicht abwehren konnte?

Der Beschwerdeführer hat mit der Verfassungsbeschwerde im Schriftsatz vom 01.01.2023 nachgewiesen, dass nach
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 (ein Viertel Jahrhundert) wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr und in Anbetracht des Schadens für Deutschland (Digitalisierungsnotlage) längst der Weg für eine Zeitenwende in der Justiz und
nicht für ein „Güteverfahren“ freigegeben werden muss.
Die Verfassungsbeschwerde mit 323 Seiten und mit professioneller Doku zur Europäischen Congressmesse ONLINE'98, aus der von einem Team des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks multimediale Raubkopien mit anschließendem Missbrauch der Raubkopien ohne jede Abstimmung mit dem Beschwerdeführer erstellt wurden, umfasst folgende Kapitel:

Kapitel **BVERFG-375. Anzufechtender Hoheitsakt im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 nach Verfassungsbeschwerde 2121/22 vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert.**

Totales Justiz-Versagen in Fortsetzung: Verurteilung brutal verfassungswidrig mit Beugung von Wahrheit und Recht, weil . . . .
> weil Verurteilung nach Rundfunk- und Fernseh-Recht, das überhaupt nicht bestritten und nicht beklagt, mit Opfer verhöhnender Begründung, mit respektloser Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, gegen ein Opfer im 82.Lebensjahr, abartige Ausuferung darstellt,
> weil die gesamte Intendantenschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunk beteiligt war seit 25 Jahren, unter Federführung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit 1997 und stellvertretende WDR-Intendantin seit 2008, mit Rückendeckung durch die Alt-Bundeskanzlerin,
> weil Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren, nicht nur unterdrückt, sondern zusätzlich sabotiert wird, mit Vorrang vorgetragen einfach unterdrückt wird
> weil nicht nur umfangreiche Beweise und respektable Zeugen, sondern die gesamte Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz unterdrückt wird, zusätzlich die Zusammenhänge zu Ukraine-Krieg-Zeitenwende und Schlesinger-Skandal des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgezeigt werden, ohne Beachtung zu finden
> weil das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen aus Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Sozial-Versagen, ÖRR-Versagen, Justiz-Versagen sich verantworten muss
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
> weil mit sozialer Zerschlagung ständig Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert werden
> weil mit seiner Zerschlagung nicht nur der Digitalisierungsnotstand in Deutschland zu beklagen ist, sondern darüber hinaus Energienotstand, Sicherheitsnotstand, Friedensnotstand: Totales Politik-Versagen und kein Ende in Sicht

Kapitel **BVERFG-376. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen und kein Ende in Sicht (Überblick letztes Quartal in 2022)**
> > > Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.Dez.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Versagen richterlicher Bescheidung am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerdegericht zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal und zu einer Rechtsbeschwerde am Amtsgericht Velbert in Verfahren des Sozialversicherungsträgers als Kläger und als Zeuge, verursacht durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 und Rechtsmissbrauch orgienartiger Überflutung mit Gerichtsverfahren gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

> > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.Okt.2022
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende und öffentlich-rechtlicher Rundfunk-Krise nach Schlesinger-Skandal
gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal wegen
Versagen einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.Juli 2022 zu Beschlüssen des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 zur Gerichte übergreifender Verwaltungsjustiz
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Kapitel **BVERFG-377. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,**
weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Opfer mit einem herausragenden Lebenswerk hat Anspruch auf einen humanen Lebensabend
Beschwerdeführer hat Weihnachtsruhe bis 15.Jan.2023 einschließlich Notfristen angemahnt. Statt dessen wurde er mit Gerichtsverfahren überschüttet. Ein Anspruch auf einen humanen Lebensabend wird ihm aberkannt. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Opfer erhebt Anspruch auf eine Nachholung der Weihnachtsruhe aufgrund seines Alters bis 15.Feb.2023.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Um der Verfassungsbeschwerde mehr Wirkung zu verschaffen, wurde sie auch an das Oberverwaltungsgericht Berlin (OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14 VG Berlin) mit Auflistung der Anlagen zugesandt.
Der Beschwerdeführer sieht jedoch die Notwendigkeit, gegen den **Beschluss OVG 11 RM 2/22 / OVG 11 M 21/21 VG 27 K 308/14 VG 27 K 3.08.14 Berlin eine separate Verfassungsbeschwerde termingerecht nachzuliefern. Sieh**
Anlage VB-2306
Schriftsatz vom 26.Jan.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin mit
neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.Jan.2023 wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO gegen Beschluss OVG 11 RM 2/22 / OVG 11 M 21/21 VG 27 K 308/14 VG 27 K 3.08.14 Berlin (eingegangen am 20.01.23)
154. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Seit 25 Jahren gegen Rentner im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung eines **Altbundeskanzlers**, eines sanktionierten Lobbyisten von Kriegsverbrecher: Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, **Altbundeskanzlerin**, persönlich verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe . . .
Nachgewiesen: Mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF über politisch motivierte Zerschlagungen,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf ohne Begründung unterdrückt: Missbrauch multimedialer Raubkopien von den Congressen, Aussperrung aus Politmagazinen, ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände.

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen. Barbarisch brutal, respektlos vor herausragendem Lebenswerk und Anspruch auf humanes Lebensende verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensjahr am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung seines qualifizierten und prämierten Lebensmittelbetriebes seit 1998 mit Volksjustiz in Kommunalwahlen und Fortsetzung der bayerischen Hetzjagd in NRW. Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter heutigem Ministerpräsidenten in Bayern wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Sabotierung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit orgienartiger Überflutung von Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung :
mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit einem Sozialversicherungsträger, der nur noch soziale Zerschlagung im hohen Rentenalter betreibt und Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert.
Daher: Endlich Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit sofortiger Einstellung der sozialer Zerschlagung, ausschließlich verursacht von politisch motivierten Zerschlagungen, wegen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit erneuter Verfassungsbeschwerde.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 126)

Anlage VB-2307
Beschluss OVG 11 RM 2/22 / OVG 11 M 21/21 des Oberverwaltungsgerichts Berlin vom 16.Jan.2023 (eingegangen am 20.Jan.2023) **nach Hinweis auf Güteverfahren** ohne eine reale Möglichkeit der Inanspruchnahme wegen Sabotage durch Sozialversicherungsträger trotz erzwungenen Verzicht auf Weihnachtsruhe im 82.Lebensjahr. Daher anzufechten.

Bis heute wird er daran gehindert, am Verwaltungsgericht Berlin mit Nachdruck Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch motivierte Zerschlagungen fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst „Güteverhandlungen“ am (Ober)Verwaltungsgericht Berlin verhindern durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.
So wurde nach der Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 / 4.Okt.2021 (1 BvR 1959/21, Umfang ca. 1600 Seiten) die Fortsetzung des Gerichtsverfahrens vom Sozialversicherungsträger sabotiert.
Darüber hinaus: Mit „Güteverhandlungen“ wird offensichtlich der Anspruch auf Rehabilitierung geleugnet. Das ist eine neue Dimension der Opferkriminalisierung

BVERFG-379. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz:
Erzwingung von Justizversagen
mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal) nach Verfassungsbeschwerde vom 20.Okt.2022 (1 BvR 2121/22)
Erbärmliche Begründung der fortgesetzten Opferkriminalisierung durch Gerichte übergreifende Verfahren: Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
Erbärmliche Aneinanderreihung von Feststellungen der 16.Zivilkammer ohne Begründung oder mit nicht zutreffenden Begründungen, weil sich das Zerschlagungsopfer wehrt, ständig Gerichtskosten zu übernehmen, weil in Urteilen am Verwaltungsgericht Düsseldorf Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird.
Erbärmliche Überflutung mit Gerichtsbeschlüssen und asozialen Attacken der sozialen Zerschlagung des Sozialversicherungsträgers selbst an Weihnachten gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, wenn ganz Deutschland am Ende eines Jahres Weihnachtsruhe hat, und das „alle Jahre wieder", seit 2010!

Sieh **Anlage VB-2308**
Schriftsatz vom 28.Jan.2023 an das Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert
vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF
gemäß Punkt 17 und 18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 69)
Punkt 17. Brutal verfassungswidrig: Aus Gerichte übergreifenden Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit verfassungswidrigen Urteilen und Beschlüssen, die
nicht am Amtsgericht Velbert anzufechten sind,
sondern am Bundesverfassungsgericht, Oberverwaltungsgericht und am Verwaltungsgericht.
Daher Verfahren am Amtsgericht und an der 16.Zivilkammer können nicht abhelfen zu Gunsten der Verwaltungsgerichte und verlängern weiter in verfassungswidriger Weise (Art.6 EMRK, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren) die Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin
Ausführlich dargelegt in
Punkt 16. Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) wegen Nicht-Bescheidung einer sofortigen Beschwerde
trotz Schriftsatz vom 06.Okt.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.07.2022 und gegen Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 27.09.2022 und vom 05.10.2022.
Sieh auch neue Verfassungsbeschwerde 10.12.2022 gegen Oberlandesgericht Düsseldorf (im besonderen Kapitel BVERFG-2302) mit Antrag auf Nachholung der Weihnachtsruhe bis 31.01.2023

Punkt 18. Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert
vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23), weil
Brutal verfassungswidrig: Aneinanderreihung und Hintereinander von Feststellungen ohne Begründung oder mit nicht zutreffender Begründung sind keine Abhilfe
Brutal verfassungswidrig: Gerichte übergreifende Verfahren am Amtsgericht nach verfassungswidrigem Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht Münster, um die Verfassungswidrigkeit dieser Verfahren verdecken. Fortsetzung der Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung durch 16.Zivilkammer im Verbund mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren in der Weihnachtszeit, um die Bemühungen des Zerschlagungsopfers um Rehabilitierung und Schadenersatz zu sabotieren.
Brutal verfassungswidrig, weil Beschwerdeführer im 82. Lebensjahr mit einem herausragendem Lebenswerk den Respekt der aktiven Justiz verdient und nicht Justiz-Versagen, mit dem er von einer älteren Generation wie Altmaterial entsorgt wird. Das ist brutale Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung, daher Übergabe an:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23) gegen verfassungswidriges Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (auch an Oberverwaltungsgericht Berlin kommuniziert) mit Antrag auf Opferschutz durch das Bundesverfassungsgericht

Anlage VB-2309
Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 des Landgerichts Wuppertal/Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023), zurückgewiesen mit Rechtsmittel
der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.
Staatsanwaltschaftliche Exzesse
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,
mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!
Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für
Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde
Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.
2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert,
Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor
Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010/70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder sieht keine Zukunft mehr, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.
> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,
selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,

weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.
Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz
> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

Faktenlage ist, das alles von weisungsgebundenen Staatsanwälten organisiert wird, indem verantwortliche Richter dies alles zulassen auf Kosten politisch motivierter Zerschlagungen:
Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen, einzige Ursache für
> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

Dementsprechend sind weitere Hoheitsakte mit dieser Verfassungsbeschwerde anzufechten, weil sie Rehabilitierung und Schadenersatz sabotieren:

Sieh **Anlage VB-2307**
Beschluss OVG 11 RM 2/22 / OVG 11 M 21/21 des Oberverwaltungsgerichts Berlin vom 16.Jan.2023 (eingegangen am 20.Jan.2023) **nach Hinweis auf Güteverfahren** ohne eine reale Möglichkeit der Inanspruchnahme wegen Sabotage durch Sozialversicherungsträger trotz erzwungenen Verzicht auf Weihnachtsruhe im 82.Lebensjahr. **Daher anzufechten.**

Sieh Schuldtitel gemäß **Anlage LG-06 (KV): Daher abzuweisen,weil:**
Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhnend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer
Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit **„Jacob Rechtspfleger“** Stempel durch **Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann** vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden.
(15 M 1627/22) gemäß **Anlage VB-2310**
Schriftsatz vom 24.12.2022 an **Landgericht Wuppertal** (**16 T 133/22) mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022**
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
mit Anlage LG-06(KV):

Totales Justiz-Versagen: Politisch motivierte Zerschlagungen sind einzige Ursache für Schuldtitel, die von Staatsanwälten mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz erzwungen werden.

Sieh Anlage VB-2311 mit Anlage LG-03
OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 wegen Zahlungsunfähigkeit infolge Politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren gegen Rentner, jetzt im 82.Lebensjahr Meisterleistung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Machtmonopol: Wer hat eine solche Weisung gegeben???? Totales Justiz-Versagen am Amtsgericht Velbert!

Aus Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.Okt.2022 umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht: Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern.

Mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher
Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren **wie** bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren:
Ursache für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für
soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge

Zu BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der der Freien und Hansestadt Hamburg(1988 – 1988), Eröffnungsredner auf der Europäische Kogreßmesse ONLINE ´87 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE ´92
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger,
9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft,
Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für

industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > https://ifdt.org/kpf/

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts dir Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochshule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > http://www.euro-online.de/h6.htm#

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später
Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam,

Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse, wegen Qualitätsvorsprung für die **digitale Zukunft in Deutschland, Europa und weltweit**

Albin L. Ockl, Jahrgang 1941, Zerschlagungsopfer,
Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ONLINE und KOMMTECH, Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), als Weiterentwicklung seiner in Europa führenden ONLINE-Seminarreihe (sein Lebenswerk: Von führenden ONLINE-Seminaren zu Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH u.a. mit professionellem Verlagsservice)
> > > http://www.euro-online.de/h6.htm
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

mit einem herausragenden Lebenswerk von Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

Eine deutsche Justiz, die Grundrechte respektiert, respektiert auch ein solches Lebenswerk für die Zukunft von Deutschland und Europa. Daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz!

Aus BVERFG-377.

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,
weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Opfer mit einem herausragenden Lebenswerk hat Anspruch auf einen humanen Lebensabend
Beschwerdeführer hat Weihnachtsruhe bis 15.Jan.2023 einschließlich Notfristen angemahnt. Statt dessen wurde er mit Gerichtsverfahren überschüttet. Ein Anspruch auf einen humanen Lebensabend wird ihm aberkannt. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Opfer erhebt Anspruch auf eine Nachholung der Weihnachtsruhe aufgrund seines Alters bis 15.Februar 2023 (<zum wiedeholtem Mal erflgreich verweigert)

Das Opfer beklagt im 82.Lebensjahr politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010
Ständige Gerichtsverfahren an Amtsgerichten Mettmann, Velbert, Mayen, am Landgericht, am Oberlandesgericht, an Sozialgerichten, an Verwaltungsgerichten in Düsseldorf und Berlin, ohne anwaltliche Unterstützung,
parallel und hintereinander,
ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Pfingstruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende.
Brutal verfassungswidrig mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung, Staats-Versagen ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen, Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten!

Daher Verfassungsbeschwerde wegen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Das Zerschlagungsopfer hat Anspruch auf ein humanes Lebensende
> mit Weihnachtsruhe, Osterruhe, Urlaubsruhe
> ohne Justiz-Versagen, ohne **OWi-Bussgeld-Hexenjagd und ständige juristische Schikanierung**
> ohne Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
> mit Respekt vor seiner Lebensleistung
> mit einer verfassungskonformen, nicht diskriminierenden Krankenversicherung
> mit Rehabilitierung und Schadenersatz nach 25 Jahren Politisch motivierten Zerschlagungen mit deutsch-bayerischem Politik-Versagen und Justiz-Versagen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

Velbert, 31.01.2023

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk und Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 führenden Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage VB-2306
Schriftsatz vom 26.Jan.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.Jan.2023 wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO gegen Beschluss OVG 11 RM 2/22 / OVG 11 M 21/21 VG 27 K 308/14 VG 27 K 3.08.14 Berlin (eingegangen am 20.01.23)
154. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Seit 25 Jahren gegen Rentner im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung eines Altbundeskanzlers, eines sanktionierten Lobbyisten von Kriegsverbrecher: Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Altbundeskanzlerin, persönlich verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe . . .
Nachgewiesen: Mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF über politisch motivierte Zerschlagungen,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf ohne Begründung unterdrückt: Missbrauch multimedialer Raubkopien von den Congressen, Aussperrung aus Politmagazinen, ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände.
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos vor herausragendem Lebenswerk und Anspruch auf humanes Lebensende verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensjahr am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung seines qualifizierten und prämierten Lebensmittelbetriebes seit 1998 mit Volksjustiz in Kommunalwahlen und Fortsetzung der bayerischen Hetzjagd in NRW.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter heutigem Ministerpräsidenten in Bayern wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Sabotierung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit orgienartiger Überflutung von Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung :
mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit einem Sozialversicherungsträger, der nur noch soziale Zerschlagung im hohen Rentenalter betreibt und Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert.
Daher: Endlich Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit sofortiger Einstellung der sozialer Zerschlagung, ausschließlich verursacht von politisch motivierten Zerschlagungen, wegen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit erneuter Verfassungsbeschwerde.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 126)

Anlage VB-2307
Beschluss OVG 11 RM 2/22 / OVG 11 M 21/21 des Oberverwaltungsgerichts Berlin vom 16.Jan.2023 (eingegangen am 20.Jan.2023) **nach Hinweis auf Güteverfahren** ohne eine reale Möglichkeit der Inanspruchnahme wegen Sabotage durch Sozialversicherungsträger trotz erzwungenen Verzicht auf Weihnachtsruhe im 82.Lebensjahr. Daher anzufechten.

Anlage VB-2308
Schriftsatz vom 28.Jan.2023 an das Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert
vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF
gemäß Punkt 17 und 18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 69)
Punkt 17. Brutal verfassungswidrig: Aus Gerichte übergreifenden Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit verfassungswidrigen Urteilen und Beschlüssen, die
nicht am Amtsgericht Velbert anzufechten sind,
sondern am Bundesverfassungsgericht, Oberverwaltungsgericht und am Verwaltungsgericht.
Daher Verfahren am Amtsgericht und an der 16.Zivilkammer können nicht abhelfen zu Gunsten der Verwaltungsgerichte und verlängern weiter in verfassungswidriger Weise (Art.6 EMRK, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren) die Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin
Ausführlich dargelegt in
Punkt 16. Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) wegen Nicht-Bescheidung einer sofortigen Beschwerde
trotz Schriftsatz vom 06.Okt.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der

sofortigen Beschwerde vom 19.07.2022 und gegen Beschluss 16 M 188/22 des Amtsgerichtes Velbert vom 27.09.2022 und vom 05.10.2022.
Sieh auch neue Verfassungsbeschwerde 10.12.2022 gegen Oberlandesgericht Düsseldorf (im besonderen Kapitel BVERFG-2302) mit Antrag auf Nachholung der Weihnachtsruhe bis 31.01.2023
Punkt 18. Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert
vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23), weil
Brutal verfassungswidrig: Aneinanderreihung und Hintereinander von Feststellungen ohne Begründung oder mit nicht zutreffender Begründung sind keine Abhilfe
Brutal verfassungswidrig: Gerichte übergreifende Verfahren am Amtsgericht nach verfassungswidrigem Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht Münster, um die Verfassungswidrigkeit dieser Verfahren verdecken. Fortsetzung der Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung durch 16.Zivilkammer im Verbund mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren in der Weihnachtszeit, um die Bemühungen des Zerschlagungsopfers um Rehabilitierung und Schadenersatz zu sabotieren.
Brutal verfassungswidrig, weil Beschwerdeführer im 82. Lebensjahr mit einem herausragendem Lebenswerk den Respekt der aktiven Justiz verdient und nicht Justiz-Versagen, mit dem er von einer älteren Generation wie Altmaterial entsorgt wird. Das ist brutale Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung, daher Übergabe an:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23) gegen verfassungswidriges Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (auch an Oberverwaltungsgericht Berlin kommuniziert) mit Antrag auf Opferschutz durch das Bundesverfassungsgericht

Anlage VB-2309
Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 des Landgerichts Wuppertal/Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023), zurückgewiesen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

Anlage VB-2310
Schriftsatz vom 24.12.2022 an **Landgericht Wuppertal** (**16 T 133/22) mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022**
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
mit Anlage LG-06(KV): **Politisch motivierte Zerschlagungen sind einzige Ursache für Schuldtitel, die von Staatsanwälten mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz erzwungen werden.**

Anlage VB-2311 mit Anlage LG-03
OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 wegen

Zahlungsunfähigkeit infolge Politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren gegen Rentner im 82.Lebensjahr Meisterleistung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Machtmonopol: Wer hat eine solche Weisung gegeben???? Totales Justiz-Versagen am Amtsgericht Velbert!

Anlagen dieser Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2305

Anlage VB-2301
Urteil vom 30.11.2022 im Einzelrichter-Verfahren 27 K 2672/22

Anlage VB-2302
Schriftsatz vom 07.Nov.2022
mit Zurückweisung der rechtswidrigen und verfassungswidrigen Ladung durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen laufendem Ablehnungsgesuch
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen die 27.Kammer nach Versagung von rechtlichem Gehör gem. Art.103 Abs.1 GG zu Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
nach neuer Verfassungsbeschwerde im Gerichte übergreifenden Verfahren nach Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz
178. Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung vom 19.Okt. 2022 (eingegangen am 26.10.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen laufendem Ablehnungsgesuch
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß 152a VwGO gegen die 27.Kammer nach verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör gem. Art.103 Abs.1 GG zu Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 im Gerichte übergreifenden Verfahren (27 K 4325/18, 27 K 2672/22 VG Düsseldorf, 16 M 188/22 AG Velbert)
nach Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz zu Gerichte übergreifendem Gerichtsverfahren: Brutal verfassungswidrig!
Wie Kölscher Klüngel am Verwaltungsgericht Düsseldorf, Oberverwaltungsgericht Münster festigt den Zusammenhalt, Wuppertaler Justiz verweigert Schadenersatzverfahren und will nur Opfer-Kriminalisierung fortsetzen, Amtsgericht Velbert betreibt psychische Folter mit Obergerichtsvollzieher:innen und Schlächter:innen-Getön gegen das Opfer, dem überhaupt keine Zeit bleibt, um in einer Berliner Schlangengrube Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen:
Null Chancen für Art.1 Abs.1 GG und andere Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechten
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen aus Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Sozial-Versagen, ÖRR-Versagen, Justiz-Versagen
wegen herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 330)

mit **Anlage VG-2215**
Braucht Deutschland ARD und ZDF? WDR-Intendant Tom Buhrow befeuert mit einer Grundsatzrede die Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter Beteiligung des ÖRR, insbesondere WDR, braucht Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz.

Anlage VB-2303
Ladung zur mündlichen Verhandlung am Montag, den 14.November 2022, um 13.30 Uhr im Verwaltungsgericht Düsseldorf

Anlage VB-2304
Mitteilung vom 24.Okt.2022, dass der Beklagte mit Eva-Maria Michel an der mündlichen Verhandlung am 14.11.2022 nicht teilnehmen werden.

Anlage VB-2305
Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit umfangreichen Anlagen
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008
174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.)
mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der

Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt,
um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendanz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998: Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu
Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)
nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)
Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin
Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.
2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:
Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,
vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:
Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.
Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)
2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer
und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.
Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine
daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen), Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance
seit 2007 z.B.
Rundfunksperre des Klägers zu einer
Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)
176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH : Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH
Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie **Kaizen,**
in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung
eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.
Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,
mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester
Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegende Beweise.
177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?
Hand-in-Hand: **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte!
Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.
Zerschlagen nicht nur:
Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,
Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen. Danach Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,
Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller- Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin
Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts-und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:
Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld
Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am
laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht
der 2.Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten
Zerschlagungen extremistischer Ausuferung
Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten
Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und
Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)
Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012
Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.
Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen
Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten
Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr
mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden
Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305 mit umfangreichen Anlagen:
Anlage VG-2201, Anlage VG-2202, Anlage VG-2203, Anlage VG-2204, Anlage VG-2205, Anlage VG-2206, Anlage VG-2207, Anlage VG-2208, Anlage VG-2209, Anlage VG-2210, Anlage VG-2211, Anlage VG-2212, Anlage VG-2213, Anlage VG-2214

Anlage VG-2201 (Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5)
1.Schreiben vom 09.Oktober 2007 (2.Anschreiben per Email am 16.10.2007) an alle Intendanten der ARD, an **Monika Piel**, Intendantin des WDR
Ähnliche Schreiben wie
an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff (**Anlage V-4**)
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
an Prof.Dr. Thomas Gruber, Intendant des Bayerischen Rundfunks,
an Prof. Ernst Elitz, Intendant des Deutschlandradio,
an Dr. Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks,
an Jobst Plog, Intendant des Norddeutschen Rundfunks,
an Peter Boudgoust, Intendant des Südwestrundfunks,
an Markus Schächter, Intendant des ZDF,
an Monika Piel, Intendantin des WDR,
an Maybrit Illner, Polit-Talkshow,
an Reinhold Beckmann, Polit-Talkshow,
an Anja Reschke, Polit-Magazin Panorama,
an Theo Koll, Polit-Magazin Frontal21
an Britta Weber, Polit-Magazin REPORT MAINZ
u.a. (Moderatoren von Polit-Magazinen, Beweis für Rundfunkperre)
mit Link an
Anlage VG-2202: Anlage Innovationen3
Schreiben vom 28.September 2007 an Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
mit den beiliegenden Abschnitte 1 – 16
Abschnitt 1
Miserable Wirtschafts- und Innovationspolitik seit der Jahrtausendwende
Abschnitt 2
Deutschland verliert Innovations- und Wettbewerbsvorsprung
Abschnitt 3
Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Versteigerung
Abschnitt 4
ITK-Branche 2007: Frustration und ohne Perspektiven
Abschnitt 5
Deutschland verliert internationalen Technologieführer für Telekommunikation
Abschnitt 6
Managementfehler der SIEMENS AG: UMTS-Versteigerung nicht verhindert
Abschnitt 7
Bundesnetzagentur: Regulierungsbehörde mit Konstruktionsfehler
Abschnitt 8
Rücksichtsloser Staat: Internationale Spitzenposition der Telekommunikation vernichtet
Abschnitt 9
Gesamte Wertschöpfungskette durch UMTS-Versteigerung nachhaltig gestört

Abschnitt 10
Über 27 Jahre Know-how für professionellen Innovationstransfer: Ohne Vergleich in Deutschland und weltweit
Abschnitt 11
UMTS-Versteigerung: Aus für Innovations- und Wirtschaftswachstum, Aus für Congressmessen ONLINE
Abschnitt 12
Maximaler Nutzen für Innovationswachstum aus den Congressmessen ONLINE
Abschnitt 13
Bundesregierung und BITKOM behindern Innovationswachstum
Abschnitt 14
In die Mülltonne? Einmalige, zeitgeschichtliche Dokumentation zur Entstehung und Entwicklung der ITK-Branche
Abschnitt 15
In die persönliche Insolvenz? Mit dem Know-how für Innovationswachstum aus einem Viertel Jahrhundert
Abschnitt 16
Ausgewählte Briefe aus dem Internet
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?:
Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
Brief an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
Brief an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-quo-vadis.pdf
Koalitionsvertrag & Breitband-Internet
Brief an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum
Brief an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
Brief an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum, Ihre Vision für Niedersachsen
Brief an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
Brief an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
Brief an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
Brief an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
Brief an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
Brief an den Ersten Bürgermeister Ole von Beust vom 11.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
Brief an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
Brief an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf

Anlage VG-2203: Anlage Petition-Deutscher Bundestag mit 2.Schreiben vom 29.01.2011 an WDR-Intendantin
Frau Monika Piel, ARD-Vositzende und Intendantin des WDR
Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

Die Congressmessen ONLINE und KOMMTECH werden bis heute **totgeschwiegen** mit Rundfunksperre unter Verantwortung von **Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022 Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF**, verantwortlich für Zwangsmaßnahmen gegen das Zerschlagungsopfer, verantwortlich für Rundfunksperre in Politmagazinen über das Schicksal seiner Congressmessen, verantwortlich für Mittäterschaft bei Zerschlagung der Congressmessen

Anlage VG-2204: Anlage 3. und 4.Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel mit Rücktritt nach 4.Schreiben (Jan.2013)
Schriftsatz vom 31.12.2012 (3.Anschreiben an Monika Piel))
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid
01. Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung
04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS
05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ, die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als Sachfremdheit von UMTS abwimmelt
06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen, bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung, bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung
Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
> > > Siehe oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Schreiben vom 16.01.2013:(4.Schreiben an Monika Piel)
Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 wegen Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten,
vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der UMTS-Auktion2000
Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör
gemäß Art.103 Abs.1 GG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf

Anlage VG-2205
Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit 3.Anschreiben an Monika Piel als Anlage
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf

Anlage VG-2206 (Anlage Innovationen1)
1.Anschreiben an Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin einer neuen Koalitionsregierung (CDU/CSU/SPD), vom 16.12.2005
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Mit Verteiler und richtungsweisenden Ideen in den Anlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationspotenzialen von IT und Telekommunikation
Qualitätsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden
Congressmessen ONLINE
>>> http://www.euro-online.de
Click auf >>> News & Review oder
Click auf >>> ONLINE Congressbände 1976-2003
Professionelle Intelligenz unserer Datenbank
Führende ITK-Anbieterdatenbank in Deutschland
>>> http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf
Anlagen zum Schreiben:
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie
zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
> Anlage 1
Verteiler des Schreibens
> Anlage 2
Neue Strukturen
für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> Anlage 3
Liberalisierung des
Telekommunikations- und Energieversorgungsmarktes
> Anlage 4
Breitband-Internet: Eine Herausforderung
für den Aufbau Ost
> Anlage 5
Mehr Wettbewerb und weniger Regulierungsbedarf
für die Telekommunikation

Anlage VG-2207 (Anlage Innovationen2)
Persönliches Anschreiben an Herrn Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie (CSU), vom 03.01.2006
Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Mit Internet-Links zu weiteren Schriftsätzen

Im Internet einsehbar:
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie
zu Innovations- und Wirtschaftswachstum
Schreiben vom 16.12.2005 an führende Mitglieder der
Bundesregierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
Schreiben vom 01.12.2005 an den
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Koalitionsvertrag & Breitband-Internet
Schreiben vom 15.11.2005 an die
designierte Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

EuroOnlineOst, Breitband-Internet: Eine Herausforderung an den
Aufbau Ost
Schreiben vom 24.10.2005 an die
designierte Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den
Innovationspotenzialen von IT und Telekommunikation
Qualitätsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit
herausragenden
Congressmessen ONLINE
> > > http://www.euro-online.de

Click auf >>> News & Review oder
Click auf >>> ONLINE Congressbände 1976-2003
Professionelle Intelligenz unserer Datenbank
Führende ITK-Anbieterdatenbank in Deutschland
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Anlage VG-2208
Anlage Kampf gegen eine Mauer des Schweigens
Anschreiben an Tom Buhrow vom 06. und 15.März 2018 in Kopie an
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender, Intendant des BR,
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)

Anlage VG-2209
1.Presse-Aktion im Aug.2013
mit ARD-Rückmeldungen und Absagen
Beweis für Rundfunksperre

Anlage VG-2210
Hersteller-unabhängige ONLINE-Seminarreihe (ONLINE I / II / III / IV, V (Symposion)), führend und ohne Vergleich in Europa
Entwicklung und Durchführung seit 1971 in D, A, CH,
Basis für Weiterentwicklung zu den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH aus ONLINE V

Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)

Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher

Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . .Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen
> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials

Anlage VG-2214
Anlage: Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:

Rückblick 26 Jahre ONLINE:

> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1

>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE

>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf

>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe

>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003: Die gesamte Congressmesse
>>> http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage VB-40:
Schriftsatz vom 22.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO gegen Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22) vom 19.Mai 2022 am Oberverwaltungsgericht für das Land NRW
171. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz:
Opfer verhöhnender Beschluss 2 E 387/22 mit Versagung von rechtlichem Gehör zu mehrfach verfassungswidrigem Verfahren, weil Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR,
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung.
Nicht beklagt, wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk Köln.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren unter Beteiligung des ÖRR
Beklagt, Unterdrückung der Wahrheit, rechtswidrig: Zeugen-Beweis am Verwaltungsgericht nicht zugelassen
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör für Anspruch auf Mehrrichter-Verfahren auch in der 1.Instanz.
Ohne Rechtskraft: Judikativer Anspruch auf Unanfechtbarkeit, weil fehlende Respektierung von ordentlichen Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten des Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden.
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Verwaltungsgerichte sind kein grundrechtsfreier Raum: Beklagter ÖRR ist Mittäter
politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Haupttäter: Altbundeskanzler, heute sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, ein herausragendes Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen.
Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK
Antrag der Beschwerde mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wiederholt:
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22

> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 179)

Anlage VB-41:
Beschluss 2 E 387/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf)
vom 19.Mai 2022 des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen mit Verwerfung der Beschwerde

Anlage VB-42:
Schriftsatz vom 16.Mai 2022 mit Zurückweisung rechtswidriger Ladungen und rechtswidriger Verfügung vom 2.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022) durch Einzelrichter Dr. Wildhagen wegen aktuellem Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022, nach Zurückweisung der 1.Ladung gemäß Beschwerde und Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022
170. Wegen Ablehnungsgesuch vom 25.April 2022: Rechtswidrige Richter-Handlungen zurückzuweisen, weil nicht verhandlungsfähig
Ablehnungsgesuch wurde ordnungsgemäß (§54 VwGO, §§ 41 bis 49 ZPO) vorgenommen
Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, die keinen Aufschub gestatten (§47 Abs.1 ZPO)
Über das Ablehnungsgesuch entscheidet das Gericht, dem der Abgelehnte angehört, ohne dessen Mitwirkung (§45 Abs.1 ZPO)
Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung zum 24.Mai 2022 (eingegangen am 10.05.2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 161)

Anlage VB-43:
2. Zusendung der Beschwerde mit Schriftsatz vom 08.Mai 2022 an das Oberverwaltungsgericht NRW
mit 2. Zusendung der Beschwerde nach 1.Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf per Fax am 29.04.2022 und nach Aufhebung der Ladung zum 3.Mai 2022 ohne Vorabinformation
169. Zweite Zusendung der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht
nach erster Zusendung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
Altbundeskanzler, Lobbyist von Kriegsverbrecher,
mit Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
unter Beteiligung des Beklagten (richtig: ÖRR)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Grundgesetz (Art.34 GG) trotz erdrückender Beweislage
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im fortgeschrittenen Rentenalter
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013
> zu politischen Entwicklungen und politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 142)
mit den Anlagen OVG-12, OVG-11, OVG-10, OVG-09, OVG-08

Anlage OVG-12:
2.Einspruch mit Beschwerde nach §146 Abs.1 VwGO an das Oberverwaltungsgericht (Schriftsatz vom 25.April 2022an das Verwaltungsgericht Düsseldorf)
gegen Beschluss 27 K 2672/22 vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) und gegen gleichzeitige Ladung vom 13.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022 zusammen mit Beschluss trotz vorausgegangenen Hinweis auf Besorgnis der Befangenheit im Schriftsatz vom 15.04.2022 Seite 4) durch befangenen Einzelrichter, mit Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen, gegen gleichzeitige Zusendung von Mehrrichter-Beschluss 27 K 2672/22 und Ladung durch abgelehnten Einzelrichter im wiederholtem Fall ohne Stellungnahme zu 1.Einspruch
167. Politisch motivierter, neuartiger Kannibalismus in Deutschland:
Jüngere Generation zerschlägt ältere Generation,
Jüngste Generation entsorgt älteste Generation, oder:
Von Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung
zu Alter-Diskriminierung und Alter-Kriminalisierung bzw.
von Generationen-Diskriminierung zu Generationen-Kriminalisierung
Von Sperre an ordentlichen Gerichten wegen Schadenersatz und Rehabilitierung (Art.34 Abs.3 GG)
zu Entrechtung mit sozialer Zerschlagung an Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten.
„Untat“: Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen herausragendem Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe**
168. Beklagt ist der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR),
Beklagter, vertreten durch vertretungsberechtigten Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, derzeit durch Intendant Tom Buhrow.
Miserable Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.
Verfassungswidriger Missbrauch elektronischer Gerichtsakte ohne Zugang für den Kläger, der auf Grund verheerender Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen seit 2010 keinen Rechtsanwalt mehr zur Verfügung hat.
Verfassungswidrige Benachteiligung: Rechtzeitiger Zugang zu wichtigen elektronischen Akten verwehrt
Verfassungswidrige Aushebelung und Versagung von rechtlichem Gehör trotz Einspruch, aber ohne Beantwortung
Mehrfach verfassungswidriges Verfahren, weil Opfer verhöhnend, Opfer kriminalisierend (Täter/Opfer-Tausch), Opfer diskriminierend, Alter diskriminierend, Generationen diskriminierend, ohne Zulassung des beklagten ÖRR
Ablehnungsgesuch gegen Einzelrichter Dr. Wildhagen gemäß §54 VwGO mit konkreten auf ihn bezogenen Tatsachen. Antrag an die 27.Kammer auf Einleitung des Befangenheitsverfahrens.
Antrag: Aufhebung der Ladung durch einen befangenen Einzelrichter, Mehr-Richter-Beschluss vom 08.April 2022 anzufechten, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert (nicht unanfechtbar).

Unerträglich: Einbeziehung von Gerichte übergreifenden Aktivitäten der Justizbehörden mit orgienartiger Ausuferung vor einem Ladetermin, offensichtlich in Abstimmung mit dem Bundesamt der Justiz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 114)

Anlagen OVG-12 mit zugehörigen Anlagen VGD-05, VGD-06, VGD-07

Anlage VGD-05: **Anlage VB-19**
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VGD-06: Westdeutscher Rundfunk ist nicht beklagt.
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) ist Beklagter, Absage des Westdeutschen Rundfunks Köln mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix
Verfassungswidrig ist, wenn **kein** Vertreter an der mündlichen Verhandlung teilnimmt wegen Ungleichbehandlung.

Anlage VGD-07: Verfassungswidrig: Zugang zu wichtigen elektronischen Gerichtsakten für den Kläger verwehrt. Schreiben der Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Appelhoff-Klante vom 31.März 2022. Schriftsatz vom 15.April 2022 Seite 5. Fax vom 23.04.2022 an Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht.

Anlage OVG-11:
Schriftsatz vom 18.März 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden mit aktuellem Bezug zu russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
165. Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid bei laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Daher: Zurückweisung des Widerspruchsbescheid mit Schreiben vom 10.März 2022 an WDR-Beitragsservice und

Weiterleitung dieser Zurückweisung an Verfassungsbeschwerde vom 17.Jan.2022 beim Bundesverfassungsgericht.
Widerspruchsbescheid: Fortsetzung von verfassungswidrigen Auswüchsen zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung zusätzlich,
verfassungswidrig gemäß Art.34 GG, beugt die Wahrheit in strafbarem Ausmaß (Verleumdung) und zeigt die Verwicklung einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Verfassungswidriger Widerspruchsbescheid im Lichte der Ukraine-Krieg-Zeitenwende
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen OVG-11 mit zugehörigen Anlagen VB-26, VB-22, VB-21, VB-217z(3), VB-AA, VB-208, VB-209, VB-210, VB-211z, VB-212z, VB-213z, VB-214z, VB-211z, VB-215z, VB-216z

mit Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.
Anlagen nach Anhörung vom 24.Aug.2021 am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
mit Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Change“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88
mit Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt,** Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
mit Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau,** Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große

Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
mit Anlage VB-210: **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-211z: **Joachim Erwin,** Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
mit Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
mit Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn,** Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen,** EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION
mit Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
mit Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
mit Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
mit Anlage VB-217z: Gewinn für den Medienplatz Norddeutschland:
International anerkannte Kongressmesse für technische Kommunikation und neue Medien, **Björn Engholm,** Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
mit Anlage VB-217z(2): Plenarveranstaltung der Europäischen Kongressmesse ONLINE'89 unter Leitung von
o.Prof.Dr.-Ing.habil.Hans-Jörg Bullinger, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) an der Universität Stuttgart,
mit Anlage VB-28: Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
zu Desasterlage deutscher Politik unter **Schröder/Steinmeier/Merkel**

Anlage OVG-10:
Schreiben des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 31.März 2022 (eingegangen am 05.04.2022) zur neuen Klage 27 K 2672/22 mit Abänderung des Beklagten, falschem Eingangsdatum, Ankündigung eines Einzelrichter-Übertragung

Anlage OVG-09:
Schriftsatz vom 15.April 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Antrag auf Prozesskostenhilfe, auf Richtigstellung

von Eingangsdatum, von Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren (1.Einspruch)
166. Extreme Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art seit 1998:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
Antrag auf Richtigstellung von Eingangsdatum, Bezeichnung des Beklagten und auf Mehrrichter-Verfahren
Auf früheren Congressmessen ÖRR präsent z.B. mit
Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,
Intendant des Südwestfunk und ARD-Vorsitzender,
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland,
Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand
Heute ÖRR beklagt wegen Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen, verweigert Anwesenheit bei Verurteilung des Zerschlagungsopfers und
verfassungswidriges Urteil als Fake im öffentlichen Netz!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 91)

Anlage OVG-08:
Beschluss 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 08.April 2022 (eingegangen am 20.04.2022) mit abgeänderter Bezeichnung des Beklagten und mit Einzelrichter-Übertragung, zeitgleich (eingegangen am 20.04.2022) mit Ladung durch Einzelrichter zum 03.Mai 2022 ohne die Möglichkeit/Beachtung des vorherigen Einspruchs gegen den Einzelrichter-Beschluss.

---------- Ende der Anlagen zu **Anlage VB-43**

Anlage VB-44:
Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022
Hier: Beschluss 2 E 395/22 (27 K 2672/22 Düsseldorf) des Oberverwaltungsgerichtes für das Land NRW mit Versagung von rechtlichem Gehör zu wesentlichen Punkten der Anhörungsrüge

Anlage VB-45: Zeitgleiche Zustellung (Eingang am 01.Juni 2022)
der Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichtes vom 24.Mai 2022 und des Verwaltungsgerichtes 24.Mai 2022
Hier: Sitzungsdokumentation und Beschluss 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022 durch Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ohne Hinweis, dass der Kläger mit Zurückweisung der rechtswidrigen Ladung wegen des aktuellen Ablehnungsgesuch schriftlich (Schriftsatz vom 16.Mai 2022) tatsächlich abgesagt hatte.

Anlage VB-46: Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch,
mit 1.Beschwerde vom 25.April 2022 (Anlage OVG-12) und mit wiederholter Beschwerde vom 08.Mai 2022 (Anlage VB-43 mit Anlage OVG-12) will Kläger mit nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) und mit Nicht-Beachtung der Beschwerde in Verhandlungen verwickeln: **Rechtswidrig bei Ablehnungsgesuch und mit rechtswidriger Verfügung (Bl.135) wegen Ablehnungsgesuch.** Wegen unleserlicher, fehlerhafter Seiten-Nummerierung ab Bl.76 mit ungelöster Heftung an Bundesverfassungsgericht weitergeleitet.

Anlage VB-47:
Hinweis vom 14.Juni 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf über
172. Neue Verfassungsbeschwerde
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit Rechte beugender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
ohne weitere Verhandlungen mit Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch
inkl.Zurückweisung des Beschlusses 27 K 2672/22 vom 24.Mai 2022
(eingegangen am 01.Juni 2022)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 204)

Anlage VB-48: Extremistische Ausuferung einer Anhörungsrüge am Oberverwaltungsgericht NRW (2 E 387/22) gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG zu Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifender Vollstreckung durch Mobilisierung der Justizbehörde für eine Kosten-Hetzjagd auf das Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr in einem Gerichtsverfahren wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen
Schreiben 16 M 188/22 vom 04.05.2022 (eingegangen am 18.05.2022)
mit Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an das Amtsgericht Velbert (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-01),
Schreiben der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm vom 13.04.2022 an den Unterzeichner (Kassenzeichen 00700743721000 u.a. Anlage AGV-02)
Antrag der Zentralen Zahlstelle Justiz der Justizbehörde Hamm (Widerspruch gegen Eintragungsanordnung zurückzuweisen).
Entscheidungsrelevante Gründe für Zurückweisung dieses Antrags der Justizbehörde einschließlich des Vollstreckungsauftrags mit 38 Seiten Antwort vom 27.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-48 Zusatz 1: Verfassungswidrige Rechnung
vom 2.05.2022 (2 E 387/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700790561003X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 2: Verfassungswidrige Rechnung
vom 13.06.2022 (2 E 395/2022 001 Oberverwaltungsgericht NRW, Kassenzeichen X700792011007X)
zu Anhörungsrüge wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Anlage VB-48 Zusatz 3:
Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M

188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022 (eingegangen am 18.06.2022/21.06.2022) zurückzuweisen und ohne Rechtskraft, weil Fortsetzung der verfassungswidrigen Kosten-Hetzjagd gegen das Zerschlagungsopfer aus Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht NRW.
Das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum in dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden kann, wenn die Kosten-Hetzjagd aus einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf parallel am Amtsgericht Velbert einfach weiter geführt wird. Das ist
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeit und daher in zugehörigen Verfassungsbeschwerden dezidiert zu bekämpfen.
Das Amtsgericht Velbert ist seit 2010 in die Vorgänge politisch motivierter Zerschlagungen gegen das Opfer involviert und hat es nicht einmal als notwendig erachtet, auf die entscheidungsrelevanten Gründe der Punkte 01 bis 05 einzugehen.
Punkt 01. Der Antrag ist verfassungswidrig, weil er aus einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Eskalation verfassungswidriger Verwaltungsjustiz resultiert.
Unterzeichner ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenzerschlagung) seit 1998, mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod seines Bruders,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, jetzt im
81.Lebensjahr,
unter persönlicher Verantwortung eines Bundesländer übergreifenden politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz als Haupttäter und mit dem Öffentlichem Rundfunk (ÖRR) als Mittäter.
Punkt 02. Forderungsaufstellungen gemäß Anlagen AGV-01 und AGV-02 sind widersprüchlich, rechtswidrig und verfassungswidrig. Anlagen haben eine miserable, Opfer verhöhnende Kopierqualität, mit der ganze Wörter abgeschnitten und Sätze unverständlich gemacht werden.
Rechtswidrig und verfassungswidrig ist die Gerichtsverfahren übergreifende, Instanzen und Gerichte übergreifende Treib- und Hetzjagd mit Kostenberechnungen aus einem skandalösen Gerichtsverfahren (27 K 4325/18), das mit einem weiteren Gerichtsverfahren (27 K 2672/22) wegen Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung derzeitig fortgesetzt werden muss.
Punkt 03. Es gibt überhaupt <u>keine</u> Klage gegen den Westdeutschen Rundfunk, mit der Forderungen in der Forderungsaufstellung ausgewiesen werden.
sondern seit langem ausschließlich eine Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR einschließlich WDR), Beklagter.
Jede Zwangsmaßnahme ist eine Fortsetzung der Verfassungswidrigkeit.
> Klage gegen den ÖRR wird bis heute nicht zugelassen
> Qualifizierte Zeugenbeweise (mehrere möglich) für die Mittäterschaft des ÖRR (WDR ist Mitglied des ÖRR) bei politisch motivierten Zerschlagungen
werden nicht zugelassen. Der vom ÖRR zugefügte Schaden liegt nachweislich über 100.000 €.
Punkt 04. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, auch nicht in
der Justizbehörde und auch nicht am Amtsgericht. Grundrechte hängen nicht davon ab, ob sich ein Zerschlagungsopfer noch <u>vertrauenswürdige</u> Rechtsanwälte leisten kann, insbesondere nach kapitalen Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, mit denen er gezwungen wurde, sich im Alter von

über 80 Jahren selbst verteidigen und Schadenersatzverfahren betreiben zu müssen.
Punkt 05. Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung ist grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG.
Die von der Zentralen Zahlstelle Justiz genannten Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-49
Schreiben vom 06.Juni 2022 an Kreis Mettmann zur Beantwortung der Anhörung vom 31.05.2022 (Anlage KME-220606)
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor allen Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren einschl. Freiheitsberaubung mit psychischer Folter mit Fortsetzung sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 81.Lebensjahr
an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Antrag auf Opferschutz

Anlagen der letzten Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22

Anlage VB-30: Steinmeier: Rußland-Nähe, Mitverantwortung für deutsche Energieabhängigkeit von Russland mit Nord Stream 1 und 2, Mitverantwortung für diskriminierende NATO-Ausgrenzung der Ukraine seit Bukarest 2008 wegen Rußland-Nähe, Mitverantwortung für Russland-Ukraine-Krieg
Ukrainischer Botschafter Andrij Melnyk: Steinmeier hat Spinnennetz an Russland-Kontakten (höchst bedenkliche Nähe zu Russland)
Schuld für deutsche Energieabhängigkeit von Russland: Steinmeiers Agieren als Kanzleramtschef und später als Außenminister
Anlage VB-29: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel
Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache
Widerspruch gegen Opfer verhöhnende Zwangsvollstreckungssache der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam mit Schriftsatz vom 31.März 2022 an das Amtsgericht Velbert
Anlage VB-23a: Erneute Zurückweisung von Gerichtskosten inkl. Vollstreckungsankündigung vom 18.03.2022 (eingegangen am 23.03.2022)

Anlagen im Schriftsatz vom 25.03.2022

Anlage VB-28:
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin,
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Darüber hinaus
Schröder/Steinmeier/Merkel sind verantwortlich für die Desaster-Lage deutscher Politik, für einen Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik
Der Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik wurde erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, der Scherbenhaufen deutscher Desaster-Politik unter Schröder/Steinmeier/Merkel hat die **Ukraine-Krieg-Zeitenwende** erzwungen und gefährdet inzwischen den Weltfrieden. Nicht nur Schröder/Steinmeier/Merkel haben keine Schuldgefühle. Zeitenwende ist auch eine Sache der Justiz.
Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurden die politisch motivierten Zerschlagungen erzwungen.

Anlage VB-27:
Klage vom 18.März 2022 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22) vom 17.Jan.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 nicht nur in diesem Gericht nach verfassungswidrigem Urteil am
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
ohne Zulassung der Berufung am
Oberverwaltungsgericht Münster 2 A 3087/18, 2 E 995/21
verursacht durch
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des **Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Ockl, Albin (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer in Klagen seit 2010) gegen
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten
WDR-Intendanten Tom Buhrow (in 2021 ARD-Vorsitzender),
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
vom Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht trotz ständigen Widerstands ständig abgeändert in **Westdeutschen Rundfunk Köln**
Hier: Einspruch gegen Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks Köln (Beitragsnummer 250 514 940) vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.02.2022), weil Rechtsanwendungen des angeführten Staatsvertrags keine Rechtskraft haben, solange verletzte Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
mit aktuellem Bezug zu
russischer Invasion in die Ukraine am 24.Feb.2022 und Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserkärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
Detaillierte Ausführungen zum Kapitel zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 67)

Anlagen im Schriftsatz vom 13.03.2022

Anlage VB-26:
Zurückweisung des Widerspruchsbescheid (Datum 10.März 2022) und der Zahlungsaufforderung des WDR Beitragsservice
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wegen Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, über 20 Jahre, auf Intendanten-Ebene, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, ohne Einkommen des Zerschlagungsopfers aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Auflösung aller Altersrücklagen seit 2010,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
mit Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung
mit Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.

Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022
(eingegangen am 25.Feb.2022) und weitere (8 Seiten)
mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Anlage VB-217z(3) der Verfassungsbeschwerde
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für
Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1
der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im
öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der
liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis.
Top Management aus Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung."
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne
Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden
Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit
anschließenden Fake News im Internet.
Multimedia-Kopie im Phoenix-Archiv einsehbar
mit Fax-Sendebericht vom 12.03.2022.

Anlage VB-25: Antrag vom 10.März 2022 auf sofortigen Stopp der
laufenden Zwangsvollstreckungssache bei Gerichtsvollzieherin
Franziska Ritzhaupt mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Kopie von 5 monatlichen Pfändungen auf Pfändungsschutzkonto mit
Benutzungszwang seit 2013,
Fax-Sendebericht vom 10.03.2022.

Anlage VB-24: Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II
689/21 von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
(Datum 08.03.2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
3 Negativ-Sendeberichte vom 08.03.2022,

Anlage VB-23: Zurückweisung der Rechnungen und Mahnungen der
Zentralen Zahlstelle Justiz (Datum 08.März 2022) mit
Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts über laufende
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022,
Fax-Sendebericht vom 08.03.2022,
Rechnungen/Mahnungen der Kassenzeichen X700779291005X,
X700779311007X.

Anlagen im Schriftsatz vom 01.03.2022

Anlage VB-22: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder
Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter
Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger
Unterstützung
1990-1998 Niedersächsischer Ministerpräsident in Hannover
1991 Gerhard Schröder auf der Europäischen Congressmesse
ONLINE'91 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
Scroll down after link
Frank-Walter Steinmeier als Referent für Medienrecht und
Medienpolitik in der Staatskanzlei bei Gerhard Schröder
1993 Steinmeier übernimmt Büroleitung bei Schröder
1994 Steinmeier wird Leiter der Abteilung für Richtlinien der Politik,
Ressort-koordinierung und -planung bei Ministerpräsident Schröder

1998-2005 Gerhard Schröder wird Bundeskanzler
Seit 1998 Umverteilung von der Digitalbranche zur Automobilbranche ist Regierungsprogramm
1999-2005 Steinmeier als Kanzleramtschef politischer Vertrauter von Bundeskanzler Schröder.
2000: Staatliche UMTS-Auktion 2000 (August 2000)
mit weltweit größtem Auktionsbetrag, der bei Versteigerungen je erreicht wurde (50,8 Mrd EUR), mit verheerenden Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffs auf die gesamte Wirtschaft, mit Vernichtung der digitalen Innovationselite in Deutschland (New Economy, Hauptkundenstamm der Europäischen Congressmessen des Beschwerdeführers), mit Kapitalflucht aus dem digitalen Innovationsbereich, mit verheerenden Nachwirkungen bis heute.
2005: Schröder tritt zurück und verliert danach die Bundestagswahl
Steinmeier wird Bundesaußenminister im Kabinett Merkel I
Steinmeier / Merkel unterdrücken intensive Bemühungen des Beschwerdeführers um den schnellstmöglichen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen
Schröder wird Putin-Berater mit
Entwicklung deutscher Energie-Abhängigkeit von Russland
2009: Steinmeier wird einflussreicher Oppositionsführer
2010: Petition des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag
2010: Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010), wurde vom Beschwerdeführer mit Brief vom 25.05.2010 angeschrieben und darum gebeten, mit dem moralischen Gewicht seines Amtes die laufende Petition des Unterzeichners am Deutschen Bundestag zu unterstützen. Köhler erklärt in derselben Woche seinen Rücktritt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 39)
2010 Beschwerdeführer schreibt erste Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechts
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
2011: Nordstream 1 unter Putin-Berater Schröder wird eingeweiht
2012/2013: Intendantin Monika Piel wird mit Schreiben vom 31.12.2012 / 16.01.2013 zweimal hintereinander vom Beschwerdeführer angeschrieben und erklärt danach den Rücktritt:
Sieh Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
14.06.2013: Erstes Anschreiben an nachfolgenden Intendant Tom Buhrow,
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:
08. GEZgnadenlos:
Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen
Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen
Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
2013: Im Dezember wird Frank-Walter Steinmeier Bundesaußenminister im Kabinett Merkel III und **ab 2017** von Merkel als Bundespräsident vorgeschlagen und gewählt.
2018: Schreiben von 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben an den Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Sehr verehrter Herr Bundespräsident!
Uns sind Ihre Worte bekannt:
"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident."
Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).
Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 29)
Beide Briefe mit angemessener höflicher Formulierung wurden vom Bundespräsidenten nicht beantwortet. Als Brückenbauer nicht verfügbar. Steinmeier auch über „JVA-Service“ gegen Briefeschreiber informiert
2021: Bundestagswahl nach Regierungswechsel
Bundeskanzler Olaf Scholz
mit einer SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP - Koalition
2022: Wiederwahl von Bundespräsident Steinmeier, Beschwerdeführer erhebt Einspruch gegen Wiederwahl (Kapitel **BVRFG-350**, danach Russisch-Ukrainischer Krieg seit 20.Feb.2022
27.02.2022: Zeitenwende mit Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zum Russland-Ukraine-Krieg und anschließender Aussprache
05.03.2022: Vitali Klitscko, Bürgermeister von Kiew, Hilferuf eines „Ertrinkenden“: „Bleiben Sie mit uns, weil wir kämpfen auch für deutsche Werte“ (WAZ vom 5.3.2022), Mitschuld von Deutschland am Krieg in der Ukraine

Anlage VB-21: Alter Trott ist neuer Trott, nichts dazugelernt, bei der mündlichen Anhörung des Gerichtsverfahrens mit Abwesenheit erfolgreich teilgenommen u.v.a.m.
Einspruch gegen Widerspruchsbescheid und weiteres Schreiben mit wahrheitswidrigen Angaben, zu beklagen der Öffentlich-rechtliche Rundfunk einschl. Westdeutscher Rundfunk Köln,
zu beklagen als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen gegen ein Opfer, das die Beitragspflicht seit 2010 nicht bestritten hat, sodass dieses auch nicht festzustellen war.
Schreiben des Westdeutschen Rundfunks vom 22.02.2022 (eingegangen am 25.Feb.2022)

Anlage VB-17a (Stand März 2022)
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-217z(3)
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Missbrauch des Presseausweis für Erstellung einer Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Nutzung im öffentlich rechtlichen Bereich
Management-Symposiums I-1: „Seit dem 1.Januar '98: Der liberalisierte Telekommunikations-Markt auf dem Prüfstand der Praxis. Top Management aus

Wirtschaft und Verwaltung nimmt Stellung.“
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert Zeugenanhörung ohne Stellungnahme mit Verurteilung des nicht informierten, klagenden Zerschlagungsopfers im Gerichtsverfahren 27 K 4325/18 mit anschließenden Fake News im Internet.

Anlagen im Schriftsatz:vom 22.Feb.2022

Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilung-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen 81-jährigen Rentner mit herausragendem Lebenswerk in Deutschland und Europa
Anlage VB-20a: Schreiben der Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22) mit Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 mit Vollstreckungsauftrag der Zentrale Zahlstelle Justiz, 59061 Hamm.
Anlage VB-20b: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779291005X Geschäftszeichen 2 A 3087/2021 001 (100)
Anlage VB-20c: Mahnung vom 21.02.22 (eingegangen am 21.02.22) der Zentrale Zahlstelle Justiz Kassenzeichen X700779317005X Geschäftszeichen 2 E 995/2021 001 (100)
Anlage VB-19
Urteil vom 24.08.2021 als Fake News im Internet: So werden Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentlich im Internet diskriminiert, Faktenlage manipuliert, Wahrheit und Recht gebeugt, von einem jungen Richter des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
> > > https://openjur.de/u/2355559.html

Anlage VB-18
Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Geburtsort in Bayern: Zweimal Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten in 1.Instanz und anschließende Aussperrung von 2.Instanz
Nachweis mit Rechtsbeschwerde vom 24.10.2015 an den Bundesgerichtshof wegen Untätigkeit des Generalbundesanwalt zur Strafanzeige vom 09.April 2014 gegen verantwortlichen Amtsträger und Richter mit folgenden Kapiteln:
> 01. Verlust eines Menschenlebens: Todesopfer krimineller Rechtsbeugung am Ende einer langjährigen Treib- und Hetzjagd mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung
> 02. Zivilgerichte einschließlich Bundesgerichtshof haben bereits im Frühjahr 2011 und 2012 die von der bayerischen Verwaltung forcierte Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen in die Schranken gewiesen,
hier eine von mehreren Attacken zur Zerstörung seines Damwild-Geheges.
Endgültige Zurückweisung der Attacke mit BGH-Urteil von 2012 leider erst nach seinem Tode eingegangen

> 03. Faktenlage März 2014:
Scherbenhaufen bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit tödlichem Ausgang für einen qualifizierten Lebensmittelunternehmer, bei seinen Kunden beliebt und geachtet,
von lokaler Verwaltung in den Tod getrieben
Kriminelle Rechtsbeugung bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung wegen fehlender anwaltlicher Vertretung
> 04. Kriminelle Rechtsbeugung durch bewusst falsche Anwendung des Rechts, durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten, durch Verweigerung der Berufung zum wiederholten Male:
Strafbare Spitzenleistung in bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz
> 05. Kriminelle Rechtsbeugung durch den 1. Bürgermeister der Gemeinde Leonberg und durch die Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth
Basisbeweis und Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 von bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz bis heute unterdrückt
> 06. Mitwirkung und Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verwaltungsjustiz
Bis dato von Verwaltungsjustiz unterdrücktes Schlüsseldokument: Schriftsatz des verstorbenen Klägers vom 14.11.2011 an
Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich und Gemeinde Leonberg mit ausführlichen Informationen in 10 Kapiteln
> 07. Unterstützung krimineller Rechtsbeugung durch Verweigerung der Berufung Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs als Hygiene-Sündenbock diskriminiert und diffamiert
Verweigerung der Berufung: Vertuschung des Hygiene-Skandals und der kriminellen Rechtsbeugung
> 08. Katastrophaler Totalschaden durch kriminelle Rechtsbeugung
Anstatt einer kooperativen Problemlösung des desaströsen Hygiene-Zustands des regionalen Fäkalienabwassernetzes mit Katastrophen-Pumpwerksanlage: Totale Betriebsschließung mit hinterhältigem Überfall einer 8-Personen-Task-Force unter dem Deckmantel der Lebensmittelkontrolle und die finale Einleitung des totalen wirtschaftlichen Ruins mit Schadenswirkung maximierenden Maßnahmen
Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 01 bis 08:
Sieh Anlage BGH3-01, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link (page 03)
Der Generalbundesanwalt hat mit Schreiben vom 15.April 2014 die Zuständigkeit für die Strafanzeige abgelehnt: Sieh Anlage BGH3-03. Mit der Gegendarstellung im Schriftsatz vom 28.April 2014 hat der Anzeigenerstatter seine Begründung mit weiteren Beweisunterlagen der Verfassungsbeschwerde vom 22.Sept.2013 an das Bundesverfassungsgericht (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13) **zum Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit** (Anlage 3) und weiteren Kapiteln fortgesetzt:
> 09. Generalbundesanwalt ist zuständig, wenn bestimmte schwere Straftaten die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen und der konkrete Tatbestand sich gegen dessen Verfassungsgrundsätze richtet
> 10. Richter sind in ihren Entscheidungen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Aber
Rechtsbeugung, insbesondere kriminelle Rechtsbeugung, die sich durch Verhinderung der Rechtsprechung und Verweigerung gesetzlicher Rechtsmittel und Rechtsbehelfe schützen will, ist in jedem Falle mit einer Strafanzeige zu bekämpfen.
> 11. Zugang zu übergeordneten Gerichten, die aufgrund zulässiger Rechtsbehelfe tätig werden können, wird verwehrt, indem der ordentliche Rechtsbehelf der Berufung verweigert wird (Kapitel 07)

Fundierter, qualifizierter Berufungsantrag in den übergebenen Anlagen:
Erweiterung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13 mit Schriftsatz vom 24.03.2014
> 12. Unbewältigte NS-Vergangenheit: Hintergrund und Wurzel krimineller Rechtsbeugung

☹ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Anzeigenerstatters, 2.Todesopfer: Bruder des Anzeigenerstatters)
Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer in Kreis- und Gemeindeverwaltung)

Die ausführliche Beschreibung zu den Kapiteln 09 bis 12:
Sieh Anlage BGH3-04, auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf
Scroll down after link page 18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 17.Jan.2022

Anlage VB-01 inkl. Anlagen VB-AA, DB-01, DB-02, DB-03
Schreiben vom 02.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlage VB-02
Schreiben vom 11.Januar 2022 an Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 49)

Anlage VB-AA: In 1 km Entfernung vom Landessozialgericht Essen, verantwortlich für soziale Zerschlagung nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:
Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf
Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:
3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen)
mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare
Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen

Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress),
einer Weiterentwicklung seiner
ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsopfer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den 1970er Jahren durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**
Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“
„New information and communication technologies: Chance of structural Chance“
Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang
Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1) besucht den Messestand der ehemaligen DDR,**
die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:
Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolek (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge: **Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble**)
Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)
Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)
Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)
Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86 Programmübersicht
Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87 Programmübersicht
Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88 Programmübersicht
Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86
Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation
Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars
Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle"
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage VB-211z: **Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anlage VB-212z:Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution
Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle. Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congresse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage VB-217z:
Björn Engholm, Ministerpräsident des des Landes Schleswig-Holstein, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, mit einer Rede im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'89 in Hamburg
---

Anlage VB-ZG: Geändert zu
Anlage VB-12 / VB-10 im Schriftsatz vom 02.Feb.2022)
Versagung von rechtlichem Gehör nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge durch Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022, in Anlage VB-10 geändert)

Daher termingerechte Nachsendung der Verfassungsbeschwerde
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019

Anlagen im Schriftsatz:vom 02.Feb.2022

Anlage VB-03
Ladung vom 12.Juli 2021 (eingegangen am 21.Juli 2021) zur mündlichen „Verhandlung“ (Anhörung) im verwaltungsgerichtlichem Verfahren
27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf

Anlage VB-04
Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-10(21), Anlage VGD-09(21))
mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-05
Urteil durch Einzelrichter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Sitzungsprotokoll vom 24.Aug.2021
ohne Antwort nach schriftlichen Einspruch gegen Ladung mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 28.Juli 2021,
ohne Anwesenheit des Beklagten,
nach 3-Richter*innen-Beschluss vom 13.Jan.2021,
nach Ablehnungsgesuch gegen Richter Dr.Wildhagen, nach Sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21

Anlage VB-06
Schriftsatz vom 20.Sept.2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit
Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
Antrag auf Berufungsgericht mit
Kompetenz für Telekommunikationsbranche und Presserecht
mit erster Stellungnahme gegen das Urteil

Einspruch gegen Kostenrechnung, Kassenzeichen X701350401308X
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und
erteilt 80-jährigen Rentner eine Kostenrechnung von über 3000 €,
nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden
verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-07
Schriftsatz vom 22.Sept.2021 an die Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz, Kassenzeichen X701350401308X) mit Einspruch gegen und Zurückweisung der Rechnung vom 10.09.2021 (eingegangen am 14.09.2021) in Höhe von 3.078 €
mit Anlage ZZJ-01, Anlage ZZJ-02, Anlage ZZJ-03, Anlage ZZJ-04.
Mitteilung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 12.10.2021

Anlage VB-08
Vollstreckungsankündigung der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021) über erhöhten Betrag von 3.352 €
nach Schreiben des Oberverwaltungsgerichts vom 14.10.2021 (eingegangen am 20.10.2021

Anlage VB-09
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) wegen Zurückweisung der Vollstreckung:
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-10
Mahnung vom 03.01.2022 (eingegangen am 05.01.2022) und Rechnung vom 29.11.2021 wegen Zurückweisung der Vollstreckung und Antrag auf Zulassung der Berufung in Höhe von 1.134 € zu den Beschlüssen
2 E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021 und
2 A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 16.11.2021

Anlage VB-11
Schriftsatz vom 06.Dez.2021 an das Oberverwaltungsgericht mit Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO
159. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie
Künstlicher Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Oberverwaltungsgericht Münster
160. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

161. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:
Im Alter von 80 Jahren: Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:
Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach
politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen
mit verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierter Zerschlagungen
mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,
mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,
an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,
an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,
am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,
durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht
ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,
mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,
mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)
mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung,
> > > mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und
mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .
Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage beim Bundesverfassungsgericht.

162. Erdrückende Beweislage im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 (27 K 5854/13) VG Düsseldorf
gegen den Beklagten vorgelegt:
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch Westdeutschen Rundfunk (WDR), vertreten durch den Intendanten (Beklagter, Mittäter)
Mit umfassender sofortiger Beschwerde vom 25.Jan.2021 auf 522 Seiten, mit umfassender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 auf 642 Seiten
wegen öffentlicher Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung und zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998
> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt)
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei)
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Zerschlagung 3, am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 hier)
Daher: Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit und Zurückweisung der Beschlüsse als verfassungswidrig mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO

163. Verfassungsrechtliche Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges gemäß Art.34 GG
wegen unverhältnismäßiger Verfassungswidrigkeit (Grundrechte weder käuflich noch strafbar)
Zurückweisung der Beschlüsse mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §152a VwGO und mit verfassungsrechtlicher Ablehnung des verwaltungsgerichtlichen Weges
Verwaltungsgerichtliches Verfahren mit rechtsbeugendem, verfassungswidrigem Urteil ohne Einspruchsmöglichkeit (Urteilszusendung nach der mündlichen Anhörung) abzulehnen
Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung
eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Anerkennung längst nachgewiesen durch : wie z.B.
> aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung (Kapitel 160) wie
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
(Anlage VB-AA)
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjähriger Förderer, Schirmherr und Gastgeber der
Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(Anlage VB-209)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Kongressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
(Anlage VB-208)
Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, Mitglied der Europäischen Kommission, auf der ONLINE 2001 und weitere EU-Kommissare auf den Europäischen Congressmessen (Anlage VB-210)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlage VB-12
Beschlüsse des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts (eingegangen am 25.11.2021) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge:
2 E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022 und
2 A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf) vom 11.01.2022

Anlage VB-13
Rechnungen vom 21.01.2022 in Höhe von 132 € (2 x 66 €) für Zurückweisung der Anhörungsrügen gemäß Anlage VB-13

Anlage VB-14
Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes mit Verfassungsbeschwerde
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 06.Dez.2021 gemäß §152a VwGO und
mit Zurückweisung aller Kosten nach Erhalt der Beschlüsse vom 11.Jan.2022 Beschluss 2 A 3087/21 Beschluss 2 E 995/21
164. Beschlüsse ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft und sind mit einer Verfassungsbeschwerde zurückzuweisen
Hiermit bestätigt der Kläger die termingerechte Einleitung der Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 52)

Anlage VB-15
Kostenaufschlag vom 26.01.2022 durch Justizbehörde wegen eingeforderter Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten nach Faxübertragung vom 26.01.2022 (Schriftsatz vom 24.Januar 2022 an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Bestätigung der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes gemäß Anlage VB-14)

Anlage VB-16
Skrupellose, Opfer verhöhnende und verwerfliche Vollstreckungsankündigung der der Justizbehörde vom 28.01.2022 (eingegangen am 02.02.2022) in Höhe von 1.134,00€ mit wahrheitswidriger Angabe des Beklagten gemäß Veranlassung durch Beschluss 2 A 26182021 001 (100)
mit falschem Beklagten

Anlage VB-17
Verfassungsbeschwerde vom 24.Dez.2021 mit Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen : Hier Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto (Benutzungszwang seit 2013 wegen politisch motivierter Zerschlagungen) durch Dr.Caspers, Mock Partner mbH, verantwortlich für verfassungswidrige Krankenversicherung.

Anlage VB-ZA: Ladung vom 12.Juni 2021
Beklagt:**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR),** vertreten durch vertretungsberechtigten **WDR-Intendanten Tom Buhrow (zur Zeit ARD-Vorsitzender),**
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
Nicht beklagt und daher wahrheitswidrig: Westdeutscher Rundfunk, nur ein Teil des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Anlage VB-ZB: Schriftsatz vom 28.Juli 2021 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen Ladung vom 12.Juli 2021 durch Richter am Verwaltungsgericht Dr.Wildhagen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach § 152a VwGO
> nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21
> nach Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021
> mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14, weil Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns unverzichtbar
155. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21, vorschriftsmäßig und termingerecht, nach
Sofortiger Beschwerde gemäß §146 VwGO
gegen 1.Beschluss 27 K 4325/18 vom 13.Jan.2021 und
gegen 2.Beschluss ohne Datum

156. Ablehnungsgesuch vom 25.Jan.2021 gegen Richter am VG Düsseldorf Dr. Wildhagen nach §54 VwGO und §§41-49 ZPO mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
Widerstandsrecht, weil bis heute keine Abhilfe für Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, für politisch motivierte Sklavenhaltung mit extremistischer Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen, für kriminelle Wahlkampf-Strategien in Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 1998
Zerschlagung 3 auf Intendanten-Ebene des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Vorteilsnahme für den ÖRR
Erdrückende Beweislage: Intendanten gebetsmühlenartig immer wieder angeschrieben, um Hilfe gebeten, ohne Rückantwort, nicht einmal Empfangsbestätigung, Opfer verhöhnende Zerschlagung
Zugang zu Politmagazinen des ÖRR wiederholt versagt durch Intendanten
Verfassungswidrig: Bis heute ohne Erklärung, warum rechtswidrige Veränderung des Rubrums, Intendanten haben keinen Immunitätsschutz
Erneute Manipulation des Rubrums in Ladung vom 12.Juli 2021 ohne Kommentar vorgenommen (Anlage VGD-09(21)):
Beweis für nicht überwindbare Befangenheit, daher
Aufforderung an Richter Dr. Wildhagen, weitere Aktivitäten zu unterlassen gemäß §47 Abs.1 ZPO
157. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
nicht für Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinns gemäß Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Juli 2021 an OVG Berlin-Brandenburg (VG 27 K 308.14 VG Berlin)
Kapitale Vermögensschäden mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto selbst ohne Dispo-Kredit ausschließlich durch best vernetzte Täter-Phalanx mit Intendanten des ÖRR
Verfassungswidrige Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG mit Rehabilitierungsanspruch zu bekämpfen und daher
Kopie an Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14:
Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-1.pdf
Scroll down after link (page 361)

Anlage VB-ZC: Niederschrift einer „mündlichen Verhandlung“, ohne Anwesenheit des Beklagten, unter Leitung des Einzelrichters Dr.Wildhagen, ohne Urteil.
Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2018 wurde mit Zusendung bekannt gemacht (eingegangen am 14.Sept.2021)

Anlage VB-ZD:
Schriftsatz vom 20.Sept. 2021 mit erster Begründung in Kapitel 158 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung
mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021 (eingegangen am 14.09.2021)
mit Einspruch gegen Kostenrechnung
Beklagt: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch Westdeutschen Rundfunk, vertreten durch den Intendanten
158. Urteil vom 24.August 2021 ist
faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer verhöhnend, verfassungswidrig,
in kaum vorstellbarer Dimension.

Junger Einzelrichter
beugt die Wahrheit, beugt das Recht, beugt die Verfassung und erteilt 80-jährigen Renter eine Kostenrechnung von über 3000 €, nachdem er sein Alter auf 74 Jahre und die Leistungen seines herausragenden Lebenswerks auf ein Geschäftsmodell reduziert hat.
Trotz erdrückender aktueller Beweislage mit qualifizierter Ausarbeitung
von 2 Verfassungsbeschwerden zu 2 zusammenhängenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).
Unverzichtbar: Antrag auf das Rechtsmittel der Berufung mit Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 24.August 2021.
Einspruch gegen Kostenrechnung (Kassenzeichen X701350401308X) mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe seit 1998/2010 >
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten haben keine Rechtskraft, auch bei Kostenentscheidungen
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum und
Bürger sind keine Untertanen, die sich alles gefallen lassen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link

Anlage VB-ZE: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 19./16.Nov.2021 (eingegangen am 9.12.2021)
Anlage VB-ZE01: Beschluss 2A 2618/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZE02: Beschluss 2E 874/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZF: 20 Jahre später, nach der ONLINE 2001, nach Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 (erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000)
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010:
> Vollstreckungsankündigung mit Kassenzeichen 00700743721000 der Justizbehörden Hamm vom 15.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021)
Vollstreckung der Gesamtkosten in Höhe von 1129,00 €
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/2018 001 (130) und Oberverwaltungsgericht Münster mit rechtswidrigem Anhörungsrügeverfahren
(2 E 108/2021 001 (100), 2 E 108/2021 001 (100), 2 E 244/2021 001 (100), 2 E 288/2021 001 (100), trotz
Anlage VB-ZG: Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.01.2022) mit Zurückweisung der Anhörungsrüge
Anlage VB-ZG01: Beschluss 2A 3087/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG02: Beschluss 2E 995/21 (27 K 4325/18 Düsseldorf)
Anlage VB-ZG03: Mahnung der Justizbehörde Hamm vom 3.1.2022 (eingegangen am 5.1.2022)
Anlage VB-ZH: Mahnung der Justizbehörden Hamm vom 03.01.2022 in Höhe von1.134,00 € (eingegangen am 05.01.2022)

Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 (1 BvR 939/21, AR 1916/21)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf

Legende zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn

BVERFG-331. "Tear down this Wall": US-Präsident Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987, und 1990 Fall der Mauer !
Appell an die Intendanten des WDR, BR (ARD-Vorsitzender), ZDF gegen Mauer des Schweigens am 06.März 2018 mit Verfassungsbeschwerde
1 BvR 448/18 > > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
WDR-Intendant: Seit Amtsantritt 2013 ständig informiert, hat keinen Immunitätsschutz, ist persönlich verantwortlich:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 01)
Längst überfällig: Korrektur des Rubrums im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 4325/18 des VG Düsseldorf > > >
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR), vertreten durch vertretungsberechtigten WDR-Intendanten Tom Buhrow.
Anzugreifende Hoheitsakte inkl. jahrelang verfälschtem Rubrum im verwaltungsgerichtlichen Verfahren

BVERFG-332. Termingerechte und ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

BVERFG-333. Nach Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 und mit Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
gemäß Anlage VB-VG21 in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2331/17 vom 15.Sept.2017
Schriftsatz vom 25.Nov.2016 (Kapitel 77-85) mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Urteil vom 22.September 2016 (eingegangen am 01.10.2016) und mit
Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Schriftsatz vom 03.Mai 2018 mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen
eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks vom 04.April 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf

BVERFG-334. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
Entschädigungsanspruch: Verwaltungsgerichtliche Entscheidung 10 mal angemahnt seit 3.Mai 2018 (neue Klage) und nach Berufungsklage seit Okt.2016 (Anlage OVG-01(21)-12)
Verwaltungsgerichtliche Klageerhebung seit 2013
Opferkriminalisierung, diskriminierende Zwangsmaßnahmen und kriminalisierende Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 2010
Seit 2007: Rundfunksperre, Fernsehsperre, Kommunikationssperre
Prof.em. Dr.Dres.h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010):
> > > "Bürger sind keine Untertanen" (Anlage OVG-03(21)-01)

BVERFG-335. Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen

Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik einer regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, mit einer nicht überwindbaren Phalanx von Haupttätern und Mittätern
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, mit Sippenhaft und Opferkriminalisierungswahnsinn wie in der NS-Justiz,
mit politisch motivierter Justiz
mit Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit JVA-Service anstatt Konzentrationslager der NS-Diktatur,
mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (Todesopfer) und Nachlassinsolvenz in 2012,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang zu diskriminierendem und diskreditierendem Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredite und ohne Kreditkarte,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Am Geburtsort: Von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler zu politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!
BVERFG-336. Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot des Grundgesetzes gemäß Art.2 Abs.1 GG:
Rechtsstaatliche Prinzipien des Grundgesetzes contra Unverhältnismäßigkeit.
Poltisch motivierte Sippenzerschlagung
ohne Chance für die Opfer
gegen Übergriffe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und
gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter und Mittäter-Phalanx:
Beklagter WDR-Intendant mehrfach verantwortlich für Missbrauch des Staatsvertrages
Staatsvertrag als Regierungsvertrag für eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik missbraucht,
trotz mehrfacher Petitionen an Deutschen Bundestag, an Bayerischen Landtag (von Bundesregierung und Bayerischer Landesregierung niedergeschlagen)
trotz Rücktritt eines Deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler (warum?)
trotz Rücktritt einer WDR-Intendantin Monika Piel (warum?)
trotz gebetsmühlenartiger Informationen an Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, an Redaktionen der Politmagazine mit qualifizierten Schriftsätzen, mit qualifizierten Presseinformationen entgegen Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten-Sperre zu einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik und
trotz eines juristischen Kampfes gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010
Ohne jeden Zweifel: Mehrfach-Schuld, Mehrfach-Schaden, Mehrfach-Täterschaft des Beklagten
BVERFG-337. Die 27.Kammer ist kein grundrechtsfreier Raum
Skandalöse Beschlüsse der 27.Kammer vom 13.Jan.2021 sind
mehrfach verfassungswidrig,
haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden, sind daher zurückzuweisen
> Opfer verhöhnend (massiver, mehrfacher Verstoß gegen Art.1 Abs.1 GG)
für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit Sippenhaft seit 1998 (über 20 Jahre) und unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungs-Wahnsinn seit 2010 (Merkmale der NS-Justiz),
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten ohne Dispokredit und ohne Kreditkarte
> Verfassungswidrig: Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn mit Zwangsmaßnahmen seit 2010

> Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierter Sippenzerschlagung
(Verstoß gegen Art.103 Abs.1 GG)
> Verstoß gegen das europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip) ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010
> mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn
Bundesverfassungsgericht muss im Wahljahr 2021 agieren, nicht reagieren.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 158)

Schriftsatz vom 10.April 2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 03.Mai 2018 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-338. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 wegen einem exotischen Gerichtsverfahren
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18
> nach wiederholter Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018 an das Verwaltungsgericht 27 K 4325/18 wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht, und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung
Boykottiert durch Verwaltungsjustiz: Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Rehabilitierung und Schadenersatz und durch Opferkriminalisierungsverfahren
Strafbare Rechtsbeugung durch judikative Transformation des Zerschlagungsopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
nicht nur vom Opfer zum Täter, sondern auch vom Kläger zum Beklagten,
mit manipulierter Veränderung des Beklagten und der Rechtsgebiete
> nach 2 Beschlüssen mit Datum ((13.01.2021) und ohne Datum
> nach sofortiger Beschwerde vom 25.Januar 2021 (Anlage VB-VG30)
> nach Anmahnung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Anhörungsrüge vom 15.Feb.2021 (Anlage VB-VG31) mit Zurückweisung des rechtswidrigen Einzelrichterbeschlusses vom 03.02.2021 (Kapitel 147)
> nach Erhalt einer Mitteilung des Oberverwaltungsgerichts mit verfälschtem Rubrum (Anlage VB-VG32), obwohl längst überfällig:
> nach Anhörungsrüge vom 14.März 2021
Kapitel BVERFG-331. "Tear down this Wall"
Mehrfachschaden durch Mehrfachtäter Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Aufgebrochene Mauer ist längst zu beseitigen mit Verurteilung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
BVERFG-339. Anzugreifende Hoheitsakte inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
Opfer verhöhnende, Opfer schikanierende, Opfer kriminalisierende Eskalation des Beschwerdeverfahrens in der 2.Instanz unter der Vorsitzenden Richterin Brauer seit 2012
Seitdem: Nicht nur totales Versagen von rechtlichem Gehör,
sondern rechtsbeugende Manipulation in exotischen Gerichtsverfahren hier mit Twitter-artiger Serie von unqualifizierten Beschlüssen, mit abzulehnenden Kostenbeschlüssen,
mit unerträglicher Treib-und Hetzjagd seit 2010 gegen das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998,
mit Beschwerde an den 13.Senat und
nicht an den nicht zuständigen 2.Senat,
mit rechtsbeugender Manipulation des Rubrum:
Aus Kläger wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung wird Beklagter,
aus Klage wegen Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht wird Opfer kriminalisierende Verurteilung wegen Rundfunk-Beitragsrecht des Beklagten

Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird auf Westdeutschen Rundfunk in rechtswidriger Weise eingeschränkt
Ablehnung der Vorsitzenden Richterin Brauer wurde bereits in 2013 mit Unterdrückung eines Befangenheitsverfahrens niedergeschlagen
Beschluss vom 26.Feb.2021 gegen die Beschwerde wurden mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge zurückgewiesen,
zu nachfolgenden Beschlüssen wurde auf das Rechtsmittel der Anhörungsrüge verwiesen.
Das Gerichtsverfahren mit weiterer Eskalation in der 2.Instanz ist an Rechtswidrigkeit, Verfassungswidrigkeit und Wahrheitswidrigkeit nicht zu überbieten
Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK längst auf der Strecke geblieben
Wahrheitswidrig: Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 14.März 2021 mit Fax-Protokoll vom 18.März 2021 / 15.34 Uhr, nicht erst am 1.April, sondern 2 Wochen vor dem 1.April !
Rechtswidrig und verfassungswidrig: 2.Senat, disqualifiziert durch Wahrheitsbeugung, nicht zuständig für beklagtes Rechtsgebiet, verstößt gegen das Prozessgrundrecht nach Art.103 Abs.1 GG,
gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK (Art.1 Abs.1 und Art.2 Abs.1 iVm mit Rechtsstaatsprinzip).
Widerstand gegen Fortsetzung eines unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG
http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 65)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 26.02.2021 / 10.04.2021 mit Schriftsatz vom 08.Mai 2021 wegen Klage vom 03.Mai 2018 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Rehabilitierung mit Schadenersatz und gegen Fortsetzung von unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn
BVERFG-340. Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 / 10.April 2021 zu exotischem Gerichtsverfahren
> mit manipuliertem Rechtsweg, mit manipuliertem Rubrum, mit nicht zuständigem Senat in 2.Instanz
> mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs zu Telekommunikationsrecht, Medien-und Rundfunkrecht,
> mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn und Leugnen kausaler Zusammenhänge mit politisch motivierter Sippenzerschlagung durch eine best vernetzte Täter-Phalanx
> mit zu verabscheuender Heuchelei und wiederholter Wahrheitsbeugung in der 2.Instanz des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens
> vor dem Hintergrund krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nach demokratischen Wahlen auf Bundes- und auf Landesebene
ohne Chance für Opfer von staatlichen Übergriffen mit extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit best vernetzter Täterphalanx einschließlich Öffentlich-rechtlichem Rundfunk
BVERFG-341. Exotisches Gerichtsverfahren mit verweigertem Rechtsweg für Rehabilitierung und Schadenersatz durch Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen (hier: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk) mit extremistischer Ausuferung zu
> politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
> politisch motivierter Sklavenhaltung nach ökonomischer Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Exotisches Beschwerdeverfahren trotz 2 Anhörungsrügen vom 15.Feb.2021 und 14.März 2021
> wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 25.01.2021
> wegen Zurückweisung der Bescheidung
> mit wiederholtem Leugnen der 2.Anhörungsrüge vom 14.März 2021 entgegen Beweis mit Faxsendeprotokoll der 2.Anhörungsrüge

> mit Eröffnung eines Anhörungsrügeverfahren ohne Rechtsgrundlage nach weiterer Verfassungsbeschwerde vom 10.April 2021
> mit unbeschreiblichen Vorgängen, mit einer Twitter-artigen Serie von Beschlüssen und Rechnungen der Zentralen Zahlstelle Justiz bis zur Erschöpfung eines manipulierten Rechtsweges
Anzugreifende Hoheitsakte in Zusammenfassung inkl. zurückzuweisende Kostenrechnungen
BVERFG-342. "Bürger sind keine Untertanen"
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Von politisch motivierter Sippenzerschlagung zu
> Politisch motivierter Sklavenhaltung mit jahrelanger Kontaktbeschränkung,
ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe,
im fortgeschrittenen Rentenalter,
mit orgienartiger Ausuferung bis zu 4 parallelen, exotischen Gerichtsverfahren mit Mehrfach- bis zu Quintuplex-Beschlüssen,
Gerichte übergreifend an Amtsgerichten, Landgerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, Verwaltungsgerichten u.v.a.m.
mit verfassungswidriger Krankenversicherung
nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
mit Todesopfer, Rufmord, Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit kapitalen Vermögensschäden und Versagung der Rehabilitierung,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Durchsetzung krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik aus Wahlstrategien demokratischer Wahlen
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:
anhand aktueller Verfassungsbeschwerden seit 2010
Null Toleranz zu Fortsetzung des unverhältnismäßigen, verfassungswidrigen Opferkriminalisierung-Wahnsinn ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Zielsetzung: Beseitigung der politisch motivierten Sklavenhaltung
durch Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung durch best vernetzte Täter/Mittäter-Phalanx:
> Deutsche Bundesregierung (Zerschlagung 1 am Wohnort)
> Bayerische Staatsregierung (Zerschlagung 2 am Geburtsort)
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (Zerschlagung 3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 114)

Neue Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 (AR 570/22)
Schriftsatz vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVRFG-350. Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Schreiben vom 02.Jan.2022 / 11.Jan.2022 an die Präsidentin des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 38/49)
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
mit Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019, 03.Juni 2019 und 17.Juni 2019
an den Präsidenten des Deutschen Bundestags
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)
mit Anzeige der beantragten Immunitätsaufhebung
am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 und
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 313)
am Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 165)

Schriftsatz vom 02.Feb.2022 (Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019
BVERFG-351. Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Einspruch gegen verfassungswidrige Wiederwahl des Bundespräsidenten
nach Antrag auf Immunitätsaufhebung in 2019 wegen seiner Tätigkeit als
Chef des Bundeskanzleramts in 1999-2005: Hauptursache für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung bundesweiter Sippenzerschlagung am
Wohnort in NRW und
am Geburtsort in Bayern
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
Hier: Mittäterschaft des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in
Deutschland und nicht nur in Köln auf Intendanten-Ebene
Zum 3.Mal, Niederschlagung nach verfassungswidrigem Muster einer
exotischen Verwaltungsjustiz: Nach strafbarer Rechtsbeugung in der
1.Instanz Verweigerung der
2.Instanz wegen Totalschaden des Zerschlagungsopfers
1. und 2. Mal am Verwaltungsgericht Regensburg und Verweigerung der
2.Instanz am Bayrischen Verwaltungsgerichtshof
nach einer Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den
Tod (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort.
3.Mal am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2013 (27 K 5854/13, 27 K
4325/18) und 2.Instanz am Oberverwaltungsgericht des Landes NRW
Haupttäter verschanzen sich hinter ihrer Immunität und öffentlich-rechtliche
Mittäter werden von der Verwaltungsjustiz geschützt, mit verwerflicher
Rechtsbeugung und PKH-Verweigerung
Zerschlagungsopfer werden von Sklavenjägern gejagt:
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu politisch motivierter
Sklavenhaltung mit Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opfer
verhöhnender Justiz (Gerichtsverfahren, Altersdiskriminierung,
Generationendiskriminierung)
Hier: Zu bekämpfende Hoheitsakte. Null Toleranz, wenn Grundrechte und
grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein
grundrechtsfreier Raum. Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht
Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit
Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
BVERFG-352. Urteil vom 24.Aug.2021:
Faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, Opfer diskriminierend und Opfer
verhöhnend, verfassungswidrig, in kaum vorstellbarer Dimension.
Rechtsbeugung durch Manipulation des Gerichtsverfahrens
mit Änderung des Beklagten und Änderung des Klagegrundes
Stellungnahme zu den Aktivitäten nach der sofortigen Beschwerde am
Oberverwaltungsgericht für das Land NRW mit erstem Schriftsatz vom
25.Jan.2021 und
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 (AR 1916721) mit
erstem Schriftsatz vom 26.Feb.2021 mit ca. 770 Seiten
nach mündlicher „Verhandlung“ (nur Anhörung durch
Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch und unbeantworteter Anhörungsrüge
ohne Anwesenheit des Beklagten und späterem Urteil) am 24.Aug.2021.
Einspruch und Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen strafbare Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung
ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
durch Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht
mit Klagestand 2021
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort
in zweistelliger Millionenhöhe durch best vernetzte Täter-Phalanx

BVERFG-353. Zurückzuweisen: Opfer verhöhnende Rechtsargumente und Kostenargumente in einem verfassungswidrigen Gerichtsverfahren zu einem Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen ohne Schuldbewusstsein.
Rechtsargumente des Oberverwaltungsgerichts sind nicht diskutabel und haben keine Rechtskraft,
> weil Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden
> weil der Kläger wegen Mittäterschaft des Beklagten bei politisch motivierten Zerschlagungen, wegen Rehabilitierung und Schadenersatz selbst zum Beklagten zwecks Gebühreneinzug umgeschrieben wurde,
> weil der tatsächlich Beklagte abgeändert wurde und so das Gerichtsverfahren in Abstimmung mir der 1.Instanz in unerträglicher Weise verändert und verfälscht wurde: Nicht mehr vorstellbare Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr, Victim blaming, Opferverhöhnung mit einer unerträglichen Häme,
mit Opferdiskriminierung, mit Altersdiskriminierung und mit Generationendiskriminierung
Kostenargumente haben aus gleichem Grund keine Rechtskraft
Opfer verhöhnende Kostenargumente, mehrfach stufenartig gesteigert, als Antwort auf Argumente, basierend auf dem Grundgesetz, zeigen ein primitives, verfassungswidriges Rechtsverständnis,
haben nur eine Zielsetzung: Finale Zerschlagung nach
Politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx ohne Schuldbewusstsein und mit großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 196)

Schriftsatz vom 22.Feb.2022 (2.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten
mit Einspruch vom 02.Feb.2022 (231 Seiten) gegen
Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022)
BVRFG-354. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt mit
Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit einer geballten politischen Macht mit Immunitätsschutz
gegen Zerschlagungsopfer ohne qualifizierte Rechtsanwälte,
mit Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr
mit unverhältnismäßiger Diskriminierung wie Opferdiskriminierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Mit Verteufelung und Zerschlagung der digitalen Innovationselite als Dotcom-Blase, mit Nachrichtensperre und mit ihrer Eliminierung

Ganz Deutschland leidet unter verfassungswidriger Justiz und politisch motivierten Zerschlagungen
durch führende Politiker mit fehlendem Schuldbewusstsein,
mit nicht überwindbaren Immunitätsschutz und
mit Datenschutz für kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
durch führende Politiker als Helfershelfer und Komplize autoritärer Staaten
mit Risiko für den Weltfrieden
Nach Wiederwahl des Bundespräsidenten:
Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf
nach über 20 Jahren Verfolgung
BVERFG-355. Täter ohne Schuldbewusstsein:
Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit üppiger Altbundeskanzler-Vergütung seit 2005, Putin-Berater und Putin-Freund,
"Laufbursche von Putin" (so der vergiftete und in Lagerhaft befindliche Kreml-Kritiker Alexej Nawalny),
verantwortlich nicht nur für deutsche Energieabhängigkeit von Russland, an der Seite von Russland im Kampf gegen nordatlantische Gemeinschaft,
gegen ein freies Ukraine und gegen ein freies Osteuropa,
verantwortlich auch für Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland,
verantwortlich auch für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost,
verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice,
Opfer ohne Perspektive, ohne Chance für die Wahrheit:
mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 als Dotcom-Blase verteufelt und eliminiert ohne den Hauch einer Chance für die Wahrheit,
mit verheerenden Folgewirkungen für die Digitalisierung, für die Chip-Entwicklung und für die Chip-Produktion in Deutschland,
Zerschlagungsopfer ohne Einnahmen aus Beruf und Geschäft seit 2003, mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz,
von deutscher Justiz wie ein Staatsfeind Nr.1 durch die Gerichte getrieben,
weil in 2010 seine Altersrücklagen aufgebraucht sind,
weil am Geburtsort in Bayern sein Bruder von bayerischem Mittäter (Staatsminister, seit 2018 Ministerpräsident, Mittäter einer skrupellosen Täter-Phalanx) mit einer Treib- und Hexenjagd in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod gezwungen wurde,
mit Missbrauch von bayerischen Kommunalwahlen als Volksjustiz,
von Verwaltungsgerichten mit Rechtsbeugung in 1.Instanz kriminalisiert,
verfassungswidrig, weil ein ordentlicher Rechtsweg
gemäß Art.34 Abs.3 GG bis dato verweigert wurde
Verwaltungsjustiz ohne Respektierung von Grundrechten:
Dreimal verfassungswidrig, 1.Mal und 2.Mal in Bayern, 3.Mal in NRW, 3 Mal zu viel! und wie oft noch?
BVERFG-356. Internet-Missbrauch durch jungen Einzelrichter am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Unvorstellbar: Sein Urteil vom 24.Aug.2021 (Anlage VB-19), faktenwidrig, wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, als Fake News im Internet
mit freiem Zugang für alle Surfer.
So wird Wahrheit, Recht und Verfassung manipuliert!
Fake News mit Missbrauch des Datenschutzes eskaliert
Grundrechte sind nicht ausschaltbar, egal was ein Einzelrichter ankündigt.
Es gilt Gleichheit vor dem Gesetz, d.h.
wenn der Beklagte nicht antreten muss, nicht antreten will und nicht antritt, dann ist dies diskriminierende Ungleich-Behandlung für den Kläger
Grundrechte sind nicht käuflich und nicht strafbar, auch wenn eine 2.Instanz zusätzlich Justizbehörden zur Hilfe holt. Eine 2.Instanz darf nicht mit Kosten und mit stufenweiser Erhöhung von Kosten verhindert werden.
Entsprechende Beschlüsse haben keine Rechtskraft.

Grundrechte sind nicht an Rechtsanwälte gebunden: Beschwerdeführer wird wie ein Staatsfeind Nr.1 durch alle deutschen Gerichte gejagt (politisch motivierte Sklavenhaltung), in Verfahren parallel/simultan und hintereinander mit orgienartiger Ausuferung seit 2010 gegen geballte politische Tätermacht mit Immunitätsschutz: mit bezahlten Rechtsanwälten wäre er heute pleite, mit Rechtsanwälten auf PKH-Basis hätte er keine Chance, er ist gezwungen, ohne Rechtsanwälte zu klagen, sich zu verteidigen, im 81.Lebensjahr mit Praxistraining seit 2010.
Bis dato weltweit ohne Vergleich, Lebenswerk des Klägers:
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
weltweit größtes Congressangebot für digitale Evolution mit professionellem Verlagsservice seit 1977, als Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare seit 1971 (Anlage VB-AA Seite 03). ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen, in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Anlage VB-AA Seite 03: Kurzfassung der
Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz in Online-Systemen) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Essen, Karlsruhe
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Hersteller-neutrale ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa als qualifizierte Basis seiner Unternehmensberatung
Seine Kunden: Digitale Innovationselite in Deutschland und Ausland, New Economy, Net Economy
Bis dato: Verheerende Folgewirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier mit Fortsetzung unter Merkel, mit Mittätern und Trittbrettfahrern (Söder),
mit Nachrichtensperre, ohne Aufarbeitung, ohne Rehabilitierung und ohne Schadenersatz
Eliminierung der digitalen Innovationselite (New Economy, Net Economy) mit Export des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost
Mit Folgewirkungen erzwungen: Einstellung der Europäischen Congressmessen in 2003, keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003
Hier: Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene seit 1998
BVERFG-357. Nicht öffentliche Planungskonferenzen in 1998 zur Vorbereitung und Unterstützung einer
Bürger und Menschen verachtenden Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit bundesweiter Eskalation
zusammen mit den ÖRR-Intendanzen:
Antrag auf Opferschutz mit besonderem Schutzbedarf
gemäß Anlage VB-20
Menschen und Bürger verachtende Umverteilungs-Justiz mit extremistischer Ausuferung zu Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung gegen Rentner im 81.Lebensjahr mit herausragendem Lebenswerk für Deutschland und Europa.
Zurückweisung der Zwangsvollstreckungssache DR II 689/21 vom 21.02.2022 (eingegangen am 22.02.22,) gemäß Schreiben der OGVin Christiane Bräutigam mit Vollstreckungsauftrag der Justizbehörde Hamm (Zentrale Zahlstelle Justiz).
Was Intendantin Monika Piel (danach Tom Buhrow) schon in 2011 gewusst hat, hat das Zerschlagungsopfer nachgewiesen.
3 Mal verwaltungsgerichtliche Rechtsbeugung, jetzt mit Eskalation von Diskriminierung und Diskreditierung mit Fake News im Netz:
Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk (inkl. WDR) auf Intendanten-Ebene ist Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG:
Anmahnung von Opferschutz, Rehabilitierung und Schadenersatz anstatt politisch motivierter Sklavenhaltung und
Anmahnung der Unterlassung von Fake News, von sozialer Zerschlagung mit Zwangsmaßnahmen anstatt sozialer Sicherheit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 244)

Schriftsatz vom 01.03.2022 (3.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit 1.Stellungnahme zur Zeitenwende, wegen Antrag auf Opferschutz mit besonderen Schutzbedarf nach über 20 Jahren Verfolgung mit politisch motivierten Zerschlagungen und nach Wiederwahl des Bundespräsidenten mit Einspruch vom 02.02.2022 (231 Seiten), gegen Beschlüsse vom 11.Jan.2022 (eingegangen am 15.Jan.2022) mit Einspruch vom 22.02.2022 (66 Seiten)
BVERFG-358. Seit über 20 Jahren (1998):
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet, versklavt mit Politisch motivierten Zerschlagungen
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, aber
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
mit öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanzen-Ebene als Mittäter einer best vernetzten Täter-Phalanx
mit Rundfunksperre und Nachrichtensperre für Politmagazine auf Bundesebene
mit aktiver Teilnahme an Planungskonferenz(en) einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik (vgl.„Wannsee-Konferenz 1942“)
mit dem Ziel einer nachhaltigen Effizienz der Umverteilung und Zerschlagungen
mit Erzwingung einer politisch motivierten Sklavenhaltung durch eine politisch motivierte Umverteilungs- und Zerschlagungsjustiz
mit erneutem Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendungen eines Staatsvertrages ohne Rechtskraft (Anlage VB-21)
mit großem Schaden für Deutschland, weil verfassungswidrig seit über 20 Jahren (1998) und als Mittäter
mitverantwortlich für Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland und als Mittäter
mitverantwortlich für Digitalisierungs-Schlusslicht von Deutschland in Europa und als Mittäter
mitverantwortlich für deutsche Chip-Abhängigkeit (Chips: Basis-Elemente der Digitalisierung) von Fernost, und und als Mittäter
mitverantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers mit gigantischer Eskalation
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice
mitverantwortlich für mangelhafte Leistungsfähigkeit in Deutschland durch Zerschlagung professioneller Tätigkeit, durch Förderung mangelhafter Benutzerfreundlichkeit und mangelhafter Sicherheit
BVERFG-359. Zeitenwende mit Bundeskanzler Olaf Scholz: Russischer Angriff auf die Ukraine am 24.Feb.2022, Menschen verachtend, abartig und pervers, nie wieder Krieg,
aber Wahrheit bleibt Wahrheit !!!
Grundrechte nicht käuflich, nicht strafbar und zu respektieren entgegen verfassungswidrigen Beschlüssen des 2.Senats des Oberverwaltungsgerichts Münster
Intendanten-Ebene des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (1998):
Multimedia-Kopie des Management-Symposiums I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 mit zusätzlichem Moderatoren-Duett für nicht-öffentliche Planungskonferenzen missbraucht (Anlage VB-217Z(3), Haupt-Zeuge aus Moderatoren-Duett später Congressleiter der Europäischen Congressmessen)
Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
Zeitenwende wegen Ukraine-Krieg

Scherbenhaufen deutscher Außenpolitik, deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel
Söder: Vom Berliner Machtzentrum für Zerschlagung am Geburtsort informiert und gelernt
Zeitenwende, Wendehälse, „verbrannte Erde“ und Wahrheiten
Katastrophale Schäden durch best vernetzte Täter-Phalanx einschl. Mittäterschaft der Intendanzen des beklagten ÖRR (1998) und Kommunikationssperre durch nachfolgende Intendanten
Vorrangig ist Rehabilitierung und Schadenersatz für Zerschlagungsopfer und nicht für die Täter und Mittäter
Wiederholung des Antrags auf Opferschutz besonders in der Zeitenwende
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung und Opferdiskriminierung durch WDR-Bescheide (Anlage VB-21)
gegen Fortsetzung von Kontopfändungen für Rechtsanwälte einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto (Anlage VB-17a)
wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
BVERFG-360. Zeitenwende: Abwehr des Angriffs auf Weltfrieden, Demokratie und Menschenwürde und Schröder ist nicht dabei
Zeitenwende: Abwehr politisch motivierter Zerschlagungen der deutschen Innovationselite und Schröder/Steinmeier sind schuldig
Zeitenwende: Aufarbeitung der Schröder/Steinmeier Vergangenheit, damit für Zeitenwende eine Perspektive.
Zeitenwende: Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht mit Einspruchsmöglichkeit bei Wahl eines neuen Bundespräsidenten
Zeitenwende: Deutschland braucht einen „Ruck durch Deutschland“-Bundespräsidenten“ wie einen
Roman Herzog: Deutscher Bundespräsident 1994-1999, Präsident des Bundesverfassungsgerichts 1987-1994
Zeitenwende: Wenn der „Bock zum Gärtner“ gemacht wird, hat die Zeitenwende keine Perspektive, mit einem Bundespräsidenten, der seine Opfer zum Täter macht, um die Spuren seiner Vergangenheit zu verwischen.
Zeitenwende: Ein Bundeskanzler braucht auch die Unterstützung durch ein Bundesverfassungsgericht, um die Zeitenwende zu schaffen, aber nicht mit Alters- und Generationen-Diskriminierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 303)

Schriftsatz vom 13.03.2022 (4.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Zeitenwende in der Justiz im Zusammenhang mit politisch Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder unter Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich WDR
BVERFG-361. Globale Zeitenwende und in deutscher Justiz wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält, wie vor der Zeitenwende: sieh Anlagen zu Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, mit Todesopfer, mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Folter, mit sozialer Zerschlagung und mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu Desaster-Lage deutscher Politik
Ukraine-Krieg-Zeitenwende:
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 355)

Schriftsatz vom 25.03.2022 (5.Fortsetzung der neuen Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022) wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung der Intendanzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschl. WDR
BVERFG-362. Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998), ohne Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
im Lichte der **Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende**
Deutschland finanziert mit russischer Energieabhängigkeit Ukraine-Putin-Krieg
Exkanzler Gerhard Schröder: als Putin-Freund und Putin-Berater, als Helfer für russische Energieabhängigkeit beteiligt
Frank-Walter Steinmeier als Helfershelfer für Schröder/Putin: Seit 1991 Medienreferent, Büroleiter, Kanzleramtschef bis 2005 bei Schröder, danach als Außenminister, SPD-Fraktionsführer, Außenminister unter Merkel, Bundespräsident auf Vorschlag der Bundeskanzlerin
Erzwingung der Zerschlagungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 unter Schröder/Steinmeier, ab 2005 mit Unterstützung durch die Bundeskanzlerin
Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr:
Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen,
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter Schröder/Steinmeier/Merkel
Daher:Grundgesetzlicher Anspruch auf
Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen
mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG
27.März 2022: Steinmeier-Ukraine-Eklat in Berlin, (Anlage VB-28):
1 Monat nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.Feb.2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 392)

Schriftsatz vom 02.04.2022 (6.Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 17.Januar 2022 mit Einspruch wegen grundgesetzlichen Anspruch auf Anerkennung politisch motivierter Zerschlagungen mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Zusammenhang mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
BVERFG-363. Politisch motivierte Zerschlagungen unter Schröder/Steinmeier/Merkel und Söder mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Intendanten-Ebene
seit über 20 Jahren (1998),
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu verfassungswidrigen Auswüchsen von Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Opferdiskreditierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung jetzt im 81.Lebensjahr,
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 bis heute, jetzt im 81.Lebensjahr (Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven)
> zu politischem Desaster mit einem Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe von Schröder/Steinmeier/Merkel
und es wird weiter zerschlagen was das Zeug hält: Daher

Antrag auf unverzüglichem Stopp für Opfer verhöhnende Aktionen von Obergerichtsvollzieherin und Amtsgericht Velbert
mit Zwangsvollstreckungssachen und Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto für Gerichtskosten verfassungswidriger Gerichtsverfahren einer Zerschlagungsjustiz mit Zerschlagung eines
herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit
weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und mit professionellem Verlagsservice für digitales Innovationswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf
Scroll down after link (page 430)

Neue Verfassungsbeschwerde
Schriftsatz vom 20.Juni 2022 wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifend
nach Ukraine-Krieg-Zeitenwende 2022
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
für politisch motivierte Zerschlagungen unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Antrag auf Opferschutz
mit besonderen Schutzbedarf im 81.Lebensjahr wegen rücksichtsloser Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht nach sozialer Zerschlagung
BVERFG-370. Bürger verachtende Eskalation mit Fortsetzung einer wahrheitswidrigen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz, Verfassungsbeschwerde 1 BvR 385/22 vom 17.Jan.2022 und Gerichte übergreifend
> mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen
> mit Missbrauch von Justizbehörden durch 2.Instanz für Gerichte übergreifende Kosten-Hetzjagd: Vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht Velbert mit Hetzjagd in Kosten- und Zwangsverfahren und
> mit Missbrauch von Verwaltungsbehörden durch 2.Instanz vorhersehbar: Vom Landessozialgericht zum Amtsgericht Mettmann mit Strafverfolgung mittels Ordnungswidrigkeitsverfahren, Freiheitsberaubung und psychischer Folter inklusive
> Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Opfer diskriminierender Einzelrichter-Verfahren im 81.Lebensjahr ohne Limit:
Von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alter-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung
Von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des politischen Machtzentrums in Deutschland seit 1998 mit Immunitätsschutz bis zur Zeitenwende mit Russland-Ukraine-Krieg unter Verantwortung desselben politischen Machtzentrums
Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung des Berliner Machtzentrums:
> Alt-Bundeskanzler, sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes
> Alt-Bundeskanzlerin mit Ukraine-Krieg förderlicher Politik ohne Reue und Entschuldigung (bis heute)
> Frank-Walter Steinmeier (wieder gewählter Bundespräsident mit anschließender Zeitenwende), politischer Gefährte von Alt-Bundeskanzlerin und Alt-Bundeskanzler mit Russland/Putin-Nähe
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
Zerschlagung wegen eines herausragenden Lebenswerkes, der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:
ONLINE und KOMMTECH
Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Zerschlagung am Wohnort unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanz-Ebene),
Zerschlagung am Geburtsort mit Kenntnissen des politischen Machtzentrums durch bayerischen Ministerpräsidenten,
Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor Rundfunkgebühren.
Politisches Machtzentrum hat „verbrannte Erde“ hinterlassen:
Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China),
Flächendeckende Cyber-Sicherheitsmängel, darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa . .
BVERFG-371. Anzufechtende Hoheitsakte (verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert).
Null Toleranz, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden. 2.Instanz ist kein grundrechtsfreier Raum. Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Verschiebe-Bahnhof.
Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven! Grundrechte sind nicht strafbar. Rechtsbeugung mit Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung ist strafbar!
Null Toleranz, wenn:
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verhindert, dass vom Kläger gegen Einzelrichter-Beschluss mit der Begründung, „weil die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und keine grundsätzliche Bedeutung aufweist“, Beschwerde eingelegt wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch das Gerichtsverfahren, elektronisch geführte Gerichtsakte und Wahrheit manipuliert,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Beschwerde unterdrückt, sodass Kläger Beschwerde ein 2.Mal mit Unterlagen direkt an das Oberverwaltungsgericht senden muss,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch verschweigt, dass 1.Ladungstermin abgesagt wird, ohne den Geladenen zu verständigen, und in Unterlagen das Gegenteil behauptet wird,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch den WDR zum Beklagten (falscher Beklagter) ernennt, obwohl der gesamte ÖRR (richtiger Beklagter) einschließlich WDR beklagt ist,
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch qualifizierten Zeugenbeweis zum wiederholten Male unterdrückt (weitere Zeugen möglich)
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch falsches Eingangsdatum der neuen Klage trotz Aufforderung nicht korrigiert
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch dieses mit einem eigenem Beschluss bearbeitet und feststellt, dass er nicht befangen ist
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch ordnungsgemäße Ladung feststellt und verschweigt, dass der Kläger mit relevanter Begründung die Ladung schriftsätzlich zurückgewiesen hat
> Einzelrichter mit Ablehnungsgesuch Verhandlungsbereitschaft heuchelt, obwohl er mit Verhandlungen nur das Ablehnungsgesuch beseitigen will.
> Einzel-Richter mit Ablehnungsgesuch den Kläger mit verspäteter, nicht angeforderter Zusendung einer gehefteten Broschüre (135 Seiten) inkl. rechtswidriger Verfügung in Verhandlungen verwickeln will, um Ablehnungsgesuch ungültig zu machen, und 2.Ladetermin erzwingen will
> Opfer verhöhnend, weil dem Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, unter persönlicher Verantwortung führender Politiker eines politischen Machtzentrums mit extremistischer Ausuferung zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende, längst Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz längst zusteht.
Oberverwaltungsgericht (Beschwerde-Instanz) missachtet Rechtsmittel der Anhörungsrüge (Versagung von rechtlichem Gehör) für wiederholten Antrag auf
> Korrektur des falschen Eingangsdatums der Klage
> Mehr-Richter-Verantwortung für das

verwaltungsgerichtliche Verfahren 27 K 2672/22
> Ordentliche Verwendung der genannten Beklagten-Bezeichnung
> Ordentliche Verwendung des seit langem bekannten Zeugenbeweises
BVERFG-372. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr.
Politisch motivierte Sklavenhaltung mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
Opfer wird für verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich gemacht.
Hier: Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks an politisch motivierten Zerschlagungen größer als bisher vorgetragen, sieh auch nächstes Kapitel
Beweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf:
Nicht-Zulassung von Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines qualifizierten Zeugenbeweises, mit dem nicht nur Beweis möglich, sondern ein Verfahrensfortschritt für Rehabilitierung und Schadenersatz
Nicht-Zulassung eines Beklagten einschließlich des Westdeutschen Rundfunks, weil es um bundesweites Unrecht geht
Nicht-Zulassung von kritischen Fehlerkorrekturen trotz Vorlage von Beweismittel
Aushebelung der Justiz
> durch aktive, missbräuchliche Einbeziehung von Justizbehörden in Kosten-Hetzjagd auf den Kläger
> durch Gerichte übergreifende und Verfassungsbeschwerden übergreifende Gerichtsverfahren (vom Oberverwaltungsgericht zum Amtsgericht und zum Landgericht)
Gerichte verweigern Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz, sodass soziale Zerschlagung des Opfers im 81.Lebensjahr anstatt soziale Sicherheit, ausschließlich verursacht verheerende Folgewirkungen wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz:
Dadurch extremistische Ausuferung Opfer verhöhnender Gerichtsverfahren zu Opfer-Diskriminierung, zu Opfer-Diskreditierung, zu Opfer-Kriminalisierung, zu Alter-Diskriminierung und zu Generationen-Diskriminierung.
Nach Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder zu Gunsten der Automobilbranche unter Bevorzugung der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu Lasten der Digitalbranche und nach sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit:
Wie kann sich das Umverteilungs- und Zerschlagungsopfer im 81.Lebensjahr noch wehren?
Gegen Amtsgerichte im Doppelpack mit Zwangsmaßnahmen und Ordnungswidrigkeitsverfahren
Nach Zerschlagung am Wohnort und Geburtsort
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
BVERFG-373. Skandalöses Verhalten von WDR-Intendanz und WDR-Justiziariat mit ARD-Vertretungsberechtigung für Phoenix in Personalunion
Hauptbeschuldigte WDR-Justitiarin und stellvertretende WDR-Intendantin, Eva-Maria Michel (Anlage VGD-06)
seit 1.Okt.1997 WDR-Justiziarin (1997 Gründungsjahr von Phoenix), offensichtlich an der Verhinderung des Zeugenbeweises in den Verfahren 27 K 4325/18 und 27 K 2672/22 direkt beteiligt,
seit 2008 stellvertretende Intendantin des WDR, offensichtlich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt.
Zeugenbeweis zu:
Aushebelung der Teilnehmer-Finanzierung ganztägiger Management-Symposien auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des Klägers in Düsseldorf (insgesamt 32 ganztägige, Teilnehmer-finanzierte Congress-Symposien parallel zu Tutorials und kostenfreien Workshop-Reihen innovationsorientierter Aussteller)
Aushebelung mit multimedialen Raubkopien durch Phoenix-Team und

missbräuchliche Verwendung auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen und Planungskonferenzen
Vorteilsnahme einer Gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Institution (Phoenix) aus einer verwerflichen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Schröder/Steinmeier/Merkel mit Zerschlagung des Klägers
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice
mit Kenntnis aller Briefe des Klägers an die Intendantin Monika Piel (2013 Rücktritt aus persönlichen Gründen) und an Intendant Tom Buhrow
Aktive Mittäterin mit Kenntnis der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel seit 1998
Nachrichten- und Rundfunksperre über Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Klägers, Sperrung der Politmagazine des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Mitteilungen des Klägers
Unterdrückung von Zeugenbeweis im Klageverfahren wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen,
Verweigerung der Anwesenheit bei mündlichen Verhandlungen/Ladungen am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VGD-06)
Zerschlagungsopfer wird mit Widerspruchsbescheiden des WDR zum Täter gemacht, mit Verweigerung von
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, um wie rechtschaffene Bürger Rundfunkgebühren und Sozialabgaben bezahlen zu können.
Zerschlagungsopfer hat keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft seit 2003 (Einstellung der Congressmessen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Ausgrenzung erzwungen), muss nach Auflösung seiner Altersrücklagen seit 2010 soziale Zerschlagung ertragen und seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen, nach Zerschlagung seiner Unternehmensgruppe einschließlich Lieferkette, Referentenstamm und Besucherstamm und nach Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland, jetzt Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung im 81.Lebensjahr, in dem man tot oder dement sein muss.
Skandalös: Sind das die Randbedingungen für eine Sache, die keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist? Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht.
BVERFG-374. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg

und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf